

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Der
planmäßige Untergang
der US-Kolonie
BRD**

Sonderheft Nr. 84



Der planmäßige Untergang der US-Kolonie BRD

Sonderheft Nr. 84

Zwangsbetreuung vom 15.01.2021-29.09.2022

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Zwangsbetreuung der Deutschen vom 15.01.2021-29.09.2022	2-97
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	98-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Zwangsbetreuung der Deutschen vom 15.01.2021-29.09.2022

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 03/21" berichtet am 15. Januar 2021 (x1.387/...): >>>Eine deutsche Sache

Die Reichsgründung 1871 mit "Blut und Eisen" ging nicht nur von den Herrschenden aus / Großer Rückhalt vieler Deutscher innerhalb und außerhalb der Reichsgrenzen

Karlheinz Weißmann

Wenn man unter nation building die Formierung einer Nation durch den Staat versteht, könnte man die Reichsgründung von 1871 als Musterbeispiel betrachten. Ohne Zweifel entstand das "Zweite Reich" durch einen Akt "von oben": Diplomatisches Geschick und der Einsatz militärischer Mittel gaben den Ausschlag. Schon der Zeitgenosse mochte sich an die Hoffnung des Historikers Johann Gustav Droysen erinnern, Preußen werde zum "Makedonien" Deutschlands. So wie der Makedonenkönig Philipp von seinem streng zentralisierten Kriegerstaat aus die in zahllose poleis zersplitterten Griechen zur Einheit gezwungen hatte, so war Preußen vorgegangen, um Deutschland zur Nation zu schmieden.

Allerdings hat die Vorstellung, man könne Nationen via nation building "machen", in den letzten Jahrzehnten hinreichend oft ihre Unbrauchbarkeit bewiesen. Weder in Afrika noch in Asien oder Osteuropa ist gelungen, eine Nation dadurch ins Leben zu rufen, daß man ein Zentrum mit Gewalt- und Propagandamitteln ausstattet, um Menschen dahin zu bringen, sich als politische Einheit zu verstehen. Wo das organische Fundament fehlt, ist es durch kein künstliches zu ersetzen.

Das unterscheidet die genannten Fälle vom deutschen und erklärt auch, warum man in Deutschland traditionell zwischen "Nation" und "Volk" unterschieden hat. Sicher waren die Deutschen bis zum 19. Jahrhundert keine Nation im Sinne Frankreichs, Englands, Schottlands, Schwedens oder Dänemarks. Aber ohne Zweifel waren sie ein Volk, wenn man darunter eine Gemeinschaft versteht, die, nicht notwendig staatlich organisiert, aber durch gemeinsame Sprache und gemeinsame Kultur verbunden ist.

Das Heilige Römische Reich wie der Deutsche Bund umfaßten den größten Teil des deutschen Volkes, und auf deren Boden entstand auch im Gefolge von Aufklärung und Romantik die deutsche Nationalbewegung. Ihr Bemühen, das Volk möglichst im Ganzen zusammenzu-

führen, scheiterte zwar mit der Revolution von 1848/49. Aber der Einheitswunsch erlosch nicht. Nur zeigte sich schon vor dem Sieg Preußens über Österreich 1866, daß eine wachsende Zahl von Patrioten willens war, die "kleindeutsche" Antwort auf die "Deutsche Frage" zu akzeptieren. Bismarck wußte um diese starken Kräfte im Bürgertum, unter den Gebildeten wie den einfachen Leuten, als er die Reichsgründung vorbereitete.

Freudenfeuer auf Gipfeln von Sudeten und Karpaten

In welchem Maß Bismarck auf Zustimmung "von unten" rechnen durfte, zeigte sich bei Beginn des Konflikts mit Frankreich an der massiven Unterstützung von Liberalen und Demokraten in den Klein- und Mittelstaaten. Deren Fürsten neigten traditionell einer "Rheinbund-Politik" zu, also der Anlehnung an Frankreich. Dagegen zeigte das Volk eine betont nationale Haltung. Der Stuttgarter Historiker Ulrich Müller hat unlängst auf den Fall Württembergs hingewiesen, dessen Ständeversammlung als letzte die Kriegskredite bewilligte.

Vor dem Landtagsgebäude in Stuttgart forderte die Menge stürmisch die Abwehr des "Erbfeindes", bei der Sitzung der Abgeordneten erhob sich auf den Galerien immer wieder Beifall für Redner, die, wie der Führer der Linken Karl Mayer - ein Veteran von 1848 -, verlangten, daß der Bündnisvertrag mit Preußen eingehalten werde. Zuletzt stimmte die Kammer der Forderung bei nur einer Gegenstimme zu, und der König von Württemberg mußte unter Tränen dem französischen Botschafter die Entscheidung seines Parlaments mitteilen.

Daß Württemberg, Bayern, Baden und Sachsen an die Seite Preußens traten, obwohl alle diese Staaten noch wenige Jahre zuvor im Kampf gegen Preußen eine bittere und als ungerecht empfundene Niederlage erlitten hatten, erinnert auch daran, daß Österreich der Lockung widerstand, "Rache für Sadowa" zu nehmen. Zwar lavierte die Regierung kurze Zeit.

Aber in Wien und den großen Städten des Landes brach sich die gesamtdeutsche Begeisterung Bahn. Man sammelte Geld für Liebesgaben, sang unter schwarz-rot-goldenen Fahnen "Die Wacht am Rhein", und mancher Junge, vor allem aus den Reihen der Korporierten, schlug sich bis zu den deutschen Linien in Frankreich durch, hoffend, es würden wie 1813 Freikorps gebildet. Dabei mochte auch die Hoffnung auf den "Anschluß" mitspielen.

Anders lag der Fall bei den Siebenbürger Sachsen, deren Verbindung zum deutschen Kulturraum zwar - trotz der geographischen Trennung - nie ganz abgerissen war, die aber nicht hoffen konnten, je Teil eines deutschen Nationalstaates zu werden. Das hat die Begeisterung nach den Siegen der preußischen und der verbündeten Truppen kaum gemindert. Auf den Gipfeln der Alpen wie der Sudeten oder der Karpaten flammten dann die Freudenfeuer hoch.

Nichts Vergleichbares gab es in der Schweiz, die neutral blieb. Allerdings sollte nicht vergessen werden, daß bis zum Vormärz in der Bildungsschicht eine gesamtdeutsche Idee gelebt hatte. Der Schriftsteller Gottfried Keller betrachtete sich nur halbspöttisch als "Peripheriegermanen", der doch sehr lebendigen Anteil an dem nahm, was das "Binnenvolk" trieb. Seine Verehrung Goethes wie Schillers hatte ihre Ursache im selbstverständlichen Stolz vieler Schweizer auf eine deutsche "Nationalliteratur".

Allerdings gingen nur wenige so weit wie Kellers Zeitgenosse Conrad Ferdinand Meyer, der unter dem Eindruck des deutschen Sieges von 1871 sein Gedicht "Huttens letzte Tage" veröffentlichte, in dem es hieß: "Geduld! Es kommt der Tag, da wird gespannt / Ein einig Zelt ob allem deutschen Land!" Auch Keller hat die Reichseinigung begrüßt, aber das Demokratiedefizit der neuen Verfassung beklagt, während der Altliberale Jacob Burckhardt finstere Prognosen stellte, im Hinblick auf das, was der neue Staat für das europäische System bedeuten werde.

Bismarck vermied zu engen Bezug auf die Nationalität

Die Situation der Schweiz unterschied sich sehr deutlich von der des benachbarten Elsaß, das mit der Wiener Schlußakte endgültig an Frankreich gefallen schien. Paris tat danach alles, die deutschen Einwohner zu französisieren. Der Erfolg dieser Art Umerziehung war aber nur in

den Städten des "Zwischenlandes" (Wilhelm Heinrich Riehl) größer. Bauern, Winzer und einfache Leute hielten nicht nur an der Überlieferung, sondern auch an ihrer Mundart fest. Das mag Napoleon III. bewogen haben, bei seinen offiziellen Besuchen im Elsaß stets eine Ansprache auf deutsch zu halten.

Seine Untertanen nahmen das mit Wohlwollen auf, hüteten sich jedenfalls, zu opponieren. Erst nach dem Fall Straßburgs im Herbst 1870 veröffentlichte der Pfarrer Karl Hackenschmidt sein Gedicht "Mein Elsaß deutsch!", das mit den Zeilen begann: "Mein Elsaß deutsch! Mein Elsaß frei! / Mir ist, als träumt ich noch. / Ist's Wahrheit? Ist der Strick entzwei? / Zersprengt das fremde Joch? // Liegt wieder in der Mutter Arm / Der längst verlorn'ne Sohn? / Schall wieder frei, so frisch und warm / Der Muttersprache Ton? // Nun, brich mir nicht von sel'ger Lust, / Mein Herz, mein deutsches Herz! / Nun steige aus befreiter Brust / Mein Danklied himmelwärts!"

Was diese Begeisterung erklärte, war vor allem die Dankbarkeit dafür, daß nun der Assimilationsdruck wegfiel, dem man als Deutsch-Elsässer ausgesetzt war. Ein glückliches Schicksal, verglichen mit dem unglücklichen der Deutschbalten. Sie waren seit den 1850er Jahren der Russifizierung ausgesetzt, die nicht nur ihre privilegierte Stellung im historischen "Livland" bedrohte, sondern auch ihre Identität als deutscher "Stamm".

Wortmächtige Vertreter der Deutschbalten wie Carl Schirren und Woldemar von Bock hatten sogar ihre Heimat verlassen und waren nach Deutschland gegangen, in der Hoffnung, hier Hilfe zu finden. Vergeblich, wie sie feststellen mußten. Der von westlicher Seite in Rußland genährte Argwohn, Bismarck könne eine "pangermanische" Politik betreiben, deren Ziel es sei, die alten Provinzen des Deutschen Ordens zurückzugewinnen, entbehrte jeder Grundlage. Mehr noch, Bismarck hat gegenüber deutschbaltischen Adligen, denen er persönlich verbunden war, zugegeben, daß er ihre Sache für verloren halte und keinesfalls einen Konflikt mit Rußland riskieren werde, indem er für sie eintrete.

Otto von Bismarck wußte zu genau, daß jede Bezugnahme auf die "Nationalität" im Osten die Verhältnisse umstürzen werde. Das war aber nicht seine Absicht, so wie es nicht seine Absicht war, das europäische Staatensystem als solches zu beschädigen. Bismarcks Rede von der Reichsgründung als einer "konservativen Tat" hatte ihr Recht eben darin, daß er die notwendigen Veränderungen vollzog, die unmöglichen vermied.

Die symbolische Bedeutung des 18. Januar 1871 ging für die Deutschen aber gerade nicht in staatsmännischen Erwägungen auf. Das zeigte sich vielleicht am überraschendsten bei den etwa 1,7 Millionen deutschen Auswanderern in Nordamerika. Schon unmittelbar nach dem Beginn der Kämpfe 1870 gab es Freiwilligenmeldungen von Veteranen des Bürgerkrieges, die jetzt für das alte Vaterland gegen Frankreich fechten wollten. In allen Teilen der USA mit einer stärkeren deutschen Bevölkerung wurden Hilfsvereine und patriotische Komitees gegründet. Die militärischen Erfolge Preußens und seiner Alliierten führten zu Aufmärschen und Festveranstaltungen. Das galt vor allem nach der Kaiserproklamation in Versailles.

18. Januar war für Deutsch-Amerikaner ein Feiertag

Während dieser Tag in Deutschland niemals zum Feiertag erklärt wurde, galt er den Deutsch-Amerikanern über Jahrzehnte hinweg als Datum, an dem man sich voller Stolz darauf besann, daß dem deutschen Namen wieder Geltung verschafft worden war. Dieser Enthusiasmus hat sogar jene "Achtundvierziger" wie Carl Schurz oder Friedrich Hecker erfaßt, die - bei allen Vorbehalten gegenüber Bismarck und Preußen und der monarchischen Verfassung - doch würdigten, daß allem anderen die Schaffung der Einheit vorging.

Sie hatten begriffen, was notwendigerweise "von oben", durch staatsmännisches Geschick, aber auch durch "Blut und Eisen", zu geschehen hatte, und was notwendigerweise "von unten" kommen mußte, als Folge der Bereitschaft, die politische Ordnung mit Leben zu füllen, getragen von denen, die das Volk bildeten, sogar dann, wenn sie außerhalb der Grenzen des neuen

Reiches verblieben.<<

Der deutsche Schriftsteller Ullrich Mies berichtete im Januar 2021 (x1.094/...): >>**Die Tyrannin**

Deutschland hat sich unter der Herrschaft von Angela Merkel in eine Diktatur verwandelt und ist Teil eines weltweiten despotischen Systems.

Bis Ende Februar 2020 glaubte der Autor, eine Ahnung davon zu haben, wie bösartig die Zentren der Macht agieren. Seine Vorstellung zerschellte jedoch an der Wirklichkeit.

Transnationale Kapitalistenklasse und Machtelite, Oligarchen und Plutokraten sowie ihre Satrapen in den Regierungen sind bei Weitem zu mehr in der Lage, als sich jeder "Verschwörungstheoretiker" ausdenken kann.

Sie zusammen sind die Feinde der Menschheit.

Verschwörungstheoretiker sind verglichen mit dem, was die Herrschenden weltweit in praxi an Verbrechen, Terroraktionen, Geheimdienstoperationen, Kriegen, Regime-Changes und Komplotten aller Art zu verantworten haben, absolute Stümper.

Kein Verschwörungstheoretiker kann sich das ausdenken, was aktuell vor unseren Augen geschieht: Die Herrschaftsquellen zerlegen unsere Gesellschaften und Staaten, entfalten eine weltweite Tyrannei ohne Beispiel in der Menschheitsgeschichte. Zivilisatorische Errungenschaften wie Aufklärung, Freiheit, Menschenwürde fahren sie restlos an die Wand. Innergesellschaftlicher und zwischenstaatlicher Frieden steht auf des Messers Schneide.

Wer zu Grunde gehen soll, der wird zuvor stolz; und Hochmut kommt vor dem Fall" Sprüche 16: 18.

Psychopathen auf Amok-Fahrt

Wir lassen uns unter dem Schwindel-Etikett "Demokratie" von Psychopathen und Schwerstkriminellen regieren. Wir gestatten es. Die letzte Diktatur in Deutschland liegt erst 75 Jahre zurück. Heute schaut die Mehrheit wieder weg, will wieder nichts verstehen, ist offensichtlich zu verängstigt oder zu degeneriert, um für Freiheit und demokratische Rechte zu kämpfen, die uns allen gerade genommen werden. Die Merkel-Tyrannei ertränkt unser Land und Europa in einem neuen Totalitarismus, in einem Meer von Lügen und Bullshit.

"Tyrannei" bezeichnet der Duden als eine Gewalt-, Willkür- und Schreckensherrschaft. ...

Doch dieses Mal ist die Tyrannei nicht auf Deutschland beschränkt. Das neue 1000-jährige Reich der Transhumanisten des World Economic Forum ist für die ganze Welt vorgesehen. Als Instrument zum Übergang in einen neuen Hyper-Faschismus nutzen die Machteliten Corona und die angebliche Sorge um die Gesundheit der Bevölkerungen. Das Corona-Virus wird für völlig andere Zwecke instrumentalisiert, darum geht es hier.

Mit Corona soll die Aufmerksamkeit der Menschheit maximal abgelenkt werden, damit sie ihren Peinigern willig in den freien Fall der für die Weltgesellschaft bestimmten Tyrannei folgt.

Hatten sie uns nicht bereits vor dem März 2020 hemmungslos belogen und auf der Menschheit herumgetrampelt?

Haben sich die Lügenzentralen in der Coronakrise zu Wahrheitszentren gewandelt?

Sind die Herrschaftsquellen ab März 2020 glaubwürdiger und menschlicher geworden?

Oder haben sie nicht vielmehr die Lügenmaschine mit der Corona-Nummer off-limits geschaltet und die Wagenburg der Staatsverbrecher und Propaganda-Medien noch enger zusammengerückt?

Größte Sorgen um die Volksgesundheit

Seit dem 28. März 2020 regieren die Merkel-Verfassungsputsch-Clique und die Spitzengremien der Putschisten-Parteien im Ausnahmezustand. Wer hätte es gedacht? Vor allem haben sie seit März ihr ganz großes Herz für die "Volks-Gesundheit" entdeckt, im Schulterschuß mit Bill & Melinda, BIG Money, Pharma, Data, Deep-State, Militär, Konzern-EU, korrupter

Wissenschaft.

Ist das nicht spaßig?

Diese Kabale macht sich sämtlich die größten Sorgen, daß "wir" uns anstecken könnten. Darum müssen wir auf Distanz bleiben, sogar im Freien. Auch in vielen Innenstädten müssen die Menschen widerwärtige Gesichtswickel tragen, in einigen Ländern des europäischen Südens sogar an Stränden. Daß diese Lappen zu nichts taugen außer zu vermehrten Zahn- und Mund-erkrankungen sowie Sauerstoffmangel, wissen Experten schon lange.

Die Menschenverächter quälen auch unsere Kinder in einer Art Hundedressur mit Masken und traumatisieren sie in Vorbereitung auf ihren zukünftigen Sklavenstatus im Zeitalter der Digitalisierung.

Der Masken-Terror wird durch Hausarrest-Regelungen und Desinfektionswahn "ergänzt": Hände desinfizieren, Oberflächen desinfizieren, sich rundum desinfizieren. Daß der PCR-Test zur Diagnose nicht geeignet ist, haben Experten vielfach dargelegt, allein, sie werden aus politischen Gründen nicht gehört, denunziert, verächtlich gemacht und aus ihren Berufen gedrängt oder mit dem bekannten intellektuell unterirdischen bullshit beworfen: "Verschwörungstheoretiker, Antisemiten, Corona-Leugner, etc. Fakt, nicht Fake ist: Zumeist handelt es sich um regierungsgestützte Volksverhetzung.

Üble Tatsache ist: In der modernen Tyrannei sind die Menschen Biomasse, früher Menschenmaterial genannt. In der Welt der Transhumanisten hat diese "Biomasse" die einzige Funktion, Untertan, Knecht und Sklave zu sein.

Die Menschen haben den Mund zu halten, sich impfen, chippen und tracken zu lassen, mit KI-Maschinen zu verschmelzen, online Bestellungen aufzugeben, über ihr digitales Zentralbankkonto steuerbar zu sein, an ihrem isolierten Digitalarbeitsplatz zu arbeiten, Hygienedikate zu befolgen und zu sterben, wenn sie wegen seelischer Verkrüppelung zusammenbrechen, oder sich aufgrund tiefer Depression das Leben nehmen. Das angestrebte Ziel ist: die menschliche Biomasse auf dem Planeten zu verringern. Das ist die Ansage für die Zukunft!

Gleichschaltung in der Merkel-Tyrannei

In der Merkel-Tyrannei ist kein Platz für Gewaltenteilung, Subsidiaritätsprinzip, unabhängige Justiz und die Verhältnismäßigkeitsabwägung ergriffener Maßnahmen. Die Zentralisierung und Gleichschaltung aller Entscheidungsebenen läuft auf Hochtouren. Die Tyrannin oktroyiert den Ländern, den Gemeinden, der Gerichtsbarkeit bis hin zum Bundesverfassungsgericht ihren Willen auf. Am 5. Dezember zertrat das Bundesverfassungsgericht unter dem im Mai eingesetzten Konzernlobbyisten Stephan Harbarth Verfassung und Rechtsstaat.

Die 4. Gewalt - die Medien - sind schon lange Teil des Herrschaftskomplexes und integraler Bestandteil des Krieges gegen die Zivilgesellschaften. Der demokratische Staat ist unter Merkel vollends kollabiert, die Staatssouveränität hat über den Ausnahmezustand die Volkssouveränität abgelöst, der Polizeistaat zieht auf. Viele halluzinieren sich immer noch die eine oder andere "Gefahr für die Demokratie" herbei. Ihnen sei gesagt: Die Demokratie ist abgeschafft, sie ist Geschichte, selbst die Fassade steht nicht mehr.

Die neofaschistischen Tentakel des aufgeblähten "Infektionsschutz-Sicherheitshauptamtes" der Merkel-Tyrannei (Bundeskanzleramt) reichen bis tief nach Brüssel. Eine faule Tomate hatte die Tyrannin höchstpersönlich in die EU-Kommissionsspitze nach Brüssel geworfen. Die Unterdrückung der Meinungsfreiheit soll jetzt noch besser über die EU koordiniert werden. In einigen Ländern werden Cyber-Militäreinheiten in Stellung gebracht. Flankiert wird der Merkel-Terror durch einen "Europäischen Aktionsplan für Demokratie". Mit ihm will die Kommission "Desinformationen" bekämpfen.

"Fake-News" produziert bekanntlich nur die Demokratiebewegung. Und so läuft die Löschta-
ste bei Google, YouTube und Co. auf Hochtouren, um Tyrannei-kritische Positionen zu eliminieren. Es geht um koordinierte Zensur und Zensur ist das Ende jeder Demokratie! Fällt der

Linken da irgend etwas auf? Nicht Wahrheit und Fakten sind von Bedeutung, sondern die hinter dem politischen Terror liegenden Ziele der planvollen Erniedrigung der Menschen zur "Erreichung höherer Ziele" - die der 4. industriellen Revolution!

Auch damit nicht genug. In ihrer Außen- und Kriegspolitik ist die Merkel-Herrschaft eng verwoben mit Deep-State-Formationen des Kriegskomplexes. Spätestens seit Mitte der 1990er Jahre sind die deutschen Regierungen maßgebliche Treiber der NATO- und EU-Ostexpansion, involviert in die Zerschlagung Jugoslawiens, den Syrienkrieg, den Ukraine-Putsch, in alle möglichen außen- und geheimdienstlichen Operationen bis hin zum Völkermord im Jemen. Wer es wissen will, kann all dies wissen.

Für die Aufzählung der außenpolitischen Verbrechen fehlt hier der Platz. Und weil die Menschen nicht zur Ruhe kommen sollen, geht auch die Kriegstreiberei immer weiter: "China und Rußland umzingeln zerstrittene westliche Allianz", so der NATO-Kriegspropagandist Jens Stoltenberg: Propaganda-Bullshit von Bullshitern für Gehirn gewaschene Bevölkerungen.

Die Menschen des Westens stecken fest in einem absolut kranken, ethisch-moralisch zerrütteten Zivilisationsmodell im Apokalypse-Modus.

In jedem Fall ist das, was um uns herum geschieht, seit Menschengedenken beispiellos. Das "radikal Böse" (Hannah Arendt) ist in Aktion: Als Folge der Lockdowns werden sich Millionen Todesopfer weltweit erst in einigen Jahren aufsummieren, dies gilt insbesondere für den globalen Süden, der von den Maßnahmen besonders stark betroffen ist, da die Lieferketten zusammengebrochen sind. Mission -Bevölkerungsreduktion - accomplished, aber auch mit Impf-Programmen kann da noch nachgeholfen werden.

Völlige Verblendung

Wie verblendet muß man eigentlich sein, um all den hirnerkrankten Regime-Bullshit zu glauben, der uns aufgetischt wird oder ihm sogar noch als Erfüllungsgehilfe oder Mitläufer zur Seite zu stehen, ihn zu decken, ihn zu stützen?

Zum Arsenal der Tyrannei im Krieg gegen die Völker gehören nicht nur Maskenterror, PCR-Tests, Zwangsimpf-Programme und polizeilich abgeriegelte Innenstädte, sondern wesentlich auch die Zerstörung der menschlichen Würde, die Zersetzung jedweder Opposition und des menschlichen Geistes. All dies schwächt das menschliche Immunsystem.

Merkel-Tyrannei und diensteifrige Schergen

- stressen die Menschen unter dem Covid 19-Regime bis zum Äußersten,
- halten die Menschen in Angst- und Schockstarre und triggern diese Angst durch täglich neue Horrormeldungen,
- arbeiten im Schulterschuß mit ihrer medialen Bullshit-Mafia,
- sorgen durch den unhygienischen Maskenterror dafür, daß Körper und Gehirn nicht ausreichend mit Sauerstoff versorgt werden,
- hetzen die Menschen aufeinander und rufen zur Denunziation auf,
- zwingen die Menschen in die Isolation und ins digitale Homeoffice,
- zerrütten durch ihr Distanzregime das Zusammenleben der Menschen bis in die Familien hinein,
- zerstören planvoll den Mittelstand und Millionen von Arbeitsplätzen und Existenzen,
- zerstören das soziale Miteinander und den kulturellen Austausch, indem sie Treffen in Restaurants, Hotels, den Besuch von Museen und Konzerten, Versammlungen etc. verbieten,
- verbieten alles, was den Menschen guttut, zum Beispiel Sport und Geselligkeit, unterminieren alles, was das Miteinander fördert und stärkt,
- bringen die Gesundheitsämter in Stellung, um die Isolationsfolter zu exekutieren,
- bauen militärischen flankierte Impfzentren auf, um den Menschen nicht ausreichend getestete Impfstoffe zu applizieren.

Auch mit diesem Streß kann man Menschen langfristig ermorden. Corona ist nur der Weg

zum Ziel. Im Kern geht es nicht um Corona, es geht um die dahinterliegende Agenda des World Economic Forum mit all seinen "zukunftsweisenden Errungenschaften".

Psychologische Operation der Extraklasse

Das Covid 19-Regime ist Kriegführung nach innen. Was wir erleben, umfaßt das ganze Wissen der psychologischen Kriegführung, des Mind Control/MKUltra und alle Erkenntnisse zahlloser Kriege ...

Die Angstmach-Papiere aus dem deutschen und österreichischen Innenministerium offenbaren die Perfidie der Supervereblicher. Auch diese Papiere gehören ins Spektrum psychologischer Operationen ebenso wie die strategische Kooperation mit den Medien als "Waffe".

So, wie sie im Krieg den Willen von Kriegsgefangenen brechen, führen die transhumanistischen Psycho- und Soziopathen des World Economic Forum unter Klaus Schwab im Verbund mit Regierungen, Geheimdiensten und Militärs einen psychologischen Krieg gegen die Völker, um deren Willen zu brechen. Die Zerstörung der menschlichen Psyche, die Zerstörung des Klein- und Mittelstandes, des gesamten Kulturbetriebes, massive Zensur, Bevölkerungsreduktion, die soziale Zersetzung der Gesellschaften, Polizeiterror gegen freie Medien und vieles mehr gehören zu einem Handlungsensemble.

Covid-19 ist politischer Krieg, das verstehen die meisten Menschen nicht, wollen oder können es nicht glauben. Weite Teile der orthodoxen "Linken" sind zu degeneriert, zu staatsbesoffen, sich der neuen Diktatur zu widersetzen. Ihnen fehlt jeder ethisch-moralische Kompaß. Viele fühlen sich in der Merkel-Diktatur darum auch ganz wohl, erwarten Postengewinnung ... Vor allem wollen sie den Menschen sagen können, wie sie ihr Leben einzurichten haben. Darum bieder sie sich der Merkel-Tyrannie als Bündnispartner an und attackieren die Demokratiebewegung. Staatsverherrlichende Gesinnung und Kapitalfaschismus der Merkel-Tyrannie sind offensichtlich kein zwingender Widerspruch.

Bei Covid-19 handelt es sich um eine zentral-orchestrierte, hoch-diversifizierte Operation. Die Produktion von Chaos, die inszenierte Willkür, das Durchstechen exekutiven Unrechts, diktatorische Rechthaberei, Einschüchterung und weitgehende Rechtlosigkeit der Bevölkerung, das Ziel der Ermattung wie in einem Abnutzungskrieg soll den Feind - und das sind wir alle - Schachmatt setzen, bevor er auf die Idee kommt zu kämpfen.

Im konkreten Fall des Infektionskrieges als Dauerzustand gegen die Völker sollen sich die Menschen an den oktroyierten Schwachsinn gewöhnen, bis sie - angstzerfressen und ermattet - selbst an ihn glauben. Die permanente Dauerbeschäftigung mit täglich neuem Unfug, neuen Durchsagen und Horrormeldungen erweitert das psyop-Spektrum.

In einem amoklaufenden System ist der Wahnsinn Selbstzweck, er ist Teil eines Abnutzungs- und Unterwerfungskriegs. Ferner werden die pro- und contra-Lager gezielt aufeinandergehetzt: Jung gegen alt, Infektionsschutz-Enthusiasten gegen Angstfreie, Impffreudige gegen Impfkritiker etc. Flankiert wird diese psyop-Terrorstrategie durch polizeiliche Maßnahmen, die jederzeit bis zum Militäreinsatz nach innen eskaliert werden können: Psyop + bewaffnete Macht gegen die Bevölkerung, das ist es, was läuft.

Ziel aller psychologischen Operationen ist die Unterwerfung des menschlichen Geistes. Ist das "politische Tier" im Menschen besiegt, so muß kein Schuß fallen.

"PSYOP sind geplante Operationen, die ausgewählte Informationen an ausländische Zielgruppen vermitteln, um deren Emotionen, Motive, das objektive Denken und letztlich das Verhalten ausländischer Regierungen, Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen zu beeinflussen. ... Auf diese Weise beeinflußt PSYOP nicht nur die Politik und Entscheidungen, sondern auch die Fähigkeit zu regieren, die Fähigkeit zu befehlen, den Willen zu kämpfen, den Willen zu gehorchen und den Willen zu unterstützen" (U.S. Army, PSYOP, Book 2 ...).

Solange das Narrativ des Killervirus die Köpfe verheert, ist es um die Menschheit nicht gut bestellt. Dieses Narrativ muß durch ein neues ersetzt werden - ein Narrativ ist stärker als alle

Polizeiapparate und Armeen der Welt.

Die Merkel-Tyrannie muß von den Verheerungen ihrer Politik maximal ablenken und ist mit Covid-19 in die Eskalationsstufe einer neuen Diktatur eingetreten. Hierzu müssen alle, die sich ihrer Tyrannie verweigern, als irregeleitete Fehlläufer, "Fremdkörper der Gesellschaft", psychiatrische Fälle denunziert und verächtlich gemacht und ... werden. Dieses Programm läuft auf Hochtouren (U. Gellermann ...). Auch diese Strategie ... war kennzeichnend für die Tyrannieen hitleristischer oder stalinistischer Prägung.

Passiver und aktiver Widerstand

Die Tyrannenherrschaft ist so alt wie die Herrschaft des Menschen über den Menschen. Darum haben sich die Untertanen zu allen Zeiten Gedanken darüber gemacht, wie sie Machtmißbrauch der Könige, Fürsten und des Klerus wirkungsvoll Grenzen setzen können. Der Streit über das Widerstandsrecht wurde seit Jahrhunderten nicht beigelegt. Durch das Attentat am 20. Juli 1944 gegen Hitler ... steht es heute wieder im Mittelpunkt, nachdem die in der SED-Kader-Diktatur sozialisierte, herrschaftstrunkene Angela Merkel und ihre Schergen die deutsche Republik in toto abgefackelt haben. ...

... Was bezwecken die Tyrannin Merkel und ihre Schergen mit mehrfachen Lockdowns anderes, als die völlige Zerstörung von Wirtschaft und Gesellschaft unseres Landes und Europas? Von der "schöpferischen Zerstörung", deren Anhänger sie sämtlich sind, bleiben mittelfristig das Chaos, die Zerrüttung, die Bereicherung der Wenigen und das Elend der Vielen sowie der Niedergang sämtlicher Kultur - langfristig sowieso. Das ist das ultimative Verbrechen, der ultimative Staatsterror. ...

Und der Tyrannin sei ein Satz Kants aus "Zum ewigen Frieden" entgegen geschleudert: ... "Daß Könige philosophieren oder Philosophen Könige werden, ist nicht zu erwarten, aber auch nicht zu wünschen; weil der Besitz von Macht das freie Urteil von Vernunft unvermeidlich verdirbt". ...<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 09/21" berichtete am 26. Februar 2021 (x1.387/...): >>>Churchill im Visier der Cancel Culture

Frontalangriff: Auch die britische Kriegsikone gerät als "Rassist" immer heftiger unter Beschuß

Julian Schneider

Nach heutigen Maßstäben war Winston Churchill ein Rassist und Anhänger der "weißen Vorherrschaft", aber führte er tatsächlich ein Empire, das "schlimmer als die Nazis" war? Am Churchill College an der Universität Cambridge, das der Ex-Premierminister 1958 mitgegründet hatte, war kürzlich eine gnadenlose Generalabrechnung mit ihm angesagt. In einer bemerkenswert einseitig besetzten, landesweit beachteten Podiumsdiskussion verfiel Churchill (1874-1965) der totalen Verdammnis.

Wird die britische konservative Kriegsikone der nächste Fall für die Cancel Culture? Churchill und sein Empire seien nicht besser als die Nationalsozialisten, sondern sogar verwerflicher gewesen, meint Kehinde Andrews. "Das britische Empire war weit schlimmer als die Nazis und es dauerte länger", befand der Soziologe, der in Birmingham die erste Professur für Black Studies im Vereinigten Königreich ergattert hat. Panelredner verwiesen auf die bis zu drei Millionen Toten bei einer Hungersnot 1943 in Bengalen, für die Churchill angeblich vorsätzlich verantwortlich sei.

Der Frontalangriff auf den Kriegspremier kratzt am nationalen Selbstbewußtsein der Briten. Schon bei "Black Lives Matter-Demonstrationen" im vergangenen Jahr war Churchills Statue vor dem Parlament in Westminster Ziel von Farbattacken und "Rassist-Schmierern" geworden. Zeitungen wie der konservative Telegraph, die liberale Times, die rechte Daily Mail und das Massenblatt Sun druckten wütende Reaktionen. Premierminister Boris Johnson, ein großer Churchill-Verehrer, warf sich für den Kriegspremier in die Bresche. Das Land, gerade erst

aus der EU ausgetreten, leidet schon seit längerem unter Empire-Phantomschmerzen: Für die einen die Quelle von Nostalgie, für die anderen nur noch Zielscheibe geschichtspolitischen Furors.

Herabwürdigung "weißer Leben"

Alle Bezüge zum Empire und zum Kolonialismus sollen getilgt werden, fordern radikale Linke. Das Empire wird nur noch als rassistische Veranstaltung gesehen. Daß die Briten bei der Abschaffung des Sklavenhandels führend waren, daß sie nach 1807 Kriegsschiffe einsetzen, um ihn zu unterbinden, fällt unter den Tisch, ebenso daß die Briten in den Kolonien auch viel aufbauten und eine relativ inkorrumperte Verwaltung einsetzten und den modernen Rechtsstaat etablierten. Churchill-Verteidiger wie der Historiker Andrew Roberts sagen, daß der Premier auch gekämpft habe, um "Hunderte Millionen Nicht-Weiße zu schützen".

Bei den Anklägern ist ein recht simples Muster zu erkennen: Weiße sind Täter - immer und überall. Figuren wie Kehinde Andrews, Autor von "The Psychosis of Whiteness", oder Priyamvada Gopal geben sich wenig Mühe, ihren umgekehrten Rassismus zu verbergen. Gopal, die die Paneldiskussion am Churchill-College organisiert hat, twitterte vergangenes Jahr zu den BLM-Protesten: "I'll say it again. White Lives Don't Matter." Später legte sie nach mit der Forderung "Weißsein abschaffen!"

Ihre Herabwürdigung "weißer Leben" verhinderte nicht, daß sie kurz darauf in Cambridge zur Professorin für post-koloniale Literatur befördert wurde. Andrews zeigte wiederum viel Verständnis für die Forderung einiger studentischer Aktivisten, den Lehrplan des SOAS-Colleges an der Uni London von weißen Denkern (von Platon bis Kant) zu säubern und diese weitgehend durch afrikanische oder asiatische Philosophen zu ersetzen. Vom Antirassismus zum Haß auf alles Weiße scheint es kein weiter Weg zu sein.

Es ist auch kein Zufall, daß zwar Churchills angebliche Verantwortung für die Hungersnot in Ostindien hervorgehoben wird, die Massenbombardements deutscher Städte wie Dresden, denen Zehntausende Zivilisten und Flüchtlinge zum Opfer fielen, von den Aktivisten der "Critical Whiteness" kaum erwähnt oder ethisch problematisiert werden.

Das Massaker von Dresden im Februar 1945 wird in Großbritannien überwiegend gerechtfertigt. Zu Churchills Luftwaffengeneral Arthur Harris hört man nur selten kritische Stimmen. Die Statue für Bomber-Harris im Londoner Zentrum fand sich zwar auch auf der Liste der "Stürzt die Rassisten-Denkmalstürmer", aber nicht das Dresdner Kriegsverbrechen wird dort erwähnt, sondern "Kriegstreiberei in Rhodesien" und "Bombardements von Dörfern in Mesopotamien in den frühen 1920ern". Auf seiten der Churchill-Verteidiger bei den Tories wird Churchills Kriegführung gegen NS-Deutschland dagegen als heroischer Akt stereotyp gefeiert, der alle anderen möglichen Fehler und Defizite überstrahlt.

Anders als in Deutschland, das nach der Dauervergangenheitsbewältigung nur noch ein gebrochenes Selbstbewußtsein hat, existiert im britischen Königreich doch noch überwiegend ein stabiler Nationalstolz. Bei den regierenden Konservativen gibt es den Reflex, Angriffe auf historische Figuren abzuwehren. Als der Mob im vergangenen Frühjahr eine Reihe von Statuen stürzte (etwa in Bristol die des Unternehmers, Politikers und Stadtmäzens Edward Colston, der als Mitglied der Royal African Company im späten 17. Jahrhundert am Sklavenhandel beteiligt war), reagierte die Regierung indigniert.

Innenministerin Priti Patel, selbst Tochter von indisch-ostafrikanischen Einwanderern, verurteilte, daß die Polizei den Mob nicht gestoppt habe. Noch vor wenigen Tagen verurteilte Patel abermals, was sie in Bristol gesehen hatte, als "entsetzlich". Sie werde auch nicht, wie von BLM-Aktivisten gefordert, "aufs Knie" gehen. Allerdings hat man durchaus britische Polizisten gesehen, die diese Demutsgeste vor schwarzen oder braunen Demonstranten vollzogen.

Umbenennung von Straßen oder Institutionen

Die "Black Lives Matter-Bewegung" hat in Britannien inzwischen auch die Umbenennung

einer Reihe von Schulen oder Uni-Gebäuden angestoßen, darunter ein paar, die nach General Robert Clive, dem Gouverneur von Bengalen ("Clive of India") im 18. Jahrhundert, hießen. In 130 Stadträten mit Labour-Regierung gibt es Bestrebungen, umstrittene Statuen, die Namen von Straßen oder Institutionen zu entfernen.

Allerdings ist die Welle schon wieder abgeebbt, und es gibt auch Gegenkräfte. Kulturminister Oliver Dowden wies Museen und den National Trust an, nicht auf Druck von Aktivisten ihre Institutionen zu "säubern". Die Times zeigte vor wenigen Tagen, daß hinter den Säuberungsinitiativen oft genug Linksradikale, etwa Mitglieder der Socialist Workers Party, stehen und Petitionen auch tausendfach aus dem Ausland gezeichnet wurden.

Geradezu harmlos, aber auch bezeichnend war jüngst die Nachricht, daß die Brauereikette Greene King vier Pubs mit vermeintlich rassistischen Namen wie "The Black Boy" umbenennt, um eine "echt antirassistische Organisation" zu werden. Auf der Insel existieren noch etwa 70 Black-Boy-Pubs geben. Vermutlich wird ihnen nicht mehr lange helfen, darauf hinzuweisen, daß "Black Boy" ein liebevoller Spitzname für König Charles II. war. Antirassismus-Aktivisten interessieren solche historischen Feinheiten nicht. Wie auch in Deutschland müssen wohl alle "Mohren-Namen" früher oder später daran glauben.

Immer mehr in Mode kommt an britischen Universitäten und in linken Medien wie dem Guardian die aus den USA stammende "Critical Race Theory". Diese betrachtet alle gesellschaftlichen Strukturen unter der Annahme einer weißen Vorherrschaft und Unterdrückung; sie sieht alle Weißen als strukturelle, kollektive Täter und Unterdrücker, alle Nichtweißen per se als Opfer.

Bemerkenswert war vor einigen Wochen der Auftritt der Equality-Ministerin Kemi Badenoch im Parlament. Die junge Tory-Politikerin, deren Eltern aus Nigeria kamen und als Arzt und Professorin arbeiteten, wies die "Kritische Rassentheorie" und das Konzept der "Weißen Privilegien", die es zu überwinden gelte, scharf zurück. Damit würden Schwarze pauschal in eine Opferrolle gedrängt, dies sei wie ein Gefängnis, das lehne sie ab. Wenn Schulen beim "Black History-Monat" ihre Schüler mit der pauschalen Behauptung "weißer Privilegien" indoktrinieren, sei dies illegal.

Wie die Ministerin im Parlament Labour entgegentrat und linke Lieblingsdogmen zerfetzte, hat Eindruck gemacht. Beispiele wie Priti Patel und Kemi Badenoch auf der einen Seite und Priyamvada Gopal sowie Kehinde Andrews auf der anderen zeigen, daß die Konfliktlinien im Kulturkampf quer zu Hautfarben verlaufen können.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 09/21" berichtete am 26. Februar 2021 (x1.387/...): >>>Ein sang- und klangloses Ende

Vor dreißig Jahren wurde der von der Sowjetunion dominierte Warschauer Pakt aufgelöst
Jürgen W. Schmidt

Am 13. Februar 1991 ließ der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow seinen Pressesprecher Vitali Ignatenko verkünden, daß er den politischen Führungen der CSFR, Ungarns und Polens, den Restmitgliedern des Warschauer Paktes, auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Pakt-Staaten in Budapest am 25. Februar 1991 die Abschaffung der militärischen Strukturen des Bündnissystems vorschlagen werde. Daran anschließend wurden die militärischen Strukturen des Bündnisses tatsächlich ab dem 31. März 1991 aufgelöst.

Einziger Bündnisfall trat 1968 in der CSSR ein

Der militärischen Führung der Sowjetarmee kam es besonders darauf an, streng geheime militärische Planungsdokumente, Nachrichtenverbindungssysteme und Chiffrieranlagen sicherzustellen, bevor unberufene Hände in Form der Nato darauf Zugriff erhielten. Gleichzeitig begann der Abzug der sowjetischen Truppen aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei in Analogie zum Abzug der sowjetischen Truppen aus der ehemaligen DDR.

Václav Havel, damaliger Präsident der Tschechoslowakei empfing vergnügt am 1. Juli 1991

in Prag die amtlichen Vertreter der Sowjetunion, Bulgariens, Polens, Rumäniens und Ungarns, um gemeinsam mit ihnen pünktlich um 12 Uhr mittags das Auflösungsprotokoll des Warschauer Paktes zu unterzeichnen. Havel hatte auch allen Grund zur Zufriedenheit, denn der Warschauer Pakt schlug während seiner gesamten Existenz nur einmal zu, nämlich 1968 bei der Besetzung der Tschechoslowakei, um den Abbruch der dortigen reformkommunistischen Bestrebungen zu erreichen.

Anschließend an die Unterzeichnung des Auflösungsdocumentes trat Václav Havel vor die Weltpresse und verkündete: "Unsere heutige Entscheidung ist wirklich historisch. Wir nehmen endgültig Abschied von der Ära, als Europa geteilt war durch ideologische Unverträglichkeit. Vor uns sehen wir die Vision eines geeinten, demokratischen, gerechten und friedlichen Europa."

Gorbatschow war die ganze Angelegenheit derart peinlich, daß er sich in Prag von seinem Vizepräsidenten Gennadi Janajew vertreten ließ. 1990 noch hatte nämlich der letzte Oberkommandierende des Warschauer Paktes, der sowjetische Vier-Sterne-General Pjotr Ljuschew, vergeblich politische Einigkeit beschwörend, getönt: "Solange das nordatlantische Bündnis existiert, muß auch der Warschauer Vertrag bestehen. Das ist für uns wichtig. Und deswegen steht vor den Mitgliedern des Warschauer Vertrages die Aufgabe, solange der Warschauer Vertrag besteht, auch ihre Bündnisverpflichtungen zu erfüllen."

Dieses schmachliche Ende war dem Warschauer Pakt nicht an der Wiege gesungen worden. Immerhin wurde der 1955 begründete Vertrag noch am 26. April 1985 von allen Teilnehmerstaaten widerspruchlos um 25 Jahre verlängert, wobei sich der Pakt nach Ablauf dieser Frist automatisch jeweils um zehn Jahre weiterverlängern sollte.

Doch bröckelte das Bündnis Ende 1990 zunehmend auseinander. Der damalige Minister für Verteidigung und Abrüstung Rainer Eppelmann unterzeichnete mit dem Warschauer-Pakt-Oberbefehlshaber Ljuschew am 24. September 1990 ein Protokoll, welches die Nationale Volksarmee der DDR aus dem militärischen Bereich des Warschauer Paktes ausgliederte. Anschließend löste man nach der deutschen Wiedervereinigung die NVA gänzlich auf. Zudem ließ die gewaltsame politische Umwälzung in Rumänien und Bulgarien im Dezember 1990 deutlich erkennen, daß beide Länder gleichfalls aus dem militärischen Bündnissystem herausbrechen würden.

Die Auflösung paßte sich nur an die aktuelle Lage an

Es handelte sich bei der Auflösung des Warschauer Paktes auf Initiative von Gorbatschow folglich nur darum, sich seitens der Weltmacht Sowjetunion an die neue Lage, an den Verlust seiner osteuropäischen Satelliten, anzupassen. Während die einstigen osteuropäischen Mitgliedsländer des Warschauer Paktes schnell ihren Weg in das nordatlantische Bündnissystem Nato fanden, wurde nach dem Zerfall der Weltmacht Sowjetunion aus dem einstigen globalen Konkurrenten der USA eine regionale Großmacht, welche indessen durch ihr atomares Potential und ihre konventionelle militärische Stärke sich ein gewisses weltpolitisches Mitspracherecht - wie zuletzt in Syrien - bewahren konnte.

Allerdings fehlen dem Putinschen Rußland bis heute militärische Satrapen, und Rußland steht demzufolge bei etwaigen militärischen Konfrontationen immer allein da. Wahrscheinlich erklärt dieser Umstand die hohen finanziellen und rüstungswirtschaftlichen Anstrengungen, mit welchen Rußland aktuell sein atomares Potential und seine konventionelle Bewaffnung und Ausrüstung auf technologischem Höchststand erhält. Der Nato hingegen ist der Wegfall ihres militärischen Hauptkonkurrenten Warschauer Pakt gleichfalls nicht gut bekommen. 2019 bezeichnete der französische Präsident Emmanuel Macron mit spitzer Zunge die Nato als "hirntot".<<

Der deutsche Historiker Karlheinz Weißmann erinnerte im März 2021 an den 100. und den 150. Jahrestag der Gründung des Deutschen Reiches (x1.032/...): >>Die Debatte von 1971

... Die Linke sah in Gustav Heinemann, der als erster Sozialdemokrat das Amt des Bundespräsidenten übernommen hatte, einen ihrer wichtigsten Repräsentanten. Am 17. Januar 1971 strahlten die westdeutschen Rundfunk- und Fernsehsender eine Rede Heinemanns aus. Gleich zu Beginn stellt er fest, daß der Reichsgründungstag angesichts des Verlustes der Ostgebiete, der Spaltung des deutschen Restterritoriums und der Hauptstadt Berlin kaum gefeiert werden könne, wie man ihn in der Vergangenheit gefeiert habe.

Entscheidend war für Heinemann aber etwas anderes: die Tatsache, daß Bismarck "nicht in die schwarz-rot-goldene Ahnenreihe" gehörte, daß er die kleindeutsche Einheit "erzwang" und nicht auf demokratischem Wege herstellte. Dieser Geburtsfehler habe letztlich das Kaiserreich an seinen "inneren Zerklüftungen" "zugrunde" gehen lassen. Ein Schicksal, das der Bundesrepublik erspart bleiben werde, die zwar mit der DDR als dem anderem deutschen Staat in "harter Gegensätzlichkeit" konfrontiert sei, aber doch, was den Grad der "inneren Einheit" betreffe, ein stabiles Ganzes bilde.

Interessanterweise lag der geschichtspolitische Akzent des zweiten Mannes im Staate, des Bundestagspräsidenten Kai-Uwe von Hassel (1913-1997), deutlich anders. Am 20. Januar 1971, drei Tage nach Heinemanns Rede, eröffnete von Hassel die Sitzung des Parlaments mit der Erinnerung an den Tag der Reichsgründung.

Er betonte, daß die Deutschen zwar nicht dasselbe ungebrochene Verhältnis zu ihrer Geschichte hätten wie die übrigen Völker.

Trotzdem sei es eine "Selbstverständlichkeit", dieses Datums zu gedenken, angesichts seiner historischen Bedeutung und der Tatsache, daß es das "natürliche Zusammengehörigkeitsgefühl in unserem ganzen Volke" erfordere, eine Möglichkeit zur Vereinigung der Deutschen in einem Staat zu suchen und zu finden.

Von Hassel bezog sich damit nicht nur auf das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes, sondern auch auf den vom Bundesverfassungsgericht betonten Sachverhalt, daß das Deutsche Reich trotz des Zusammenbruchs von 1945 in völkerrechtlichem Sinn fortbestand. Letztlich ging es ihm aber darum, daß die Westdeutschen in Bismarcks Schöpfung weiter den Normalfall nationaler Existenz sahen. Noch bei einer demoskopischen Erhebung im Herbst 1971 äußerten - trotz der Ostverträge und der faktischen Anerkennung der DDR - 60 Prozent der Befragten, daß es für die Deutschen am besten wäre, wenn sie wieder in einem Staat zusammenlebten.

Allerdings hat sich diese Vorstellung nach und nach abgeschwächt. Was auch auf eine Verschiebung im deutschen Geschichtsbild zurückzuführen war. Die hatte ihre Ursache nicht unbedingt in der Übernahme der DDR-Sprachregelung, 1871 habe eine "großpreußisch-militaristische Reichsgründung" stattgefunden.

Es genügte, wie Heinemann, die Deutschen als "verspätete Nation" zu behandeln.

Die Formel ging auf den Philosophen Helmuth Plessner zurück und setzte voraus, daß die deutsche Geschichte eine Anomalie sei. Normalität und Maßstab war der idealisierte Ablauf der Nationalstaatsbildung in Frankreich, Großbritannien und den USA.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat diese Deutung zunehmend Einfluß gewonnen, weil sie der "kritischen" Attitüde der jungen Intelligenz entsprach. Beklagt wurde von ihr nicht nur der Mangel an Revolutionen und ein Demokratiedefizit, sondern auch, daß die Reformation, die Schwäche der Aufklärung und die entscheidende Rolle Preußens bei der Reichseinigung zu fatalen Konstruktionsfehlern führten, als deren Spätfolge die Machtergreifung Hitlers zu betrachten sei.

Entscheidend war dabei nicht die negative Beurteilung des NS-Regimes - die zum Konsens der Nachkriegszeit gehörte -, sondern das, was der Historiker Gerhard Ritter "Superrevisio-nismus" nannte: die totale Umwertung der deutschen Geschichte ins Destruktive, mehr noch, das Bemühen, diese Geschichte, insbesondere die des Kaiserreichs, nur mehr als Vorgeschich-

te von 1933 gelten zu lassen.

So weit ist Heinemann nicht gegangen, aber er hat der Idee des "Sonderwegs" doch in einer Weise Vorschub geleistet, die dem linken Zeitgeist entsprach. Der wollte nichts mehr wissen von der harten Realität des Politischen, von der Bedeutung der Macht für jedes Staatswesen, von der gegen Deutschland gerichteten "Einkreisung" vor dem Ersten Weltkrieg, der destabilisierenden Wirkung der bolschewistischen Revolution, der Verführungskraft des Totalitarismus, der materiellen wie psychologischen Bedeutung der deutschen Kriegsniederlage von 1918 und des Versailler Vertrags, der Schwäche der republikanischen Führungsschicht, den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise.

Dagegen setzte man auf eine hypermoralische Bewertung der Vergangenheit und eine Vorstellung von Kollektivschuld, die es erlaubte, jeden Verweis auf den größeren Zusammenhang der Geschichte als Entlastungsversuch zu brandmarken.

Diejenigen, die Heinemann sekundierten, sahen in der Reichsgründung deshalb nur die "Niederlage des bürgerlichen Liberalismus und Verrat an der Demokratie", womit "der Weg in den Abgrund vorgezeichnet" (Dieter Gütt) war. Insofern bildete erst die "Zerschlagung des Staates von 1871 ... Voraussetzung und ... Ausgangspunkt für eine neue deutsche Staatlichkeit" (Karl Dietrich Bracher).

Die würde die Deutschen von den Bedingungen nationaler Existenz erlösen, was man wahlweise mit Blick auf die kommende europäische Einheit rechtfertigte, oder indem man behauptete, die deutsche Teilung sei nichts anderes als die Rückkehr des "deutschen Raums" (Ulrich Scheuner) in eine ältere Lage, als daß das Heilige Römische Reich und der Deutsche Bund "perfekte Rechtsordnungen" bildeten, die man als "Kernstücke einer europäischen Friedensordnung" (Karl Otmar von Aretin) betrachten dürfe. Solche Auffassungen blieben vor 50 Jahren noch unwidersprochen.

Die Ausführungen von Hassels belegen das, der als Christdemokrat eine Position vertrat, die weitgehend der des bürgerlichen Lagers entsprach, dessen Vertreter darauf hinwiesen, daß "das politische Selbstverständnis der Deutschen durch die Erfahrung der Einheit Deutschlands tief und, so scheint es, dauerhaft geprägt worden" (Peter Graf Kielmannsegg) sei.

Unter Konservativen wehrte man sich vor allem gegen die Geringschätzung der Leistung Bismarcks, der den Deutschen "einen Staat gab, der ihren Aufstieg zu einer modernen Nation überhaupt erst ermöglichte" (Hans-Georg von Studnitz), und gegen einen immer stärker werdenden deutschen Masochismus, der fatale seelische Folgen haben mußte: "Eine Gesellschaft, die ihre Vergangenheit für ein historisches Schmutzloch hält, macht sich zum Hanswurst ihrer selbst. Geschichtliche Kontinuität befriedigt keine Kulturbedürfnisse, sondern ist für jede Gegenwart eine Bedingung politischer Existenz." (Hellmut Diwald)

Eine Ansicht, die damals selbst von Liberalen wie dem Politikwissenschaftler Waldemar Beson geteilt wurde. In einem Aufsatz zur Bedeutung des Bismarckreiches warnte er, daß die Bundesrepublik "aus dem Zusammenhang der deutschen Geschichte losgelöst wird, wenn dieser nichts anderes als das Produkt negativer Kräfte sein soll".

Folgen eines Kulturkampfes

Wie man heute feststellen muß, wurden die Warnungen nicht gehört. Vielmehr ist in den vergangenen Jahrzehnten eine "Verbösung" (Odo Marquard) unserer Nationalgeschichte ins Werk gesetzt worden, die nach und nach alles erfaßt. Sie hat auch zur radikalen Umwertung der Reichsgründung von 1871 geführt.

Das heißt, heute sprechen nicht mehr nur Journalisten in saloppem Ton über Bismarcks "rückständiges Reich der Deutschen, dominiert von Pickelhauben und einem Größenwahn" (Dirk Schümer). Auch Lehrstuhlinhabern fallen nur die Attribute "autoritär und militaristisch" ein, ergänzt um den Vorwurf, das Deutschland von 1871 habe 1914 fahrlässig oder schuldhaft einen ersten Weltkrieg vom Zaun gebrochen und gleich noch die Voraussetzungen für den zwei-

ten geschaffen.

Fallweise genügt selbst diese Anklage nicht. Dann zieht man zuletzt eine gerade Linie vom Zweiten zum Dritten Reich und dem Massenmord an den Juden: "Die Gesellschaft des Kaiserreichs war extrem hierarchisch, der Glaube an die Ungleichheit der Menschen war stark, auch der Rassismus und die Ausgrenzung. So entstanden Voraussetzungen für die breite Akzeptanz etwa der Judenverfolgung unter den Deutschen, die schließlich im Judenmord gipfelte. Wer das Kaiserreich von solchen Entwicklungen abtrennt, greift in der historischen Erklärung zu kurz." (Eckart Conze)

Diejenigen, die solche Auffassungen vertreten, sehen sie als Teil eines "geschichtspolitischen Konsenses" an, und der amtierende Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat sich unlängst zu dessen Sprecher gemacht.

In seiner Rede zum Tag der Deutschen Einheit griff er nicht nur die Stichworte seines Vorgängers Heinemann auf, sondern spitzte dessen Position noch weiter zu. Für Steinmeier wurde die "nationale Einheit 1871 ... erzwungen, mit Eisen und Blut, nach Kriegen mit unseren Nachbarn, gestützt auf preußische Dominanz, auf Militarismus und Nationalismus".

Eine Belastung, die nicht ohne Folgen bleiben konnte: "Mit eiserner Hand wurde im Kaiserreich auch nach innen durchregiert. Katholiken, Sozialisten, Juden galten als 'Reichsfeinde', wurden verfolgt, ausgegrenzt, eingesperrt; Frauen von politischer Mitbestimmung ausgeschlossen." Und: "Es war ein kurzer Weg von der Gründung des Kaiserreiches bis zur Katastrophe des Ersten Weltkrieges."

Daß weder den Sachfehlern in diesen Sätzen noch dem historischen Zerrbild, das der oberste Repräsentant des Staates liefert, widersprochen wird, ist bezeichnend für die Gegenwart. Dadurch wird aber auch der Abstand markiert zur Situation vor 50 Jahren.

1971 war jener Prozeß der "Umgründung" (Manfred Görtemaker) der Bundesrepublik noch im Gang, nicht abgeschlossen. Die Strategen des linken Kulturkampfes mußten noch gewisse Rücksichten nehmen. Von denen sind sie nun frei. Sie haben die wesentlichen Schaltstellen in Politik, Medien und allen Bereichen der Gesellschaft übernommen, in denen Meinung "gemacht" wird. Was nicht bedeutet, daß jeder Widerstand erloschen wäre. Die Desiderius-Erasmus-Stiftung betrachtet sich als Stützpunkt solchen Widerstandes und ihre Schriftenreihe als ein Mittel, ihn zur Geltung zu bringen.

Es wurde deshalb entschieden, mit dieser Ausgabe von Faktum einen Gegenakzent zur üblich gewordenen Bezugnahme auf die Reichsgründung von 1871 zu setzen und deutlich zu machen, welche außerordentliche Bedeutung diese "große deutsche Revolution" (Jacob Burckhardt) für unsere Geschichte und unser Volk besitzt. Es werden hier deshalb noch einmal die diplomatischen und militärischen Vorgänge beleuchtet, die die Reichsgründung möglich machten.

Weiter geht es um die eigentliche Leistung Bismarcks im Hinblick auf die Reorganisation Deutschlands als modernem Staat, dessen Verfassung zu seiner Zeit als vorbildlich gelten konnte. Zuletzt werden noch die Folgen der "kleindeutschen" Einigung betrachtet, die ältere Pläne für ein - eher katholisches oder eher liberales und demokratisches - Großdeutschland zwar undurchführbar machten, aber doch lange eine Art Leitlinie für die Beziehung zwischen dem Reich und Österreich bildeten. ...<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 14/21" berichtete am 2. April 2021 (x1.387/...):
>>Nation ist kein Auslaufmodell

Am 18. Januar 2021 jährte sich die Gründung des Deutschen Reiches zum 150. Mal. Ein vom Politikwissenschaftler Tilman Mayer herausgegebener Sammelband widmet sich dieser Nationalstaatlichkeit, die sich im Vergleich zu einer "Weltrepublik" oder den "Vereinigten Staaten von Europa" sowohl durch demokratische Legitimität als auch durch gesteigerte Effizienz auszeichnet

Karlheinz Weißmann

Der Nationalstaat wurde häufig totgesagt. Aber er ist ein zähes Luder. Zuletzt hat sich das im Rahmen der Pandemie gezeigt, als plötzlich von "Masken- oder "Impfstoffnationalismus" die Rede war und Erwägungen darüber angestellt wurden, ob die EU überhaupt geeignet sei, derartige Krisen zu bewältigen, oder ob doch nur der Nationalstaat Sicherheit und Versorgung seiner Bürger gewährleiste.

Eine besondere historische Dimension nimmt die Frage nach der Nationalstaatlichkeit für die Deutschen an, da ihr moderner Nationalstaat gerade 150 Jahre alt wurde. Die Reichsgründung als Ausgangspunkt einer bis in die Gegenwart reichenden Entwicklung zu betrachten, ist allerdings aus der Mode gekommen. Schon deshalb greift man interessiert zu einem Buch, das diese Linie zieht.

Da es sich um einen Sammelband handelt, darf man keine einhelligen Positionen erwarten, aber etwas wie eine Generaltendenz gibt doch die Einführung des Herausgebers Tilman Mayer vor: "Lebenslüge - 'kein Zurück zum Nationalstaat klassischer Prägung'." Mayer bezieht sich damit auf eine Äußerung Helmut Kohls, der im Zuge der Wiedervereinigung eben das behauptet hatte: daß es "kein Zurück zum Nationalstaat klassischer Prägung" gebe.

Wenn Mayer diese Formel eine "Lebenslüge" nennt, meint er allerdings eine Selbsttäuschung, der sich im Grunde alle führenden Politiker der Nachkriegszeit ergeben haben. Sie hofften nicht nur, daß sich mit einem entsprechenden Mantra das Neuaufflammen des radikalen Nationalismus verhindern lasse, sondern auch, daß die Deutschen wie alle Welt durch den Fortschritt der Dinge von ihrer nationalen Existenz erlöst würden.

Warum es dazu nicht gekommen ist und auch in Zukunft nicht kommen wird, erläutert Henning Ottmann in seinem Beitrag, der sich vor allem mit den Alternativen zum Nationalstaat - Weltrepublik und Vereinigte Staaten von Europa - beschäftigt und schließt, daß weder im einen noch im anderen Fall mit demokratischer Legitimität oder gesteigerter Effizienz zu rechnen sei. Eher scheine das Gegenteil wahrscheinlich, was eindeutig für den Nationalstaat als Optimum politischer Organisation spreche.

Den Schritt zum deutschen Fall macht Christian Hillgruber, der die völkerrechtliche Kontinuität von der Reichsgründung 1871 bis zum Einigungsvertrag 1990 nachzeichnet. Die folgenden Beiträge von Hanns Jürgen Küsters, Eckhard Jesse, Eberhard Diepgen und Wolfram Pyta, die verschiedene symbolische Aspekte des Nationalstaates behandeln, bieten zwar in der Regel (wenngleich nicht immer) solide Information, aber keine neuen Einsichten.

Anders verhält es sich mit dem Aufsatz von Werner Plumpe, der ein sehr eindrucksvolles Bild der "Veränderungsdynamik" des Kaiserreichs auf den Feldern der Wirtschaft, der Infrastruktur, des Schul- und Hochschulwesens zeichnet und mit der hübschen Paradoxie endet, daß die erhalten gebliebenen "Quartiere der großen Städte die bevorzugten Wohnorte jener Intelligenz" seien, "die üblicherweise an dieser Zeit kaum ein gutes Haar läßt".

Daß viel von der Bewertung deutscher Nationalstaatlichkeit abhängt, wenn man das Werk Bismarcks zum Bezugspunkt wählt und dessen Stellung innerhalb des europäischen Systems analysiert, macht gleich eine ganze Gruppe von Beiträgen deutlich, die besondere Aufmerksamkeit verdienen. Etwas verkürzend könnte man sagen, daß Ulrich Schlie in diesem Zusammenhang die klassische These von der "halbhegemonialen Stellung" des Reiches vertritt.

Flankiert wird sein Aufsatz von den Erwägungen Brendan Simms zur Geopolitik Deutschlands. Nach Simms war Deutschland "für etwa vierhundert Jahre zu schwach" und: "Für etwa achtzig Jahre nach seiner Vereinigung war Deutschland zu stark und bedrohte entweder den Weltfrieden oder schien es doch zu tun."

Bemerkenswerterweise wird dieser verbreiteten Deutung von Hans-Christof Kraus mit Nachdruck widersprochen. Entscheidend ist aus seiner Sicht, daß die Vorstellung, Deutschland habe durch sein schieres Vorhandensein das europäische Gleichgewicht bedroht, auf einer ver-

zerzerrten Perspektive beruhe: "Das Deutsche Kaiserreich scheiterte nicht an seiner Größe, nicht daran, daß es 'Halbhegemon' war oder vor 1914 europäischer Hegemon werden wollte."

Diese Feststellung gelte trotz seiner Bevölkerungszahl, seiner militärischen Stärke und seiner ökonomischen Potenz. Denn um von einer "halbhegemonialen" oder "hegemonialen" Stellung sprechen zu können, hätte das Reich über ganz andere Ressourcen verfügen müssen, die ihm aber nicht zur Verfügung standen.

Das schien sich in der Frühphase des Ersten Weltkriegs und dann noch einmal nach 1938 - zwischen dem "Anschluß" Österreichs und dem Sieg über Frankreich - zu ändern. Aber relativ rasch wurde das Fehlen einer ausreichenden Basis deutlich, die notwendig gewesen wäre, um tatsächlich zur Vormacht des Kontinents aufzusteigen. Die militärischen Niederlagen von 1918 wie 1945 hatten deshalb eine gewisse innere Logik.

Allerdings bleibt Kraus nicht bei dieser Bilanz stehen. In einem für den Historiker außergewöhnlich temperamentvollen Schluß kommt er auf die Gegenwart zu sprechen. Die sieht er vor allem von Realitätsverlust geprägt, wenn einerseits über die neue "Hegemonie" der "Mittelmacht" Deutschland schwadroniert und gleichzeitig das dauernde Übergewicht der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs ignoriert werde. Das Ungesunde der Situation besteht nach Kraus darin, sich über die Tatsachen keine Rechenschaft zu geben und - ob mit guter oder böser Absicht - den politischen Wirklichkeitssinn zu schwächen.

Leider muß man feststellen, daß in den letzten Aufsätzen - von Rainer Marcowitz über die deutsch-französischen Beziehungen, von Ulrich Lappenküper über Versailles als Erinnerungsort und von Michael Gehler über die europäische Integration - diese Erkenntnis kaum beherrzt wurde. Inhaltlich und in bezug auf die vorgenommenen Bewertungen sind sie konventionell im schlechteren Sinn des Wortes. Ein Manko, das für Sammelbände aber eher typisch und in diesem Fall hinnehmbar ist, angesichts der Qualität, die dem Leser sonst geboten wird.

Tilman Mayer (Hrsg.): 150 Jahre Nationalstaatlichkeit in Deutschland. Essays, Reflexionen, Kontroversen. Nomos Verlag, Baden-Baden 2021, ... 338 Seiten ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 7. April 2021 über eine Rede des deutschen Journalisten Jürgen Elsässer vom 5.04.2021 in Berlin: >>"Wir müssen die Bande zum Teufel jagen!"

Mein Name ist Jürgen Elsässer, ich bin Deutscher, und ich will nicht hinnehmen, daß unser schönes Deutschland, unsere Freiheit und auch unser Menschsein vor die Hunde gehen. Und sie werden vor die Hunde gehen, wenn wir diese Bande, die den Staat in ihren Krallen hält und das Volk quält, nicht bald zum Teufel jagen. Und ich sage ganz deutlich: Wenn die Regierung das Volk einsperren will, dann müssen wir die Regierung einsperren.

Ich stehe auch hier für die vielen Mittelständler, für die Kneipiers und Wirte, die wirklich alle Abstandsregeln und Auflagen und so weiter erfüllt haben. Und die trotzdem seit vielen Monaten nicht ihre Restaurants öffnen dürfen und zu zwei Drittel bis Ende des Jahres bankrott sein werden. Wer solche fleißigen Leute ins Elend stürzt, der ist ein Politverbrecher.

Ich stehe hier auch für unsere Kinder, die verzweifeln, die verstummen, die nicht mehr raus dürfen, die ihre Freunde nicht mehr treffen dürfen, die nicht mehr in die Schule dürfen, die sich mit sogenannten Home-Schooling herumquälen müssen, die keine Zukunft haben, wo viele an Selbstmord denken. Wer eine solche verlorene Generation heran züchtet und willentlich ins Verderben führt, der ist ein Politverbrecher.

Und ich stehe hier auch für unsere Senioren in den Altersheimen, die sich brav haben impfen lassen oder geimpft wurden und trotzdem jetzt nicht im Altersheim zusammen am Tisch sitzen dürfen, sondern eingesperrt bleiben in ihren Zimmern. Das ist menschlicher Sadismus, und wer so etwas macht, das sind politische Sadisten.

Und ich glaube, wir müssen dieser Regierung, diesen Politdarstellern endlich mal die Medizin zu schmecken geben, die sie dem Volk verabreichen wollen. Sollen doch Merkel, Drost,

Söldolf, Laschet, Esken, sollen sich diese doch mit AstraZeneca endlich mal impfen lassen. Und vor allem der Karl Lauterbach, der schon groß angekündigt hat, er will sich mit AstraZeneca impfen lassen. Liebes Karlchen, wann ist es denn endlich soweit?

Da gibt es das schöne Wort von der Corona-Diktatur. irgendeine bezahlte Kommission hat es zum Unwort des Jahres 2020 gewählt. Ich bin einigermaßen zufrieden damit, daß ich zu den Leuten gehört habe, die diesen Begriff Corona-Diktatur sehr früh verwendet haben. Im März 2020, in meinem Editorial für die April-Ausgabe von COMPACT habe ich die Überschrift gewählt: "Corona-Diktatur", weil damals schon klar, wohin der Hase läuft. Aber viele Leute denken immer noch, es sei Propaganda. Aber was erleben wir denn?

Vor ungefähr zweieinhalb Wochen hat das höchste Gericht in Nordrhein-Westfalen den Lockdown für den Mittelstand und Restaurants aufgehoben. In einer Demokratie wäre das Gesetz. Erst, wenn die Regierung ein neues Gesetz einführen würde, ins Parlament einbringen würde, erst dann könnten sie den Lockdown wieder verhängen. Das würde aber Monate dauern, in der Demokratie. Wie aber war es bei uns? Nach dem Richterspruch vergingen gerade einmal 191 Minuten. Dann hat die Landesregierung den Lockdown nochmal verkündet und sogar noch verschärft.

Das heißt, die Gewaltenteilung ist aufgehoben, weil die Judikative des Rechtssystems jederzeit von der Politik einkassiert werden kann. Und Parlament gibt es auch nicht mehr. Das Parlament hat überhaupt nichts mehr zu sagen. Alles passiert in einem kleinen Küchenkabinett, jenseits der parlamentarischen Debatte, geschweige der Beschlußfassung. Das heißt, ein Staat, wo durchregiert wird, wo keine Richterbeschlüsse mehr Bestand haben, wo es kein Parlament mehr gibt, das was zu sagen hat, das ist eine Diktatur und darin leben wir.

Jetzt habe ich über diese furchtbaren Personen geschimpft, die wir jeden Tag im Fernsehen ertragen müssen, diese Nullen. Aber wir müssen uns darüber im Klaren sein, das sind nur ausführende Organe. Die Beschlüsse fallen ganz woanders. Und über diese Leute müssen wir auch mal Klartext reden. Das sind die Raubtierkapitalisten. Das eine Promille, das die restlichen 99,9 Prozent auf der Welt versklaven und beherrschen will, und wir kennen auch die Namen und müssen sie aussprechen. Bill Gates, George Soros, Klaus Schwab, Elon Musk, Jeff Bezos und Marc Zuckerberg.

Diese Leute bilden eine kleine Geldelite, die nur im Sinn haben, uns auszubeuten und zu entmenslichen. Und alles, was jetzt abläuft, folgt dem Plan dieser Leute, und der Plan hat einen Titel, zu diesem dieser Klaus Schwab sogar ein Buch geschrieben hat und dieser Titel heißt "Great Reset". Und das Weltwirtschaftsforum, das dieser Schwab vorsteht, hat Propaganda dafür gemacht mit den Worten: "Im Great Reset werdet Ihr nichts besitzen und dennoch glücklich sein."

Aber es geht noch um mehr. Es geht nicht nur um totale Enteignung, es geht auch darum, mit dem analogen Menschsein Schluß zu machen. Was wir im Augenblick erleben, ist ein Rücksturz um 500.000 Jahre zurück in die Menschheitsgeschichte. Vor 500.000 Jahren hat der Homo sapiens das Feuer gezähmt und hatte keine Angst mehr, seine Höhle zu verlassen. Jetzt werden wir im ewigen Lockdown in unsere Höhle zurückgescheucht und dürfen nicht mit unseren Nächsten zusammenkommen und sollen nur noch digital kommunizieren, wo die Eliten uns total überwachen und manipulieren können. Das ist ein neues, ein archaisches Stadium der Menschheit, was die ganze bisherige Geschichte annullieren soll.

Und der Höhepunkt ist der Eingriff unsere Erbsubstanz. ihr müßt euch vorstellen, dieser Elon Musk hat doch tatsächlich in einem Interview mit der Bildzeitung gesagt, mRNA-Impfstoffe, also das Zeug, was wir jetzt kriegen, seien so tolle Sachen, damit könnte man, wenn man sie sich injizieren läßt, bei entsprechendem Forschungsstand auch am nächsten Morgen als Schmetterling aufwachen. Und da sage ich zu Elon Musk: Ich möchte nicht als Schmetterling aufwachen, ich will nicht euer Zombie sein. Ich bin als Mensch geschaffen, und dieses

Menschsein werde ich mit allen Zähnen und Klauen verteidigen gegen euch Satanisten.

Ich möchte schließen vor diesem Hintergrund mit Worten des Nationaldichters Bertold Brecht, etwas abgewandelt zur aktuellen Lage: Laßt uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit nicht einmal zu wenig gesagt würde. Laßt uns die Warnungen erneuern, auch wenn sie schon wie Asche in unserem Munde liegen. Denn der Menschheit droht ein Angriff auf die Gattung selbst, gegen welchen die Kriege der Vergangenheit nur harmlose Versuche sind. Und dieser Great Reset wird kommen, ohne jeden Zweifel, wenn denen, die ihn in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden. Danke!<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 12. April 2021 folgender Bericht über die "Untertanen-Mentalität" der Deutschen (x1.014/...):

>>**HIStory: Haben die Deutschen schon immer eine "Untertanenmentalität" gehabt?**

Der Buchautor und Publizist Hermann Ploppa erläutert in HIStory kurz und sachlich historische Daten und Jahrestage von herausragenden geschichtlichen Ereignissen.

Wenn man sich so umschaute in diesen bizarren Corona-Zeiten, dann kann man schier verzweifeln. Viele unserer Mitmenschen kleben an den Lippen unserer geliebten Kanzlerin und setzen gewissenhaft jede noch so irrwitzige Vorschrift unserer Obrigkeit bis in kleinste Detail um.

Und das, ohne auch nur eine Sekunde nach der Sinnhaftigkeit der aktuellen Verordnungen zu fragen. Oder auch nur eine Sekunde unter der Demütigung durch sinnlose Mund- und Nasenmasken zu leiden. Ist "den Deutschen" die Untertanenmentalität zur DNA geworden?

Da ist die Zeit gekommen, in der schon wieder einige Leute darüber spekulieren, daß "die Deutschen" schon immer eine unterwürfige Mentalität gehabt hätten. Die sie dann anfällig machen würde für totalitäre Ideologien.

Ich denke, das entspricht nicht den Tatsachen. Wären die Deutschen schon immer ein Volk von begeisterten Untertanen gewesen, dann hätten die Nazis im Jahre 1933 nicht ein Millionenheer von SA, SS und Gestapo unterhalten müssen, um die Deutschen zu unterwerfen.

Und im deutschen Kaiserreich? In den Jahren zwischen 1871 und 1918? Wie war das in jenen fernen Zeiten? Auch hier gibt es jede Menge Literaten und Historiker, die uns erzählen, Kaiser Wilhelms Reich sei eine Art von hochmotiviertem Exerzierhof gewesen.

Stimmt das? Dieser Frage gehen wir in unserer heutigen Sendung History nach.

Da ist zum Beispiel der amerikanische Publizist William Shirer. Shirer war in der Hitlerzeit in Berlin als Korrespondent amerikanischer Zeitungen unterwegs.

Nach seiner aktiven Zeit hatte er in den 1960er Jahren das Buch *"Aufstieg und Fall des Dritten Reiches"* geschrieben. In diesem Buch prägte Shirer viele Stereotypen, die bis heute das Bild "der Deutschen" ausmachen.

Das wilhelminische Kaiserreich sei *"in Wirklichkeit eine Militärdiktatur"* gewesen. Der Kaiser habe geschaltet und gewaltet, wie es ihm gefiel. Der Reichstag war nur ein "Debattierklub", und die Volksvertreter konnten für ihre jeweilige Klientel nur "Scheinvorteile" herausholen. Und so steht für Shirer eindeutig fest: hier gedeiht der Humus für den Nationalsozialismus, denn, Zitat:

"So konnten im Gegensatz zu der Entwicklung in anderen westlichen Ländern die Ideen von Demokratie, souveränem Volk und Hoheit des Parlaments in Deutschland niemals Fuß fassen, nicht einmal nach Beginn des Zwanzigsten Jahrhunderts." Der Weg von Wilhelm zu Adolf: für Shirer ein *"völlig logischer Verlauf."*

In Büchern, die noch mehr auf die "breite Masse" zugeschnitten sind, wird als Beleg für den Untertanengeist der Deutschen auch immer wieder gerne die Episode des Hauptmanns von Köpenick angeführt. Der *"Hauptmann von Köpenick"* - jener arbeitslose, vorbestrafte Schuster, der sich eine Uniform anzieht und dann als angeblicher Vorgesetzter den Amtsschimmel strammstehen läßt.

Aber gerade die Beliebtheit des Köpenicker Hochstaplers zeugt doch von einer ganz anderen Realität: daß nämlich das "gemeine Volk" in Distanz zum Staatsapparat stand und die Maschinerie sehr genau durchschaut hatte. Für diese Wahrnehmung hatte auch Kaiser Wilhelm II. ein Gespür. Er ließ verlautbaren, er fände die Geschichte vom Hauptmann von Köpenick "*zum Piepen!*" Was wiederum erneut seine Beliebtheit in der Bevölkerung vergrößerte.

Der Untertan - ein geflügeltes Wort für den Menschen in der wilhelminischen Ära. "*Der Untertan*" heißt auch der bekannteste Roman von Heinrich Mann. In einer Kleinstadt, die Heinrich Mann Netzig nennt, will der böartige Papierfabrikant Dietrich Heßling sich selbst zum ersten Mann im Ort erheben. Heßling versucht, den liberal-demokratischen Zeitgeist in Netzig durch übelste Intrige und durch seine Verbindungen über ultrarechte Seilschaften zu brechen. Doch das alles nützt ihm zunächst rein gar nichts.

Erst eine heimliche Abmachung mit dem Sozialdemokraten Napoleon Fischer ermöglicht ihm den Durchbruch; erkauft wird dieser Durchbruch allerdings mit einem Sitz im Stadtrat für den Sozialdemokraten Fischer.

Die Sozialdemokraten dulden nunmehr auch die Errichtung einer Reiterstatue von Wilhelm II. auf dem Marktplatz. Protagonist Dietrich Heßling erlangt widerstandslos das Papiermonopol für seine eigene Firma in Netzig und Umgebung, auf Kosten der Liberalen. Also: der Reaktionsnär Heßling kann nicht schalten und walten wie es ihm paßt. Er muß mit der mächtigen Sozialdemokratie kungeln!

Auch wenn es sich hier um Beispiele aus der satirischen Gattung handelt, könnte es denn nicht sein, daß das wilhelminische Kaiserreich doch etwas vielschichtiger gestrickt war? Und daß mit Worten wie "Autokratie", "Untertanengeist", "Servilität" oder "moskowitzische Barbarei" dieses komplexe Gebilde keineswegs angemessen beschrieben ist?

Einige Gesichtspunkte verdienen genauere Betrachtung.

Das Deutsche Reich, das 1871 gegründet wurde, war immerhin eine konstitutionelle Monarchie. In vielerlei Hinsicht stellte es eine Nachbildung der englischen Verfassung dar. Es war eindeutig kein absolutistisches System, wie in jenen Tagen noch die Zarenherrschaft in Rußland. Das hieß in der Praxis: der Kaiser handelte und entschied allein auf dem Boden der Verfassung.

Ebenfalls wie in Großbritannien oder den USA gab es ein parlamentarisches Zweikammersystem im Bundesstaat Preußen.

Das sogenannte Herrenhaus entsprach dem englischen Oberhaus. Es setzte sich zusammen aus handverlesenen Vertretern des Adels, der freien Städte, aber auch aus Vertretern bestimmter Berufe. Das Abgeordnetenhaus (entspricht dem englischen Unterhaus) wurde nach dem Dreiklassenwahlrecht zusammengesetzt: wer mehr Steuern zahlte, bekam hier mehr Stimmen zum Wählen zugeteilt. Das war ganz schön ungerecht.

Die Abgeordneten des Deutschen Reichstages wurden jedoch in allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl bestimmt. Männer ab dem 25. Lebensjahr durften an der Wahl teilnehmen, egal wieviel Geld sie hatten. Es galt das Mehrheitswahlrecht. Das heißt: in das Parlament kam, wer in seinem Wahlkreis die meisten Stimmen errungen hatte. Parteilisten waren damals noch nicht üblich.

Der Kaiser setzte den Kanzler ein und berief ihn auch wieder ab. Der Kanzler war einzig und allein dem Kaiser gegenüber rechenschaftspflichtig. Gesetze jedoch erlangten nur dann Gültigkeit, wenn sie vom Parlament gebilligt wurden. Dasselbe galt für den Staatshaushalt. Bis 1918 ist ein deutlicher Trend zur Demokratisierung zu erkennen.

Unter anderem konnte seit dem Jahre 1912 das Parlament durch ein Mißtrauensvotum den Kanzler absetzen. Ab der Jahrhundertwende nahm die Macht des Kaisers immer weiter ab, und der jeweilige Kanzler mußte immer öfter parlamentarische Mehrheiten suchen, um seine Politik umzusetzen. Das wurde besonders deutlich im Jahre 1907.

Damals drangen Nachrichten über den Völkermord gegen die Ureinwohner im damaligen Deutsch-Südwestafrika nach Deutschland. Der General von Trotha hatte eigenmächtig einen Vernichtungskrieg gegen das Volk der Nama angezettelt. Auf Betreiben der Sozialdemokraten wurde die Reichsregierung unter Kanzler von Bülow gestürzt.

Nach Auflösung des Reichstags fanden Neuwahlen statt, die als "Hottentottenwahlen" in die Geschichte eingingen. Und obwohl die Sozialdemokraten Stimmengewinne bei dieser Wahl verbuchen konnten, verloren sie wegen des damals geltenden Mehrheitswahlrechts einige Mandate.

Denn das rechte Lager hatte sich auf gemeinsame Kandidaten in den Wahlkreisen verständigt, so daß der rechte Kandidat auch alle Stimmen des rechten Lagers auf sich vereinigen konnte, und somit viele sozialdemokratische Kandidaten nur noch abgeschlagen auf dem zweiten Platz landeten. Es ist nicht bekannt, daß in jener Zeit in irgendeinem anderen Land die Regierung gestürzt wurde - aufgrund von Völkerrechtsverstößen in den Kolonien.

Die Bevölkerung gewann auf diese Weise zunehmend Interesse an der parlamentarischen Arbeit, so daß, anders als heute, die Wahlbeteiligung im Laufe der Jahre immer weiter zunahm - von 50 Prozent im Jahre 1871 bis auf 85 Prozent im Jahre 1912. Alle Teile der Bevölkerung diskutierten leidenschaftlich die im Reichstag verhandelten Themen.

Von einem Untertanengeist kann schon deswegen überhaupt keine Rede sein, weil die wilhelminische Gesellschaft aufgeteilt war in eine adlige, eine bürgerliche und eine proletarische Welt. Und sie alle hatten jeweils eigene Ziele, eigene Wertvorstellungen, eigene Idole, eigene Medien, ja sogar ein je eigenes Zeitgefühl.

So schreibt ein Historiker, Zitat: *"Die sozialdemokratische Arbeiterklasse feierte weder den Geburtstag des Kaisers noch den Jahrestag der Schlacht von Sedan (2. September), dafür aber den 18. März (im Gedenken an das Jahr 1848 und an die Pariser Kommune), den 1. Mai und den Todestag von Lassalle (31. August)."*

Das wilhelminische Deutschland hatte eine Meinungsvielfalt zu bieten, von der wir nicht einmal mehr träumen können. Es gab 3.600 verschiedene Tageszeitungen mit 3.600 verschiedenen Meinungen. Keine einzige Zeitung überschritt eine Auflage von einer halben Million. In fast jeder Stadt gab es zwei konkurrierende Tageszeitungen mit unterschiedlicher politischer Ausrichtung.

In Berlin waren es sogar fünfzig Tageszeitungen, die mit bis zu drei Ausgaben pro Tag in den Auslagen der Kioske auf sich aufmerksam machten oder von Zeitungsjungen auf der Straße verkauft wurden. Die Mächtigen mußten von diesen Zeitungen durchaus derbe Schläge einstecken, und es kam vergleichsweise selten zu juristischen Reaktionen oder gar zu Zensurmaßnahmen. Auch den Kaiser schonte man nicht.

Im Jahre 1906 diffamierte der pathologische Schreiberling Herwarth Walden Wilhelm II. durch eine homophobe Schmutzkampagne, die sogenannte "Eulenburg-Affäre".

Doch die Freiheit eines Volkes bemißt sich nicht nur an Kriterien wie: freie Presse oder funktionstüchtige Parlamente. Wichtig sind auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten aller Schichten der Bevölkerung. Wichtig ist, ob finanziell schlechter gestellte Personen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Auf diesem Gebiet hatten - und haben - die Staaten Mitteleuropas, also: Schweiz, Österreich und Deutschland, effektive Schutzschirme geschaffen, die die Folgen der Kapitalkonzentration ganz erheblich abmildern. Erwähnen wollen wir Aktivitäten im staatlichen, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Bereich.

Unter anderem aus der geschmähten preußischen Tradition stammte der Grundsatz, daß Wirtschaftsbereiche der Grundversorgung nicht profitorientiert geführt werden. Bahn, Post oder kommunale Betriebe wurden zunehmend in staatliche Obhut überführt. Das bewahrte diese Bereiche vor Existenzgefährdungen durch Spekulation und das garantierte zugleich verbrau-

cherfreundliche Preise.

Eine Erfolgsgeschichte stellt auch der öffentlich-rechtliche Sektor im Kaiserreich dar. Der Staat initiierte und förderte z.B. Kranken- und Sozialkassen, die von Landesversicherungsanstalten eigenständig verwaltet wurden. Für die Sparkassen gab es unterstützende gesetzliche Normen in Preußen schon seit 1838. Unter diesem Schutz richteten die Kommunen örtliche Sparkassen ein. Der Gedanke: die Ersparnisse der "kleinen Leute", wurden hier gesammelt. Das Geld bleibt im Ort und wird für Infrastrukturmaßnahmen ausgegeben, die die Lebensqualität der Bürger vor Ort verbessern.

Die Reformen wollten die Leute zur Sparsamkeit erziehen, und deswegen gab es auch Schulsparkassen und sogenannte "Pfennigsparkassen". Christlich orientierte und liberale Bürger taten sich 1844 mit Arbeitern zusammen im Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen. 1884 schlossen sich die lokalen Sparkassen zum Deutschen Sparkassenverband zusammen. Nun konnten sich die Sparkassen gegenseitig helfen und einen Pool bilden für schwierige Zeiten. So konnte sich der Deutsche Sparkassenverband im Jahre 1905 auf 13 Verbände mit 1535 Filialen und Einlagen von 8.4 Milliarden Reichsmark stützen.

Eine besonders beeindruckende Erfolgsgeschichte im deutschsprachigen Raum handelt von den Genossenschaften. Genossenschaften haben in Mitteleuropa eine lange Tradition. Auf dem Lande teilten sich die Bauern gemeinsam bewirtschaftete Areale, entweder Forstwirtschaft oder Agrarland, die sogenannte Allmende. Seit 700 Jahren gibt es einen kompletten Genossenschaftsstaat, nämlich die Eidgenossenschaft der Schweiz.

Wie jeder heute noch vor Ort erleben kann, herrschen dort besonders stabile Verhältnisse. Soziale Konflikte sind vergleichsweise selten anzutreffen. Die Idee der Genossenschaft ist grundsätzlich gekoppelt an demokratische Prinzipien, weil alle Entscheidungen immer nur im größtmöglichen Konsens getroffen werden können. In der Schweiz finden pro Jahr zweihundert Volksabstimmungen statt, ohne daß davon irgendeine Destabilisierung ausgeht.

In Deutschland haben die Genossenschaften viele Härten des Kapitalismus abgemildert, denn das Unternehmensziel der Genossenschaft ist nicht die Erzielung von Profit, sondern die optimale Versorgung der eigenen Mitglieder sowie deren bestmögliche Förderung. Ein schier unübersehbares Netz von Einkaufs-, Hausbau-, Wohn-, Landwirtschafts- und Produktionsgenossenschaften überzieht noch heute Deutschland. Jetzt müssen wir leider zur Kenntnis nehmen, welche gigantischen Werte an ehemals genossenschaftlichem Eigentum an internationale Spekulationsfirmen, die sogenannten "Heuschrecken", verschleudert werden.

Unabhängig voneinander hatten Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schulze-Delitzsch Mitte des Neunzehnten Jahrhunderts "Darlehensvereine" und "Vorschußvereine" für Landwirte und Handwerker gegründet. Der Staat sicherte deren Existenz durch Genossenschaftsgesetze. Ende des Jahrhunderts förderten die erstarkten Gewerkschaften vermehrt Einkaufsgenossenschaften.

1903 wurde der Zentralverband deutscher Konsumvereine gegründet. Arbeiter, die wegen ihres gewerkschaftlichen Engagements bei Unternehmern keine Arbeit mehr fanden, halfen sich kurzerhand selber und gründeten in ihrem Beruf Produktionsgenossenschaften. Auch die katholische Kolping-Bewegung war im Genossenschaftswesen aktiv.

Die Gewerkschaften hatten im Kaiserreich eine sehr starke Stellung. Wobei es neben den sozialdemokratischen noch die christlichen und die liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften gab. Die deutschen Unternehmer konnten nicht einfach komplett die Belegschaft entlassen, wenn diese Widerworte gaben. Sie konnten nicht einfach Schiffsladungen neuer Arbeiter aus anderen Ländern kommen lassen, wie es in den USA üblich war. Man mußte mit dem vorhandenen knappen Arbeitskräftepotential klarkommen, oder die Räder standen eben still. Dieser Tatbestand förderte den Gedanken der Sozialpartnerschaft.

Die SPD war die stärkste politische Kraft im Kaiserreich. Ohne sie ging nichts mehr. In den

Katholiken, denen Bismarck mit seinem Kulturkampf vor den Kopf gestoßen hatte, fanden die Sozialdemokraten zuverlässige Verbündete. Fortschrittliche Bürger gründeten liberale Parteien. Und auch diese paktierten zeitweise mit SPD und Zentrum. Dänen, Polen und sich französisch fühlende Elsässer waren im Parlament vertreten und konnten bisweilen das Zünglein an der Waage darstellen.

An der Arbeiterbewegung führte kein Weg vorbei, wie ein Historiker ausführt:

Zitat: "Im Rechts- und Verfassungsstaat, der das Kaiserreich war, gab es keinen Spielraum mehr für einseitige Kraftakte ... Der Reichstag bot der Arbeiterbewegung eine demokratische Deckung, die die autoritären Sozialistenfresser nicht aushebeln konnten."

Man kann ohne weiteres behaupten, daß die Demokratie im Kaiserreich auf soliden Fundamenten stand. Daß sowohl Bürgertum wie Arbeiterschaft bereit waren, die Demokratie weiterhin auszubauen. Wäre nicht der Krieg dazwischengekommen, hätte man wahrscheinlich das undemokratische Dreiklassenwahlrecht in Preußen auf ganz friedliche Weise abgeschafft, und der größte Einzelstaat des Deutschen Reiches hätte mit einem Schlag eine solide Mitte-Links-Mehrheit aus SPD, Linksliberalen und Zentrum erhalten.

Die Ideen von Demokratie, souveränem Volk und der Hoheit des Parlaments waren in Deutschland bereits voll ausgefaltet, als der Erste Weltkrieg begann.

Wir lernen aus der Vergangenheit, wie wir die Zukunft besser machen.

Hermann Ploppa hat mehrere Bücher veröffentlicht, unter anderem: "Die Macher hinter den Kulissen: Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern", "Hitlers amerikanische Lehrer: Die Eliten der USA als Geburtshelfer der Nazi-Bewegung" sowie "Der Griff nach Eurasien: Die Hintergründe des ewigen Krieges gegen Rußland".<<

Der deutsche Publizist und Autor Horst Koch berichtete im Juni 2021 (x1.098/...): >>**Das neue Grundgesetz**

Von Alexander Seibel

Von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen ist unser altes Grundgesetz ausgehebelt worden. Dieses beste Gesetz, das sich das deutsche Volk jemals gegeben hat, begann mit "in der Verantwortung vor Gott und den Menschen". Einmalig. Gott hat es beglaubigt, es hat sich, wie ein führender Politiker zurecht bemerkte, bewährt. Wir hatten jahrzehntelang Frieden, Freiheit und Wohlstand. Wir konnten reisen und man kannte auch keine Zensurbehörde. Kaum jemand fürchtete sich, frei und offen seine Meinung zu sagen.

Es war tatsächlich ein Land, in dem wir "gut und gerne leben."

Diese Zeiten dürften vorbei sein. Am 19. April dieses Jahres wurde fast sang- und klanglos dieses einmalige Grundgesetz vom Verfassungsschutz unter Klima-Vorbehalt gestellt. Gemäß Bundesverfassungsgericht lautet das Urteil: Künftig können selbst gravierende Freiheitseinbußen zum Schutz des Klimas verhältnismäßig und verfassungsrechtlich gerechtfertigt sein; gerade deshalb droht dann die Gefahr, erhebliche Freiheitseinbußen hinnehmen zu müssen.

Meiner Meinung nach ist dies das Schlimmste, was die Politikaste unter der Ägide Merkel ihrem Volk angetan hat. Bei der Konferenz von Marrakesch Dezember 2018 wurde mit dem Migrationspakt im Prinzip die Souveränität Deutschlands preisgegeben, im Zuge der Euro-Rettung die Ersparnisse in Rauch aufgelöst, doch nun ist uns das beste Grundgesetz außer Kraft gesetzt und eigentlich weggenommen worden.

Statt "in der Verantwortung vor Gott und den Menschen" heißt es nun im Prinzip mit anderen Worten "in der Verantwortung vor Klima und Kohlendioxid". Zurück zur Gottlosigkeit, so als wäre die DDR, die Sowjetunion oder das heutige Nordkorea ein Erfolgs- und Vorzeigemodell gewesen.

Ein lebenswichtiges Spurengas gilt auf einmal als Hauptbedrohung. Ohne Kohlendioxid gäbe es keine Photosynthese. Je mehr Kohlendioxid, desto grüner würde unser Planet. Ausgerechnet die Grünen wollen nun "tapfer" dagegen angehen.

Dieses Urteil wird ohnehin als eine herausragende Phantasterei, um nicht zu sagen Dummheit, in die Kulturgeschichte der Menschheit eingehen. Die Termiten produzieren zehnmal mehr Kohlendioxid als die gesamte Menschheit zusammen. Wenn diese "Verantwortung" ernst gemeint wäre, müßte man also diesen Insekten bald einen "gnadenlosen" Krieg erklären.

<https://www.youtube.com/watch?v=DIucNnxKick&feature=youtu.be&fbclid=IwAR0foe-13qH69VPZQS8P414tC7BsC-WcuU75Ja0ZzbDorBQSbdbv4sEKpdXs>

Wer meint, das Klima über Jahre hinaus bestimmen oder beeinflussen zu können, leidet meiner Meinung nach an Größenwahn. Es genügt ein Vulkanausbruch, man denke z.B. an den Ausbruch des indonesischen Vulkans Tambora im Jahre 1815, und statt Erwärmung droht eher Eiszeit. Doch diese geschürten irrationalen Ängste sind ein ideologisches Programm, finanziert von "Milliárdärsozialisten", um den ganzen Erdkreis mit einem planwirtschaftlichen Sozialismus zu "beglücken".

Der Aufschrei blieb aus und unsere gleichgeschalteten Mainstream-Medien berichten weiterhin, wie zur Zeit der schönsten Hofberichtserstattung des Ostberliner Politbüros, wohlwollend von diesen Maßnahmen, alle angeblich nur zu unserem Schutz und unserem Besten.

Klimawandel soll nicht in Abrede gestellt werden, die Frage ist nur, ob er menschengemacht ist. Denn entscheidend für die Wärmeentwicklung ist die Sonnenaktivität und -intensität. Menschengemachte Umwelt- und Luftverschmutzung allerdings ist eine mehr als aktuelle Tragödie. Inzwischen sammeln sich auch jede Menge Schutzmasken als Wegwerfprodukte auf dem Meeresboden an.

Gab es früher unveräußerliche Grundrechte, so stehen diese nun unter Klimavorbehalt. Wenn deine Werte nicht Klima-kompatibel sind, ist es mit dem Reisen eben vorbei. Das schöne neue Auto kann auch konfisziert werden, weil es eben angeblich zu viel Kohlendioxid produziert. Freiheit, wie wir sie kannten, dank alternativer EU, ade. Wie ein Journalist konstatierte: "Ausgangssperren, Reiseuntersagungen, Betätigungsverbote, Eigentumsentziehungen". Eine Verschleuderung von Milliarden für die globale neue Weltordnung, eine buchstäbliche Luftnummer in höchster Potenz.

Klima-Neurotiker diktieren uns heute die Gesetze. Man wird an G. K. Chesterton erinnert: "Der Atheist glaubt nicht etwa nichts, sondern letztlich alles."

Nun hat man manchmal den Eindruck, Politiker, die früher in der ehemaligen DDR dem Sozialismus ergeben waren, haben offenbar von der Pike auf gelernt, wie man Leute manipuliert, einschränkt, enteignet und vor allem, man denke an die Berliner Mauer, einsperrt. Auch war die DDR ein Anschauungsunterricht, wie man durch Angst und Unfreiheit ein Volk einschüchtern und kontrollieren kann.

Mit der gegenwärtigen Krise dürften im Osten "trainierte" Gestalten womöglich in ihrem Element sein. Einschränkungen, Beschneidungen, zunehmende Kontrollen und zum Teil herbe Strafen. Unliebsame Meinungen werden zensiert, beschnitten, ausgegrenzt usw. Zentralismus pur macht sich breit. Regierungsstil nach Gutsherrenart. Weg von der sozialen Marktwirtschaft hin zur Kommando-Wirtschaft einer rot-grünen Ökodiktatur. Fast könnte man sagen, zurück in die Steinzeit.

Der Panikmodus soll aufrecht erhalten werden. Wenn es mit der Covid-Pandemie vorbei sein sollte, geht es mit Klimaängsten weiter.

Eigentlich ist es bekannt, daß Angela Merkel keine Freundin des Grundgesetzes ist. So ließ die Kanzlerin im Februar 2017 in einer von Reuters aufgezeichneten Rede einen denkwürdigen Satz fallen: "Das Volk ist jeder, der in diesem Land lebt." Damit hebelte sie das Grundgesetz aus. Der damalige Focus-Redakteur Alexander Wendt kommentierte ihre Aussage wie folgt: ... Mit diesem Satz hat Angela Merkel eine rote Linie überschritten. Sie ist eine offene Feindin des Grundgesetzes. ...

Man hat das Volk neu definiert, die Ehe für alle erfunden, auch die Geschlechter um minde-

stens eines, divers, erweitert. Ein Hybris, die es zuvor noch nie gab. Furcht vor dem Gericht Gottes? Fehlannonce.

Noch eine Assoziation drängt sich auf. Es ist noch keine hundert Jahre her, da hieß es, "am deutschen Wesen, soll die Welt genesen". Nun, so hat man den Eindruck, soll am "deutschen Klimawesen, die Welt genesen." Offenbar hat man nichts aus der Geschichte gelernt. Die braunen Allmachtsphantasien sind nun in rot-grüner Melange wiedergekehrt.

Mehr als deutlich sind mir die Worte von Wilhelm Busch im Ohr, dieser begnadeten und prophetischen Stimme, wie er sagte: Wir Deutschen sind das dümmste Volk geworden. Sie haben Angst vor Arbeitslosigkeit, vor Krebs, vor der Atombombe. Diese Narren! Sie sollen lieber Angst haben vor dem, der Macht hat, Leib und Seele zu verderben in der Hölle. Diese wenig schmeichelhaften Sätze kulminieren in unseren Tagen zu einer unglaublichen Aktualität. Das Wesen des abgeänderten Grundgesetzes kann man mit Psalm 53,6 zusammenfassen: Die Gottlosen fürchten sich da, wo nichts zu fürchten ist.

Alexander Seibel, Juni 2021<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/19132" berichtete am 1. Juli 2021 (x1.251/...): >>>EINFACH WAHNSINN - Grüne Zukunftsvision 2050!

Eine Reportage von *Thorsten Schulte*

Die Grünen erfreuen sich beeindruckender Wahl- und Umfrageerfolge. Doch was bedeutet eine grüne Klima- und Umweltpolitik für Deutschland? ...

Vom schwachen Abschneiden bei der Landtagswahl in Thüringen einmal abgesehen, erfreuen sich die Grünen seit März 2021 beeindruckender Wahl- und Umfrageerfolge. Laut dem Deutschlandtrend von Anfang Mai 2021 lagen sie mit 26 % sogar 3 % vor der CDU/CSU. Ursache dafür ist, daß es den Grünen aktuell leicht fällt, breite Bevölkerungsschichten anzusprechen und bei Wahlen zu mobilisieren, da die Themenbereiche Klima und Energiewende vielen Menschen wichtig sind.

Doch was bedeutet eine grüne Klima- und Umweltpolitik für Deutschland und wie ist sie einzuordnen? Dieser Frage hat sich Thorsten Schulte angenommen. Der ehemalige Investmentbanker ist inzwischen Bestsellerautor und startete 2017 eine eigene Videoreihe, in der er sich wichtigen Zeitfragen widmet.

Unter dem Titel "EINFACH WAHNSINN - Grüne Zukunftsvision 2050" analysiert er eine Studie der Parteistiftung der Grünen mit Zukunftsvisionen für das Jahr 2050. ...

"Lieber mit der Wahrheit fallen, als mit der Lüge siegen." *Thorsten Schulte*

"Gehen wir den Weg von der Fremdbestimmung zur Selbstbestimmung!" www.fremdbestimmt.com

"Friede ist nur durch Freiheit, Freiheit nur durch Wahrheit möglich." *Karl Jaspers*

Thorsten Schulte: "Bevor ich Euch eine Studie der Parteistiftung der Grünen mit - für mich jedenfalls Horror-Zukunftsszenarien zeige, hören wir mal kurz bei Dieter Nuhr rein. Ein wenig Humor tut uns allen gut."

Nuhr im Ersten, 6. Mai 2021, Minute 26:29 bis 27:06:

"Über das Klima wird nämlich nicht bei der Bundestagswahl entschieden, wie viele glauben - sondern im Wesentlichen in Washington, Moskau und Beijing. Und die Chinesen bauen bis 2035 216 neue Flughäfen. Und wir hier glauben, das Verkehrsmittel des 21. Jahrhunderts wäre das Fahrrad. Da kommt der Chinese aus dem Lachen gar nicht mehr heraus. Ja - aber das ist ja gut so. Wir erfüllen für die Welt vielleicht nicht die Funktion des Vorbildes, wie wir oft glauben - aber die Funktion von Komikern."

Thorsten Schulte: "Ja - recht hat er, der Dieter Nuhr. Bis 2030 muß China seine Kohlekraft-Kapazität um mehr als 40 % von derzeit 1.027 Gigawatt auf 600 Gigawatt reduzieren, wenn es sich an das Pariser Klimaschutzabkommen halten sollte. Und tatsächlich erhöhte China in den ersten acht Monaten des Jahres 2019 seine Kapazität um 42,9 Gigawatt. Hört sich ko-

misch an, ist aber so. Und in der gleichen Zeit hat der Rest der Welt 8,1 Gigawatt abgebaut. Aber was bringt das?

Neben mir ein Schaubild - dazu heraus kommt am Ende ein Plus von 34,8 Gigawatt in der Welt. Wir blenden das mal eben ein - und ich verlinke die Quelle dazu, damit das jeder ... bisherige Wähler der Grünen überprüfen kann, daß 2019 der Anteil Deutschlands am CO₂-Ausstoß bei 2 Prozent lag, während China auf 28,8 Prozent kam.

Und 2009 - zehn Jahre zuvor, kam Deutschland auf 2,5 Prozent und China gerade mal auf 25,9 Prozent. Deutschland kann gar nicht soviel sparen, wie China mehr ausstößt. Und wie gesagt, China scheint sich wohl nicht an die Zusagen zu halten. Eigentlich müßten unsere Politiker doch wissen, wie sich das anfühlt, wenn man Versprechen - äh Wahlversprechen - nicht einhält.

Ab 2030 sollen deshalb nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen werden, zum Beispiel durch eine ansteigende nationale Quote für emissionsfreie Autos. Das steht im Wahlprogramm der Grünen für die Bundestagswahl 2021 - könnt Ihr auf S. 34 nachlesen. Also ab 2030 dürfen keine Verbrennungsmotoren mehr zugelassen werden in Deutschland - wenn es nach den Grünen geht. Und kennt Ihr den Winfried Kretschmann? Das ist der Ministerpräsident in Baden-Württemberg - und zwar für die Grünen. Und was sagte der, als er sich - zugegeben - unbeobachtet fühlte? Wir zeigen das gleich. Am Anfang kommen noch ein paar Sekunden mit Anton Hofreiter, dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion. Und dann der erwähnte Hr. Kretschmann. Sehr erhellend! Hört mal selbst:

'Jouwatch': Anton Hofreiter, Grüne, Bundestags-Fraktionsvorsitzender: "... irgendeiner - nur weil diese unverantwortliche Bundesregierung versucht, einen Schutzzaun zu bauen - einen Schutzzaun zu bauen um unsere Autoindustrie, daß Tesla plötzlich aufhört, Autos zu produzieren."

Im Bild Winfried Kretschmann, Ministerpräsident Baden-Württemberg im Gespräch mit Matthias Gastel (MdB): "Jetzt kommt der Hofreiter immer mit seiner tollen Story vom Tesla.

So - jetzt überleg Dir mal, es fahren fünf Millionen Elektroautos rum. Wo tanken die? Jetzt erzählt er dann, wie er tankt und daß er dem sagt, wie er tanken soll... Jetzt nehmen wir mal eine ganz normale Tankstelle, wie wir sie heute haben. Wir haben an großen Tankstellen vielleicht Platz für zehn Autos, die da auf einmal tanken. So, jetzt dauert das aber bei denen zwanzig Minuten. Jetzt - wie soll das funktionieren? Ihr habt keine Ahnung!

Aber die Leute sagen, ab 2030 kann man das alles machen. Das sind doch Schwachsinnstermine! Wenn mich einer fragt: Erklären Sie mir mal, wie Sie das machen zu diesem Termin. Das kann ich nicht ansatzweise. Wie kann man denn so ein Zeug verzapfen? Vielleicht kommt es sogar noch schneller - keine Ahnung. Aber wir müssen uns doch darum kümmern, daß es überhaupt funktioniert - und nicht radikale Sprüche ablassen. Ihr könnt das machen. Macht das! Es ist mir egal! Dann seid aber mit sechs Prozent oder acht einfach zufrieden. Ich war im Parteirat. Da habe ich zehn Mal gesagt: Ist o.k. - ihr könnt es so beschließen. Seid mit acht Prozent zufrieden. Dann jammert nicht rum und laßt mich in Ruhe."

Thorsten Schulte: "Die deutsche Automobil-Wirtschaft ist die Schlüsselbranche in unserer Wirtschaft. Und zwar von 2007 bis 2018 stieg die Beschäftigung auf eine Spitze von 833.837 und 2020 waren es schon nur noch 808.935. George Soros - der Milliardär - hat irgendwas gegen Deutschland. Er unternimmt alles, um unser Land zu schwächen. Schon 2013 begann ein Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit den beiden Sätzen: "Großinvestor George Soros setzt Deutschland die Pistole auf die Brust. Es solle entweder Eurobonds zustimmen oder den Euro verlassen." So George Soros.

Auf S. 46 und 47 des Bundestagswahl-Programms der Grünen 2021 wird eine Schulden- und Banken-Union angepriesen - genau das will die Elite, genau das will George Soros. Schulden-Vergemeinschaftung zu Lasten Deutschlands. Sie wollen eine Banken-Union, damit Deutsch-

lands Sparer bei Pleiten europäischer Banken mithaften. Leute - denkt nach! George Soros ist ein Milliardär, der mit seiner "Open Society Foundation" für offene Grenzen rücksichtslos sorgt.

Versteht mich nicht falsch - Menschen in Not - ich sag das immer wieder - helfe ich gern. Aber so eine Politik wird unsere Lebensgrundlage zerstören. Und die (Tageszeitung "Die Welt" schrieb bereits im Februar 2019: "Doch Soros hat eine Hoffnung: Die Grünen!" Ja - klar! Dieser George Soros trifft sich - hier auf dem Foto neben mir zusammen mit seinem Sohn - mit Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz und auf dem zweiten Foto sieht man ihn mit Annalena Baerbock. Das ist ja die grüne Kanzlerkandidatin, die jetzt so hochgelobt wird in den Medien. Dieser Mann zieht überall seine Fäden.

Denkt an die Worte von Coudenhove-Kalergi, dem ersten Karlspreis-Träger, der seit 1950 jedes Jahr in Aachen vergeben wird. Im letzten Video las ich es Euch aus seinem Buch vor. Ein Mann der Elite für die Elite! Und was sagte er? "Die Staatsmänner sind die Marionetten, die Kapitalisten die Drahtzieher." Er sprach über die Plutokratie. Über die Herrschaft der Reichsten. Und "DCLeaks" - eine amerikanische Webseite ähnlich wie Wikileaks - hat gehackte E-mails der "Open Society Foundation" von George Soros veröffentlicht.

Und demnach sprach sich ein Memorandum der George Soros-Stiftung vom 10. Mai 2016 dafür aus, die europäische Flüchtlingskrise als was? - Ja, als neue Normalität zu sehen. Denn: "Die Krise eröffne den Soros-Stiftungen neue Chancen, die Einwanderungspolitik zu beeinflussen". Besser gesagt: Sie eröffnet neue Chancen viel mehr Einwanderung zu ermöglichen - und was steckt dahinter?

Das alte Herrschaftsprinzip "spalte und herrsche" kann in multikulturellen Gesellschaften viel besser angewandt werden. Linke und Rechte, Schwarze und Weiße, Christen und Muslime streiten sich und die Elite kann ihre Pläne durchsetzen - ohne daß wir es merken. Deshalb müssen wir Menschen einen gegen die Plutokratie, gegen die Elite!

Soros will mehr und mehr Integration und Baerbock fordert genau das. Soros will Eurobonds und Schulden-Vergemeinschaftung - und Baerbock fordert genau das. Und glaubt Ihr, das Verbot von Verbrennungsmotoren - von den Grünen für 2030 gefordert - hilft uns, unserer Wirtschaft? Nein - es schadet ausgerechnet in Europa der deutschen Volkswirtschaft am meisten. Deren Automobilwirtschaft ist nämlich die erfolgreichste - bislang. Und diese Elite hat nicht unser Wohl zum Ziel.

Sie höhlen die National-Staaten aus, um ihre Macht auszubauen und unwiderruflich zu zementieren. Mehr dazu kommende Woche. Aber schon jetzt das Zitat des großen Liberalen Ralf Dahrendorf, das bereits im Klappentext meines Buches "Fremdbestimmt" abgedruckt ist: "Wer den Nationalstaat aufgibt, verliert damit die bisher einzige effektive Garantie seiner Grundrechte. - Seiner Grundrechte! - Wer heute den Nationalstaat für entbehrlich hält, erklärt damit - sei es auch noch so unabsichtlich - die Bürgerrechte für entbehrlich." Große Worte eines großen liberalen Vordenkers, der leider inzwischen tot ist.

Ich habe Euch Fakten zu China gezeigt und Dieter Nuhr Recht gegeben. Wenn Ihr bei Verstand seid und unser Land regieren würdet, würdet Ihr es so regieren, wie es die Grünen wollen und Angela Merkel ja bereits seit langem auch macht? Diese Politik sägt auf dem Ast, auf dem wir alle sitzen. Wir alle! Und diese Politik schwächt unser Land. Die Grünen fordern all das, was der ‚Meister‘ Soros will. Unsere National-Staaten sollen aufhören, zu existieren, damit wir den Plutokraten, den Reichsten der Reichen, schutzlos ausgeliefert sind. Ich meine das sehr, sehr ernst.

Und jetzt noch zu der Studie der Parteistiftung der Grünen. Diese ist selbst nach fünf Monaten nicht ins Deutsche übersetzt. Die englische Fassung verlinke ich Euch. Vermutlich will man gar nicht, daß allzu viele Deutsche diese Studie lesen. Ich will Euch mal die grünen Zukunftsszenarien für das Jahr 2050 hier beschreiben. Auf S. 33 und 34 findet ihr eine schöne Über-

sicht in dieser Studie. Der Autoverkehr muß um 81 Prozent sinken. Nur noch alle drei Jahre sollen wir 2050 fliegen, statt einem Flug pro Person im Jahr 2025. Der Wohnraum pro Einwohner muß um 25 Prozent schrumpfen. Die Zahl von elektrischen Geräten, also Waschmaschinen, Geschirrspüler etc., wird halbiert. Der Fleischkonsum muß um 60 Prozent gesenkt werden. Das sind nur ein paar Beispiele.

Ihr seht es angesichts der Corona-Pandemie. Sie erzeugt Angst und die Menschen lassen anscheinend alles mit sich machen. Ich - ich nicht! Und mit der Angst vor einer weltweiten Klimakatastrophe verhält es sich genauso. Und mit der CO2-Steuer kann man bei uns allen abkassieren - weil Ihr alle über die Angst gesteuert werdet und Euch besteuern laßt. Und - könnt Ihr Euch noch an den "Club of Rome" erinnern? Ich hab hier noch die Bücher vorliegen - aus den 70er Jahren. Über die Grenzen des Wachstums. Und danach hätten wir heute keine Rohstoffe mehr.

Oder denkt an das Waldsterben. Daß der deutsche Wald sterben würde - Mitte der 80er Jahre. An all diese Berichte. Die Rockefeller-Foundation hatte die Gründung dieses "Club of Rome" damals unterstützt. David Rockefeller war bei allen Bilderberg-Treffen dabei. Und dieser David Rockefeller, der am 10. August 1973 (in der New York Times), die Chinesische Revolution unter Chinas Diktator Mao mit rund 65 Mio. Toten laut dem Schwarzbuch des Kommunismus hochleben ließ - dieser Mann steckt natürlich auch hinter dem "Club of Rome". Und auch heute zeichnen sich auch Leute wie Klaus Schwab vom Welt-Wirtschaftsforum aus durch ausgezeichnete Kontakte zu China. China kann schalten und walten wie es will - das zeigt sich ja grade. Weil die Elite es gerade will.

Aber wir sollen über Schulden-Vergemeinschaftung in Europa, CO2-Steuer und die Grünen-Verbote in Schach gehalten werden. Denkt doch mal drüber nach. Und um Euch die Angst vor der CO2-Katastrophe mindestens so ein bißchen zu nehmen, habe ich am 10. Dezember 2020 ein Video hochgeladen mit einem Interview mit Professor Dr. Kirstein - toller Mann - mit Inhalten seines tollen Buches - schaut es Euch an - und kommende Woche mehr zu den Plänen der Elite. Ich wünsche Euch Gottes Segen und ich bitte Euch alle: Geht in Euch, hinterfragt, denkt selbst! In diesem Sinne nochmals Gottes Segen!"<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 27/21" berichtete am 2. Juli 2021 (x1.387/...):
>>Vertrieben in den Kontext

Das Dokumentationszentrum zu Flucht und Vertreibung ist in der Bundeshauptstadt eröffnet worden: Das lange umstrittene "sichtbare Zeichen" präsentiert sich im internationalisierten Gewand

Christian Rudolf

Staatliche Museen anderer europäischer Länder würdigen nationale Großtaten oder kollektives Leiden der eigenen Gemeinschaft. Die Gedenkpolitik in den vormaligen "Bloodlands" (Timothy Snyder) trägt eindeutig nationale Züge.

So ist das Museum des Warschauer Aufstandes in der polnischen Hauptstadt eine bildgewaltige Heiligsprechung der Widerstandsbewegung und eine Anklage gegen die Besatzer; das Museum der Opfer des Genozids in Wilna sowie das Lettische Okkupationsmuseum in Riga dokumentieren und betrauern die Verbrechen, die Litauer und Letten durch Fremdherrschaft im Umfeld des Zweiten Weltkriegs erlitten; das Nationale Museum des Holodomor in Kiew ... zeigt und vermittelt den Stalinschen Hunger-Genozid am ukrainischen Volk mit sieben Millionen Opfern und dessen Ablehnung durch die kommunistisch-russischen Täter.

Die triumphalen Zentralmuseen des "Großen Vaterländischen Krieges" in Moskau und Minsk verherrlichen Rote Armee und Partisanenkampf, strahlen ungebrochen sowjetischen Geist aus, inklusive Geschichtsklitterung. Gemeinsam ist allen Ansätzen: Sie stärken und stabilisieren nach innen und tragen zu einem guten kollektiven Selbstbild bei.

Der Fellmantel eines deutschen Jungen, das Fahrrad eines Syrers

Führe mich also durch deine Museen, und ich sage dir, wie dein Staat es mit der eigenen Nationalgeschichte hält. Mitten in der deutschen Hauptstadt ist nun eine Dauerausstellung der Öffentlichkeit übergeben worden, die geschichtspolitisch so umstritten und von Querelen überschattet war wie kein anderes Projekt der zurückliegenden zwanzig Jahre: das lang erwartete neue Dokumentationszentrum der 2008 gegründeten Bundesstiftung "Flucht, Vertreibung, Versöhnung", populär geworden unter dem Begriff des "sichtbaren Zeichens".

Doch mit der ursprünglichen Idee des Bundes der Vertriebenen unter Erika Steinbach sowie dem SPD-Politiker Peter Glotz, einen nationalen Erinnerungs- und Trauerort an Flucht, Vertreibung und gewaltsames Ende der 700jährigen Geschichte deutscher Ostsiedlung zu schaffen, hat der Inhalt nur mehr rudimentär etwas gemein. Wie auch, es sollte ja ein Gegenmodell werden; "daß es nicht um ein nationales, sondern um ein europäisch orientiertes Projekt geht", faßte Wolfgang Thierse, zur Zeit der Stiftungsgründung Bundestagspräsident, dieser Tage den politischen Auftrag zusammen.

Nur der Ort, das ehemalige "Deutschlandhaus" am Anhalter Bahnhof, ist noch derselbe. Die mächtigen Großbuchstaben des Schriftzugs über dem Haupteingang sind verschwunden, das Gebäude völlig entkernt und feinsinnig neugestaltet --- einschließlich Unisextoiletten.

Zwei Etagen für zwei Schauen: Das weite, helle erste Obergeschoß präsentiert in sechs locker gruppierten Themeninseln die Geschichte und Gegenwart von Zwangsmigration in und Einwanderung nach Europa, verursacht durch Krieg, Bürgerkrieg, ethnischen Haß, ökonomische Not - unabgeschlossen, auf die Zukunft hin zu ergänzen. Die Nation wird als ein Konstrukt der Zeit nach der Französischen Revolution eingeführt und sogleich begrifflich mit Nationalismus verknüpft. Weitere Stationen thematisieren hier "Wege und Lager", "Krieg und Gewalt", dort "Verlust und Neuanfang", da "Erinnerung und Kontroversen".

An Objekten steht das Bullauge der versenkten "Wilhelm Gustloff" neben einem Iris-Scanner-Bezahlssystem in einem jordanischen Flüchtlingslager; ausgestellt ist der lebenslang aufbewahrte Fellmantel, der einen Siebenjährigen auf der Flucht aus Ostpreußen im bitterkalten Januar 1945 vor dem Erfrieren bewahrte genauso wie eins der Klappräder, die syrische Wirtschaftsmigranten 2015 auf der arktischen Route von Rußland nach Norwegen verwendeten und sich ihrer gleich nach Grenzübertritt entledigten; auf Videoleinwänden sprechen neben drei deutschen Vertriebenen drei Kriegsflüchtlinge aus Ex-Jugoslawien sowie drei ehemalige vietnamesische "Boatpeople" über ihre höchst unterschiedlichen Neuanfänge in der Bundesrepublik.

Das sowjetische Massaker von Nemmersdorf bekommt als Kriegsverbrechen genauso ein Schrankfach wie die Ukraine als aktuelles Beispiel für einen Staat mit einer großen Zahl von Binnenkriegsflüchtlings. Doch selbst bei Nemmersdorf durfte der volkspädagogisch wesentliche Hinweis nicht fehlen, daß das NS-Regime die Morde "propagandistisch inszenierte" und "instrumentalisierte".

Mit Rücksicht auf Sensibilitäten der Vertreiberstaaten

Die eigentliche Vertriebenenausstellung liegt, erreichbar über eine Wendeltreppe, versteckt im zweiten Obergeschoß - tageslichtlos, düsterer beleuchtet, streng angeordnet, in ihrer Kühle beinahe aseptisch. Auf die zusammenhängende Darstellung von Flucht, Vertreibung und Ausmordung der Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa ab 1944 und deren Eingliederung in Restdeutschland trifft der Besucher dort nur eingebettet, erwünscht heftig "kontextualisiert". Die Absicht der Besucherführung ist so durchsichtig wie BRD-volkspädagogisch.

Auch visuell haben die Ausstellungsmacher das Kapitel B über "Neuordnung durch Vertreibungen" verborgen hinter einem epischen Kapitel A mit Behandlung der deutschen Expansionspolitik nach Beginn des Zweiten Weltkriegs; eines Krieges, dessen Ausbruch und Grausamkeiten selbstverständlich allein dem Reich angelastet werden. Eine Feststellung wie bei-

spielsweise die, Edward Benesch habe 1938 die Idee entwickelt, die Zahl der Deutschen im Land "zu verringern", wird sogleich dadurch abgemildert, der tschechoslowakische Staatspräsident reagiere hiermit nur auf Hitlers Forderung nach Abtrennung des Sudetenlands.

"Natürlich haben wir uns auch die jeweiligen nationalen Perspektiven unserer Nachbarn angesehen", so Stiftungschefin Gundula Bavendamm in der Preußischen Allgemeinen Zeitung, "wir haben geschaut, wo es besondere Sensibilitäten gibt und dies auch in unserer Konzeption berücksichtigt." Deshalb: Kein Wort vom polnischen "Westgedanken", der schon im 19. Jahrhundert Gebietsansprüche bis kurz vor Hamburg entwickelte, kein Wort über den antigermanischen Panslawismus, und Schwamm über das polnische Enteignungsgesetz von 1920.

Die systematisch verübte, vieltausendfache sexuelle Gewalt an deutschen Frauen und Kindern ab 1944 - sie wird erwähnt. Und auch in diesem Vertreibungskapitel, im konzeptionellen Kern der Ausstellung, ringen die bewegenden Familien- und Einzelschicksale unserer deutschen Vertriebenen nach dem Willen der Kuratoren gleichsam um Platz und Gehör mit den Geschichten der Zwangsumsiedlung von Polen, Ukrainern, Slowaken und Ungarn nach Kriegsende. Das ist alles interessant und menschlich rührend, keine Frage. Doch man bemerkt die erzieherische Absicht - und ist verstimmt. ...<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 27/21" berichtete am 2. Juli 2021 (x1.387/...):

>>**Viele Deutsche besitzen wenig Vermögen**

Global Wealth Report 2021: Die Hälfte der Haushalte ist ärmer als Italiener und Spanier / USA haben die meisten Millionäre

Elias Huber

Vor acht Jahren sorgte eine Studie der Europäischen Zentralbank (EZB) für Wirbel: Das deutsche Medianvermögen war damals wesentlich kleiner als das von "geretteten" Euro-Ländern wie Spanien und Italien. Der Median ist dabei das Vermögen, über und unter dem jeweils die Hälfte aller Haushalte liegt. Bei dieser Statistik stand Deutschland ganz unten im Euro-Raum - sogar hinter Griechenland. Mögliche Erklärungen waren damals höhere Vermögensungleichheiten, Nachwirkungen der Wiedervereinigung oder daß in den Südländern mehr Menschen in einem Haushalt zusammenlebten.

Doch letztere Unterschiede waren nicht sehr groß. Der deutsche Haushalt zählte im Schnitt 2,04 Personen, in Italien waren es 2,53 Personen und in Spanien 2,68 Personen. Deutschland ist aber der Hauptfinancier der EU und bewahrte die Südländer mit Bürgschaften und Krediten vor der Staatsinsolvenz. Nun hat die Zürcher Großbank Crédit Suisse in ihrem "Global Wealth Report 2021" die Zahlen von 2013 weitgehend bestätigt.

Die Deutschen (268.680 Dollar pro Haushalt) sind weiterhin nicht so reich wie Schweizer (673.960), Niederländer (377.090), Franzosen (299.360) oder Österreicher (290.350), aber immerhin vermögender als die Italiener (239.240), Spanier (227.122), Slowenen (120.173) oder Griechen (104.603).

Mit 65.374 Dollar Nettovermögen auf dem Niveau von Slowenien

Aber viele Haushalte sind weiter vergleichsweise arm, denn relativ wenige extrem hohe Vermögen heben den statistischen Durchschnitt. Die Hälfte besitzt umgerechnet weniger als 65.374 Dollar Nettovermögen, wenn man Realvermögen wie Immobilien und Finanzvermögen addiert und die Haushaltsschulden abzieht.

Deutschland liegt damit auf dem Niveau von Slowenien (67.961) und immerhin vor Portugal (61.306 Dollar), Griechenland (57.595) oder der Slowakei (45.853) - aber weit hinter Luxemburg (259.899), Belgien (230.550), Dänemark (165.620), der Schweiz (146.730), den Niederlanden (136.110), Frankreich (133.559), Großbritannien (131.520), Italien (118.880) und Spanien (105.830), Österreich (91.833), Schweden (89.846), Malta (84.390) oder den USA (79.274).

Erstaunlich ist zudem, daß die Vermögen seit dem Jahr 2000 - also ein Jahr nach Einführung

des Euro als Verrechnungseinheit - in Italien und Spanien schneller gewachsen sind als in Deutschland. In Italien stiegen die Privatvermögen im Schnitt um 3,5 Prozent pro Jahr, in Spanien um 5,6 Prozent, in Deutschland aber nur um 2,8 Prozent.

Auch in den skandinavischen Ländern wuchsen die Haushaltsvermögen mit 5,9 Prozent deutlich kräftiger. Manche Euro-Länder liegen aber auch hinter Deutschland, etwa Österreich mit 2,6 Prozent. Laut dem Ökonomen Philipp Bagus ist unter anderem der Euro schuld. "Durch den Euro hat es eine Umverteilung hin zum Süden gegeben", sagt der VWL-Professor von der Universität Rey Juan Carlos in Madrid. Die Südländer machten viele Schulden, die die EZB mittels Geldschöpfung finanziere.

Zahlen des Währungsfonds IWF zeigen, wie sehr sich die Südländer seit der Einführung des Euro verschuldet haben. Der Anteil der Staatsschulden am Bruttoinlandsprodukt explodierte von 1999 bis 2020 - etwa in Italien (113 auf 156 Prozent), Griechenland (100 auf 213 Prozent), Spanien (61 auf 117 Prozent) und Portugal (51 auf 132 Prozent). Dagegen erhöhte sich die deutsche Staatsschuldenquote lediglich von 60 auf knapp 69 Prozent.

Ein Grund dürften die Zinsen für Staatsanleihen sein, die aufgrund des Euro für die Südländer sanken. Die EZB galt als Nachfolgerin der Bundesbank und hatte den Ruf, für Geldwertstabilität zu stehen. Südstaaten wie Italien waren hingegen Inflationsländer gewesen, die hohe Zinsen auf ihre Schulden bezahlen mußten. Unter dem Euro konnten sie sich günstiger am Markt verschulden und die Staatsausgaben ausweiten. Das dürfte die Renten und Sozialleistungen nach oben getrieben haben, was vielen wiederum half, Vermögen aufzubauen.

Bagus argumentiert in seinem Buch "Die Tragödie des Euro - Ein System zerstört sich selbst", daß der Euro der "Tragödie der Allmende" unterliegt. Laut dieser wirtschaftlichen Theorie kommt es zu der Übernutzung einer Ressource, wenn diese frei verfügbar und unbegrenzt ist. Ein Beispiel: die Überfischung der Meere, wenn jeder Fischer beliebig viele Fische fangen darf. Diese Theorie gelte auch für den Euro: Die europäischen Banken schöpften Geld aus dem Nichts und kauften damit Staatsanleihen, um sich bei der EZB zu refinanzieren. Der Grund: Die EZB akzeptierte die Staatsschulden als bevorzugte Sicherheit.

Laut Bagus gewinnen in dem Prozeß die Staaten, die besonders viele Schulden machen. Sie können mit den neugeschöpften Euros zu den alten Preisen einkaufen und heizen die Inflation an - und zwar nicht nur im eigenen Land, sondern in der gesamten Währungszone. Die Südländer können also die Kosten ihrer Schuldenpolitik - ein Verlust von Kaufkraft - teilweise auf Deutschland abwälzen. Ohne Euro würde die Währung nur im eigenen Land entwertet. Verlierer sind die sparsamen Länder, die sich zu höheren Zinsen refinanzieren müssen oder zu gestiegenen Preisen einkaufen müssen. Dazu kommt mittlerweile, daß auch die EZB viele Anleihen kauft.

Den Vermögensaufbau erschweren in Deutschland zudem vergleichsweise niedrige Einkommen verbunden mit hoher Steuer- und Abgabenlast. Und: Nur etwa 46 Prozent der Haushalte sind Haus- oder Wohnungseigentümer - aber Immobilien sind mit 64 Prozent das wichtigste Vermögensgut der Deutschen, so eine Studie der Fondsgesellschaft Flossbach von Storch. Und "die Preistrallie auf den Immobilienmärkten wurde bislang von der Covid-19-Pandemie nicht ausgebremst", so der Finanzmathematiker und Studienautor Philipp Immenkötter. Das und die stark gestiegenen Aktienkurse erklären, warum der "Global Wealth Report 2021" in Deutschland trotz der Corona-Krise nun 2,95 Millionen Dollar-Millionäre registriert - etwa 633.000 mehr als ein Jahr zuvor.

Trotz Corona-Krise in den USA 1,73 Millionen Millionäre mehr

Die Einwohner Deutschlands verfügten Ende 2020 über ein Gesamtvermögen von umgerechnet 18,3 Billionen Dollar. 2019 waren es nur 14,8 Billionen Dollar gewesen. Und die anhaltenden Niedrigzinsen befeuern die Aktienkurse sowie Haus- und Wohnungspreise weiter: Das Durchschnittsvermögen pro Erwachsenem wuchs im Corona-Jahr 2020 um 40.450 auf

268.680 Dollar. Dennoch ist das deutsche Vermögen noch weit von den USA entfernt: Hier gibt es Ende 2020 bei 331 Millionen Einwohnern trotz Corona-Krise 22 Millionen Dollar-Millionäre - 1,73 Millionen mehr als 2019.

Das US-Durchschnittsvermögen lag Ende 2020 bei 505.420 Dollar und damit 41.870 Dollar höher als ein Jahr zuvor. Auch in Relation zur Zahl der erwachsenen Einwohner liegen die USA mit einer Millionärsquote von 8,8 Prozent klar vor Deutschland mit nur 4,3 Prozent. Die Schweiz liegt mit 14,9 Prozent weiterhin unangefochten an der Weltspitze - hier zählt sich auch der hohe Franken-Kurs aus. Dahinter folgt Australien mit 9,4 Prozent, die Niederlande haben mit 7,7 Prozent die höchste Millionärsquote in der EU. Selbst Großbritannien liegt mit 4,7 Prozent vor Deutschland.

Und wie sieht es mit der Vermögensverteilung zwischen Arm und Reich aus? Hier sieht es in Deutschland gerechter als in God's Own Country aus: Der Gini-Index (je höher, desto ungleicher) liegt hierzulande bei 77,9 - in den USA sind es 85, in Rußland sogar 87,8. In Italien (66,5) oder Japan (64,4) ist das Vermögen hingegen viel gleichmäßiger verteilt. Das zeigt sich auch an den "oberen ein Prozent": Diese besitzen in Rußland 58,2 Prozent des dortigen Privatvermögens. In den USA sind es 35,3 Prozent, in Deutschland 29,1 Prozent, in Großbritannien 23,1 Prozent, in Italien 22,2 Prozent und in Japan nur 18,2 Prozent.

Die von der Kommunistischen Partei beherrschte Volksrepublik China ist diesbezüglich auf deutschem Niveau angekommen: Im Reich der Mitte besitzen die ein Prozent Superreichen 30,6 Prozent des Privatvermögens - im Jahr 2000 waren es nur 20,9 Prozent gewesen. Nur beim Gini-Index gibt es mit 70,4 noch britisches Niveau (71,7). Beim Durchschnittsvermögen (67.771 Dollar) und dem Medianvermögen (24.067 Dollar) hat das 1,4 Milliarden Einwohner zählende Reich der Mitte allerdings noch viel Aufholbedarf.

Bei der Zahl der Dollar-Millionäre liegt China mit 5,3 Millionen (257.000 mehr als 2019) weltweit schon auf Rang zwei. Das nur 126 Millionen Einwohner zählende Japan liegt mit 3,7 Millionen (+390.000) seit einigen Jahren hingegen nur noch auf Rang drei.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 29/21" berichtete am 16. Juli 2021 (x1.387/...):

>>Gestützt auf Schwert und Helm

Zahlreiche Grabinschriften und Gedenktafeln in Schlesien erinnern an die deutsche Geschichte

Paul Leonhard

Der Kirchhof der einsamen Kirche der Mutter Gottes von den Engeln birgt ein Geheimnis. Hinter hochgewachsenem Gesträuch verstecken sich an der Außenmauer des im 15. Jahrhundert erbauten, 1721 barock überformten Gotteshauses ein halbes Dutzend edle Herren. In Stein gehauene Grabtafeln, die an die einstigen Herrschaften von Nieda und den zu ihm gehörenden sieben Dörfern erinnern.

Die meisten davon existieren nicht mehr. Sie sind Anfang der 1950er Jahre in dem von den neuen polnischen Herrschern angelegten Stausee verschwunden. So ist die 13 Kilometer südlich von Görlitz gelegene Kirche, auf einer Anhöhe des Tales der Wittig, der letzte steinerne Zeuge eines Ortes, der 1815 in Preußisch und Sächsisch Nieda geteilt wurde, den die Nationalsozialisten von 1937 bis 1945 Wolfsberg nannten, die ihnen folgenden Polen Niedów, und der bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts ein Wallfahrtsort war.

Wer die Herrschaften auf den Epitaphien sind, könnten Historiker heute vielleicht noch anhand der Reste der Familienwappen, die um die Darstellungen der Gewappneten noch zu erkennen sind, entschlüsseln. In ein paar Jahren wird der Verfall zu weit fortgeschritten sein. Das erste Wappen links oben stellt die väterliche Linie dar, die auch der Verstorbene trug. Das Wappen daneben ist das der Mutter. Es folgen die Wappen der Großmutter väterlicherseits und mütterlicherseits. Die der Großväter werden meistens nicht dargestellt, da sie sich ja schon aus den ersten beiden Wappen ergeben und nicht wiederholt werden.

Erinnerung an die deutsche Besiedlung dieses Landstrichs

Diese Gedächtnismale, wie sie noch überall in Schlesien zu entdecken sind, erinnern heute nicht nur mit ihrem religiösen oder allegorischen Bildwerk und Inschriften an die Verstorbenen, sondern auch an die Besiedlung dieses Landstrichs vor mehr als 800 Jahren durch deutsche Siedler und Adelsgeschlechter. Mehr als eintausend ganzfigürliche Grab- und Gedächtnisplatten aus Sandstein haben sich erhalten, teilweise noch farbig gefaßt und in schmuckvollen Rahmen aufgestellt.

Die meisten stammen aus dem 16. und 17. Jahrhundert. Und die sind nicht nur genealogisch aufschlußreich, sondern geben auch einen Einblick in die Mode der Renaissance. Während die Männer entweder in Kutten oder Harnischen abgebildet sind, wurden die Frauen und Kinder in Festkleidern dargestellt.

Unter der Überschrift "Schlesische Grabkunst" stellt das Haus Schlesien in Königswinter zwei Routen zu den bedeutendsten steinernen Epitaphien durch Niederschlesien vor, die einmal abzufahren allen zu empfehlen ist, die sich für die Geschichte dieser einzigartigen Region interessieren.

Die erste Route beginnt in Glogau und führt über Leubus in Richtung Breslau. Die Westroute hilft bei der Spurensuche im Umfeld des Sudetengebirges. In Groß Kauer (Kurów Wielki), an den Ausläufern des Katzegebirges gelegen, sind insgesamt 39 ganzfigurige Grabplatten und Epitaphien zu bewundern. Sie erinnern unter anderem an Mitglieder der Familien von Kittlitz und von Glaubitz, die zwischen 1592 und 1710 starben. Durch diese Kontinuität wird auch die künstlerische Entwicklung von der Renaissance bis zum Barock sichtbar, die in ihrer Vielfalt als einzigartig in Schlesien gilt.

Als besonderes Prunkstück gilt der lebensgroße barocke Figurengrabstein für den von 1635 bis 1707 lebenden Franz Karl Bronne, Vicecomes de Montagne, Kürassieroberst und Generalwachtmeister in der Armee des sächsischen Kurfürsten und polnischen Königs. Auch in Jacobskirch (Jakubów), am seit 2005 ausgeschilderten, bis nach Görlitz führenden Niederschlesischen Jacobsweg gelegen, gibt es rund um die Kirche zahlreiche bedeutende Grabplatten aus den Jahren zwischen 1555 und 1796, vor allem aus protestantischer Zeit.

An der barocken Wallfahrtskirche von Hochkirch (Grodowiec) befinden sich außen neun lebensgroße Figurenepitaphien aus dem 16. Jahrhundert. Als besonders wertvoll gelten die Grabmäler zu beiden Seiten des Hochaltars in der Kirche St. Petrus und Paulus in Ober-Glärsdorf (Szklary Górne). In je acht Nischen stehen die lebensgroßen Reliefs der Familien Stössel und Schindel. Wickelkinder zeigen einige Todgeburten an.

Ein Doppel epitaph in der Schloßkirche der Kleinstadt Parchwitz (Prochowice) gedenkt des Zedlitzschen Patronatsherren Otto IV. (1490-1562) und seiner Gattin Helena, geborene Talkenberg. Sein Vater Otto III. († 1510) wird den Helm am Visier haltend präsentiert. In Mondschütz (Moęcice) sind in der Dorfkirche von 1530 lebensgroße farbige Figuren in muschelförmigen Nischen zu sehen. Beim Doppelgrab von Ladislaus II. von Storch († 1587) und seiner Ehefrau Helena, geborene von Berge († 1619), ist sogar bekannt, wer sie schuf: Steinmetz Caspar Berger aus Liegnitz.

Epitaphien aus Sandstein erinnern in der Landstadt Prausnitz (Prusice) an die Familie von Kurzbach, eine Liegefigur mit Rüstung, Allianzwappen und einer Stadtansicht von Krakau an den kaiserlichen Feldmarschalls Melchior von Hatzfeld (1593-1658). Die Familie von Schweinitz hatte über Jahrhunderte das Patronat über das an der mittelalterlichen Handelsstraße Via Regia gelegene Seifersdorf (Rosochata).

Ihre Geschichte spiegelt sich in 29 Grabplatten, die unterschiedlich gestaltet sind. Ist hier der 1558 verschiedene Gristuf Schweinitz in mittelalterlicher Tradition als ganzfigürlicher Ritter dargestellt, so sind in der kleinen Pfarrkirche von Tillendorf (Bolesławice), einem Ortsteil von Bunzlau, die Adligen in spanischer Tracht gekleidet.

Vom Selbstbewußtsein des Adels in der Renaissance

Ebenfalls in spanischer Tracht mit Kniestrümpfen, Hosen und bequemem Mantel ist Hans von Tschirnhaus (1542-1609) auf einem der 21 erhaltenen Grabsteine in der Kirche von Nieder Baumgarten (Sady Dolne) dargestellt. Der Vorfahre des Universalgelehrten und europäischen Porzellanerfinders Walther von Tschirnhaus (1651-1708) stützt sich auf Schwert und Helm. Seine Frau Magdalena, geborene von Czetrütz, ist in einen weiten Mantel gehüllt und hält ein Gebetbuch in den Händen. Der älteste Sohn Georg ist in Ritterrüstung dargestellt, sein Bruder Hans, der als Rittmeister des Fürsten von Teschen neun Jahre gegen die Türken kämpfte, stemmt den Offiziersstab in die Hüfte. In festlichem Gewand mit breiter Halskrause wird der Enkelsohn Hans Georg porträtiert.

Vom Selbstbewußtsein des Adels in der Renaissance kündigt die Darstellung Melchior von Hobergs († 1545) in der nördlich von Schönau (Swierzawa) an der Katzbach gelegenen Saalkirche aus dem 13. Jahrhundert. Der Grundbesitzer trägt einen als besonders stoßfest geltenden Brustpanzer.

In der rechten Hand hält er einen großen Schild mit dem Familienwappen. Außerdem sind eine geschlossene Sturmhaube und ein Zweihänderschwert abgebildet. Ähnlich gearbeitet ist der Epitaph des Ritters Lassel von Hoberg († 1516) im Stil der späten Gotik.

Im kleinen, nahe Görlitz gelegenen Greiffenberg (Gryfów) sind in einer prächtigen Grabanlage zehn vollplastische Figuren zu sehen. Ein sächsischer Steinmetz hat das Ensemble aus zehn vollplastischen Figuren im Renaissancestil Ende des 16. Jahrhunderts geschaffen. Es erinnert an ein Unglück, das der Familie Schaffgotsch widerfuhr, als binnen kurzer Zeit fünf Angehörige verstarben: Hans Schaffgotsch und seine Frau Magdalena von Zedlitz, Sohn Hans Ulrich, Tochter Magdalena und deren Mann Christoph.

Außerdem befinden sich in der Kapelle die Gräber von Christophs zweiter Frau, Eleonore von Promnitz, in zweiter Ehe verheiratet mit dem Grafen Johann Georg von Hohenzollern, und seiner 1631 verstorbenen Schwiegertochter Barbara Agnes Schaffgotsch, der Tochter des Herzogs Joachim Friedrich von Liegnitz und Brieg und Gemahlin des geköpften unglücklichen Generals Hans Ulrich Schaffgotsch.

Besonders reiche Grabmäler dieser Familie befinden sich in der Filialkirche von Reußendorf (Raszków). In der 1575 erbauten Kapelle stehen zwei Tumbengräber, die an "Hans Schof Gotsch genannt vom Kinast auf Kreppelhof" († 1565), Kanzler des Fürstentums Schweidnitz-Jauer, und seine Gemahlin Salome, geb. von Nimptsch († 1567) erinnern.

Im Stil hochherrschaftlicher mittelalterlicher Grabplatten ruhen die Füße auf sitzenden Löwen und sind die Köpfe auf dicke Kissen gebettet. Beide lebensgroße Figuren tragen schlichte einteilige Gewänder der Renaissance. Die Seiten der Tumben schmücken Flachreliefs mit vier Szenen aus dem Paradies. Auf der zweiten Tumba liegt Hans II. († 1572) in Ritterrüstung. Die Wände der Kapelle zieren figürliche Epitaphien aus Sandstein von 1590 bis 1621.

Die im Kirchhof der ehemaligen Propsteikirche in Bad Warmbrunn zu sehenden Steingrabplatten stellen zwischen 1530 und 1633 verstorbene Angehörige einer Schaffgotschen Nebenlinie dar, die 1849 aus dem an der Neiße gelegenen Radmeritz hierher gelangten. Zu dem Ort gehörte einst auch Preußisch Nieda, womit sich der Kreis wieder schließt.

Wer sich scheut, sich auf eigene Faust durch Niederschlesien auf Entdeckungsreise zu begeben, dem sei zumindest die Siedlung Silbitz empfohlen. Hier sind 28 wertvolle, zumeist figürliche Epitaphien aus vier Jahrhunderten aufgestellt. Sie stammen aus allen Teilen Schlesiens, denn im 19. Jahrhundert hatte Rudolph Graf Stillfried von Alkántara und Rattonitz (1804-1882), Experte für genealogisch-dynastische Forschungen und Oberzeremonienmeister am preußischen Hof, die Grabsteine seiner weitverzweigten Familie aufgekauft, um sie in der Kapelle in Silbitz zu präsentieren.

"Der gute exemplarische Querschnitt weist viel durchschnittliche Qualität auf", heißt es auf

der Internetpräsentation: "Alle Sandsteinplatten sind nebeneinander angebracht, in gutem Zustand und farbig gefaßt." Die östlich der Ansiedlung im Wald gelegene Kapelle ist am besten von Nimptsch (Niemcza) in Richtung Arboretum Woislawice und der Straße weiter folgend erreichbar.<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 16. September 2021 (x1.055): >>**Politik ohne Parteien**

Wir brauchen eine grundlegende Neuordnung des Politik- und Wirtschaftssystems. Exklusivabdruck aus "Demokratie versus Parteienherrschaft".

von *Ernst Hellmann*

In Deutschland werden trotz Demokratie, also Volksherrschaft, viele Entscheidungen entgegen den Interessen des Volkes getroffen, die der Menschheit und der gesamten Natur schaden. Das Parteiensystem in unserem Land richtet die demokratischen Regeln an den Interessen der Berufspolitiker und Lobbyisten aus und durchdringt sämtliche Institutionen des Staates. Denn die Grundregel jedes demokratischen Staatswesens - die Trennung von Legislative, Exekutive und Judikative - wurde durch ihren Einfluß ausgehebelt.

Das gegenwärtige Grundgesetz kann keine tragfähigen Lösungen für die großen Probleme unserer Zeit liefern. Wir könnten mit einer neuen Verfassung für Deutschland eine grundlegende Reform der Gesellschaftsziele festlegen, die für eine gerechte, gemeinwohlorientierte und die Natur achtende Lebenswelt entsteht. Dafür ist aber eine Neuordnung des Politik- und Wirtschaftssystems unabdingbar. Sind wir individuell und als Gesellschaft in der Lage, diesen überfälligen Umbruch zu verwirklichen?

Wir haben beschrieben, welche Mechanismen zur aktuellen Situation geführt haben: Die im Grundgesetz (GG) vorgesehene Mitwirkung der Parteien an der politischen Willensbildung führte zu einem Monopol, daß Demokratie - eine Herrschaft des Volkes, wie der Name unterstellt - durch eine Parteienherrschaft ersetzt hat.

Der deutsche Psychiater und Philosoph Karl Jaspers hatte bereits in den 1960er-Jahren beklagt, daß die Parteien sich von Organen des Volkes zu Organen des Staates entwickelt hätten und dazu beitragen, die Wirksamkeit des Volkes demokratiekonterkarierend zu minimieren. Die politischen Parteien haben sich den Staat faktisch angeeignet.

Daß das parlamentarische System nicht nur in einer tiefen Krise steckt, sondern am Ende seiner bedrohlichen Entwicklung angekommen ist, zeigen uns die ungelösten Problematiken, national und international. Im Übrigen geben Wahlergebnisse die Erwartungen und Überzeugungen der Wähler schon lange nicht mehr wieder. Die von der Bevölkerung beauftragten Parlamente und Regierungen spiegeln nicht das Bewußtsein und den Willen der Landesbewohner.

Ein Verbot von geplantem Verschleiß im Wirtschaftssystem, von Plastikabfall, von Massentierhaltung, von krankmachender Lebensmittelproduktion, von Naturzerstörung ist zwingend notwendig. Und was bekommen wir? Städte, Gemeinden, Regionen und Länder, die versuchen müssen, in einem ständigen Wettbewerb die Nachbarn zu dominieren. Wir wollen regionale Wirtschaftskreisläufe, Verbraucherschutz, fairen Handel, aber wir bekommen eine Diktatur des Kapitals, die all das ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Steigerung des eigenen Reichtums steuert.

Wir wollen sichere Arbeitsplätze mit einer fairen und auskömmlichen Vergütung, doch wir bekommen Druck auf Arbeitsplätze- und Entgelte durch Produktionsbedingungen in Indien oder China. Wir wollen eine Zukunft für unsere Kinder in einer intakten Natur, statt dessen haben wir eine Welt bekommen, in der Angst vor der Zukunft vorherrscht: Angst vor den Folgen der Klimaveränderung, Angst vor Kriegen und Konflikten, Angst vor dem Morgen.

Wir wollen Volksvertreter in den Parlamenten, die sich dafür einsetzen, unser Leben und das der gesamten Natur zukunftsfähig und friedvoll zu gestalten, doch was haben wir? Abgeord-

nete, die in politischen Zirkeln (Parteien) organisiert sind und nicht unabhängig vorgehen, sondern die Interessen der Partei vertreten, deren Führung von Meinungseliten mit kühler Berechnung unter Druck gesetzt werden und die dafür sorgen, daß sie in Abhängigkeit von deren Interessen agieren.

Die Vertreter dieser Interessen prägen und lenken über die Presse die öffentliche Meinung. Das Gesetz des Handelns liegt zum großen Teil bereits bei einer wuchernden Eurobürokratie in Brüssel, bei dem Internationalen Währungsfonds in Washington, bei der Europäischen Zentralbank in Frankfurt und bei der Welthandelsorganisation in Genf - alles Institutionen, die eng mit dem internationalen Finanzsektor verwoben sind. So wird nationale Politik von den Zielen der globalen Finanzwirtschaft ferngelenkt.

Die Geschichte von Ägypten bis Rom zeigt uns, daß jedes politische System ein Verfallsdatum hat. Für die Parteienherrschaft in Demokratien ist diese Zeit jetzt gekommen!

Global stehen uns tiefgreifende Umbrüche bevor, sowohl klimatisch als auch soziologisch und politisch. Wir stehen am Beginn einer ganz anderen Zivilisation. Die Interessen eines jeden Teils der Gesellschaften und der gesamten Natur müssen berücksichtigt und zweifellos den Partikularinteressen übergeordnet werden. Jetzt stellen sich die Fragen: Werden wir zu Opfern von Ereignissen, die über uns hereinbrechen und uns ein anderes Leben aufzwingen, oder können wir die Geschichte wenden und eine gemeinsame Vision für eine lebenswerte Zukunft entwickeln?

Vor etwa 200 Jahren entstanden die Nationalstaaten und haben überall in Europa die monarchischen Herrscher abgelöst. Jetzt ist es an der Zeit, erneut etwas grundlegend Neues entstehen zu lassen, damit wir gut gerüstet in die Zukunft gehen können. Mit einem radikalen grundlegenden Umbau der verkrusteten politischen Strukturen kann der Grundstein für ein friedvolles Zusammenleben der globalen Gesellschaften in einer intakten Umwelt gelegt werden.

Für diese grundlegende Transformation bedarf es einer Neuorientierung der Gesellschaftsziele. Nachfolgend eine realistische Aussicht:

Verfassung für Deutschland

Der Ökonom und Philosoph Prof. Dr. Wolfgang Berger hat im März 2019 in der Wissensmanufaktur, Institut für Wirtschaftsforschung und Gesellschaftskritik, ein Essay mit dem Titel Demokratie ohne Parteien verfaßt. Die Ausführungen dieses bemerkenswerten Mannes sind genial und zukunftsweisend. Sie zeigen uns einen realistisch-visionären Weg aus der vermeintlichen Sackgasse hin zu einer wahren Demokratie.

Dem deutschen Volk ist nach der Vereinigung von Ost- und Westdeutschland im Jahre 1990 gemäß Gesetz eine Verfassung in Aussicht gestellt worden. Die Organisatoren der Wiedervereinigung haben sich über diese Vorgabe des deutschen Grundgesetzes hinweggesetzt. Die Politiker haben den Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland einfach um das Gebiet der früheren Deutschen Demokratischen Republik erweitert, ohne das davon betroffene Volk in Ost oder West zu befragen.

Verfassungsreform gemäß Grundgesetz Artikel 146 GG

"Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

1762 hat Jean-Jacques Rousseau - Philosoph, Schriftsteller und Naturforscher - in seinem Du Contrat Social (Vom Gesellschaftsvertrag) das Konzept der Volkssouveränität als Prinzip legitimer politischer Herrschaft begründet. Danach steht das Volk als höchste Staatsgewalt über allen anderen Institutionen.

In unserem Land repräsentieren die politischen Parteien die höchste Staatsgewalt und beherrschen allen anderen Institutionen. Deshalb braucht Deutschland eine Verfassung, die vom

Volk verstanden, akzeptiert und getragen wird - der das Volk zugestimmt hat. Erst wenn das erreicht ist, haben wir eine wahre Demokratie.

Prof. Dr. Berger erläutert, wie eine Verfassung die Erdrosselung unseres Gemeinwesens durch die Parteien in Deutschland beenden kann, und macht hierzu sieben Vorschläge:

"Bei Bundestagswahlen bewerben sich in jedem Wahlkreis nur noch Direktkandidaten. Der Kandidat, der in einem Wahlkreis die meisten Stimmen erhält, zieht in den Bundestag ein. Landeslisten, die von den Parteien aufgestellt und mit der 'Zweitstimme' gewählt werden, gibt es nicht mehr. Weil Überhangmandate wegfallen, wird die Größe des Bundestages mehr als halbiert. Kandidieren kann jeder Bürger, der im Wahlkreis wohnt und das passive Wahlrecht besitzt. Hierzu benötigt er 250 unterstützende Unterschriften von wahlberechtigten Mitbürgern aus dem Wahlkreis. Es werden Personen gewählt, keine Parteien.

Eine mögliche Parteizugehörigkeit von Kandidaten wird auf dem Wahlzettel nicht vermerkt (eine Zugehörigkeit zu einem Sportklub ja auch nicht). Die Reihenfolge, in der die Kandidaten auf den Stimmzetteln stehen, wird ausgelost. Das beschränkt den sicheren Erfolg eines von der größten Partei aufgestellten Kandidaten. Die zuständige Behörde organisiert öffentliche Veranstaltungen, bei denen die Kandidaten sich vorstellen".

Für eine Verfassung muß allerdings noch sehr viel mehr geregelt werden. Zu ihrer Vorbereitung und Beratung wird eine verfassungsgebende Versammlung gebildet, ähnlich der, die das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland entworfen hat. Dieses ausdrücklich so genannte provisorische Grundgesetz wurde vom Parlamentarischen Rat beschlossen und konnte erst nach Genehmigung durch die westlichen Besatzungsmächte am 24. Mai 1949 in Kraft gesetzt werden.

Der Parlamentarische Rat war eine von den Länderparlamenten der drei Westzonen gewählte Versammlung, die 65 stimmberechtigte und 5 nicht stimmberechtigte (aus West-Berlin) Mitglieder hatte. Sie tagte von September 1948 bis Juni 1949 in Bonn.

Prof. Dr. Berger schreibt, daß die neue verfassungsgebende Versammlung jetzt aus 100 Personen gebildet werden solle, denn 100 Personen seien arbeitsfähig, weil jeder jeden kenne, und meint weiter, daß 40 von ihnen Juristen, Wissenschaftler, Richter, Verwaltungsjuristen, Rechtsanwälte, Staatsanwälte, Wahlbeamte und Parlamentarier sein sollten, die sich selbst vorschlagen oder von ihren Institutionen vorgeschlagen werden könnten.

Jedes Landesparlament würde aus dieser Vorschlagsliste eine anteilige Zahl von Personen auswählen und sie in die verfassungsgebende Versammlung entsenden. Nach Nordrhein-Westfalen 9, Bayern 6, Baden-Württemberg 5, Niedersachsen 4, Hessen 3, Sachsen, Berlin, Brandenburg und Schleswig-Holstein je 2 Mitglieder, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland und Bremen je 1 Mitglied. Diese Personen würden mit drei Viertel der Parlamentssitze gewählt. Diese Mehrheiten erreichten die Regierungsfractionen der Landesparlamente nur, wenn sie die gesamte Opposition mit einbinden.

60 Mitglieder dieser Versammlung würden über die Einwohnerregister der Wahlberechtigten mit einer qualifizierten Zufallsauswahl aus der Mitte der Bevölkerung rekrutiert werden. Das Losverfahren orientiere sich neben regionalen an demografischen Kriterien (Geschlecht, Alter, Bildungsgrad, Beruf), so daß diese Vertreter die Struktur der Gesamtbevölkerung damit spiegeln würden. Zahlreiche Losdurchgänge würden so lange durchgeführt, bis die erzielte Auswahl der Zusammensetzung der Bevölkerung entspreche. Zusätzlich würden Ersatzkandidaten benannt, falls einzelne ausgeloste Bürger den Ruf zur Mitwirkung in der verfassungsgebenden Versammlung nicht annähmen.

Vorsitzender der verfassungsgebenden Versammlung sei ein Bundesrichter, der von den Mitgliedern der Versammlung mit einer Dreiviertelmehrheit gewählt werde. Bei Nichterreichen der erforderlichen Mehrheit würde ein weiterer Wahlgang angesetzt werden. Die Wahl des

Vorsitzenden würde von einem Mitglied des Bundesverfassungsgerichts geleitet, das von diesem Gericht einvernehmlich dafür benannt werde.

Die organisatorische Starthilfe für die Versammlung obliege dem Bundespräsidenten. Die Versammlung wählte einen zentral in Deutschland gelegenen festen Tagungsort, der auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut zu erreichen sei, zum Beispiel Kassel.

Mitglieder der verfassungsgebenden Versammlung erhielten Kostenersatz und würden für ihre Tätigkeit entlohnt. Beamte, die man für die Mitwirkung in dieser Versammlung freistellte, erhalten keine Vergütung. Mitglieder der Versammlung, die durch ihre Mitarbeit einen Verdienstausfall erlitten, würden für ihre Mitwirkung gleichhoch vergütet. Als Richtgröße gelte der durchschnittliche, nachgewiesene Verdienstausfall. Bei der Berechnung würden sehr hohe Einkommen nivelliert. Selbstständige, deren Betrieb durch ihre Mitwirkung gefährdet sei, würden je nach ihrer spezifischen Situation unterstützt. Berufsverbände stellten hierfür die Bearbeiter. Der Bundesfinanzminister erlasse eine Durchführungsverordnung zur Vergütungsregelung.

"Der so erarbeitete Verfassungsentwurf muß von der Bevölkerung als oberstem Souverän in einer Volksabstimmung genehmigt und freigegeben werden. Der Prozeß der Vorbereitung dieser Abstimmung wird die meisten Wähler veranlassen, sich mit dem Entwurf und seinen Folgen - also mit dem politischen System - zu beschäftigen. Wird der Entwurf vom Souverän - dem Volk - nicht gebilligt, muß erneut beraten werden. Für Diskussion und Meinungsbildung ist ausreichend Zeit vorzusehen".

Nach dieser Zäsur könnte Deutschland Vorreiter und Vorbild für eine ganz besondere Verfassung werden. Die Winde der Veränderung kündigen sich an und fordern uns auf mitzukommen. Unsere Demokratie wird nicht vergehen, weil die Parteien ihre Macht verlieren, im Gegenteil: Sie wird endlich wiedererwachen und aufblühen.

Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun und mit uns geschehen lassen. Und wir müssen nicht auf dem Boden der uns oktroyierten Tatsachen leben. Wir - das Volk - sind der Souverän. Dessen müssen wir uns bewußt sein. Die Meinungsmacher der politischen Parteien haben uns schon viel zu lange die Wege verbaut, auf denen alle Menschen ihre Würde wiedererlangen können. Es sind die friedvollen Wege in uns, die zum Frieden in unserem Land und zum Frieden auf der Welt führen können.

Von allen bisher erprobten Gesellschaftsformen ist die Demokratie jene, die den menschlichen Eigenschaften und Bedürfnissen wie Vertrauen, Wertschätzung, Liebe, Empathie, Gemeinschaftssinn, Solidarität und Gerechtigkeit am nächsten kommt. Das hat die folgende Demokratieform schon ansatzweise erreicht:

Direkte Demokratie

Daß die skandinavischen Länder, Kanada, Australien und die Schweiz laut aktuellem Demokratieindex von 2019 die vollständigsten Demokratien haben und die Menschen dort überwiegend mit der Politik ihrer Regierungen zufrieden sind, haben wir schon im Teil 1 dieses Buches beschrieben.

Die Gründe dafür sind zweifellos eine große Partizipation der Bürger bei politischen Entwürfen und Entscheidungen, aber vor allem bieten die nordischen Sozialstaaten einen umfassenden Schutz gegen soziale Risiken und investieren aktiv in ein lebenslanges Lernen. Die Integration in den Arbeitsmarkt möglichst aller Menschen zu humanen Bedingungen ist ein Merkmal dieser vorsorgenden Sozialstaatlichkeit, ein anderer die umfassend organisierten und qualitativ hochwertigen Dienstleistungen. Diese Sozialpolitik der Nordländer ruht auf besonderen Institutionen und Traditionen. Sie ist in ein steuer- und fiskalpolitisches System eingebettet, in dem weitreichende Umverteilungen mit Prinzipien einer soliden öffentlichen Haushaltsführung kombiniert werden.

Die Schweizer Bürger können, dank ihrer Tradition, über viele Fragen der politischen Ord-

nung durch Initiativen und Volksentscheide direkt mitbestimmen. Das führt dazu, daß sie wesentlich zufriedener Demokraten als die Bürger hierzulande sind. Während im kleinen Nachbarland 88 Prozent der Bürger mit ihrer Staatsform zufrieden sind, sagen das in Deutschland nur 66 Prozent.

So gesehen scheinen die verschiedenen Formen direkter Demokratie eine große Chance für die Gesellschaften zu sein, weil sie die Macht feiner verteilen, so daß alle Bürger das Recht und die Möglichkeit erhalten, immer wieder in politische Entscheidungsfindungen einzugreifen. Sie können auch Themen selbst vorschlagen. Das gibt den Menschen ein erhöhtes Freiheitsgefühl und führt zu einer politischen Kultur, die weniger Distanz zwischen Politik und Einwohner kennt. Zudem produziert diese Kultur gesprächsbereitere Politiker, weil jeder Volksvertreter weiß, daß häufig die Bürger das letzte Wort haben.

Ist das die dringend benötigte bessere Gesellschaftsordnung?

Können mit Übernahme dieser Demokratieform die geschilderten Entartungen durch Parteienherrschaft respektive Wirtschaftsinteressen in den parlamentarischen und präsidentialen Demokratien beendet werden?

Die Antwort lautet Ja und Nein:

Nein, weil alle der hier genannten vollständigen Demokratien sich auch der weltweiten zerstörerischen kapitalistischen Wirtschaftsordnung unterworfen haben und weil auch sie Parteiensysteme haben, deren Politiker von Wirtschaftsinteressen gelenkt werden.

Beispiel Schweiz: Nestlé, der größte Nahrungsmittelhersteller der Welt, mit einem Jahresumsatz von circa 80 Milliarden Euro, ist wegen diverser Vergehen bei seinen globalen Aktivitäten in der Kritik. Kinderarbeit, unethische Förderung, Manipulation ungebildeter Mütter, Umweltverschmutzung, Preisabsprachen und Falschdeklarierung - das alles kann Nestlé. Auch wegen diverser Umweltvergehen als global größter Produzent von Flaschenwasser gehört Nestlé zu den meistgehaßten Konzernen der Welt.

Und die Schweizer Banken? Die sind sehr erfolgreich. Sie machen das, was überwiegend zum Bankgeschäft gehört: Geschäfte ohne Moral. Sie unterstützen Unternehmen bei der Streubombenproduktion (verboten laut UN-Konvention 2010), bei der weltweiten Palmölproduktion (die zu verheerenden Umweltschäden führt) und Despoten, die ihre Völker ausrauben, sowie Steuersünder und Kriminelle aller Art bringen ihre Gelder gerne zu Schweizer Banken, denn dort sind ihre Einlagen sicher.

Bei den Nordlichtern sieht es hinter dem Vorhang auch nicht nur rosig aus. Zum Beispiel die Dänen: Es stimmt, daß sie sich Umfragen zufolge für die glücklichsten Menschen auf Erden halten. Aber warum verschweigen sie dabei, daß sie hinter den Isländern den zweithöchsten Verbrauch an Antidepressiva aufzuweisen haben? Doch das schmutzigste Geheimnis, das sie haben, ist ihr ökologischer Fußabdruck. Er ist einem Bericht des Worldwide Fund for Nature zufolge der viertgrößte weltweit. Damit liegt Dänemark noch vor den USA. Hauptsächlich liegt das an der Herstellung elektrischer Energie, denn circa 57 Prozent des Strombedarfs wird durch Kohlekraftwerke erzeugt.

Oder die Schweden: Die haben sich als neutrales Land fast unbemerkt zu einem der weltweit größten Waffenexporteure entwickelt und die Jugendarbeitslosigkeit ist dort höher als die in Großbritannien und liegt über dem europäischen Durchschnitt.

Über die Norweger sagt man, daß sie die fremdenfeindlichsten Skandinavier sind und sich mit ihrer Vorreiterrolle in Sachen erneuerbare Energien brüsten, dabei verkaufen sie dem Rest der Welt aber weiter Öl und Gas und häufen damit den größten staatlichen Rentenfonds weltweit an.

An diesen Beispielen, die deutlich die Wirkung des kapitalistisch orientierten Wirtschaftssystems, auch in den vollständigen Demokratien aufzeigen, konstatieren wir, daß eine Übernahme der direkten Demokratiesysteme keinesfalls zu einer grundlegenden Verbesserung der be-

schriebenen weltweiten gesellschaftlichen und ökologischen Tragödien führen können.

Ja, wenn diese Ordnung auf der Grundlage einer umfassenden Erneuerung der Verfassung basiert, die dem Schutz der gesamten Natur höchste Priorität verleiht. Von einem Schutz der Natur sind wir aber durch das Agieren der weltweiten Politik meilenweit entfernt. Machen wir uns nichts vor: Die Versuche der Weltgemeinschaft, die jetzt schon sichtbaren Folgen der Klimaveränderung sowie die Vergiftung der Böden, der Meere und des Trinkwassers aufzuhalten, sind am Festhalten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung kläglich gescheitert.

Ein "Weiter so" bedeutet, sich in absehbarer Zeit das Verschwinden der Menschheit von dieser Welt vorstellen zu müssen. Die Maßnahmen in Deutschland zur Bewahrung und Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen - Kohleausstieg bis 2035, Verbot der Produktion von Plastikstrohhalm ab 2021, Einführung einer CO2-Steuer und Aufbruch in ein neues Zeitalter durch Akkumobilität - sind bezüglich der zu erwartenden Machbarkeit durch begrenzte Rohstoffe nicht nur absurd und lächerlich, sondern auch ein Zeichen unglaublicher Dummheit und Unfähigkeit der Eliten aus Wirtschaft und Politik. Außerdem sind die völlig unzureichenden Maßnahmen auch ein skrupelloser Anschlag auf das gesamte Leben der Erde und der Zukunftsfähigkeit der Menschheit.

Manche meinen, daß es egal sei; wenn der Planet ohnehin verloren ist, da könne man ja auch so weitermachen. Aber diese Denkweise ist falsch!

Nicht nur wir sind davon überzeugt, daß die hier aufgeführten ökologischen Probleme und auch die Klimainstabilität ihre wesentliche Ursache im politischen und wirtschaftlichen Handlungsmuster der Eliten haben. Die Folgen sind unsere Trennung von Erde, Natur, Herz, Wahrheit, Liebe, Gemeinschaft und Mitgefühl.

Durch diese Erkenntnis, verstärkt durch das Referendum des bolivianischen Präsidenten Evo Morales zum Schutz der Mutter Erde, auf das wir in der Folge noch näher eingehen werden, sehen wir für die Menschheit, trotz der düsteren Prognosen eine durchaus realistische Möglichkeit, einen vollkommen anderen Weg zu gehen, der das bisher Bekannte völlig auf den Kopf stellt. Im folgenden Kapitel erklären wir den Pfad der Veränderung der, wenn er zu einer Bewegung wird, die Welt transformieren kann.

Ernst Hellmann, Jahrgang 1952, ist seit 2014 im Ruhestand. Seit 2010 ist er Mitglied und Autor der Gemeinschaft für Frieden und Gerechtigkeit, die das Ziel verfolgt, die zunehmenden Ungerechtigkeiten in den weltweiten Gesellschaften sowie die scheinbar unaufhaltsame Zerstörung unserer Lebenswelt durch das Handeln der globalen Politik- und Wirtschaftseliten zu verdeutlichen.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 38/21" berichtete am 17. September 2021 (x1.387/...): >>Der Staat war ich!

Abschied von Angela Merkel: Ihre Bilanz nach 16 Jahren Kanzlerschaft ist verheerend für das Land

Thorsten Hinz

Angela Merkel hat 16 Jahre lang, Tag für Tag, den Beweis erbracht, daß die Macht den verschleißt, der sie nicht hat. Sogar der halb erzwungene Abschied vom CDU-Vorsitz hat sie nicht geschwächt, sondern sich als eine weitere taktische Volte erwiesen, die ihre Kanzlerschaft befestigte. Sie hat sämtliche Gegner überspielt, ins Aus gestellt, politisch überlebt. Dazu zählen auch ihre publizistischen Kritiker, die mit den Jahren immer weniger wurden.

Ihre lange, durch drei Folgewahlen bestätigte Kanzlerschaft steht gegen alle praktische Vernunft, zumal ihre verheerende Bilanz sich früh abzeichnete: Die Infrastruktur im Land ist weitgehend verschlissen. Die Euro-Schuldenunion ist fast vollendet. Die Ausblutung der deutschen Steuerzahler und Sparer geht munter weiter. Die Bundeswehr ist demoralisiert und ohne fremde Transportflugzeuge nicht einmal bedingt einsatzbereit.

Die höchsten Energiepreise in Europa finanzieren eine perspektivisch unsichere Energiever-

sorgung. Die von der "Klimakanzlerin" angeheizte Hysterie hat Deutschlands wichtigsten Industriezweig, die Autoindustrie, diskreditiert. Die Bundesrepublik ist auf dem Weg zum multireligiösen Vielvölkerstaat mit all seinen schwerwiegenden Begleiterscheinungen. Der "Kampf gegen Rechts" ist zur milliardenstark finanzierten Staatsideologie geworden. In seinem Gefolge haben sich Gesinnungsschnüffelei, Denunziationswesen und Stasi-Muff ausgebreitet.

Die Parteien bilden einen ununterscheidbaren rotgrünen Morast, in den auch die Union kopfunter versunken ist. Der Thüringer "Preußenschlag", den Merkel während eines Auslandsbesuchs veranlaßte, reinstallierte eine abgewählte rot-rot-grüne Landesregierung und machte den Föderalismus zur Farce.

Das einst hochangesehene Bundesverfassungsgericht ist gänzlich zur Filiale des Parteienstaates herabgewürdigt. Ein getreuer Schleppenträger Merkels sitzt ihm jetzt vor und befindet über die Rechtskonformität von Gesetzen, die er als Fraktionsvize von CDU/CSU in den Bundestag eingebracht hat. Das Land verblödet unaufhaltsam, angefangen bei den durchideologisierten Universitäten bis hinunter zu den Grundschulen. Oder umgekehrt.

Die Bevölkerung ist durch die Corona-Panikmache neurotisiert. Das Regieren im permanenten Ausnahme-Modus ist zum politischen Herzstück einer neuen Normalität geworden.

Merkel wurde als "mächtigster Frau der Welt" geschmeichelt, doch bestanden ihre außenpolitischen Leistungen vor allem darin, im Ausland Geld aus den deutschen Steuer- und Sozialkassen zu verteilen. Die Beziehungen zu Rußland sind so schlecht wie nie seit 1990. Ein brauchbares Konzept für den Umgang mit China hat sie nicht entwickeln lassen.

Eine Idee, wie die EU die Lücke füllen könnte, welche die weltpolitisch überdehnten USA gerade hinterlassen, steht ebenfalls aus. Merkel hat die internationale Position der EU sogar deutlich geschwächt, denn unter dem Eindruck des "Hippie-Staates" (Anthony Gleditsch), den die Bundesrepublik durch ihre Flüchtlingspolitik aussandte, ist die Atommacht Großbritannien aus der EU ausgeschieden. Der chaotische Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan spricht ebenfalls nicht für weltpolitischen Durch- und Weitblick.

Das Credo, dem ihre Politik zunächst unbewußt, dann ganz gezielt folgte, formulierte sie im Oktober 2015, als sie bei Anne Will die Grenzöffnung rechtfertigte: "Sie können die Grenzen nicht schließen. Wir haben 3.000 Kilometer Landgrenze. Dann müssen wir einen Zaun bauen. Es gibt den Aufnahmestopp nicht." Ungehindert konnten junge Männer, vorwiegend muslimisch, ungebildet, oft gewalttätig zu Hunderttausenden in ein Land strömen, dessen relativer Reichtum allein auf seiner Leistungsfähigkeit und geistig-technischen Kreativität beruht.

Die JUNGE FREIHEIT stellte damals zu Merkels Fernsehauftritt fest: "Das war und ist ein Frontalangriff auf den Bestand des Staates, der auf der Dreieinigkeit aus Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt beruht. Das Staatsvolk, sein Eigeninteresse, seine Freiheits- und Abwehrrechte erklärte sie für unerheblich; sein Staatsgebiet gab sie preis, und die Gesetzlosigkeit erhob sie zum Gesetz." Für den Historiker Rolf Peter Sieferle war sie eine herostratische "Unheilsfigur".

Es erstaunt, daß eine Frau ohne jegliches Charisma, ohne rhetorische Gaben eine derartige, geradezu revolutionäre Wirkung entfalten konnte. Eine Wirkung im Negativen gleichsam getragen vom Mehrheitswillen. Über ihre Machttechnik, ihre Seilschaften, ihren eingeschworenen Frauenclub, den sie zunächst in der CDU-Zentrale, dann im Kanzleramt installierte, ist einiges geschrieben und noch mehr gemutmaßt worden. Vieles wird sich im Zeitalter der SMS-Kommunikation kaum rekonstruieren lassen. Natürlich verfügt Merkel über enorme machiavellistische Fähigkeiten.

Aber auch die müssen sich durch positive Leistungen, die die Menschen beeindrucken, irgendwann einmal legitimieren. Nehmen wir ihre drei am längsten amtierenden Vorgänger im Kanzleramt: Bismarck schuf den kleindeutschen Einheitsstaat und erhielt danach dem satu-

rierten Reich den Frieden. Adenauer zimmerte aus den schwelenden Trümmern des Reiches ein staatliches Notdach. Und Helmut Kohl, lange als bräsig-verschlagene Machtmaschine verspottet, nahm im dramatischen Sommer 1989 das Heft des Handelns in die Hand und wurde zum "Kanzler der Einheit". Aber Merkel?

Für die Merkel-Versteher ist gerade das Fehlen des großen Wurfes ein Zeichen ihrer Größe. Der Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte meinte: "Sie kommt wie ein wandelndes Understatement daher, legt nicht Wert auf den präventösen Auftritt. Eine von Vernunft geleitete Politik wird geschäftsmäßig übersetzt." Soll heißen, sie betreibt das politisch Erforderliche nüchtern, sachbezogen, ohne dramatische Überzeichnung und stellt die eigene Person völlig zurück. Die politische Vernunft kommt bei ihr in Reinform, ohne überflüssige Arabesken zur Geltung. Damit ist ihr Handeln unwiderlegbar und in der Tat alternativlos.

Im Widerspruch dazu steht ihre Katastrophenbilanz. Was als Klarheit des Denkens gerühmt wird, stellt sich bei näherer Betrachtung als eine zugespitzte Variante instrumenteller Vernunft heraus, deren Zweckbestimmung so unwahrscheinlich ist, daß sie sich selbst der Einsicht kluger Leute entzieht. Ihr "Understatement" ist der Auftritt einer extremen Narzißtin mit DDR-Erfahrung.

Wer im Arbeiter- und Bauernstaat seine Autonomie wahren wollte, ohne sich als Dissident ins soziale Aus zu katapultieren, der mußte lernen, sich zurücknehmen, unauffällig zu machen, Kröten zu schlucken, ohne eine Miene zu verziehen. Diese Fähigkeit hat Merkel erworben und nach der Wende 1989 so sehr perfektioniert, daß sie einer Mehrheit der Wähler als die selbstlose Dienerin im Weinberg des Landes erscheint.

Doch es gibt Schlüsselszenen, die ein anderes Bild nahelegen. Horst Seehofer sprach in einer Fernsehdokumentation darüber, wie schockiert sie war, als die FDP 2017 die Verhandlungen über eine Jamaika-Koalition beendete: "Die wollen mich weghaben." Nach zwölf Jahren wäre es wahrlich an der Zeit gewesen, für andere Platz zu machen, zumal der angerichtete Schaden bereits riesig und Besserung mit ihr nicht zu erwarten war.

Auf Forderungen, die Politik der offenen Grenzen zu beenden, reagierte sie mit dem Ausspruch: "Dann ist das nicht mehr mein Land." Was in der Umkehrung soviel heißt wie: Der Staat bin immer noch ich! Solche Aussagen verweisen auf ein heimliches Hyper-Ego, das sich im mächtigsten politischen Amt im Staate auslebt. Zudem gibt es Schilderungen und Berichte, wie es sie amüsiert, andere ihre Macht spüren zu lassen. Es ist die reine Machtausübung, die sie interessiert. Die Inhalte sind beliebig.

Die scharfzüngige Politikexpertin Gertrud Höhler hat ihr eine Kombination aus Bindungs- und Empathielosigkeit attestiert. Merkel war es denn auch, die dem Partei-Patriarchen Helmut Kohl, für dessen "Mädchen" sie lange gehalten wurde, den fälligen Abschied gab. Keiner der in alten Loyalitäten gefangenen Parteigranden aus dem Westen war dazu fähig gewesen. Man kann ihn Merkel zugute halten.

Doch es klafft ein Graben zwischen der Absage an falsche Loyalitäten einerseits und Illoyalität aus Gleichgültig- und Bindungslosigkeit andererseits. Bei Merkel ist letzteres evident. Das bekam schon ihr erster Ehemann, dem sie ihren Namen verdankt, zu spüren, den sie 1981 nach vierjähriger Ehe kommentarlos verließ. Später erklärte sie: "Wir haben geheiratet, weil alle geheiratet haben." Sie habe sich halt getäuscht. So etwas passiert, aber es wirkt befremdlich, wie sie den geschiedenen Partner öffentlich als abgelegten Gebrauchsgegenstand behandelte und der Lächerlichkeit preisgab.

Ähnlich abrupt und illoyal wirken ihre politischen Positionswechsel. Multikulti sei "total gescheitert", hatte sie 2010 unter donnerndem Beifall verkündet. Auch von einem Atomausstieg wollte sie lange Zeit nichts wissen. Von Konrad Adenauer stammt der Satz: "Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern, nichts hindert mich, weiser zu werden." Im Lichte neuer Erfahrungen kann und muß man sogar seine Meinung ändern.

Nur war zwischen 2010 und 2015 nichts geschehen, was eine Multikulti-Gesellschaft erstrebenswert machte. Und beim Fukushima-Unglück, das Merkel zu ihrem Damaskuserlebnis erklärte, starben die Menschen nicht durch atomare Strahlung, sondern durch ein Erdbeben und einen Tsunami in einer erdtektonisch riskanten Gegend. Es war nichts passiert, was einer promovierten Physikerin zu neuen energiepolitischen Einsichten verholfen haben könnte. Es war der pure, mehrheitsfähige Opportunismus, der ihre Kehrtwende bestimmte.

Höhlers Feststellung, daß Merkels Bindungslosigkeit ihr entscheidender machttaktischer Vorteil war, bedeutet auf der anderen Seite, daß die Bindungen, Loyalitäten, Überzeugungen ihrer Gegner und Konkurrenten längst brüchig waren und mit ihnen kein Staat mehr zu machen war. Bei der Zusammenstellung der Merkelschen Schadensbilanz fällt auf, daß sie keine der destruktiven Entwicklungen, die ihr zu Recht vorgehalten werden, initiiert und begonnen hat. Sie hat sie vorgefunden, fortgeführt und intensiviert.

Den Afghanistan-Krieg hatte sie von ihrem Vorgänger Gerhard Schröder geerbt. Die fatale und aus deutscher Sicht fahrlässig ausgehandelte europäische Gemeinschaftswährung hat sie Helmut Kohl zu verdanken; der aufgeblähte Teilnehmerkreis, zu dem sogar der Pleitestaat Griechenland zählt, geht gleichfalls auf Schröder zurück. Die Anti-Atomkraft-Stimmung ist eine moderne Variante der irrationalen, historisch jedoch leicht erklärbaren deutschen - "German" - Angst. Die Grenzöffnung 2015 war der qualitative Umschlag der seit Jahrzehnten uferlosen Asylpraxis.

Der "Kampf gegen Rechts", die NS-Fixierung, die Moralisierung des Politischen bis hin zum Verzicht auf jeglichen Souveränitätsanspruch, die Kannibalisierung des Staats-Leviathan durch die Parteien - alles das und noch viel mehr war längst im Gange, ehe Merkel zur Kanzlerin gewählt wurde. Sie hat die autodestruktiven Energien im Land aufgesaugt, gebündelt, totalisiert. Als Unheilsfigur, als politischer Golem, ist sie durch die Landschaft der Bundesrepublik gestampft und hat gestoßen, was wankte. Merkel hat das poröse staatliche Notdach zum Einsturz gebracht.

Den anderen Teil ihrer Machtlust bezieht sie aus der globalen Sphäre, der sie sich längst zugehörig fühlt. Auf dem Wirtschaftsforum in Davos 2020 schwärmte sie in der ihr eigenen einfachen Sprache von einer "Transformation von gigantischem, historischen Ausmaß", die die "gesamte Art des Wirtschaftens und des Lebens" erfaßt, um die Erderwärmung zu stoppen.

30 Milliarden Euro wolle Deutschland für erneuerbare Energien bereitstellen, dafür zahlten die Deutschen die höchsten Strompreise in Europa. Merkel betrachtet das Land, zu dessen Hege und Pflege sie qua Amt bestellt ist, als Knetmasse, Reservoir, als Material, wie gesagt, um einen egomanischen Größenwahn auszuleben.

Ihre Eingriffe in den inneren Bestand und die verfassungsmäßige Ordnung des Staates sind durchaus vermerkt worden, doch hatte das auf die Debattenlage und die Wahrnehmung ihrer Person keinen Einfluß. Im Gegenteil, die veröffentlichte Meinung stimmte ihr zu. Unter ihrer Kanzlerschaft hat der deutsche Staat seine Funktion als die Organisationsform, mit der sich das deutsche Volk im politischen Raum behauptet, aufgegeben und ins Gegenteil verkehrt. Er entwickelt sich zur Verwaltungseinheit eines vom nationalen Demos abgelösten Globalregimes.

Wobei nicht nur die politisch-mediale Klasse in diesen Prozeß involviert ist, sondern auch diejenigen, die durch ihn schutzlos gemacht und als Beute freigegeben werden. Bei den Bundestagswahlen 2017 haben rund 87 Prozent der Wahlteilnehmer für die etablierten Parteien gestimmt und sich de facto mit der eigenen Opferung einverstanden erklärt. Das Wahlergebnis 2021 wird diesen Befund nach aller Voraussicht bestätigen.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/19935" berichtete am 21. September 2021 (x1.049/...): >>>Das Bundesverfassungsgericht als verlängerter Arm der Herrschenden?

Anmoderation: Heute sendet Kla.TV einen Originalauszug aus dem Artikel "Das Bundesver-

fassungsgericht als verlängerter Arm der Herrschenden?", erschienen in Unabhängige Nachrichten (UN), in der Ausgabe September 2021. UN ist eine Aufklärungsschrift, die bereits seit 53 Jahren besteht. Wir bedanken uns bei UN für diesen wesentlichen Beitrag. ...

"Das Bundesverfassungsgericht war schon immer eine durch die Parteien dominierte Einrichtung. Spätestens aber, seit der CDU-Politiker Stephan Harbarth Präsident des Bundesverfassungsgerichtes ist, häufen sich Urteile, die noch mehr politisch motiviert sind als es in der Vergangenheit üblich war.

Im April dieses Jahres wurde das "Klima-Urteil" gefällt, das die Politiker wenig überraschend verpflichtet, für "zukünftige Generationen" jetzt und umgehend den CO₂-Ausstoß der BRD zu reduzieren.

Das Bundesverfassungsgericht verpflichtet den Gesetzgeber zu härteren Klima-Verordnungen - um zukünftigen Generationen das Weiterleben zu ermöglichen. Dafür dürfen dann auch "selbst gravierende Freiheitseinbußen zum Schutz des Klimas verhältnismäßig und verfassungsrechtlich gerechtfertigt sein".

Ein Freibrief für eine schwarz-links-grüne Koalition nach der Bundestagswahl, um nahtlos an die "Corona-Freiheitsbeschränkungen" anschließen zu können. ...

Für das Urteil bedankten sich auch brav die Regierenden - die Annalena mit Anhang freute es. Wie der frühere Hamburger Umweltsenator Fritz Vahrenholt (SPD) feststellte, sind ganze Passagen des Urteils bereits fünf Monate vorher in einem Grünen-Papier aufgetaucht.

Zufall? Unwahrscheinlich!

Um so unwahrscheinlicher, wenn man weiß, daß die Verfassungsrichterin Gabriele Britz, die maßgeblich an dem Urteil mitgewirkt hat, die Ehefrau des Frankfurter Grünen-Politikers Bastian Bergerhoff ist. Auf dessen Website erschienen bereits im Dezember 2020 Feststellungen und Formulierungen zum Klimaschutz, wie sie jetzt in der Urteilsbegründung wiederzufinden sind.

Frau Britz hielt es auch nicht für nötig, wie man es von einem korrekten Richter erwarten müßte, Gegenargumente in das Verfahren einfließen zu lassen. Es drängt sich so der Verdacht auf, daß Frau Britz und ihr Gatte, verbunden durch Tisch und Bett, in heimeliger Runde zu Hause bei Chips und Bier das Urteil gemeinsam ausgekaspert haben könnten.

Nein, wir berichtigen uns, nicht ausgekaspert, sondern konspirativ zum Schaden des deutschen Volkes, unter dem Deckmantel der Rechtsstaatlichkeit, ein Urteil herbeigeführt haben könnten, daß uns nicht nur hunderte von Milliarden Euro kosten wird, sondern auch massiv in das Leben der Menschen eingreifen wird.

Aber wenn man glaubt, es geht nicht schlimmer, wird man eines Schlechteren belehrt:

Am 21.7.2021 wurde vor dem Bundesverfassungsgericht die Klage der AfD Betreff Merkmals "Intervention" bei der Wahl des thüringischen Ministerpräsidenten Thomas Kemmerich (FDP) verhandelt. (Das Urteil wird erst in den nächsten Monaten verkündet.)

Und was macht Frau Merkel? Sie lädt die Verfassungsrichter am 30.6.2021 zu einem geselligen Abendessen ins Kanzleramt ein. In gemütlicher Runde bei gutem Essen und gepflegten Weinen läßt es sich gut plaudern - so von Kanzlerin zu (unabhängigen?) Juristen.

In jeder funktionierenden Demokratie wäre der Aufschrei der "vierten Macht" im Staat, den Medien, unüberhörbar - nicht so in dieser Republik. Aber so ist das eben, der Verfall geht schleichend vonstatten und nicht mit einem großen Rums!"

Der ganze Artikel in der UN-Ausgabe 09/2021

[<<http://www.fk-un.de/UN-Nachrichten/UN-Ausgaben/2021/9-21/2021-09-3.php](http://www.fk-un.de/UN-Nachrichten/UN-Ausgaben/2021/9-21/2021-09-3.php)

Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtete am 29. September 2021 (x1.121/...): >>>Der vormundschaftliche Staat - Von der Notwendigkeit, seine Allmacht zu brechen

"Staat heißt das kälteste aller kalten Ungeheuer. Kalt lügt es auch; und diese Lüge kriecht aus

seinem Munde: Ich, der Staat, bin das Volk."

(Friedrich Nietzsche: Also sprach Zarathustra)

Nietzsche hatte den bestehenden Obrigkeitsstaat im Auge, der seit dem Absolutismus alle Lebensbereiche unter seine Regelungswut gebracht und den freien Menschen bis heute - auch hinter demokratischer Fassade - zum Befehlsempfänger unter dem Vorwand gemacht hat, daß er die Interessen des Volkes vertrete. Natürlich meinte Nietzsche nicht, daß es keines Staates bedürfe, aber nicht eines solchen, der als gigantischer kalter Machtapparat von einer "Elite" benutzt wird, um den Menschen überall ihren Willen aufzuzwingen.

Der heutige Einheitsstaat, der reglementierend alles gesellschaftliche Leben umfaßt, thront - ob als Monarchie, Republik oder Diktatur - beherrschend über den Menschen. Alle Kriege, vor allem auch die beiden fürchterlichen Weltkriege, sind nicht von den Völkern, sondern aus verborgenen Absichten immer von den Staatsführungen ausgegangen, d.h. von der die Macht ausübenden Politikerkaste. Und stets mußten die Medien, das Erziehungssystem, die Wissenschaften, die Kulturschaffenden, kurz, das Geistesleben so wie natürlich auch das gesamte Wirtschaftsleben den Herrschenden, die den Staatsapparat in der Hand haben, vollkommen dienstbar sein.

Die Knechtschaft des Geistes

Die jetzige Corona-Plandemie hat die Allmacht des Staates und mit ihr die nahezu grenzenlose Willkür einer ihn beherrschenden kleinen Clique im Exzeß an den Tag gebracht. Drastisch wurde offenbar, wie die Wissenschaftler alles andere als frei sind und nicht nur in staatlichen Hochschulen, Instituten und Ämtern in ihrer Anstellung, Beförderung und finanziellen Ausstattung persönlich vom Staat abhängig sind, sondern dadurch auch in ihrer wissenschaftlichen Ausrichtung von staatlichen Erwartungen, Interessen und Vorgaben beeinflusst und zu Wohlverhalten veranlaßt werden. Was der Volksmund unmittelbar auf den Punkt bringt: "Wes Brot ich eß', des Lied ich sing."

Es ist eine grundsätzliche Illusion zu meinen, der Staat müsse einen neutralen Arbeitsrahmen finanzieren, in dem dann freies wissenschaftliches Arbeiten möglich sei. Die Wissenschaftler sind immer mehr oder weniger abhängig und können ihre Wissenschaft nicht völlig frei, nur an der Sache selbst orientiert entfalten. Die Wissenschaften werden innerlich korrumpiert, wenn sie nicht ganz aus ihren eigenen Intentionen der objektiven Wahrheitsfindung entwickelt werden können. Schon mit einer offenen Kritik an bestehenden Verhältnissen gefährden die Wissenschaftler ihre Karriere. Es spricht eine deutliche Sprache, daß dies nur Wissenschaftler wagen, die bereits im Ruhestand sind oder kurz davor - von ganz wenigen mutigen Ausnahmen abgesehen.

In der Corona-Plandemie haben wir drastisch erlebt, wie die Wissenschaften für die totalitären staatlichen Maßnahmen instrumentalisiert werden. Eine allseitige wissenschaftliche Diskussion, wie sie notwendig gewesen wäre, wurde verhindert. Zu Wort kamen nur Wissenschaftler aus staatlichen Gesundheits-Instituten wie dem Robert-Koch-Institut und dem Paul-Ehrlich-Institut, die beide dem Bundesgesundheits-Ministerium unterstehen und von vorneherein weisungsgebunden sind, oder Wissenschaftler staatlicher Hochschulen, die sich an die geistige Prostitution zugunsten der eigenen Karriere gewöhnt haben.

Trotz alledem mutige oder anderweit unabhängige Wissenschaftler, die den medial verbreiteten offiziellen Theorien widersprachen, wurden ignoriert, diskreditiert oder gar mit Hausdurchsuchungen verfolgt.

Es geht den Herrschenden, welche die staatlichen Machtstrukturen okkupiert haben, nicht um die Wahrheit, sondern um das Erreichen bestimmter politischer Ziele, für die sie in die angebliche Freiheit der Wissenschaft skrupellos eingreifen und sie für ihre Zwecke mißbrauchen.

Wir erleben, wie in der erfundenen Corona-Krise das gesamte staatliche Schulsystem mit Zwangsmaßnahmen überzogen wird, durch die im Grunde ein regelrechter systematischer

Kindesmißbrauch stattfindet, mit schweren körperlichen und vor allem auch seelischen Schädigungen für das Leben. Das ist jedoch nur der Exzeß dessen, was über staatliche Lehrpläne sowieso ständig an befohlener Indoktrination im Interesse der Herrschenden geschieht. Die Hoheit des Staates über das Bildungssystem dient nicht der allgemeinen Bildung zum freien, selbst erkennenden und sich selbst bestimmenden Menschen, sondern der permanenten Abrichtung auf staatliche und wirtschaftliche Interessen.

Auch die Theater, Opernhäuser und Filmproduktionen sind entweder staatlich oder von staatlicher Finanzierung abhängig und versagen weitgehend als kritische geistige Korrektur der Herrschenden. So konnte auch bei ihrer Corona-Lahmlegung außer einem kurzen satirischen Protest einiger Künstler von dort kein nennenswerter Widerstand gegen den omnipotenten Staat erfolgen, von dessen Gnade alle abhängig sind.

Eine besonders verheerende Rolle spielen - nicht erst in der Corona-Krise - die Medien, die zum Kulturleben gehören und angeblich frei sind, aber zum wütesten Propaganda-Instrument des Staates gemacht wurden. Es sind nicht nur die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die von vornherein den Interessen der herrschenden Parteien dienen, die Urteilsfähigkeit der Bürger ausschalten und dazu das Volk durch Zwangsbeiträge an Lautsprecher und Glotze binden.

Auch die Zeitungen sind Transporteure und Prediger der offiziellen politischen Doktrin, da die führenden Journalisten zusammen mit den führenden Politikern in transatlantischen Gesellschaften wie Atlantik-Brücke, Aspen-Institut, Deutsche Atlantische Gesellschaft usw. auf die Schienen der US- und Nato-Außenpolitik gesetzt werden.

Das gesamte Kulturleben befindet sich in einer furchtbaren politisch-staatlichen Versklavung. Man darf nicht glauben, daß dies durch einzelne organisatorische Korrekturen und durch anständigere Menschen, wirkliche Demokraten etc. zu beheben sei. Es handelt sich um ein grundsätzliches, strukturelles Problem des überkommenen nationalen Einheitsstaates.

Die Rolle der Wirtschaft

Auch die Verflechtungen von Staat und Wirtschaft sind vielfältig. Zum einen beansprucht der Staat auch hier die Kompetenz, per Gesetz inhaltlich regelnd in das Handeln der dort fachkundig tätigen Menschen einzugreifen. Das Geldsystem, das dem wirtschaftlichen Austausch dient und daher eine Sache des Wirtschaftslebens ist, hat er schon von vornherein in seine obrigkeitliche Regelung übernommen, wodurch bereits tiefgehende Herrschaftsverhältnisse vorbestimmt sind. Zum anderen agiert er wie z.B. mit den gesetzlichen Kranken-, Arbeitslosen-, und Rentenversicherungen noch immer selbst als Wirtschaftsunternehmer, der aber von oben die Bedingungen bestimmt.

Schließlich haben heute die großen Kapitalgesellschaften eine solche wirtschaftliche und gesellschaftliche Macht, daß die Vertreter der politischen Parteien längst von ihnen abhängig sind und mehr oder weniger diktiert bekommen, wie die Gesetze in deren Interesse auszusehen haben.

Das Wesen des heutigen nationalen Einheitsstaates

Der heutige Staat hat seine Wurzeln im Absolutismus. Was in Italien in der Renaissancezeit unter dem Einfluß Machiavellis (1469-1527), der seine Theorie vom Staat auf den Egoismus gründete, mehr punktuell als neuer Machtstaat begonnen hatte, wurde in Frankreich in systematischer und planmäßiger Weise auf breiterem Boden ausgebaut. Es erreichte seinen Höhepunkt im Absolutismus Ludwig XIV. (1643-1715). Dessen Egoismus steigerte sich in einem solchen Maße, daß sich sein Ich gleichsam zu einer eingebildeten "Sonne" aufblähte, die alles im Staate beschien, das gesamte Leben des Volkes, die Kultur und das merkantilistische Wirtschaftsleben umschloß, für die eigene Macht instrumentalisierte und zentral lenkte.

Es wurde so eine hierarchische bürokratische Staatsmaschinerie geschaffen, in die der einzelne Mensch hilflos eingegliedert war. Der König an der Spitze und seine Beamten saßen an den

Schaltstellen dieses riesigen Herrschaftsapparates, der ein perfektes Instrument für ihn war, alle anderen Menschen mit unausweichlicher Gewalt seiner persönlichen Machtsucht zu unterwerfen. Die Französische Revolution von 1789 fegte zwar diese absolute Fürstenherrschaft hinweg und übernahm von England die Idee der parlamentarischen Demokratie, durch welche die Macht auf die ganze Bevölkerung - repräsentiert durch ihre gewählten Vertreter - übergehen sollte.

Aber der vom Absolutismus übernommene Machtapparat blieb nicht nur bestehen, sondern wurde im weiteren geschichtlichen Verlauf noch weiter perfektioniert.

Im Impuls der Demokratie machte sich die berechtigte Forderung der Individualität geltend, die Gesetze sich nicht von oben diktieren zu lassen, sondern bei der Entstehung des Rechts mitzuwirken. Die Rechtsorganisation, der Staat, nahm aber eine Allzuständigkeit für das Kultur- und das Wirtschaftsleben in Anspruch, die er durch Gesetze inhaltlich reglementierte. Dadurch wurden in das Recht, das nur die Beziehungen zwischen den einander gleichberechtigten Menschen zu regeln hat, Vorschriften zur Lebensgestaltung aufgenommen, die kein Recht, sondern Bevormundungen der sachkundig im Wirtschafts- und Kulturleben wirkenden mündigen Menschen, also Unrecht sind.

Das führte dazu, daß der Impuls der Selbstbestimmung sich noch in der Debatte der Abgeordneten artikulieren kann, im Moment der Abstimmung aber ausgeschaltet wird, denn damit sind alle gleichermaßen an die daraus folgenden inhaltlichen Regelungen gebunden und müssen - von außen bestimmt - nach ihnen handeln. Aus dem Streben des Individuums nach Selbst- und Mitbestimmung entstanden, führt der Parlamentarismus in der Abstimmung über inhaltliche Fragen des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zu ihrer Vernichtung. Die Abstimmung im Parlament geht hier aus der Geltendmachung der Persönlichkeit hervor und endet mit ihrer Auslöschung.

Im Geistes- und im Wirtschaftsleben darf es keine gesetzgebenden Körperschaften geben, die per Abstimmung "von oben" reglementieren, sondern nur horizontale Beratungs- und Kooperationsorgane freier und solidarisch einander zugewandter Bürger.

Nur auf dem Gebiete des Rechts selbst ist der gesetzgebende Parlamentarismus berechtigt, denn Fragen des gerechten Verhaltens untereinander, des Schutzes des inneren und äußeren Friedens, können nicht vom Einzelnen, sondern nur durch gemeinsam vereinbarte Regeln aller gelöst werden. Sie sind es, welche die Bildung einer Gemeinschaft als Staat erst nötig machen und ihm konstitutiv zugrunde liegen. Hier ist auch jeder Mündige urteilsfähig.

Wenn sich die Gesetze darauf beschränken, den rechtlichen Rahmen für die inhaltliche Tätigkeit der Menschen im Kultur- und im Wirtschaftsleben zu bilden, wird durch sie die Freiheit und Selbstbestimmung nicht ausgeschaltet, sondern gerade ermöglicht. Und das Gewaltmonopol der Justiz und Polizei dient nicht der Macht über Menschen, sondern ihrem Schutz vor denen, die in die körperliche oder seelische Integrität anderer gewaltsam eingreifen.

Die Geschichte der Neuzeit ist gekennzeichnet durch den Kampf der Kräfte des Egoismus um den Staat als Instrument der Gewalt. Ob absoluter Fürstenstaat, konstitutionelle Monarchie oder demokratische Republik - der Staat wächst als zentralistisches, bürokratisches Riesengebilde, als hierarchischer Befehlsmechanismus, der sich über alle Lebensgebiete legt, immer mehr ins Gigantische, nimmt immer gewaltigere, erdrückendere Ausmaße an. Hand in Hand damit geht "die Atomisierung der Untertanen oder Staatsbürger zu einer homogenen Masse von Individuen, die man ... von außen her durch abstrakte Gesetze zusammenhält."

Der Einheitsstaat wird ein immer perfekteres Instrument in den Händen derjenigen, die an den Schaltstellen sitzen - gleichgültig wie "demokratisch" sie sich zu legitimieren suchen -, um die Masse der Menschen mit direkter oder indirekter Gewalt nach ihrem Willen zu formen und zu lenken.

Mit der Gewalt, die den Mitmenschen überwältigt, handelt noch nicht der Mensch, sondern

das Tier in ihm. Das wird schon im innenpolitischen Kampf um die Macht sichtbar. Der peruanische Nobelpreisträger für Literatur Mario Vargas Llosa, der 1987 als Präsidentschaftskandidat für drei Jahre in die Politik ging, schilderte seine Erfahrungen so:

"Sie können die hehrsten Ideen haben, aber sobald es an deren Verwirklichung geht, sind Sie Intrigen, Verschwörungen, Paranoia, Verrat und Abgründen an Schmutz und Niedertracht ausgesetzt. Wenn ich eins über den Morbus der Politik gelernt habe, dann dies: Der Kampf um die Macht lockt die Bestie in uns hervor. Was den Berufspolitiker wirklich erregt und antreibt, ist das maßlose Verlangen nach Macht. Wer diese Obsession nicht hat, wird der kleinlichen und trivialen Praxis der Politik angeekelt den Rücken zukehren."

Die Möglichkeit der Machtausübung zieht die egoistischen Machtnaturen an, und so sorgt der "demokratische" Einheitsstaat für die Auslese der Schlechtesten. Haben sie die Herrschaft über den Staatsapparat errungen, weitet sich ihr Ego ebenso besitzergreifend wie bei Ludwig XIV. über den Staat aus. Der Staat gehört ihnen. Die Rekrutierungsorganisationen dieses Menschenschlages werden zu "staatstragenden Parteien", die sich den Staat zur Beute gemacht haben.

Existentielle Notwendigkeiten

Solange dieser gewaltige Machtstaat, der alles unter sich faßt, in dieser Gestalt fortbesteht, wird es keine Besserung geben, im Gegenteil werden durch die neuen elektronischen Möglichkeiten Unterdrückung und Überwachung des Menschen, also der totalitäre Niedergang des gesamten menschlichen Lebens, Chaos und Katastrophen immer mehr zunehmen - mit unabsehbaren Folgen.

Abhängigkeit, Manipulation und Versklavung und damit die Ausschaltung der freien Individualität sind nur zu verhindern, wenn das Kultur- oder Geistesleben mit seinem Kern, dem Bildungswesen, sowie das Wirtschaftsleben vollständig aus dem Staat herausgelöst und ihm in je eigenen selbstverwalteten Organisationen gleichwertig gegenübergestellt werden. Damit würde der Staat selbst auf das Festlegen und Hüten des für alle geltenden reinen Rechts reduziert und so einen rechtlichen Rahmen bilden, in dem sich das ganze Leben zu bewegen hat. Nicht aber dürfte er inhaltlich in die verschiedenen Lebensgebiete eingreifen, so wie auch das Geistes- und das Wirtschaftsleben nicht in den anderen Bereich und nicht in das staatliche Rechtsleben bestimmend eingreifen dürfen.

Der soziale Organismus

Der Mensch ist ein Organismus. Aber auch die menschliche Gesellschaft bildet einen Organismus, der gleichsam ein Abbild des individuellen Organismus des Menschen darstellt. Indem der Mensch mit anderen Menschen in Beziehung tritt, erweitert er sein Leben über seinen individuellen Organismus hinaus in ein soziales Beziehungsgefüge, gleichsam in einen sozialen Organismus. Dieser wird ihm in dem Maße optimale Entfaltungsmöglichkeiten bieten, indem der individuelle Organismus sozusagen in den Gliedern des sozialen Organismus seine nach außen projizierte Fortsetzung findet.

Der leibliche Organismus des Menschen wird in seinen Funktionen nicht vom Kopf zentral gesteuert. Im Kopf sind nur die Nerven-Sinnes-Funktionen konzentriert, in Bauch und Gliedmaßen die Stoffwechsel- und davon impulsierten Bewegungsorgane und in der Brust - wie vermittelnd - die rhythmisch pulsierenden Organe der Lunge und des Herzens. Jedes System hat seine eigenen Funktionsbedingungen und arbeitet in einer relativen Selbständigkeit; erst das Zusammenwirken aller drei Funktionssysteme ergibt den ganzen Organismus. Wenn das Gehirn die Verdauungs-Funktionen des Darmes oder die Lunge Nervenfunktionen übernehme, würde der Organismus krank werden.

Jedes Funktionssystem muß sich ungehindert von den anderen entfalten können, dann entsteht gerade dadurch im Zusammenwirken ein gesunder Organismus, in dem jedes System das andere ermöglicht und stützt.

So darf auch der soziale Organismus nicht von einem System, dem staatlichen Rechtsleben, zentral gesteuert werden. Das Recht regelt nur die gerechten Verhältnisse und Beziehungen zwischen den einander gleichberechtigten Menschen, und der Staat sorgt so für innere und äußere Sicherheit seiner Bürger. Im Geistes- oder Kulturleben geht es ganz unabhängig davon jedoch um das individuelle freie Streben, in Wissenschaft, Technik, Kunst und Religion die natürlichen Verhältnisse nach darüber hinausführenden Ideen zu verändern. Und das Wirtschaftsleben sucht in der Produktion von Waren, ihrer Verteilung und ihrem Verbrauch durch die Konsumenten deren Bedürfnisse zu befriedigen.

Wenn der Staat hier steuernd eingreift, trägt er seine ihm eigentümlichen Rechtsprinzipien in die anderen Gebiete hinein und verdrängt und schädigt deren Funktionsweisen, die ganz eigene fachliche Kenntnisse erfordern. Wirkt der Staat inhaltlich regulierend in das Geistes- oder Wirtschaftsleben hinein, wird der soziale Organismus krank.

Jedes soziale Funktionssystem muß sich ungehindert von den anderen entfalten können. Dann können gerade dadurch erst seine Früchte den anderen zugutekommen und alle drei zusammen einen gesunden sozialen Organismus ergeben.

Krankheitsprozesse im sozialen Organismus

Das Stoffwechselsystem sorgt für die Ernährung des menschlichen Organismus, für die ständige Zufuhr neuer aufbauender Kräfte. Das Ernährungssystem für den sozialen Organismus ist aber nicht das Wirtschaftsleben, wie man kurzschlüssig meinen könnte, sondern das Geistesleben. Die Wirtschaft sorgt nur für den Erhalt der leiblichen Existenz der Menschen, was sie prinzipiell noch nicht von der Tierwelt unterscheidet.

Doch das Kultur- oder Geistesleben führt dem sozialen Organismus die eigentlich menschlichen Entwicklungskräfte zu und prägt ihm den qualitativen Stempel auf. Und die aus allen kulturellen Gebieten des Geisteslebens hervorgehenden Ideen sind es, die idealerweise sowohl dem Rechts- wie auch dem Wirtschaftssystem ständig erhaltende, sowie erneuernde, innovative Ideen zukommen lassen.

Was wäre die Wirtschaft ohne das Schul- und Hochschulsystem, in dem die benötigten Fähigkeiten ausgebildet werden, in dem betriebs- und volkswirtschaftliche Ordnungs- und Rationalisierungs-Prinzipien sowie technische Systeme und Maschinen entwickelt werden. Was wäre das staatliche Parlament ohne die religiösen, ethischen und rechtswissenschaftlichen Errungenschaften von Ideen der Moral und des Rechts, die in die praktische Gesetzgebung einfließen.

Wenn aber die Wirtschaft und der Staat das Bildungssystem und die Kultur weitgehend bestimmen, werden diese für deren gegenwärtige Interessen instrumentalisiert, auf den Erhalt und die Konservierung des Bestehenden abgerichtet und ihnen alle Erneuerungskräfte genommen, die sie nur in der Freiheit ihres eigenen Wirkens aus sich selbst heraus entwickeln können.

Dies kann nur durch die organisatorische Dreigliederung des sozialen Organismus verhindert werden, in der jedes soziale Funktionssystem eine relative selbstverwaltete Unabhängigkeit hat, worauf Rudolf Steiner erstmals 1919 eindringlich hinwies. Diese Dreigliederung ist keine ausgedachte Theorie, nach der das gesellschaftliche Leben von außen zu ordnen wäre. Die Dreigliederung der Gesellschaft in diese drei Bereiche besteht bereits, sie ist in der Wirklichkeit vorhanden. Sie wird nur durch den Moloch Staat, wie er sich aus dem Absolutismus bis heute entwickelt hat, zugedeckt und in ihrer fruchtbaren Entfaltung gehindert.

Und diese Hindernisse zu beseitigen, darauf kommt jetzt alles an. Es ist nicht mehr die Zeit für kleine Korrekturen und Reparaturen, wenn die Entwicklung des Menschen zur freien, sich und ihr Leben aus eigener Erkenntnis bestimmenden Individualität vor dem Ansturm des Totalitarismus gerettet werden soll. Denn dieser ist nur durch den derzeitigen umfassenden Machtstaat möglich, der bereits zu dem kalten Ungeheuer herangewachsen ist, das der seeli-

sche Seismograph Friedrich Nietzsche skizziert hat.

Ich weiß, da bleiben viele Fragen der Durchführung offen. Doch es geht zunächst darum, die aus der gesellschaftlichen Situation sich mit Konsequenz ergebende Notwendigkeit der Dreigliederung der Gesellschaft einzusehen. Erkennt eine ausreichend große Zahl von Menschen, daß diese drängende Idee in der Wirklichkeit gegründet ist, werden sich auch Wille und Wege finden, ihre Realisierung anzustreben und voranzutreiben.

Man muß sich klar sein: Ohne den omnipotenten Staat zu entflechten und die Gesellschaft organisatorisch in ihre drei Lebensbereiche zu gliedern, die relativ unabhängig voneinander arbeiten und sich wechselseitig befruchten, wird dieses antimenschliche Gebilde immer weiter in die machtpolitische Brutalität und Barbarei absinken.<<

Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtete am 5. Oktober 2021 (x1.116/...): >>**Zur dringenden Entmachtung des Systems der umfassenden Herrschaft Weniger**

Wir erleben gegenwärtig, wie sich der überkommene allmächtige Obrigkeitsstaat, trotz seines demokratischen Anstrichs, zum totalitären Beherrscher des gesamten menschlichen Lebens entfaltet und die freiheitlichen Grund- und Menschenrechte zum Spielball machtgeriger Willkür von wenigen gemacht hat. Die Rettung des freien Menschen kann nur aus einer Umkehrung des Denkens erfolgen. Der freie Mensch hat sich nicht der Macht des Staates zu fügen, sondern der Staat ist nach den Bedürfnissen des freien Menschen zu gestalten.

Seit Jahrhunderten umfaßt der Staat als ein über den Menschen thronendes Obrigkeitswesen in vormundschaftlicher Weise regulierend und bestimmend nahezu alle Lebensbereiche der Menschen. Das ist auch mit der Demokratie nicht anders geworden, in der man vordergründig die Vormünder lediglich wählen kann, was an der vormundschaftlichen Herrschaft indes nichts ändert. Dieser Machtstaat ist für die Menschen eine selbstverständliche Gewohnheit und für die Wissenschaften eine gleichsam natur- wenn nicht gar gottgegebene Organisation, die zwar immer verbesserungsbedürftig, aber grundsätzlich notwendig erscheint, um aus gleichsam höherer Weisheit das gesellschaftliche Leben zum Wohle der Menschen zu ordnen und zu lenken.

Der Staat ist aber keine von der Natur hervorgebrachte Organisation, sondern von Menschen gemacht. Jeder weiß das im Grunde, trotzdem behandeln ihn Staatswissenschaft, Soziologie und Politologie streng nach naturwissenschaftlicher Methode wie ein vorgefundenes natürliches Gebilde, das sie zu erkennen suchen, auch partiell kritisieren, aber nicht als von Menschen geschaffenen Apparat grundsätzlich hinterfragen.

Macht man sich zudem klar, daß alles naturwissenschaftlich geprägte Denken nur das mineralisch Tote, aber kein Leben, geschweige denn Seelisches und Geistiges in ihrem inneren Wesen erfassen kann, ist es nicht verwunderlich, daß in allen Staatstheorien, trotz vorangestellter Grundrechte, der Mensch de facto nicht als geistiges, sich selbst bestimmendes Wesen, sondern als Gegenstand, als Objekt übergeordneten staatlichen Willens behandelt wird.

Wenn aber der Staat kein Naturgebilde ist, sondern wie alles gesellschaftliche Leben von den Menschen hervorgebracht und gestaltet wird, dann muß eine moderne Staats- und Sozialwissenschaft vom Menschen selbst ausgehen. Sie muß das Wesen des Menschen erfassen und dann nach gesellschaftlichen Formen des Zusammenlebens suchen, in denen sich die Menschen ihrem Wesen gemäß optimal entfalten und verwirklichen können.

Der heutige Staat ist noch immer der Obrigkeitsstaat vergangener Zeiten, dem unbewußt das Bild des Menschen als unmündigem Untertan zugrunde liegt, welcher der weisheitsvollen Leitung und Lenkung einer gleichsam von Gottes Gnaden eingesetzten "Elite" bedürfe.

Das deutsche Grundgesetz ist zwar nach den furchtbaren Erfahrungen des Nazi-Staates von den unantastbaren Grundrechten der freien, sich selbst bestimmenden und einander vor dem Gesetz gleichen Menschen geprägt, die aber nicht zu einer ihnen angemessenen Gesellschafts-

und Staatsform geführt haben, sondern nur den prinzipiell unveränderten staatlichen Strukturen vorangestellt wurden. Wie schwach nur diese Grundrechte in den Seelen der Staatsrechtler an den Hochschulen, der Richter und der Politiker verankert sind, zeigt der gegenwärtige Gesundheits-Totalitarismus, der sich aus den Strukturen des alten Obrigkeitsstaates heraus ungehindert entfalten konnte.

Ausgangspunkt der Mensch

Der Mensch will sich in der Gemeinschaft entwickeln, und er kann sich anders auch nicht entwickeln.

Indem er mit anderen Menschen in Beziehung tritt, erweitert er das Leben über seinen individuellen Leib hinaus in ein soziales Beziehungsgefüge, gleichsam in einen sozialen Leib, den er für seine Entfaltung und Entwicklung benötigt. Wenn der soziale Leib optimale Entfaltungsmöglichkeiten für den Menschen bieten soll, müssen seine Glieder den Gliedern des Menschenwesens entsprechen, müssen die Glieder des Menschen sozusagen in den Gliedern des sozialen Leibes ihre nach außen projizierte Fortsetzung finden. Und da der Mensch in einem natürlichen Organismus lebt, muß auch das soziale Beziehungsgeflecht, der soziale Leib ein Organismus sein, in dem sich jener optimal entfalten kann.

Der menschliche Organismus

Wie bereits im thematisch vorangegangenen Artikel 1 angedeutet, ist der menschliche Organismus dadurch gekennzeichnet, daß seine Organe nicht von einem absoluten Zentrum aus gesteuert werden, sondern daß die Organe in drei unterschiedliche Funktionssysteme gegliedert sind, die mit einer gewissen Selbstständigkeit nebeneinander arbeiten und in ihrem Zusammenwirken den Gesamtorganismus ergeben.

Im Gehirnorgan des Kopfes ist das Nervensystem zentriert, das in die Sinnesorgane ausläuft.

In der Brust entfaltet sich mit den Organen der Lunge und des Herzens, die unaufhörlich die Bewegung des Atmens und der Blutzirkulation hervorrufen, das rhythmische System.

Und im unteren Organismus arbeiten systematisch alle Organe zusammen, welche die Stoffwechselvorgänge bewirken.

Die Gliederung dieser drei Systeme, die zwar lokal ihren Schwerpunkt haben, ist aber nicht räumlich, sondern funktional zu denken; ihre Funktionen durchdringen sich. Und jedes System hat auch ein je eigenes Verhältnis zur Außenwelt: das Nervensystem durch die Sinne, das rhythmische System durch die Atmung und das Stoffwechselsystem durch die Ernährungs- und Bewegungsorgane.

Nun sind die Funktionen dieser drei leiblichen Organsysteme natürlich auf den menschlichen Organismus beschränkt. Aber auf ihrer Grundlage entfaltet sich das menschliche Seelenleben in seinen Funktionen des Denkens, Fühlens und Wollens, durch die der Mensch Beziehungen zu anderen Menschen aufnimmt.

Denken und Vorstellen haben ihre physiologische Grundlage im Nervensystem, ohne das sie sich nicht entfalten könnten.

Das Fühlen lebt auf, wie jeder empfinden kann, im Rhythmus des Atmens und Herzschlages.

Und das Wollen braucht als leibliche Grundlage die Stoffwechselvorgänge, aus denen es impulsiert wird und in innere und äußere Bewegung übergeht.

Der Übergang in den sozialen Organismus

Jeder Mensch hat vielerlei Begabungen, Talente und Fähigkeiten, durch die er sich als geistiges Wesen entfalten und verwirklichen will. Sie werden unter der Führung der geistigen Fähigkeit seines Denkens entwickelt. Im Denken fassen wir Begriffe und Vorstellungen, nach denen wir handeln, die wir realisieren wollen und zu deren Verwirklichung sich Begabungen zeigen und Fähigkeiten gebildet werden, sowohl im seelischen wie im körperlichen Tun. Damit treten wir mit anderen Menschen in vielfältige Beziehung.

Schon früh kommen wir im Bildungssystem zu Erziehern und Lehrern, deren Aufgabe es ist,

die Begabungen und Fähigkeiten zu wecken und zu fördern. Diese entfalten sich dann im Besonderen in allen kulturellen Bereichen: den Wissenschaften, Religionen, Künsten, Medien und auf je bestimmte Zwecke bezogen auch in allen praktischen Berufen.

Die unter der primären Leitung des Denkens entwickelten Fähigkeiten des Menschen gehen also unmittelbar gestaltend über in den gesellschaftlichen Bereich, den wir das Geistesleben nennen.

Der Wille äußert sich in unmittelbar elementarer Form als Bedürfnis nach dem, was der Mensch für seinen Leib als Nahrung, Kleidung, Wohnung etc. benötigt oder auch was er für seine seelisch-geistigen Ansprüche wünscht. Mit diesen Bedürfnissen tritt der Mensch in eine andere Beziehungsebene zu Menschen ein, nämlich zu solchen, die seine Bedürfnisse durch ihre Fähigkeiten befriedigen können.

Die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen führt zur Entstehung des gesellschaftlichen Bereichs des Wirtschaftslebens, das sich zentral in Warenproduktion, Warenzirkulation (Handel) und Warenkonsum entfaltet.

In beiden Bereichen, im Geistes- und Wirtschaftsleben, geht es aber zugleich auch immer um das gerechte Verhältnis von Mensch zu Mensch, um Vereinbarungen und Verträge, die eingebettet sind in allgemeine, vom Parlament erlassene Regeln gerechter Verhältnisse zwischen den Menschen. Ob Rechtsbeziehungen gerecht sind, kann nur in der Seele empfunden, gefühlt werden. Hier ist das Rechtsgefühl, das in dem Empfinden für die gleiche Würde des anderen Menschen gründet, der einzige Prüfstein. Was im Gefühl lebt, muß dann nur noch ins Denken heraufgehoben und formuliert werden.

So führt das Gefühl für das rechte allgemein menschliche Verhältnis zwischen den Menschen zu einer dritten gesellschaftlichen Beziehungsebene, dem Rechtsleben.

Die drei gesellschaftlichen Bereiche des Geistes-, Wirtschafts- und Rechtslebens entstehen also dadurch, daß die Menschen aus ihrem Denken, Fühlen und Wollen, den drei Funktionen des Seelenlebens, in drei verschiedenen funktionalen Ebenen mit anderen Menschen in Beziehung treten.

Die drei Lebensbedingungen

Diese drei ganz verschiedenen gesellschaftlichen Funktions-Ebenen müssen sich ungehindert, in relativer Unabhängigkeit voneinander, entfalten können. Dann erst, wenn ihre Früchte entstanden sind, können sie sich wechselseitig ergänzen, befruchten und einen sich wechselseitig tragenden Organismus ergeben.

Dies wird aber verhindert, wenn, wie heute, das staatliche Rechtsleben das Gesundheitswesen und ganze Geistesleben befiehlt und knechtet, oder das Wirtschaftsleben dem Rechtsleben aus seinen Interessen den Inhalt der Gesetze vorgibt. Das ist im höchsten Grade sozial zerstörerisch und ein schwerer Krankheitsprozeß des sozialen Organismus.

Denn jede dieser Beziehungsebenen oder Gesellschaftsbereiche hat auch ihre eigenen seelischen Lebensbedingungen.

- Zur Entfaltung der aus dem eigenen Geiste hervorgehenden Fähigkeiten bedarf der Mensch der Freiheit. In den seelischen Vorgängen der Erkenntnis, des künstlerischen Tuns und des religiösen Empfindens strebt der Mensch nach Wahrheit, d.h. nach Übereinstimmung des in der Seele Erfassten mit der Wirklichkeit. Dies kann niemals durch äußere Vorschriften, sondern nur im eigenen Inneren selbst realisiert werden. Irgendwelche Vorgaben beruhen letztlich auch auf individueller Erkenntnis einzelner und sind somit Bevormundungen und Unterdrückungen der ebenfalls zur Erkenntnis begabten anderen Menschen. Auch das zweckgerichtete praktische Handeln in den Berufen geht aus den eigenen Kenntnissen und Fertigkeiten hervor, in denen sich der Mensch verwirklicht, wozu er Freiheit benötigt.

Das Geistesleben kann sich fruchtbar nur in völliger Freiheit entwickeln.

- Die Bedürfnisse der Menschen sind sehr verschieden. So wie die Brüder (Geschwister) einer

Familie durch ihr jeweiliges Alter, ihre Veranlagungen, Interessen und Ausbildungen ganz Unterschiedliches benötigen, so auch die Menschen in der Gesellschaft.

Und wie in einer Familie die Bedürfnisse nur in dem Maße befriedigt werden können, als ihre Lebensbedingungen es ermöglichen und die Mittel daher im Verständnis für die jeweiligen Bedürfnisse, also brüderlich verteilt werden müssen, so müssen folglich auch in der Gesellschaft die unterschiedlichen Bedürfnisse nach den vorhandenen Möglichkeiten im Geiste der Brüderlichkeit befriedigt werden. Das Wirtschaftsleben funktioniert nur dann zum Wohle aller, wenn es im Geiste der Brüderlichkeit organisiert wird.

- In dem gerechten Verhältnis von Mensch zu Mensch kommt es nicht darauf an, welche unterschiedlichen Fähigkeiten und Bedürfnisse und daraus folgende Positionen der Mensch hat, also was für ein Mensch er ist, sondern daß er ein Mensch ist. Als Menschen aber sind alle gleich. Der Würde des menschlichen Geistes wird man nur gerecht, wenn rechtlich jeder Mensch gleich behandelt wird. Daher kann sich das Rechtsleben nur im Medium der Gleichheit gerecht entfalten.

Die drei Ideale der Französischen Revolution haben ihre tiefe menschliche Bedeutung. Aber nebeneinander im ungegliederten Einheitsstaat heben sie sich gegenseitig auf. Sie sind eben jeweils nur in einem der drei Glieder des sozialen Organismus die dort notwendige Lebensluft.

Greift das staatliche Rechtsleben z.B., wie heute, in das Geistesleben über, indem es das Bildungswesen organisatorisch und inhaltlich bestimmt, trägt es das Prinzip der Gleichheit in ein Gebiet, wo Freiheit bestehen muß. Schüler und Lehrer werden durch einheitliche Lehrpläne und Noten alle über den gleichen Leisten geschlagen. Damit wird die Freiheit der Lehre aufgehoben und das Niveau eingeebnet.

Mit der gesetzlichen Krankenversicherung z.B. hat der Staat Dienstleistungsaufgaben der Versicherungs-Wirtschaft an sich gezogen, mit dem Ergebnis, daß die Erstattung der Kosten vollkommen gleich, nach den angeordneten Regeln des Staates erfolgt. So bestimmt der Staat z.B. für alle gleich, daß Naturheilmittel nur in Ausnahmefällen bezahlt werden. Das heißt unterschiedliche Bedürfnisse, die brüderlich zu berücksichtigen sind, spielen keine Rolle.

Mit der dahinter stehenden Begründung, die Naturmedizin könne nicht als Wissenschaft anerkannt werden, greift er zudem in die Freiheit des Geisteslebens ein, in dem es nur einen freien Wettbewerb verschiedener wissenschaftlicher Richtungen geben kann, den die Fruchtbarkeit in der Lebenswirklichkeit entscheidet, aber nicht der inkompetente Staat.

Zur Organisation der Glieder des sozialen Organismus

Geistesleben und Wirtschaftsleben benötigen also selbständige und selbstverwaltete Organisationen, die ermöglichen, daß jeder Bereich sich seinen eigenen Aufgaben gemäß und in der ihm eigenen Lebensbedingungen ungehindert entfalten kann.

Geistesleben

Das gesamte Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Hochschule, das den Kern des Geisteslebens bildet, aus dem ja alles geistige Leben herauswächst, muß jeweils vollständig in die Verwaltung derer gestellt werden, die hier erziehend, lehrend und forschend tätig sind. In deren Selbstverwaltung darf niemand aus Staat oder Wirtschaft hineinregieren oder hineinreden. Kein Parlament, keiner, der vielleicht einmal unterrichtet hat, haben etwas zu sagen. Jeder im Bildungssystem Tätige hat dafür nur so viel Zeit aufzuwenden, daß er auch noch auf seinem Gebiete in der dazu gehörigen Verwaltung tätig sein kann.

Er wird dadurch die Verwaltung so besorgen, wie sie der produktiven, schöpferischen Tätigkeit dienlich und förderlich ist. Was im Unterricht ganz unmittelbar erfahren wird, bestimmt auch die Verwaltung. Nur das Bildungsleben selbst kann sich in der Verwaltung eine Form bilden, die seinem Inhalt entspricht, ihm dient und sich in der Gesellschaft Ausdruck verschafft.

Entsprechendes gilt für die anderen Gebiete des Geisteslebens.

Die Institutionen des Geisteslebens werden natürlich regional und landesweit Organe bilden, in denen ihre Vertreter sinnvolle Koordinierungen vereinbaren. Wie das im Einzelnen aussieht, kann man nicht theoretisch festsetzen. Man kann nur im Sinne der Dreigliederung zu Einrichtungen anregen, in denen die im Geistesleben tätigen Menschen aus ihrem Zusammenleben heraus das sozial Wünschenswerte selbst herbeiführen.

Die Finanzierung des Geisteslebens erfolgt heute über den Staat, der dadurch entscheidenden Einfluß darauf ausübt. In Wahrheit kommt das Geld aber von Wirtschaftsunternehmen und den arbeitenden Menschen, denen es durch die "Zwangsschenkungen" der Steuern abgenommen wird.

Auch in Zukunft kann das freie Geistesleben nur aus der Wirtschaft finanziert werden, da es selbst keine materiellen Werte schafft. Das Geistesleben ist auf Geld, das ihm ohne materiellen Gegenwert übertragen wird, also auf Schenkungsgeld angewiesen. Es muß seinerseits finanziell weitgehend vom Wirtschaftsleben getragen werden.

Das Wirtschaftsleben hat aber auch selbst das höchste Interesse an einem guten Bildungssystem. Denn die einen Betrieb aufbauenden, gestaltenden und leitenden Fähigkeiten des Unternehmers und die fachlichen Fertigkeiten der anderen Betriebsangehörigen fallen nicht vom Himmel. Sie verdanken ihre Entwicklung und Förderung nicht zuletzt den allgemeinbildenden Schulen, den Berufs-, Fach- und Hochschulen, die sie durchlaufen haben.

Die Anlagen, Maschinen usw. des Produktionskapitals, die der Ersparnis, Unterstützung und Erleichterung der menschlichen Arbeit dienen und zum Gewinn in seinem Ausmaß führen, stammen aus der schöpferischen Intelligenz ihrer Konstrukteure und Hersteller, welche selbst wiederum durch das Bildungssystem gegangen sind. Es ist also der menschliche Geist, wie er sich aus dem Geistesleben entfaltet und tätig wird, der den Gewinn erzeugt.

Das Kapital ist sozusagen die Manifestation des menschlichen Geistes im Wirtschaftsleben. Die Wirtschaft lebt von dem, was ihr an ständigen Entwicklungs- und Innovationskräften aus dem Kultur- oder Geistesleben zufließt und verdankt nicht zuletzt diesen ihren Gewinn. Große Teile des Gewinnes müssen daher umgekehrt wieder dem Geistesleben für seine Existenz und Entwicklung zukommen.

Eine Abhängigkeit des Bildungssystems von wirtschaftlichen Interessen kann dadurch verhindert werden, daß Spenden nicht gezielt an einzelne Institutionen des Geisteslebens gehen, die dann mit Bedingungen verknüpft werden, sondern in einen Topf der Selbstverwaltung des Geisteslebens, die die Gelder nach intern vereinbarten Regeln verteilt.

Wirtschaftsleben

Das Wirtschaftsleben drängt von sich aus zu einer etwas anderen Organisation. In Warenproduktion und Warenzirkulation (Handel) sind große Teile von Menschen tätig, die verschiedene wirtschaftliche Interessen haben. Konsumenten sind alle Menschen und haben als solche wieder ganz andere Interessen. Die Interessen aus allen drei Gesichtspunkten haben selbstverständlich ihre Berechtigung. Aber in der Regel hat jeder nur seine Teilinteressen vor sich und kennt nicht die Gesichtspunkte und Notwendigkeiten, die die anderen haben. Dies ist aber notwendig, um aus Einsicht in die Lebensverhältnisse des Ganzen urteilen und handeln zu können.

Daher werden sich ganz organisch aus rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten "Assoziationen" bilden, wie Rudolf Steiner sie nennt, Organe, die sich aus Vertretern der Konsumenten, des Handels und der Produzenten zusammensetzen. Hier kommen die verschiedenen Interessen zusammen, und es können gegenseitiges Verständnis und Einsicht in die Situation des anderen entstehen, so daß aus Fachkenntnis und Sachlichkeit in Vereinbarungen weitgehender Ausgleich und Harmonie der Interessen herbeigeführt werden kann.

Nicht Gesetze regeln die Erzeugung, die Zirkulation und den Verbrauch der Güter, sondern

die Menschen aus ihrer unmittelbaren Einsicht in die berechtigten Interessen und Gesichtspunkte. Dadurch, daß sich Interesse mit Interesse vertragsmäßig ausgleichen muß, werden die Güter in ihren entsprechenden Werten und Preisen erzeugt und so zirkulieren können.

"Durch die Verhältnisse des Lebens wird der Umfang solcher Assoziationen sich von selbst regeln. Zu kleine Assoziationen würden zu kostspielig, zu große wirtschaftlich zu unübersichtlich arbeiten. Jede Assoziation wird zu der andern aus den Lebensbedürfnissen heraus den Weg zum geregelten Verkehr finden. ... Damit wird nicht eine Utopie gezeichnet. Denn es wird gar nicht gesagt: Dies soll so oder so eingerichtet werden. Es wird nur darauf hingedeutet, wie die Menschen sich selbst die Dinge einrichten werden, wenn sie in Gemeinschaften wirken wollen, die ihren Einsichten und ihren Interessen entsprechen."

Staatliches Rechtsleben

Die Abgeordneten des staatlichen Parlamentes werden nur noch für Gesetze des reinen Rechtslebens zuständig sein, wobei Volksabstimmungen in grundlegenden Angelegenheit hinzukommen müssen. Staatliche inhaltliche Regelungen des Geistes- und des Wirtschaftslebens wird es nicht mehr geben können.

Damit wird der allergrößte Teil der heutigen Steuern wegfallen. Der Begriff "Regierung", der von lat. rex, regis = König abgeleitet ist, also aus obrigkeitsstaatlicher Zeit stammt, verliert seine Bedeutung. Es werden nur wenige Ministerien wie das Justiz-, Innen-, Verteidigungsministerien übrigbleiben, die allein (lat. ministrare = dienen) ausführende, dienende, aber keine herrschenden Funktionen haben.

Ein Außenministerium wird nur Angelegenheiten des Rechtslebens im Verkehr mit dem Ausland vertreten. Die Organisationen des Geistes- und des Wirtschaftslebens werden für ihren Bereich je eigene Außenbeziehungen unterhalten.

Wir haben oben gesehen, daß auch die Glieder des natürlichen Organismus des Menschen ein je eigenes Verhältnis zur Außenwelt haben: das Nervensystem durch die Sinne, das Stoffwechselsystem durch Ernährung und Gliedmaßen, das rhythmische System durch die Atmung. Ebenso muß es sich auch im sozialen Organismus verhalten, wenn dieser nicht wieder unter eine sachfremde und deformierende zentrale Steuerung geraten soll.

Fazit

Der freie, sich selbst bestimmende Mensch fordert ein Umdenken seines Verhältnisses zu dem, was als gesellschaftliche Einrichtungen überkommen ist. Nicht der Mensch muß sich in einem von außen vorgesetzten Staat fügen, sondern ein Staat muß sich in seiner Gestaltung nach dem Menschen richten.

Der Mensch mit seinen Entwicklungsbedingungen muß am Ausgangspunkt jeder Sozialwissenschaft stehen. Alle gesellschaftlichen Einrichtungen müssen so gestaltet werden, daß sie dem Wesen des Menschen entsprechen, daß sie allen Menschen die optimalen Entwicklungsbedingungen bieten.

Ich weiß, wieviel Widerspruch solche Gedanken zunächst erfahren. Aber jeder muß sich fragen, ob es seine bisherigen Denkgewohnheiten sind, die sich dagegen sträuben, weil sie mit ihnen nicht übereinstimmen, oder ob er sich wirklich ohne Vorurteile auf diese Ideen mitdenkend und nachsinnend einlassen will, in dem gemeinsamen Bemühen, aus den katastrophalen Verhältnissen Wege zur Bildung einer freiheitlichen Gemeinschaftsordnung zu finden. ...<<

Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtete am 8. November 2021 (x1.122/...): >>>Die feindliche Übernahme des Bundesverfassungsgerichts

Die institutionelle Verquickung von Politik und Bundesverfassungsgericht durch das Richter-Wahlverfahren hatte bisher schon zu einer zunehmenden Politisierung des Gerichts geführt. Doch seit der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Harbarth zum Vizepräsidenten und kurz darauf zum Präsidenten gemacht wurde, entwickelt sich das oberste deutsche Gericht immer unverhohlener zum Erfüllungsgehilfen der Politik.

Die Gewaltenteilung, ein Grundprinzip rechtsstaatlicher Demokratie, ist weitgehend zu Gunsten der Herrschaft einer Parteien-Oligarchie aufgehoben, so daß im anwachsenden staatlichen Totalitarismus das Volk als eigentlicher Souverän seine grundgesetzlich verbürgten freiheitlichen Grundrechte von den Gerichten kaum noch verteidigt findet.

Der Fall Stephan Harbarth

Stephan Harbarth hat von 2000 an als Rechtsanwalt in internationalen Wirtschaftskanzleien nur Konzerninteressen und daneben ab 2009 als CDU-Abgeordneter des Bundestages Partei-Interessen vertreten, die mitunter konkurrierten und mit den Aufgaben eines Volksvertreters nicht selten im Widerstreit lagen. Aber er war nie als Richter tätig, der keinen Interessen, sondern ohne Ansehen der Person nur Recht und Gesetz verpflichtet ist.

Auf Betreiben der CDU und ihrer allmächtigen Kanzlerin - auf Wahlplakaten eng mit ihm verbunden - wurde er am 22.11.2018 vom Bundestag zum Richter am Bundesverfassungsgericht gekürt und am 30.11.2018 vom Bundesrat gleich zu dessen Vizepräsidenten erhoben.

Als Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages und schließlich stellvertretender Fraktionsvorsitzender war er an der Durchsetzung vieler Gesetze beteiligt, die gegebenenfalls zu überprüfen er nun die Aufgabe hat.

"Kann die Fraktionsdisziplin ablegen, wer seiner Partei alles verdankt? Kann plötzlich frei den Mund öffnen, wer neun Jahre lang klaglos den Kappzaum (Zaum zum Lenken und Longieren junger Pferde) des Abgeordneten trug, um jetzt die Augenbinde der Justitia überzustreifen, als hätte er nie etwas anderes gekannt als richterliche Neutralität und Regierungsferne?"

So formuliert treffend Gerhard Strate, einer der bekanntesten deutschen Strafverteidiger und Mitglied des Ausschusses für Verfassungsrecht der Bundesrechtsanwaltskammer, im September-Heft 2021 des Monatsmagazin Cicero, wo er die Causa Harbarth einer schonungslosen Analyse unterzog.

Am 22. Juni 2020 schließlich wurde "Merkels Mann in Karlsruhe", wie er in alternativen Medien bezeichnenderweise genannt wird, durch den Bundespräsidenten zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts ernannt. Und er bewährte sich gerade in der Corona-Krise für die totalitären Maßnahme-Strategen in Berlin. Schon als Vizepräsident fiel die Entschlossenheit auf, mit der der 1. Senat unter seinem Vorsitz fast alle Eilanträge und Verfassungsbeschwerden ablehnte. Und das setzte sich auch nach dem Juni 2020 fort, wobei er natürlich mit weiteren Richtern rechnen konnte, die dem Senat schon angehörten, ebenfalls von Altparteien nach Karlsruhe entsandt: vier von der SPD, zwei von der CDU und einen von der FDP.

"Die vorherrschende formelhafte Terminologie, für jedermann in den Pressemeldungen des Verfassungsgerichts nachlesbar, ist nicht immer elegant, aber durchaus wirksam: Erfolglose Eilanträge abgelehnt. Antrag auf einstweilige Anordnung abgelehnt. Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung angenommen. Antrag unzulässig. Antrag genügt nicht den Anforderungen. Nicht ausreichend substantiiert vorgetragen. Was Juristen eben schreiben, wenn sie sich der inhaltlichen Auseinandersetzung entziehen und eine eigene Agenda durchsetzen möchten."

So faßt es Gerhard Strate im Cicero zusammen.

Ignorierte Ungültigkeit eines Gesetzes

Besonders gravierend ist der am 5. Mai 2021 gefaßte Beschluß des 1. Senates unter Harbarths Vorsitz, mit dem Anträge auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gegen die Regelung von Ausgangsbeschränkungen abgelehnt wurden.

Gerhard Strate weist darauf hin, daß das "Vierte Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite", im Bundestag am 22. April 2021 verabschiedet, der Zustimmung des Bundesrates bedurft hätte. Denn "die in § 28b Abs. 3 Satz 1 IfSG vorgesehenen Testungen von Schüler- und Lehrerschaft bei Durchführung von Präsenzunterricht erzeugten eine Kostenlast der Länder, weshalb eine Zustimmung des Bundesrats unab-

weisbar war (Art. 104a Abs. 3 GG).

Diese Zustimmung jedoch gab es nicht. Die Frage, ob das Gesetz zustimmungspflichtig war, betrachtete der Senat zwar als berechtigt, seine acht Mitglieder sahen sich aber außerstande, diese überschaubare Rechtsfrage zu beantworten: Die Beantwortung der damit verbundenen Fragen ist derzeit jedenfalls als offen einzustufen."

Man müsse sich das einmal vorstellen, so Gerhard Strate, gemäß Artikel 78 GG komme ein Gesetz zustande, wenn der Bundesrat zustimmt. Auch dann, wenn nur eine einzelne Vorschrift - wie hier der Paragraph 28b Abs. 3 Satz 1 IfSG zu den Testerfordernissen an den Schulen - die Zustimmungsbedürftigkeit auslöst, müsse der Bundesrat dem Gesetz insgesamt ausdrücklich und unzweideutig zustimmen. Werde die Zustimmung nicht erklärt, sei das Gesetzgebungsverfahren nicht ordnungsgemäß abgeschlossen worden.

Für einen der vielen hochqualifizierten Assistenten, die den Richtern des Verfassungsgerichts zuarbeiteten, wäre die Lösung dieser offenen Rechtsfrage eine Sache von wenigen Stunden gewesen. Wenn dennoch die Richter des Bundesverfassungsgerichts sich "derzeit" nicht in der Lage gesehen hätten, die offene Frage der Zustimmungsbedürftigkeit zu klären, dann sei dies eine unverhohlene politische Entscheidung gewesen. Man habe nicht gewollt. "Derzeit".

"Einen offenen Einblick in seine Marschrichtung", fügt Gerhard Strate hinzu, "gewährte Stephan Harbarth in einem Interview, welches am 2. April 2021 im Redaktionsnetzwerk Deutschland veröffentlicht wurde. Unter der Überschrift 'Präsident des Verfassungsgerichts verteidigt deutsche Corona-Politik' wirbt er mit warmen Worten um Verständnis für die Maßnahmen der Regierung. Und schon am nächsten Tag legt er in der Bild-Zeitung nach, indem er Corona-Demonstranten ermahnt, mit dem Demonstrationsrecht 'verantwortungsvoll umzugehen'."

Ist es die Aufgabe des Präsidenten eines neutralen Gerichts, öffentlich für die Politik der Regierung Partei zu ergreifen, über deren Maßnahmen er anschließend zu Gericht sitzt? Hierin kommen schon seine Parteilichkeit und seine wahren Absichten offen zum Ausdruck.

"Erklärt sich die schon an Arbeitsverweigerung grenzende Abneigung des Bundesverfassungsgerichts, geplagten Bürgern inmitten einer der schlimmsten politischen Krisen der bundesrepublikanischen Geschichte wenigstens hin und wieder wirksam Rechtsschutz zu gewähren, auch aus dem Denken des Parteisoldaten?", fragt Gerhard Strate.

Die Antwort ist klar. "Merkels Mann in Karlsruhe" erfüllt die in ihn gesetzten Erwartungen der Regierungspartei.

Rundfunkbeitrag und Abgeordneten-Freiheit

Wenn es um die Interessen der "staatstragenden" Parteien geht, wie die finanzielle Auspolsterung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks z.B., dieses unschätzbaren Propaganda-Lautsprechers der Regierungs- und der sie stützenden Parteien-Politik, greifen die Parteifreunde in Karlsruhe zu keinen ablehnenden Floskeln.

In der Vorlage eines "Ersten Medienänderungs-Staatsvertrages" war in Art. 1 die Erhöhung des Rundfunkzwangsbeitrages um 86 Cent pro Monat vorgesehen. 15 Bundesländer hatten zugestimmt, nur Sachsen-Anhalt verweigerte die Zustimmung, so daß der Vertrag nicht zustande kam. Daraufhin erhoben die Staatssender Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen das Land Sachsen-Anhalt.

Die Entscheidung des 1. Senats vom 20. Juli 2012 zu lesen falle schwer, bekannte Gerhard Strate, "denn in ihr spiegle sich unverkennbar die erste Abendsonne einer schwindsüchtig gewordenen Demokratie". - Er untertreibt. Es schienen schon viele Abendsonnen auf diese schwindsüchtige Demokratie, nur diese wirft ihr Dämmerlicht auf einen Tiefpunkt.

In dem Beschluß stellt das Bundesverfassungsgericht fest, das Land Sachsen-Anhalt habe durch das Unterlassen seiner Zustimmung die Rundfunkfreiheit aus Artikel 5 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes verletzt. Zugleich ordnet es an, daß der in Betracht kommende Art. 1 des

Vertragsentwurfes vom 20. Juli 2021 bis zum "Inkrafttreten einer staatsvertraglichen Neuregelung über die funktionsgerechte Finanzierung der Beschwerdeführer (der Staatssender) durch den Rundfunkbeitrag" vorläufig gelte.

Das Verfassungsgericht setzt also den ersten Teil des "Medienänderungs-Staatsvertrages", der insgesamt noch gar nicht zustande gekommen ist, einfach per Anordnung vorläufig in Kraft.

Das kann kein Gericht, das verläuft nicht im Reiche des Rechts, sondern der puren Willkür, die aus dem politischen Willen aufsteigt, die Herrschafts-stabilisierende Bewußtseins-Anstalten schnellstmöglich mit zusätzlichem Geld zu versorgen. Das wissen auch die Richter und sprechen von vorläufiger Geltung "bis zum Inkrafttreten einer staatsvertraglichen Neuregelung".

Diese kommt aber nur zustande, wenn Sachsen-Anhalt zustimmt. Das heißt, der Landtag wird damit verurteilt, der Erhöhung des Rundfunkbeitrages zuzustimmen, oder, wie es Gerhard Strate formuliert, den Grundsatz zu beherzigen, "daß ihr bedingungsloses Ja zu jeder gewünschten Erhöhung des Rundfunkbeitrags alternativlos ist."

Angesichts des unverzichtbaren Wesenskernes jedes demokratischen Systems, der natürlich auch in der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt steht:

"Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen", ist dies ein ungeheuerlicher Übergriff in die Unabhängigkeit der Legislative eines Landes, der nur aus totalitärer Hybris entspringen kann.

Der besondere Schutz des Staatsfunks, seine sogenannte Bestands- und Finanzierungs-Garantie, die aus Art. 5 des Grundgesetzes abgeleitet wird, hat indessen schon eine längere unrühmliche Tradition beim Bundesverfassungsgericht, erreicht in ihrer grotesken Konstruktion hier nur einen neuen Höhepunkt.

In Artikel 5 Abs. 1 Satz 2 heißt es lediglich:

"Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film wird gewährleistet."

Ausschließlich aus diesem Satz, schreibt Rechtsanwalt Strate treffend, konstruiere sich über eine spitzfindige Argumentationskette die Anspruchsgrundlage der öffentlich-rechtlichen Medien auf ihre Finanzierung durch zwangsweise erhobene Beiträge. Diese haben inzwischen die Form einer verkappten Steuer für nahezu jedermann angenommen.

"Die willkürliche Herleitung eines rigiden Finanzierungsmodells aus dem Grundgesetz widersprach schon immer in eklatanter Weise dessen freiheitlichem Geist. ... Das Grundgesetz selbst stellt keine Forderung nach einem besonders zu schützenden öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf. Die 'Garantie der funktionsgerechten Finanzierung' ist ein Kind des Bundesverfassungsgerichts, gehegt und gepflegt in immer neu sich wiederholenden und weiter ausgreifenden Gerichtsentscheidungen, mittlerweile groß, fast ein Monster geworden. ...

Das Grundgesetz unterscheidet nicht zwischen den verschiedenen Finanzierungsmodellen unterschiedlicher Medien und verlangt auch nicht die staatlich angeordnete Zwangsfinanzierung einzelner Leitmedien. Streng genommen besagt Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG lediglich eines: Der Staat hat nicht das Recht, Medien aller Art in ihrer Berichterstattung zu behindern. Bekräftigt wird diese Deutung durch den folgenden Absatz Abs. 1 Satz 3, der präzisiert: Eine Zensur findet nicht statt."

Surreale Klimaschutz-Entscheidung

In merkwürdiger Lautlosigkeit, ohne Öffentlichkeit, Sachverständige und öffentliche Verhandlung, wie es eine Verfassungsbeschwerde über die Klimapolitik der Bundesregierung wegen ihrer weitreichenden Bedeutung für den Industriestandort Deutschland erfordert hätte, veröffentlichte der 1. Senat des Bundesverfassungsgerichts unter seinem Vorsitzenden Harbarth am 24. März 2021 einen einstimmig ergangenen Beschluß, der wie eine lautlose Bombe

wirkt, deren verheerende Auswirkungen unabsehbar sind. In den Leitsätzen der Entscheidung heißt es:

"1.) Der Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit nach Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG schließt den Schutz vor Beeinträchtigungen ... durch Umweltbelastungen ein, gleich von wem und durch welche Umstände sie drohen. Die aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG folgende Schutzpflicht des Staates umfaßt auch die Verpflichtung, Leben und Gesundheit vor den Gefahren des Klimawandels zu schützen. Sie kann eine objektivrechtliche Schutzverpflichtung auch in Bezug auf künftige Generationen begründen."

Wie schon in Bezug auf Corona, kommentiert Rechtsanwalt Gerhard Strate, erfahre das grundgesetzlich garantierte Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit auch hier seine dem Zeitgeist - ich würde sagen: der neuen Totalitarismus-Gesinnung - geschuldete Umdeutung.

"Was von den Vätern der Verfassung nach bittersten Diktaturerfahrungen dazu konzipiert worden war, das Individuum vor Folter, politischem Mord und sonstigen staatlichen Übergriffen zu bewahren, verkommt mehr und mehr zu schnöden Vollkaskopolice, mit welcher der Staat alle möglichen absurden 'Schutzpflichten' an sich zieht.

Diese durch pure Rabulistik in das Grundgesetz hinein interpretierten Pflichten des Staates ziehen jedoch unweigerlich auch das staatliche Recht zur Ausübung zahlreicher Repressalien nach sich. Wie auch sonst sollte man Virusinfektionen an der Ausbreitung hindern oder den CO₂-Ausstoß maßgeblich reduzieren, wenn nicht durch massive, auf Dauer angelegte Einschränkungen der persönlichen Freiheit?"

Das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit ist wie die übrigen Grundrechte primär vorstaatliches Abwehrrecht des freien, sich selbst bestimmenden Menschen gegen totalitäre Übergriffe der Staatsmacht. Und der Staat hat die Menschen vor Übergriffen staatlicher Stellen und natürlich auch anderer Personen in ihre körperliche Unversehrtheit zu schützen. Schutz vor Krankheiten ist Sache des freien, sich selbst bestimmenden Menschen selbst und seiner Ärzte, der freien Ärzteschaft.

Mit der Vereinnahmung zur allgemeinen staatlichen Schutzpflicht wird das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit als das höherwertige gegen die anderen Grundrechte in Stellung gebracht, indem diese weitgehend eingeschränkt bzw. völlig suspendiert werden, damit die Menschen weitestgehend geschützt werden könnten.

Das Abwehrrecht des Menschen gegen staatliche Willkür wird perfide zum Angriffsrecht des Staates auf die Grundrechte des Menschen gewendet. Das heißt, die Abwehrrechte des Menschen gegen einen totalitären Staat werden verdreht und mißbraucht, um - einen totalitären Staat zu errichten.

"Die zur Durchsetzung notwendigen, teils robusten polizeilichen Maßnahmen bei Zuwiderhandlungen könnten sich", fährt Gerhard Strate fort, "sehr schnell ihrerseits für eine Gefahr für das Leben und die körperliche Unversehrtheit entwickeln und das Grundrecht damit vollends seines Wesensgehalts berauben. Analog zu Orwells 'Freiheit ist Sklaverei' stünde es dann als eine leere Worthülse vor uns, deren Bedeutung sich längst in ihr Gegenteil verkehrt hat."

Auch der zweite Leitsatz der Entscheidung habe es in sich und sei ein beredtes Beispiel dafür, weshalb der Gesetzgeber sich mit der Definierung neuer Staatsziele im Grundgesetz tunlichst zurückhalten sollte. Er lautet:

"2.) Art. 20a GG verpflichtet den Staat zum Klimaschutz. Dies zielt auch auf die Herstellung von Klimaneutralität."

Der 1994 nachträglich eingefügte Artikel 20a GG beziehe sich auf die staatliche Pflicht zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und eröffne damit viel Raum für verschiedenste Interpretationen. Findigen Umweltverbänden mit Verbandsklagerecht bietet er durch seine

Unbestimmtheit eine unendliche Spielwiese zu sukzessiven Ausgestaltung eines dystopischen Ökostaats über den spendenfinanzierten Rechtsweg.

Der Beschluß des 1. Senats unter Vorsitz des neuen Präsidenten Harbarth sei natürlich von den zuständigen Juristen sofort als "epochal" gefeiert worden. Einige Zitate sollen beispielhaft aufzeigen, wohin die Reise geht:

"Ein unbegrenztes Fortschreiten von Erderwärmung und Klimawandel stünde aber nicht im Einklang mit dem Grundgesetz. Dem steht neben den grundrechtlichen Schutzpflichten vor allem das Klimaschutzgebot des Art. 20a GG entgegen, welches die Gesetzgebung - verfassungsrechtlich maßgeblich - durch das Ziel konkretisiert hat, die Erwärmung der Erde auf deutlich unter 2 °C und möglichst auf 1,5 ° C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Dieser Temperaturschwelle entspricht ein, wenn auch nicht eindeutig quantifizierbares, aus dem globalen Restbudget abgeleitetes nationales CO₂-Restbudget.

Ist dieses nationale CO₂-Budget aufgebraucht, dürften weitere CO₂-Emissionen nur noch zugelassen werden, wenn das Interesse daran verfassungsrechtlich insbesondere gegenüber dem Klimaschutzgebot des Art. 20a GG überwiegt. Verhaltensweisen, die direkt oder indirekt mit CO₂-Emissionen verbunden sind, wären also verfassungsrechtlich nur noch hinnehmbar, soweit sich die dahinterstehenden grundrechtlichen Freiheiten in der erforderlichen Abwägung durchsetzen könnten, wobei das relative Gewicht einer nicht klimaneutralen Freiheitsbetätigung in der Abwägung bei fortschreitendem Klimawandel weiter abnimmt." (Randnummer 120)

Damit sei der Grundstein für eine bizarre Situation gelegt, in der bereits das Einschalten der Heizung im Winter, der Verzehr einer Fleischmahlzeit oder ein Flug in den Urlaub in jedem Einzelfall Gegenstand einer verfassungsrechtlichen Abwägung werde. Da passe es hinein, wenn an anderer Stelle der Entscheidung davon die Rede sei, es könnten "selbst gravierende Freiheitseinbußen künftig zum Schutz des Klimas verhältnismäßig und gerechtfertigt sein". Daß mit derartigen Formulierungen ein Gewöhnungsprozeß eingeläutet werde, dem die Bürger schon in den letzten anderthalb Jahren ausgesetzt waren, liege nahe.

Mit traumwandlerischer Sicherheit scheine sich das Verfassungsgericht auf den schwankenden Planken wissenschaftlich umstrittener Zahlengrundlagen zu bewegen. Ob die Erwärmung nun maximal 2 Grad Celsius oder besser doch nur 1,5 Grad Celsius betragen sollte und in welchen Tranchen das ab 2020 bis in alle Ewigkeiten verbleibende deutsche Restbudget möglicher CO₂-Emissionen (es betrage laut Entscheidungsbegründung des Bundesverfassungsgerichts genau 6,7 Gigatonnen) verteilt werden sollte: Dies zu präzisieren, gebe der Beschluß der Politik auf.

"Wie viele Säcke die neuen Schildbürger jedoch brauchen werden, um die täglich benötigten Energiemengen in Form von Sonnenlicht in ihre Häuser zu tragen, darüber schweigt die Begründung sich aus. Dies zu ermitteln obliegt wohl ebenfalls der Bundesregierung. Schon kurz nach der Verkündung des Beschlusses jubelte Wirtschaftsminister Altmaier: 'Die Entscheidung gibt uns die Chance, für mehr Generationengerechtigkeit zu sorgen!'

Bei so viel Eintracht zwischen Gericht, Klägern und Beklagten ist erfahrungsgemäß höchste Wachsamkeit angesagt. Und daß bereits am 18. November mit dem Film 'Ökozid' ein ARD-Gerichtsdrama ausgestrahlt wurde, das die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts fiktiv vorwegnahm, läßt erahnen, daß auch von den Leitmedien keine Kritik an der wirtschaftlichen Marginalisierung Deutschlands und seiner Bürger zu erwarten ist."

Die Frage einer gefährlichen Krankheits-Epidemie und die Fragen eines Klimawandels können nur durch die entsprechenden Wissenschaften geklärt werden, die zu ihrer Unabhängigkeit eine eigene Verwaltungs-Organisation außerhalb staatlicher Zusammenhänge benötigen. Nur die Wissenschaftler können den freien Bürgern dann entsprechende Verhaltensweisen anraten. Nicht aber darf der Staat durch Machtspruch entscheiden, was zu gelten und was je-

der zu tun habe. Das führt in den Totalitarismus, wie wir ihn in der Corona-Pandemie ja gerade erleben und wie er in der Frage des Klimawandels auf uns zukommt.

Fazit

Der Fall Harbarth ist nur die Spitze des Eisbergs. Harbarth treibt am radikalsten und unverhohlenen die politische Übernahme des Bundesverfassungsgerichtes voran, die schon lange im Wachsen begriffen ist, ermöglicht und initiiert von einem Wahlverfahren der Richter durch die Legislative, die in der Regel gewissen Proporz-Absprachen und -Vorschlägen der Parteien folgt. Dadurch geht die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes seit Jahren immer mehr mit den politischen Auffassungen und Ideologien der Parteien konform, denen die Richter als Mitglieder angehören oder denen sie nahestehen.

Das heißt, Legislative, Exekutive und Judikative sind weitgehend in der Hand derselben Partei oder Koalition. Die Gewaltenteilung, fundamentale Voraussetzung eines demokratischen Rechtsstaates, ist de facto aufgehoben.

Die parteipolitische Infiltrierung des Bundesverfassungsgerichts, dessen Entscheidungen endgültig sind und nur von ihm selbst korrigiert werden können, geschieht nicht zufällig und unbedacht. Sie hat Methode. Im Falle Harbarth tritt sie besonders offen und mit erstaunlicher Skrupellosigkeit zutage. Sie bedeutet im Grunde eine vorsätzliche feindliche Übernahme des Bundesverfassungsgerichts und damit die gezielte Aufhebung der Gewaltenteilung zugunsten einer Parteien-Oligarchie, der es damit möglich ist, totalitäre gesellschaftliche Entwicklungen, wie sie im Artikel beschrieben werden, ungestört voranzutreiben.

Diese Parteien sind die größten Feinde der freiheitlich-demokratischen Ordnung, und einer der entschlossensten von ihnen, sitzt nun an der Spitze des höchsten Gerichtes der Judikative.

Eine positive Entwicklung kann es nur geben, wenn den Parteien als erstes das De-facto-Monopol der Kandidatenaufstellung für die Parlamentswahlen genommen wird und nur Direktkandidaten gewählt werden, die dann im Parlament keinerlei geschlossene Fraktionen bilden. Die Justiz, die jetzt noch völlig in die Verwaltungen verschiedener Ministerien eingeordnet und von diesen dominiert wird, muß herausgegliedert werden und eine eigene Selbstverwaltung erhalten. Nur aus dieser dürfen durch Fachkommissionen die Richter der obersten Gerichte gewählt werden.

Geschieht dies nicht, wird der Untergang dessen, was nach dem 2. Weltkrieg ein Stück weit als freiheitlich demokratische Grundordnung versucht wurde, vollends im anschwellenden neuen Totalitarismus untergehen.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 50/21" berichtete am 10. Dezember 2021 (x1.387/...): >>**Stachel gegen Merkel**

Eugen Abler, ein CDU-Mann alten Schlages, rechnet ab

Albrecht Rothacher

Die einstigen Volksparteien CDU und CSU haben seit 1990 über 440.000 Mitglieder verloren - und die SPD gar 540.000 -, doch nicht jeder schreibt gottlob ein Buch über die Gründe seines Austritts. Eugen Abler ist jedoch ein interessanter Fall und ein guter, scharfsinniger Beobachter des Niedergangs der inhaltlich entkernten Merkel-Union.

Immerhin hatte er in seinen vier Jahrzehnten als erfolgreicher Lokal- und Regionalpolitiker im katholisch-ländlich geprägten oberschwäbischen Kreis Ravensburg noch die absolute Mehrheit von 56,7 Prozent von Ministerpräsident Hans Filbinger 1976 mit der Parole "Freiheit statt Sozialismus" erlebt sowie den seitherigen Abstieg zu einer Mittelpartei, die um 20 Prozent ... als Juniorpartner der Grünen in ihrer Beliebigkeit politisch bedeutungslos geworden ist.

Ablers Spezialität war es, während fast aller CDU-Bundesparteitage - 13 an der Zahl - die zwischen 2003 und 2018 stattfanden, sich an prominenter Stelle als einsame Stimme von der Basis mutig zu Wort zu melden und zum zähneknirschenden Mißvergnügen der opportunistisch jubelnden Partei-Prominenz anfangs ganz sanft und höflich, dann im Laufe der Jahre

zunehmend deutlicher und energischer Kritik an der Merkelschen Politik zu üben.

Seine sehr lesenswerten Kurzreden sind als Dokumente der wachsenden Entfremdung des schrumpfenden traditionellen konservativen Lagers von der zeitgeistigen Unionsführung und seine Kaltstellung bedeutsam.

Ablers Themen variieren. Es geht ihm um die Einführung des einheitlichen Einkommensteuersatzes von 25 Prozent (plus Freibeträge von 8.000 Euro pro Familienangehörigem), den Vorschlag des Juristen Paul Kirchhof also, um Familiengeld zur Kindererziehung und um eine Autobahn-Maut und Tempo 130. Er wendet sich gegen Schuldenpakete zu Zeiten der Hochkonjunktur, die mit den Grundsätzen einer sparsamen schwäbischen Hausfrau nicht vereinbar seien und gegen Rettungsaktionen für bankrotte EU-Staaten, die wie Griechenland lieber ihre Selbstheilungskräfte mobilisieren sollten.

Solange Merkel sich noch öffentlich für die Atomkraft, gegen Eurobonds und die Verletzungen des Stabilitätspaktes, gegen Multikulti, Asylmißbrauch und die Einwanderung in unsere Sozialnetze ausspricht, stimmt Abler ihr zu. Doch im Gegensatz zu den desinteressierten Delegierten nach ihren Kurswechseln nicht länger. Für ihn gehört der verharmloste Islam, für den Christen rechtlose Ungläubige sind, nicht zu den Wurzeln und Werten des christlichen Abendlandes.

Mit dem Kurswandel der Familienpolitik und der Einwanderungspolitik drohe Ende des Jahrhunderts das Ende des deutschen Volkes. Daher auch als gläubiger Katholik das Ceterum censis aller seiner 13 Beiträge zum Lebensschutz mit 200.000 jährlichen Abtreibungen und seit 1974 acht Millionen getöteten potentiell gesunden Ungeborenen - oft mit Steuermitteln und auf Kosten der Krankenkassen: Würden sie leben, hätten wir weder einen Fachkräftemangel noch bräuchten wir eine Einwanderung.

Statt dessen befasse sich die Regierung mit dem Insektenschutz, dem Adoptionsrecht für Homosexuelle, der Quotenpolitik, Gender-Umerziehungsprogrammen und dem dritten Geschlecht für eine Handvoll Zwitter. Mit flotten Sprüchen wie "Die CDU hat mittlerweile das Profil eines abgefahrenen Reifens und ist beliebig geworden" und: "Wer den Zeitgeist heiratet, kann schnell Witwe werden", bekommt Abler medial bundesweit, auch international, als einsamer Rufer in der Wüste des Merkelismus und Teil der Parteitags-Folklore einige Aufmerksamkeit.

Doch holt ihn die Feindseligkeit des Apparats in der Heimat ein, wo er seine lokalpolitischen Ämter vor Jahresfrist verliert. Auch ein früherer Versuch, für ein Bundestagsmandat zu kandidieren, scheiterte an den Intrigen des Platzhirsches und der mit ihm verbündeten Lokalpresse. Insofern zeichnet jener im übrigen hervorragend annotierte und dokumentierte politische Erinnerungsband die Ära Merkel und den Niedergang der CDU aus der kritischen Perspektive eines distanzierten Insiders sehr schön nachvollziehbar nach.

Eugen Abler: Der Verrat am C. Einsichten und Ansichten eines ehemaligen CDU-Mitglieds. Gerhard Hess Verlag, Bad Schussenried 2021, ... 320 Seiten ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. Dezember 2021 (x887/...): >>"Das ist intergenerationelle Sippenhaft"

Über das Verhalten des deutschen Staates in Sachen Hohenzollern-Eigentum, den Umgang mit den heutigen Mitgliedern der Familie und die Notwendigkeit eines neuen unideologischen Blicks auf die preußische Geschichte

René Nehring

Im Gespräch mit *Michael Wolffsohn*

Seit rund zwei Jahren diskutiert die deutsche Öffentlichkeit über die Entschädigungsansprüche des vormaligen preußischen Königs- und deutschen Kaiserhauses, der Hohenzollern. Grundlage ist die Enteignung des Kronprinzen Wilhelm von Preußen durch die Sowjetunion nach 1945. Das vereinigte Deutschland hatte nach 1990 geregelt, daß Personen, die dem

kommunistischen oder dem nationalsozialistischen Unrechtssystem "erheblichen Vorschub" geleistet haben, von einer Rückübertragung ihres Eigentums ausgeschlossen sind. In Sachen Hohenzollern dreht sich deshalb der Streit darum, ob der letzte Kronprinz dem NS-Regime eben diesen Vorschub geleistet hat oder nicht.

In den Feuilletons waren zuletzt vor allem Stimmen zu vernehmen, die diese Frage zulasten der Hohenzollern beantworteten. In einem unlängst erschienenen Sammelband zeichnen nun namhafte Historiker und Juristen ein differenzierteres Bild. Einer von Ihnen ist Michael Wolffsohn, der sich in seinem Beitrag weniger mit der Person des Kronprinzen Wilhelm beschäftigt, sondern mit weitaus grundsätzlicheren Fragen.

Herr Wolffsohn, was hat Sie dazu bewogen, mit einem Beitrag in die Hohenzollern-Debatte einzugreifen?

Seit Jahren beschäftige ich mich mal rezeptiv-lesend, mal aktiv-schreibend mit den Hohenzollern. Der Grund ist einfach: Wenn alle oder fast alle entweder "Hossiana!" oder "Kreuziget ihn!" rufen, läutet bei mir die Alarmanlage mit eingebauter Tonbotschaft: "Vorsicht, sind da etwa Nachplapperer und Mitläufer am Werk?" Ich bin dann geradezu reflexartig skeptisch und beginne die notwendige Reflexion vor Information. Die Folge: Bediene dich deines eigenen Verstandes! Dazu bedarf es in einer Demokratie eigentlich keines Mutes. Schlimmstenfalls wird man, wie von Elisabeth Noelle in der "Schweigespирale" beschrieben, gesellschaftlich isoliert. Na und! Besser isoliert als mit Mitläufern fraternisiert.

Das gesagt, heißt wahrlich nicht, daß ich die geringste Sympathie für besagten Kronprinzen hege. Er zählt zu den "nützlichen Idioten", den Steigbügelhaltern der Nationalsozialisten, war ein Antisemit und finsterner, unintelligenter Reaktionär. Hinzu kommt: In meinem mit Thomas Brechenmacher von der Uni Potsdam verfaßten Buch "Die Deutschen" haben wir empirisch wasserdicht, anhand statistisch-repräsentativer Daten gezeigt, daß in der Weimarer Republik, anders als von den meisten Historikern behauptet, keine Hohenzollern-Monarchie-Nostalgie dominierte. Wer das weiß, muß in die Arena steigen und die Proportionen zurechtrücken.

In Ihrem Aufsatz in dem Sammelband sagen Sie, daß zwar viele Landsleute heute die Rückgabeforderungen der Hohenzollern für einen Skandal halten, der eigentliche Skandal jedoch das Verhalten des Deutschen Bundestages, des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs sei. Konkret sagen Sie: "Deutschlands Weigerung, die Hohenzollern heute für die nach 1945 erfolgten Enteignungen auf dem Gebiet der Ex-DDR zu entschädigen, ist zwar legal im Sinne herrschenden Rechts, jedoch nicht legitim im Sinne der ethischen Fundamente dieses herrschenden Rechts." Warum?

Ganz einfach: Hier wird intergenerationelle Sippenhaft und Sippenhaftung angewandt. Das ist rechtssystemisch inakzeptabel. Unabhängig davon, was dazu die internen Regelungen im Hause Hohenzollern sagen oder im Hohen Hause Bundestag. So viel zum weltlichen Rechtssystem. Sowohl im Judentum als auch im Christentum gilt: Die Schuld der Väter trifft nicht die Söhne. Weltliche, religiöse und damit metaphysische Legitimität widersprechen in diesem Fall dem politisch, willkürlich gesetzten und letztlich rechtsbrecherischen Gesetz.

Hängt, überspitzt formuliert, in der Konsequenz der Hohenzollern-Debatte Eigentum - und damit eine der wichtigsten Grundlagen unseres Rechtssystems - in Deutschland nicht mehr von unverrückbaren Ansprüchen, sondern von politischem Wohlverhalten ab? Und warum scheint das niemanden zu stören?

Weil es besonders in der deutschen Neid-Gesellschaft ein doppelbödiges Verhältnis zum Eigentum an sich gibt. Einerseits ist es grundgesetzlich so gut wie unantastbar und für sich selbst möchte es fast jeder haben, andererseits wird es geneidet. Deshalb ist der Ruf nach Enteignung gesellschaftlich verankert. In der US-Tradition ist Eigentum auch mental stärker verankert. Der Ruf nach Enteignung ertönt in Deutschland keineswegs nur von links, sondern auch von rechts. Es ist kein Zufall, daß die Nazis "Nationalsozialisten" waren. Die rechtsso-

zialistische Dimension wird auch in der deutschen Geschichtswissenschaft oft unterschätzt oder, aus politischem Opportunismus, ignoriert.

Ein weiterer interessanter Befund in Ihrem Beitrag ist, daß das geltende Rückgaberecht "jenseits der Unethik" der Logik entbehrt, da dadurch die Bundesrepublik Deutschland faktisch in zwei Rechtsräume gegliedert sei.

Wieder ganz einfach: Wenn den Hohenzollern aus den bekannten, im 1994er Gesetz genannten Gründen, die Rückgabe ihres in der DDR einst vorhandenen Eigentums verweigert wird, müßte man rein logisch ihr westdeutsches Eigentum konfiszieren, auch ihre Stammburg. Oder haben die in den frühen 1930er Jahren lebenden Hohenzollern und, allen voran, der furchtbare Kronprinz nur diejenigen Deutschen für die Nazis, wie stark auch immer beeinflusst, die auf dem Gebiet der späteren DDR lebten? Sie sehen, wie absurd und undurchdacht der Gesetzgeber entschied. Rache statt Recht galt hier wohl.

Sollte Deutschland im Sinne einer Rückbesinnung auf die ethischen Fundamente unseres Rechtssystems die geltenden Gesetze noch einmal überdenken?

Natürlich. Besser spät als gar nicht. Aber das wäre mit einem zu großen Gesichtsverlust verbunden. Dieser würde dem Ansehen des Gesetzgebers noch mehr schaden. Am vernünftigsten wäre eine kluge Moderation.

Ein anderer interessanter Hinweis in Ihrem Text ist, daß nach 1945 auch das während der NS-Diktatur geraubte jüdische Eigentum entweder gar nicht oder nur zu geringen Teilen rückübertragen wurde. Was sagt das über die Bundesrepublik als Rechtsstaat aus?

Daß Tatsachen und Legenden auch hier nicht deckungsgleich sind. Aber wir wissen doch seit eh und je, daß die bundesdeutsche Justiz bis in die frühen 1970er Jahre mehr als nur kleine braune Flecken und sich nach 1945 selbst amnestiert hatte. Ein so schlimmer Nazi wie Theodor Maunz hatte sogar die Dreistigkeit, federführend einen Grundgesetzkommentar zu verfassen. Es wurde der Grundgesetzkommentar. Unglaublich. Das Wunder der alten Bundesrepublik besteht darin, daß sie trotz und mit und teils durch alte Nazis Rechtsstaat und Demokratie wurde.

Wie sehen Sie eigentlich die Causa Wilhelm selbst? Hat der Kronprinz dem Nationalsozialismus "erheblichen Vorschub" geleistet oder nicht?

Siehe oben. Von mir kein einziges Wort der Verteidigung zugunsten jenes Unholds. Ich argumentiere nicht zur Person, schon gar nicht zu jenem nützlichen, antisemitischen, reaktionären Idioten, sondern zum Recht als Institution.

Und wie stehen Sie zu Aussagen aus dem Vorstand des Historikerverbandes, daß "die Historiker" in dieser Frage weitestgehend einer Meinung seien - und zwar zulasten der Hohenzollern?

Die Spitze dieses Verbandes wurde inzwischen ausgetauscht. Gut so und aus welchen Gründen auch immer. Ich kenne die Interna nicht, weil mir jegliche "Vereinsmeierei" zuwider ist. Ich bin seit jeher Einzelkämpfer. Jenes "weitestgehend" ist schlicht falsch, um nicht zu sagen: gelogen. Auch unter Historikern gibt es solche, die ihrem "Handwerk" schaden, weil sie es nicht beherrschen oder nicht beherrschen wollen, um politisch wem auch immer, meistens dem Zeitgeist beziehungsweise Mainstream, zu gefallen.

Zu guter Letzt nochmal eine grundsätzliche Frage: In Ihrem Beitrag kritisieren Sie auch, daß in der Debatte "kein Wort über die neben unbestreitbaren Defiziten vorhandenen Verdienste der knapp tausendjährigen Hohenzollern-Dynastie" verloren wird. Braucht die deutsche Gesellschaft ein neues, vertiefteres Nachdenken über Preußen, das auf die zumeist platten Erklärmuster der letzten Jahrzehnte, die den Hohenzollernstaat lediglich als Markstein auf dem Weg in die NS-Diktatur interpretieren, verzichtet?

Nichts und niemand war oder ist nur gut oder nur schlecht. Abgesehen vom Urbösen, zu dem der Nazismus zählt. Vergessen wir nicht das Urböse der real existierenden Kommunismen.

Wären "die" Hohenzollern tatsächlich nur schrecklich gewesen - wie konnte dann Deutschland am Ende ihrer Ära in zig Bereichen, auch kulturell und wissenschaftlich, weltweit führend werden? Wir haben zu viele Spezialisten, die nur ihr immer enger werdendes Wissensgebiet kennen und trotzdem - mangels Selbstkritik - über fast alles und jedes reden. Im Bild: Professor-Analphabet. Wir brauchen mehr Allgemeinbildung. Nicht nur Tiefe, auch Breite. Nicht nur in der Geschichtswissenschaft. Aber auch mehr Selbstbescheidung.

Das Interview führte René Nehring.

Prof. Dr. Michael Wolffsohn lehrte von 1981 bis 2012 Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr in München. Zuletzt erschienen "Tacheles. Im Kampf um die Fakten in Geschichte und Politik" (Herder Verlag 2020) sowie "Deutschjüdische Glückskinder" für Erwachsene 2017 und für Jugendliche 2021 (beide dtv).<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 06/22" berichtete am 4. Februar 2022 (x1.387/...): >>>Die Melkkuh Deutschland auf dem Weg zum gescheiterten Staat?

Sichtbar-gierige Hände

Siegfried Franke

Die von Adam Smith an einer Stelle im "Wohlstand der Nationen" (1776) erwähnte "unsichtbare Hand" wird überwiegend mit Häme bedacht. Dabei übersehen die Kritiker, daß Smith keineswegs mystische Kräfte für die Funktionsweise von Gesellschaft und Wirtschaft vermutete. Er wollte vielmehr bildhaft auf die überlegene Koordinations- und Korrekturfähigkeit hinweisen, die offenen Gesellschaften und freien Märkten im Verhältnis zu geplanten Systemen innewohnen.

Demgegenüber stellte er an anderer Stelle fest, daß es eine Fülle von sichtbar-gierigen Händen gibt, die Länder scheitern lassen: "Große Nationen werden niemals durch private, doch bisweilen durch öffentliche Verschwendung und Mißwirtschaft ruiniert. In den meisten Ländern werden nämlich alle oder nahezu alle öffentlichen Einnahmen dazu verwendet, um unproduktive Leute zu unterhalten." (Zitiert nach der Übersetzung von H. C. Recktenwald, Beck, 1974, S. 282)

Dazu schweigen die Kritiker für gewöhnlich, obwohl es offensichtlich ist, daß viele Hände sprichwörtlich danach gieren, "staatliche Knete abzugreifen". So achtete die SPD stets darauf, daß bei der Zusammenarbeit mit den "Wohlfahrtsverbänden" und "Genossenschaften" auch die Taschen der Funktionäre gut gefüllt werden.

Legendär waren etwa die Büroausstattung und der Lebensstil des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Neuen Heimat, Albert Vietor. Daß Vietor und seine Vorstandskollegen es übertrieben und ihre Posten verloren, scheint im Laufe der Zeit in Vergessenheit geraten zu sein. Wie sonst wäre der Korruptionsskandal um die Arbeiterwohlfahrt in Frankfurt am Main zu erklären, in den - neben Funktionären auf kleiner und mittlerer Ebene - auch Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) und seine ehemalige Frau verwickelt schienen? Ein Skandal, der immer noch der vollständigen Aufklärung harrt.

Dessen ungeachtet gedeiht die Kooperation mit ausgewählten Akteuren der Zivilgesellschaft und den jeweiligen Regierungen weiterhin recht üppig. Der Begriff "Zivilgesellschaft" umfaßt jegliches Engagement von Bürgern eines Landes, das primär ehrenamtlich und überwiegend partei- und regierungsunabhängig erfolgt. Dennoch ist nicht zu leugnen, daß sich Regierungen und Parteien Hand in Hand mit interessierten Gruppen über die Jahre hinweg ein nahezu undurchdringliches Dickicht an Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Stiftungen, Denkfabriken, Instituten oder ähnlichem geschaffen haben, um ideologische Zielsetzungen auf möglichst unauffällige Weise umsetzen zu können.

Besonders perfide ist, daß sie einem Teil dieser Zivilgesellschaft eine höhere Stufe der Moral testieren, deren Arbeit staatliche Mittel rechtfertige. Daß einigen zudem das Verbandsklagerecht gesetzlich eingeräumt wurde, belegt, daß Politik und manche Akteure aus der Zivilge-

sellschaft sich in zentralen Bereichen zu einer nahezu symbiotischen Gemeinschaft verschmolzen haben. Ein markantes Beispiel dafür ist das dubiose Wirken der Deutschen Umwelthilfe e.V. mit ihrem Hauptsitz in Stuttgart.

Schon die vergangenen Regierungen unter Angela Merkel bedachten solche Organisationen, die sich die Gesinnungsschnüffelei zur Aufgabe gemacht haben, recht auskömmlich mit Finanzmitteln. Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang auf die Amadeu-Antonio-Stiftung, die sich mit Anetta Kahane immer noch eine Vorsitzende des Stiftungsrates mit zweifelhafter Stasi-Vergangenheit leistet. Mit Bezug auf das geplante "Demokratiefördergesetz" erklärte die letzte Bundesregierung unter Merkel im November 2020, daß für den Zeitraum von 2021 bis 2024 mehr als eine Milliarde Euro zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus vorgesehen sind.

Allein für 2021 wurden weitere 150 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Das Gesetz konnte 2021 - trotz des Drängens der SPD - nicht mehr verabschiedet werden, weil sich die CDU/CSU-Fraktion daran stieß, daß Begünstigte keine Erklärung zur Verfassungstreue abgeben sollten. Bei der Kritik, die der Fraktion deshalb entgegenschlug, ging unter, daß selbst der Geschäftsführer der Amadeu-Antonio-Stiftung, Timo Reinfrank, davor warnte, das Gesetz schnell durch den Bundestag zu boxen.

Warum? Weil es nach seiner Auffassung wichtiger sei, sich vom bisherigen Zeitrahmen der Förderung einzelner Projekte (meist ein bis fünf Jahre) zu lösen, sondern statt dessen die Bundesförderung dauerhaft auszurollen. Wahrscheinlich ahnte er, daß es mit einer neu zusammengesetzten Bundesregierung einfacher sein würde, den Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus quasi in den Rang einer "Ewigkeitsaufgabe" zu heben.

Und in der Tat, die "Ampel" beeilte sich, dem Manne zu helfen, heißt es doch schon gleich am Anfang des Koalitionsvertrags, daß Ehrenamt und demokratisches Engagement den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken: "Sie verlässlich zu fördern, ist unsere Aufgabe." Zugleich verspricht sie, alle politischen Stiftungen, denen es um nachhaltige Demokratieförderung geht, auch in Zukunft finanziell zu fördern und sie rechtlich besser abzusichern. Auf Seite 120 wird abermals hervorgehoben, daß die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus fortgesetzt, inhaltlich weiterentwickelt und finanziell abgesichert wird.

Man darf darauf gespannt sein, zu welchen Ergebnissen das Versprechen der inhaltlichen Weiterentwicklung führen wird. Vermutlich werden weitere Projekte aus der Taufe gehoben, um hinter bislang unverfänglichsten Dingen "Rassismus" zu entdecken. Die Richtung gab schon Annette Widmann-Mauz, Staatsministerin und Beauftragte der letzten Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, vor, indem sie erklärte, daß es darum gehe, "Rassismus in allen Bereichen zu erkennen, zu benennen und konsequent zu bekämpfen". Daran wird ihre Nachfolgerin im Amt, Reem Alabali-Radovan, sicher anknüpfen.

Was die Denkfabriken, Stiftungen etc. anlangt, so bedienen sich Regierungen und Parteien gerne solcher Institute, die gewünschte Ergebnisse liefern (sogenannte advokatorische Institute). Hinweise auf mangelnde Berücksichtigung anderer Expertisen, auf Fehler bei den Grundannahmen, fragwürdige Statistiken und eigenwillige Interpretationen wischen sie meistens unbeantwortet beiseite. Korrekturen erfolgen - wenn überhaupt - selten und stillschweigend.

"Gierige Hände", sofern sie entsprechende polit-ideologische Ausrichtung garantieren, werden zudem mit der Schaffung von untergeordneten Bundesbehörden und der Besetzung mit entsprechendem Spitzenpersonal bedient. Das, was sich die Regierung nicht traut, in öffentlicher Debatte parlamentarisch umzusetzen, reicht sie gern als Aufträge an solche Behörden aus, die dann auch prompt das gewünschte Ergebnis liefern, das die Regierung nun förmlich zwingt, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen.

Das konnte man nahezu lehrbuchmäßig beim Zusammenspiel zwischen Regierung, insbesondere dem Bundeslandwirtschaftsministerium, der EU-Kommission und dem Umweltbundes-

amt bei der Umsetzung einer verschärften Düngemittelverordnung im Jahr 2020 studieren. Aktuelles läßt sich derzeit nahezu täglich am Zusammenwirken von Regierung, insbesondere dem Gesundheitsministerium, und dem Robert-Koch-Institut verzeichnen.

Hinzu kommen zahlreiche Beauftragte und Parlamentarische Staatssekretäre. Insgesamt stieg die Zahl der Stellen während der Amtszeit von Angela Merkel um rund 4.600. Das alles reicht der neuen Regierung allerdings nicht. Sie hat schon gleich zu Beginn kundgetan, daß zeitnah weit über 300 neue Stellen gebraucht werden.

An der Stellenvermehrung ist das neue Superministerium für Wirtschaft und "Klimaschutz" unter Robert Habeck stark beteiligt, wobei hinzuzufügen ist, daß einige seiner Staatssekretäre familiär verbunden sind und starke Verbindungen zur Denkfabrik "Agora" hatten beziehungsweise noch haben. Diese Vetternwirtschaft hat mehr als nur "ein Geschmäckle", sie sollte vielmehr die EU-Kommissarin für "Werte und Toleranz", Vera Jourová, auf den Plan rufen, die sonst stets zur Stelle ist, wenn es darum geht, Ungarn oder Polen wegen angeblicher Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit am Zeug zu flicken.

Rechtsstaatlich gesehen ist die Berufung Parlamentarischer Staatssekretäre ohnehin fragwürdig. Als Parlamentarier und zugleich Mitglied der Regierung kontrollieren sie sich selbst. Gleiches gilt, wenn Beauftragte aus dem Parlament mit Regierungsaufgaben betraut werden. Häufig werden auch Parlamentarische Staatssekretäre als Beauftragte benannt. Das garantiert ihnen zusätzlich zu den Diäten und Bezügen weitere 43.000 Euro pro Jahr. Jüngstes Beispiel ist die Ernennung des Parlamentarischen Staatssekretärs Sven Lehmann (Abgeordneter für die Grünen) zum "Queer-Beauftragten".

Man hätte meinen können, daß es eines solchen Beauftragten nicht eigens bedurfte, zumal der "Ampel-Koalitionsvertrag" die Magnus-Hirschfeld-Stiftung, die bislang schon nicht gerade Not litt, dauerhaft im Bundeshaushalt absichern will. Die Stiftung wurde 2011 als Bundesstiftung gegründet und befaßt sich exakt mit dem Gebiet, auf dem auch der "Queer-Beauftragte" wirken wird. Übrigens ist Sven Lehmann Mitglied im Kuratorium der Stiftung.

Die "Ampel" faßt weitere Beauftragte ins Auge. Erwähnt sei nur der "Polizeibeauftragte", wobei die bisherigen Äußerungen der neuen Bundesinnenministerin Nancy Faeser vermuten lassen, daß es weniger um die Belange der Polizei geht, sondern vielmehr darum, eine weitere Institution auf regierungskonforme Linie zu bringen.

Was unter der Kanzlerschaft Angela Merkels behutsam begann, sich zunehmend beschleunigte - man denke nur an den nahezu nahtlosen Übergang von Mitgliedern der Exekutive (Peter Müller) beziehungsweise der Legislative (Stephan Harbarth) zum Bundesverfassungsgericht sowie an die Auswechslung von Präsidenten hoher Bundesbehörden (Hans-Georg Maaßen) -, strebt nun unter der "Ampel" einer weiteren Aushöhlung rechtsstaatlicher Institutionen entgegen. Korruptierte und ruinierte Institutionen sind jedoch nach Daron Acemoglu und James A. Robinson die zentrale Ursache dafür, "Warum Nationen scheitern" (deutsche Übersetzung bei Fischer, Frankfurt am Main 2014). Präsentiert sich Deutschland demnächst der Welt als gescheiterter Staat?

Prof. em. Dr. Siegfried F. Franke, Jahrgang 1942, lehrte Wirtschaftspolitik und Öffentliches Recht an der Universität Stuttgart und Wirtschaftspolitik an der Andrásy Universität Budapest. Franke ist Mitglied der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft und Autor zahlreicher Publikationen.<<

Die Webseite "Gloria.tv" berichtete am 13. Februar 2022 über die Streichung des Artikels 23 GG (x1.262/...): >>Der Geltungsbereich des Grundgesetzes (Artikel 23 GG) wurde am 18. Juli 1990 um 0 Uhr gestrichen

Vorschau: Mit der Streichung des Artikels 23 GG zum 18. Juli 1990 - womit man sicherstellen wollte, daß "nur" die DDR und nicht eventuell noch andere Gebiete des alten Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937 jenseits der Oder-Neiße-Linie "beitreten" würden - ist vermut-

lich aus Versehen eingetreten, was sich kein noch so irrer "Reichsbürger" hätte zusammenphantasieren können: Der Geltungsbereich des "Grundgesetzes" ist weggefallen.

Ralph Bernhard Kutza:

Bei genauer Betrachtung leben wir seit dem 18. Juli 1990 bereits völlig ohne eine solche Verfassung, wenn man sich nur auf die letzte Rechtsposition in dieser Frage bezieht. Das "Grundgesetz vom 23.5.1949" gilt als "Provisorium", quasi als Ersatz, für eine Deutsche Verfassung, wie es auf der Internetseite des Bundesinnenministeriums heißt.

Deshalb hatte ich bereits am 11. Februar 1990 als Vorsitzender des Deutschlandkongresses, welchen wir am 7. Oktober 1989 in Berlin, Hauptstadt der DDR und am 10. November 1989 in Bonn-Bad Godesberg gegründet hatten, die Verfassungsgebende Versammlung für das gesamte Deutschland ausgerufen.

Dies tat ich nach S.H.A.E.F.-Gesetz Nr. 52, Artikel 1 vom 12. September 1944 für Deutschland in den Grenzen vom 31.12.1937, da diese, zumindest zu dem Zeitpunkt noch, völkerrechtlich unstrittig galten. Und dies tat ich nach einem Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl, in welchem er den Satz sprach: "Es wird eine neue Verfassung zu schaffen sein."

Dies wurde so gesendet von ARD und ZDF. Auch der Präsident der UdSSR, Michail S. Gorbatschow bestätigte mir in zwei Interviews zum einen, daß er von Kohl gehört habe, daß eine neue Verfassung erarbeitet werden würde und zum anderen, daß die Sowjetunion einen Friedensvertrag angeboten habe.

ALLIIERTE HOHEITSRECHTE

Was aber gilt denn heute? Am 17. Juli 1990 war ich bei den Verhandlungen in Paris zum "Zwei plus Vier-Vertrag" anwesend und bekam so mit, wie US-Außenminister James Baker den BRD- und DDR-Außenministern Hans-Dietrich Genscher und Markus Meckel mitteilte, daß neben der Aufhebung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik auch der Artikel 23 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland mit Wirkung zum 18. Juli 1990 um 0 Uhr gestrichen werde. !!!

Streng genommen - und so muß man es ja in rechtlichen Fragen machen, auch wenn oft Menschen meinen, das Völkerrecht sei schwammig - war nach diesem Zeitpunkt kein Bundestag, keine Volkskammer und keine deutsche Regierung mehr berechtigt, staats- und völkerrechtliche Handlungen vorzunehmen. Ich fragte BRD-Außenminister Genscher dazu unmittelbar nach dem Treffen mit Außenminister Baker, aber dieser wiegelte ab: Das sei nur symbolisch zu verstehen, das vereinte Deutschland werde völlig souverän sein.

Dies kann aber aus mehreren Gründen nicht zutreffen, denn nicht nur gilt laut der Fußnoten zum "Zwei-plus-Vier-Vertrag" nach wie vor das NATO-Truppenstatut von 1957 weiter, sondern auch die S.H.A.E.F.-Gesetze (die Gesetze des alliierten Oberkommandos), die nur als "suspendiert" gelten. Und zwar solange die Bundesrepublik Deutschland nicht den Weg der Gewaltenteilung, der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und des Föderalismus verläßt. Alle drei Bedingungen für die Suspendierung sind durch das "Infektionsschutzgesetz", insbesondere durch Paragraph 28 b, spätestens seit dem 22. April 2021 nicht mehr erfüllt, womit die Alliierten wieder die Hoheitsrechte ausüben könnten. !!!

EIN BEITRITT WOHIN?

Aber: Das "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" galt schon vorher nicht mehr. Mit der Streichung des Artikels 23 GG zum 18. Juli 1990 - womit man sicherstellen wollte, daß "nur" die DDR und nicht eventuell noch andere Gebiete des alten Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937 jenseits der Oder-Neiße-Linie "beitreten" würden - ist vermutlich aus Versehen eingetreten, was sich kein noch so irrer "Reichsbürger" hätte zusammenphantasieren können: Der Geltungsbereich des "Grundgesetzes" ist weggefallen.

Da die BRD ihre verfassungsrechtliche Hoheit ausdrücklich auf den Geltungsbereich des "Grundgesetzes" bezog, ist von den USA durch Streichung des Artikels 23 GG die Bundesrepublik Deutschland am 18. Juli 1990 de jure, gleichwohl nicht de facto, aufgelöst worden.

... Wir wollen endlich eine völkerrechtlich anerkannte Verfassung schaffen. Freiheitlich, demokratisch und selbstbestimmt, damit wir die unhaltbaren S.H.A.E.F.-Zustände endgültig ad acta legen und einen Friedensvertrag ... schließen können, ohne alte Grenzen und Wunden wieder aufzureißen. !!!

Ralph Bernhard Kutza<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 2. März 2022: >>**Nato-Mitgliedschaft: Habeck sieht Deutschland in "dienender Führungsrolle"**

Vizekanzler Robert Habeck (Grüne): "Je stärker Deutschland dient, um so größer ist seine Rolle"

WASHINGTON. Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) hat sich für mehr Verantwortung Deutschlands innerhalb der Nato ausgesprochen. Er sehe die Bundesrepublik künftig "in einer dienenden Führungsrolle", sagte der Grünen-Politiker am Dienstag bei einem Besuch in den USA.

"Je stärker Deutschland dient, um so größer ist seine Rolle." Von den USA habe er Rücken- deckung für diese Vision. Der Grundstein für eine "dienende Führungsrolle" könnten die Be- reitschaft zu höheren Militärausgaben sowie die Waffenlieferungen in die Ukraine legen.

Habeck fordert, Energiewende nicht außer Acht zu lassen

Das Hilfspaket für die Bundeswehr über 100 Milliarden Euro, das Scholz am Sonntag ange- kündigt hatte, sei richtig. Es müssten aber auch ausreichend Mittel für die Energiewende be- reitgestellt werden.

"Aus meiner Sicht sind die Investitionen in die militärischen Kapazitäten und die Investitio- nen in Energieunabhängigkeit von Rußland zwei Seiten derselben Medaille", führte der Wirt- schaftsminister aus. Wenn erneuerbare Energien jetzt "Freiheitsenergien" seien, müsse diese Freiheit auch finanziert werden, sagte er mit Blick auf den Appell von FDP-Chef Christian Lindner zum Ausbau von Windkraft und Co.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 10/22" berichtete am 4. März 2022 (x1.387/...): >>**Deutschland als Pufferstaat**

Vor siebzig Jahren schlug Stalin im alliierten Notenwechsel Konzepte der Wiederverei- nigung vor

Jürgen W. Schmidt

Zu Beginn der fünfziger Jahre hatte der Prozeß der Westintegration der Bundesrepublik Deutschland beachtlich an Fahrt aufgenommen. Anfang 1952 stand die Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) unmittel- bar bevor. Dies bedeutete nicht nur die Möglichkeit einer künftigen Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, sondern auch einen erheblichen Zugewinn an nationaler Souveränität und politischem Handlungsspielraum für den westlichen deutschen Teilstaat.

In der von Walter Ulbricht geführten DDR wetterte man heftig gegen diese Entwicklung und bezeichnete die für Mai 1952 geplante Unterzeichnung des EVG-Vertrages als "Unterzeich- nung eines Generalkriegsvertrages".

Nach einem Friedensvertrag Abzug aller Besatzungstruppen

Mitten in diese aufgeheizte politische Situation platzte vor genau siebzig Jahren die Stalin- Note vom 10. März 1952. Namens der Sowjetunion wurde darin den anderen drei Sieger- mächten USA, England und Frankreich die Einberufung einer Viermächtekonferenz vorge- schlagen. Sie sollte beschließen, mit Deutschland den 1945 in Potsdam angekündigten Frie- densvertrag zu unterzeichnen.

An der Aushandlung des Vertrages sollte Deutschland, und zwar in Form einer gesamtdeut-

schen Regierung, beteiligt werden. Über das Zustandekommen dieser gesamtdeutschen Regierung hatten sich die Siegermächte auf der Konferenz zu einigen.

In Deutschland sollten alsdann die laufende Entnazifizierung beendet werden und binnen eines Jahres nach Inkrafttreten des Friedensvertrages alle Besatzungstruppen abziehen. Deutschland sollten zudem keinerlei Handelsbeschränkungen auferlegt und die Schaffung nationaler Verteidigungstreitkräfte inklusive des Rechts zu einer begrenzten Rüstungsproduktion zugestanden werden.

Gleichfalls sollten in Gesamtdeutschland grundlegende demokratische Rechte, insbesondere bezüglich der Schaffung eines pluralistischen Parteiensystems nebst Presse- und Versammlungsfreiheit gelten. Allerdings war das entstehende Gesamtdeutschland nur auf die deutschen Gebiete diesseits von Oder und Neiße beschränkt. Das neue Gesamtdeutschland durfte sich zudem an keinem Bündnis beteiligen, das sich gegen alle oder auch nur einen der Siegerstaaten richtete.

So weitgehende, von der breiten Öffentlichkeit in beiden deutschen Staaten nicht erwartete sowjetische Vorschläge erregten natürlich erhebliche Aufmerksamkeit und drohten den gerade laufenden Prozeß der Integration der Bundesrepublik Deutschland in westliche Bündnissysteme zu untergraben. Folglich übergaben die drei westlichen Siegermächte in Moskau bereits am 25. März 1952 eine Antwortnote, welche die sowjetischen Vorschläge zwar nicht direkt ablehnte, aber gewaltiges Bremspotential für eine nun mögliche deutsche Wiedervereinigung besaß.

Entgegen den sowjetischen Vorschlägen war für die Westmächte nämlich nicht der schnelle Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, sondern die vorherige Bildung einer gesamtdeutschen Regierung nebst dem dazu nötigen Procedere der Knackpunkt künftiger Verhandlungen. Also zuerst kontrollierte "freie Wahlen" mit nachfolgender gesamtdeutscher Regierungsbildung anstelle eines schnell zustande kommenden "Friedensvertrages" mit Deutschland unter Beteiligung der Deutschen.

Außerdem bestand man seitens der drei Westmächte darauf, daß Deutschland gemäß UN-Charta das freie Recht haben müsse, Bündnisse nach seinem Gusto einzugehen und folglich Mitglied in einem defensiven europäischen Bündnis (der EVG) sein dürfe. Weiterhin mußten die deutschen Grenzen im Osten erst bei den Beratungen zum Friedensvertrag besprochen und nicht gleich von Anfang an als an Oder und Neiße gesetzt gelten.

In einer zweiten Note vom 9. April 1952 ging Stalin zwar teilweise auf die westlichen Vorschläge ein und gestand gesamtdeutsche "freie Wahlen" unter Aufsicht der vier Siegermächte zu, wollte aber an der Existenz der Oder-Neiße-Grenze nicht rütteln lassen und lehnte die freie Bündniswahl für das neue Gesamtdeutschland ab.

Auch die politischen Führungen in beiden deutschen Teilstaaten hatten insgeheim kein sonderliches Interesse an einer Realisierung der Stalinschen Vorschläge vom März 1952. Bundeskanzler Konrad Adenauer wollte die Westintegration der Bundesrepublik nicht gefährden, immerhin wurde gerade auf dem Höhepunkt der politischen Diskussion um die Stalin-Note im Mai 1952 der EVG-Vertrag unterzeichnet.

Aber auch SED-Chef Walter Ulbricht konnte sich an zehn Fingern abzählen, was "freie Wahlen" für die Zukunft der Kommunisten im sowjetischen Satellitenstaat DDR bedeuteten. So endete der Notenaustausch der westlichen Siegermächte mit der Sowjetunion im August 1952 letztlich nur in gegenseitigen Beschuldigungen, ohne ernsthaft auszuloten, ob die Stalin-Note vom März nur eine Störaktion gegen die Westintegration der Bundesrepublik darstellte oder doch das Potential zur Entstehung eines gesamtdeutschen, teilneutralisierten Staates hatte.

Nur eine Propagandaaktion oder eine "verpaßte Chance"?

Die Meinung der Historiker zur Stalin-Note vom März 1952 ist bis heute gespalten. Während die Masse der deutschen Historiker wie Hermann Graml und Gerhard Wettig die Stalin-Note

nur als Propagandaaktion betrachten, geht eine Minderheit um Wilfried Loth und Rolf Steininger von einer "verpaßten Chance" aus. Daß Stalins Angebot damals ernsthafter gemeint war, als man im Westen zugestand, zeigen neue russische Forschungen zu Lawrenti Berija, der seinerzeit in der sowjetischen Führung einen der stärksten Befürworter der Stalin-Note darstellte.

Geheimdienstchef Berija, welcher im Kampf um die Stalinnachfolge Nikita Chruschtschow unterlag, hatte demzufolge für den Fall seines Machtantritts 1953 angedacht, unter Opferung der DDR in "freien Wahlen" ein Gesamtdeutschland entstehen zu lassen, welches das kapitalistische Westeuropa und das kommunistische Osteuropa als neutrale Zone trennen sollte.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 15/22" berichtete am 8. April 2022 (x1.387/...):

>>**Radikaler Kahlschlag**

Bundeswehr: Von der einstmals kampfstarken Flugabwehr ist nicht mehr viel übrig

Peter Möller

Bei den Einsparungen, die die Bundeswehr in den vergangenen 30 Jahren im Zuge immer neuer Reformen und Sparrunden über sich ergehen lassen mußte, hat sich der dabei erfolgte Kahlschlag bei der Flugabwehr als besonders verhängnisvoll erwiesen. Von der einstmals kampfstarken Truppengattung, die darauf ausgerichtet war, bei einem Angriff der sowjetischen Panzerarmeen in Mitteleuropa die Truppen der Bundeswehr und ihrer Nato-Verbündeten gegen Angriffe aus der Luft abzuschirmen, ist nichts mehr übrig.

War die zunächst nach 1990 erfolgte zahlenmäßige Reduzierung der Flugabwehrtruppe aufgrund der geänderten Bedrohungslage durchaus noch nachvollziehbar, so kann der 2010 einsetzende radikale Kahlschlag nicht erst seit dem Angriff Rußlands auf die Ukraine als schwerer politischer Fehler gewertet werden, durch den in der Flugabwehr im Nahbereich eine sogenannte "Fähigkeitslücke" entstanden ist. Mit anderen Worten: Die eigene Truppe kann den Schutz gegen Luftangriffe im Nahbereich etwa durch tieffliegende Kampfflugzeuge oder Hubschrauber nicht mehr gewährleisten.

Von 14 Regimentern blieben am Ende nur noch Reste

Diese aus dem permanenten Sparzwang erfolgte Zerschlagung gipfelte 2012 in der Auflösung der Heeresflugabwehrtruppe mit ihrer Truppendivision im schleswig-holsteinischen Rendsburg. Die Flugabwehr ging weitgehend in die Verantwortung der Luftwaffe über. Von den ehemals 14 Regimentern, die mit dem Flak-Panzer Gepard und dem Flugabwehrraketenpanzer Roland ausgestattet waren, blieben nur noch Reste.

Die Statistik spricht eine deutliche Sprache: Am Ende des Kalten Krieges 1990 verfügte die Bundeswehr für die Flugabwehr im Nahbereich über 443 Gepard-Panzer und 143 Roland-Panzer und war damit auf Augenhöhe mit den Streitkräften der Vereinigten Staaten. Bis 2010, vor dem finalen Kahlschlag, schmolz der Bestand ab auf immerhin noch 91 Geparde und 120 Roland-Systeme sowie 50 Ozelot, leicht gepanzerte Kettenfahrzeuge vom Typ Wiesel, die mit Stinger-Raketen ausgerüstet sind. Doch von dieser immer noch ansehnlichen Streitmacht waren 2020 nur noch 19 Ozelot-Fahrzeuge übrig.

Daß beispielsweise der Gepard nicht etwa ausgemustert wurde, weil er veraltet war, zeigt sich daran, daß die bei der Bundeswehr aussortierten Exemplare teilweise nun in der rumänischen Armee zum Schutz der Nato-Ostflanke eingesetzt werden. Und wenn im Dezember im Wüstenstaat Katar die Fußballweltmeisterschaft beginnt, werden die Stadien von 15 modernisierten Gepard-Panzern gegen Angriffe mit Drohnen geschützt.

Besser als beim Schutz mobiler Truppenteile im Nahbereich sieht es bei der Flugabwehr im Fernbereich aus, für die der Bundeswehr das Raketensystem Patriot zur Verfügung steht, daß gegen Kampfflugzeuge, aber auch gegen Marschflugkörper eingesetzt werden kann. Doch auch hier wurde in der Vergangenheit die Zahl der Systeme reduziert, zudem mangelt es wie überall in der Bundeswehr an Munition.

Diese faktische Zerschlagung der Flugabwehr für den Nahbereich wiegt seit dem vermehrten Aufkommen von Drohnen auf dem Gefechtsfeld besonders schwer.

Der Ukraine-Krieg und mehr noch der Konflikt Aserbaidschans und Armeniens um Bergkarabach 2020 haben gezeigt, daß Kampf- und sogenannte Selbstmorddrohnen für feindliche Fahrzeuge wie Panzer oder Artillerie, aber auch Kommandostände zu einer tödlichen Gefahr werden. Die kleinen Flugobjekte können in geringer Höhe fliegen, sind sehr wendig und vom Radar aufgrund ihrer geringen Radarsignatur und der zahlreichen Störsignale in Bodennähe nur schwer zu erfassen.

Der Bundeswehrführung sind die Schwächen der eigenen Truppe, die von der Politik herbeigeführt worden sind, natürlich bewußt. Es ist daher kein Zufall, daß Generalinspekteur Eberhard Zorn bei der Entscheidung, wie die in Aussicht gestellten 100 Milliarden Sondervermögen für die Bundeswehr am besten investiert werden sollen, nicht zuletzt auch die Stärkung der Fähigkeiten der Truppe zur Flugabwehr im Auge hat.

"Wir unterscheiden zwischen drei Ebenen des Schutzes: Die erste ist der Schutz der beweglichen Kräfte am Boden. Da haben wir nur noch geringe Fähigkeiten, aber schon in der letzten Legislaturperiode die Anschaffung neuer Systeme angestoßen", sagte Zorn der Welt am Sonntag. Das müsse nun umgesetzt werden.

"Die mittlere Schicht wird durch das Patriot-Abwehrsystem geschützt, das modernisiert werden muß. Die dritte Schicht bezieht sich auf den Schutz vor Raketen, die etwa in Kaliningrad stehen, die berüchtigten Iskander. Sie können fast alle Ziele in Westeuropa erreichen, und es fehlt ein Abwehrschirm", sagte er mit Blick auf die von Bundeskanzler Olaf Scholz Ende März angestoßene Diskussion über die Errichtung eines Raketenschuttschirms für Deutschland.

Der oberste Bundeswehr-Soldat sieht hier noch Klärungsbedarf: "Die Israelis und die Amerikaner verfügen über die entsprechenden Systeme. Welchem von beiden geben wir den Vorzug? Schaffen wir es, ein Gesamtsystem in der Nato aufzubauen? Diese Fragen müssen wir nun beantworten." Bisher sei nur eines klar: "Wir haben weder die Zeit noch das Geld, diese Systeme selbst zu entwickeln. Denn die Raketenbedrohung ist bereits vorhanden und bekannt."

Reaktivierung des Gepard-Panzers bietet sich übergangsweise an

Anders sieht es bei der notwendigen Aufrüstung bei der Flugabwehr im Nahbereich aus. Hier gibt es bereits mit dem von Rheinmetall entwickelten Skyranger ein einsatzfähiges mobiles Flugabwehrsystem zum Schutz von mechanisierten Verbänden oder Konvois gegen Angriffe aus der Luft, das dem Vernehmen nach auf der Einkaufsliste des Verteidigungsministeriums steht und mit seiner 35-Millimeter-Maschinenkanone auf dem Fahrgestell des Radpanzers Boxer helfen könnte, die Fähigkeitslücke zu schließen. Zumindest für eine Übergangszeit böte sich zudem die Reaktivierung des Gepard-Panzers an.

Im Zuge des Ukraine-Konfliktes wurde bekannt, daß 50 Exemplare des Flugabwehrpanzers bei der Industrie zwischengelagert sind. Bei einer entsprechenden Modernisierung könnten die Panzer nach Ansicht von Experten die Fähigkeit der Bundeswehr zur Flugabwehr entscheidend verbessern, bis neue Systeme wie etwa der Skyranger in ausreichender Zahl vorhanden sind.

Wie auch immer die Militärplaner im Verteidigungsministerium entscheiden: Bereits jetzt scheint klar, daß die von der Politik leichtfertig verursachte gefährliche Fähigkeitslücke der Bundeswehr bei der Flugabwehr mittelfristig der Vergangenheit angehören wird.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 15/22" berichtete am 8. April 2022 (x1.387/...):

>>Eine Lüge aufgehalst

Der Fall Gil Ofarim: Auf Hysterie und Empörung folgt Monate später die Anklage wegen falscher Verdächtigung

Fabian Schmidt-Ahmad

Die Staatsanwaltschaft Leipzig hat gegen den Sänger Gil Ofarim Anklage wegen Verleumdung und falscher Verdächtigung erhoben. In scharfem Kontrast zu der Hysterie im vergangenen Oktober, als der jüdische Musiker behauptete, wegen seines Glaubens in einer Hotellobby diskriminiert worden zu sein, steht nun die wortkarge Verbreitung dieser Meldung. Denn zusammen mit Ofarim sitzen jetzt alle diejenigen auf der Anklagebank, die sich damals in einem Empörungswettbewerb gegenseitig überboten.

Als sich ein übernächtiger und verheulter Ofarim in der Nacht zum 5. Oktober vor dem Leipziger Westin Hotel filmte, wie er seine Kette mit Davidstern in die Höhe hielt, ahnte er wohl selbst nicht, was er für eine Lawine lostreten würde. Eine Lawine, die schlußendlich auch ihn selbst und seine Karriere begraben haben dürfte. Ofarim wollte sich - wie viele andere auch - an der Hotelrezeption anmelden. Das Hotel gab später an, durch eine technische Panne habe sich eine große Gruppe gebildet.

In dem folgenschweren Video beklagt Ofarim, sich beschwert zu haben, weil andere vorgelassen wurden. Ein Mitarbeiter der Rezeption hätte ihn daraufhin aufgefordert, seine Halskette einzustecken. Mit Tränen hielt er diese in die Kamera.

Damit gab er - willentlich oder nicht - den Startschuß. Zu verlockend war einfach für andere die Möglichkeit, sich bei minimalen Kosten über jenen Rezeptionisten zu echauffieren, der Ofarim angeblich diskriminiert habe.

Jeder wollte dabeisein. Und wer den nächtlichen Empörungstweet verschlief und nun der Erregungswelle hinterherlief, mußte sich wenigstens durch Lautstärke an der Spitze bemerkbar machen. Denn nur dort ist jene öffentliche Aufmerksamkeit zu finden, die es abzuschöpfen gilt. Nehmen wir beispielsweise das Bündnis "Leipzig nimmt Platz", eine der vielen gehätschelten Antifa-Gruppen der Landeshauptstadt. Wer interessiert sich normalerweise schon für Hirngespinnste wie "Faschos aus Leipzig jagen".

Jetzt aber, da die Berufsrevolutionäre ihre Empörung vor dem Hoteleingang zum Ausdruck brachten, berichteten überregionale Medien über sie und hoben sie dadurch aus dem Meer der sonstigen linken, sich schlagenden Verbindungen Leipzigs heraus. Und auch jenseits der Antifa-Szene gelten die gleichen aufmerksamkeitsökonomischen Gesetze. "Leipzig ist kein Einzelfall", empörte sich der damalige Außenminister Heiko Maas (SPD) und rühmte zugleich das milliardenteure Regierungsprogramm gegen Rechtsextremismus.

An moralisch besetzte Themen andocken und diese mit persönlichem Karrierestreben verweben - das ist zwar allgemeines Kennzeichen von Politik, aber in Deutschland wird es schnell bizarr, wie sich an Maas ("Ich bin wegen Auschwitz in die Politik gegangen") und anderen ablesen läßt. Denn durch die NS-Verbrechen als Bezugspunkt kann jede politische Debatte innerhalb kürzester Zeit nur ins Absurde kippen. Übrig bleibt ein Mob, der einen Fußabtreter für sein hypermoralisches Schaulaufen benötigt.

In diesem Fall war es das Hotel und seine beurlaubten Mitarbeiter. "Dieser offene Antisemitismus im Hotel Westin in Leipzig ist unsäglich und unerträglich", beschwerte sich damals etwa die sächsische Justizministerin Katja Meier (Grüne). "Das muß Konsequenzen haben - und eine Entschuldigung reicht da nicht aus." Sich selbst zu entschuldigen oder gar Konsequenzen zu ziehen, kommt ihr selbstverständlich nicht in den Sinn.

Nun, nach Anklageerhebung, entdeckt die Nicht-Juristin stattdessen die Unschuldsvermutung: "Vorschnelle öffentliche politische Bewertungen sind in so einer schwierigen Angelegenheit fehl am Platz, ebenso Statements, die ein Ergebnis vorwegnehmen", heißt es jetzt in einer Stellungnahme. Diese Einschätzung hätte sich das Hotelunternehmen wohl auch gewünscht, das öffentlich an den Pranger gestellt wurde. Normalerweise wäre eine solche Welle mit Wirtschaftsschaden und einigen vernichteten beruflichen Existenzen ausgelaufen. Alleine in diesem Fall verlief die Sache atypisch - das Opfer wehrte sich.

Die sozialen Medien sind ein zweischneidiges Schwert. So wie Ofarim seine Halskette einem Millionenpublikum präsentierte, eilten ihm nun veröffentlichte Aufnahmen der Überwachungskamera hinterher, auf denen diese nicht zu erkennen ist. Das hat wohl mehr als alles andere die Kampagne in sich zusammenbrechen lassen. Auf einmal fiel die widersprüchliche Darstellung, die Anzeige des Mitarbeiters, die vorsichtigen Aussagen der Polizei auf. Am Ende der Kette folgt nun die Anklage der sächsischen Staatsanwaltschaft.

Selbstverständlich war das alles nicht. Denn dazu bedarf es Mut. Es wäre für den Mitarbeiter einfacher gewesen, klein beizugeben, Reue zu zeigen und sich irgendwo ein neues, bescheidenes Auskommen zu suchen. Es wäre auch für das Unternehmen leichter gewesen, seinen Mitarbeiter zu entlassen, sich zu distanzieren und mit Spenden an eine einschlägige Organisation freizukaufen, statt eine eigene Untersuchung einzuleiten. Ebenso für sächsische Polizei und Staatsanwaltschaft bequemer, die Sache behutsam zwischen Aktendeckeln zu begraben.

Dazu kam es nicht. Vielleicht ein Sinn für bürgerlichen Anstand? Oder die instinktive Ahnung, daß eine Lüge niemals das Soziale beherrschen darf? Denn das ist das eigentliche Problem. Wir leben in einer Gesellschaft, die mit Gleichgültigkeit Lügen ausspuckt und als Kaskadenbrunnen in alle Bereiche des Lebens hinabfließen läßt. Eine regelrechte Lügenmaschine, die Aussagen nach ihrer emotionalen Verwertbarkeit als "wahr" oder "falsch" kennzeichnet, unbeirrt der tatsächlichen Verhältnisse.

Denn es ist ja wahr, was Ofarim sagt. Es gibt heutzutage tatsächlich Orte in Deutschland, und täglich werden es mehr, wo es sehr gefährlich sein kann, eine Halskette mit Davidstern zu tragen. Wo sich ein Jude glücklich schätzen müßte, lediglich aus einer Warteschlange herausgewunken und nicht gleich zusammengeschlagen zu werden. Jeder weiß, was das für Orte sind. Ofarim weiß es und alle, die sich mit ihm solidarisierten.

Diese Leute wissen auch, unterbewußt, wer dafür verantwortlich ist. Es ist nicht das Westin Hotel. Es ist auch niemand der Unglücklichen, die heute oder morgen als Projektionsfläche für judenfeindlichen Haß herhalten müssen. Sondern sie selbst, die vielen kleinen und großen Profiteure, die solche Anlässe instrumentalisieren, um politische Vorteile zu erlangen. Edel, hilfreich und gut, so möchte sich wohl jeder Mensch sehen. Ekelhaft, feige und erbärmlich, das ist dagegen schwer zu ertragen. Da vergiftet man lieber die Gesellschaft mit seinen Lügen, statt sich die Wahrheit einzugestehen.<<

Die politische Webseite "NachDenkSeiten" berichtete am 8. April 2022 (x1.134/...): >>**Innenminister freut sich darüber, daß sein Rheinland-Pfalz zum Superziel von Atomwaffen wird**

Ein Artikel von *Albrecht Müller*

Wenn jemand eine Reise tut, dann kann er viel erzählen. So auch der rheinland-pfälzische Innenminister Lewentz, der vor ein paar Tagen von einer USA-Reise zurückkam. Roger Lewentz meint, sein Land habe als Drehscheibe für die Nato-Ostflanke eine "unglaubliche Bedeutungsaufwertung erfahren". Und weiter nach *zeit.de*: "Dies sei sein Eindruck nach Gesprächen mit dem Pentagon, dem State Department und mit für den Militärhaushalt verantwortlichen Kongreß-Abgeordneten in Washington, sagte Lewentz der Deutschen Presse-Agentur in Mainz."

Ich zitiere nach *zeit.de* und versuche anschließend, diese Äußerungen einzuordnen:

Rheinland-Pfalz wird nach Einschätzung von Innenminister (sic!) Roger Lewentz (SPD) als Drehscheibe für die Ostflanke der Nato eine "unglaubliche Bedeutungsaufwertung erfahren". Dies sei sein Eindruck nach Gesprächen mit dem Pentagon, dem State Department und mit für den Militärhaushalt verantwortlichen Kongreß-Abgeordneten in Washington, sagte Lewentz der Deutschen Presse-Agentur in Mainz.

Im Haushalt der US-Regierung für das Haushaltsjahr 2023 seien Investitionen von 506 Millionen US-Dollar in die Militärstandorte Baumholder und Weilerbach vorgesehen. Darüber

hinaus seien für die nächsten Jahre Investitionen von mehr als einer Milliarde US-Dollar geplant.

Im Entwurf der Regierung für das Haushaltsjahr 2023 seien 207 Millionen US-Dollar für Baumholder eingeplant, um Wohnungen für Familien und Schulen sowie ein neues Headquarter für eine zusätzliche Stationierung zu bauen. Zu der neuen Einheit machte Lewentz noch keine Angaben.

Weitere 299 Millionen Euro seien für das neue Hospital in Weilerbach vorgesehen. "Das ist das größte Militärvorhaben außerhalb der USA." Der Vertrag mit dem Generalunternehmer sei geschlossen und der Baubeginn voraussichtlich im dritten Quartal dieses Jahres. "Das ganze Bauvolumen ist natürlich deutlich höher. Aber damit ist klar, daß in diesem Jahr gestartet wird."

"Wir haben in den letzten Monaten und Jahren beweisen können, daß man über das Drehkreuz Ramstein, aber natürlich auch mit den großen Nachschubmöglichkeiten aus Kaiserslautern flexibel und schnell verlegungsfähig ist", sagte Lewentz. Dies werde in den USA gesehen.

"Das Zusammenspiel der Standorte in Rheinland-Pfalz funktioniert." Die wichtigsten Standorte seien Spangdahlem und Ramstein für die Luftwaffe (Air Force) sowie Kaiserslautern und Baumholder für die Army. Rheinland-Pfalz sei nach dem Eindruck all seiner Gesprächspartner "die bedeutende Drehscheibe, um das amerikanische Engagement an der Nato-Ostflanke durchführen zu können".

Für die Entscheidung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), "das 100-Milliarden-Euro-Paket für die Bundeswehr zu packen" gebe es höchste Hochachtung. "Und das bringt uns in eine ganz andere Diskussionskultur als in den letzten Jahren der Trump-Administration", betonte Lewentz. "In Amerika setzt man sehr stark auf ein starkes Deutschland."

Versuch einer Einordnung der Äußerungen des rheinland-pfälzischen Innenministers Roger Lewentz:

Der erste sozialdemokratische Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Rudolf Scharping, führte seinen Wahlkampf im Jahr 1991 unter anderem mit der Forderung: Wir wollen nicht weiter der Flugzeugträger der USA in Europa sein. - Scharping rückte zwar nach einem Besuch in den USA von dieser Einsicht ab. Aber sie war geäußert und bestimmte das Wahlergebnis, also seinen Wahlsieg von 1991 mit.

Die Äußerungen des jetzigen Innenministers (SPD) belegen einmal mehr, wie weit diese Partei inzwischen von ihrer eigenen Friedenspolitik entfernt ist. Sie setzt auf Aufrüstung statt auf Abrüstung, sie setzt auf Politik der Stärke und Abschreckung statt auf Verständigung. Mit der Friedenspartei SPD hat das, was ihre Repräsentanten vom Schlage Lewentz heute sagen, nichts mehr zu tun.

Die Einlassungen sind, wenn man die Bedürfnisse unserer Mitbürger in Rheinland-Pfalz in Betracht zieht, auch ausgesprochen gefährlich und rücksichtslos. Es ist nämlich sonnenklar, daß ein möglicher atomarer Angriff Rußlands, der auf das immer eklatanter werdende militärische und waffentechnische Engagement des Westens im Ukraine-Krieg folgen könnte, zu allererst und mit aller Macht die in Rheinland-Pfalz versammelten militärischen Einrichtungen der USA treffen wird.

Die "unglaubliche Bedeutungsaufwertung", von der der rheinland-pfälzische Innenminister schwärmt, wird nämlich dazu führen, daß seine Landeskinder, ihre Städte und ihre Dörfer die herausragende Zielscheibe russischer Atomraketen sein werden. Das ist eine Sorge, die mich persönlich und unsere Freunde hier in der Südpfalz umtreiben. Wir leben rund 60 km Luftlinie von Ramstein entfernt. Zumindest vom radioaktiven Fall-out würden wir im Ernstfall betroffen sein. Vermutlich von mehr.

Auch den Stolz des Herrn Innenministers auf die zusätzlichen Militärausgaben der Bundesrepublik Deutschland kann ich nicht teilen, auch deshalb nicht, weil wir Deutschen einen Teil

der amerikanischen Militärausgaben in Deutschland mitfinanzieren. Der Bund beteiligt sich allein an den Planungskosten des neuen Militärkrankenhauses der USA in Weilerbach mit 151 Millionen Euro.

Die Äußerungen des rheinland-pfälzischen Innenministers sind insgesamt ein weiterer Beleg für den Verfall der friedenspolitischen Ausrichtung unseres Landes. Unabhängig davon, daß es sich hier um Einrichtungen der USA handelt, ist es unglaublich, daß ein deutscher Innenminister so von Ausgaben für das Militär schwärmt, wie das der zitierte Innenminister getan hat.

Von Seiten der Medien gab es nach meinen Recherchen keine kritische Reaktion. Angepaßt und gleichgeschaltet - so die Diagnose. Leider.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 15/22" berichtete am 8. April 2022 (x1.387/...):

>>"**Dieses Land, immer noch zwei Teile**"

"Scheiß Wessis" und "Scheiß Osis": Die Toten Hosen und der Rapper Marteria spielen mit deutsch-deutschen Klischees

Florian Werner

Was der Rostocker Rapper Marteria (39) und Die Toten Hosen aus Düsseldorf mit Frontmann Campino (59) mit ihren kürzlich parallel veröffentlichten Singles und Videos "Scheiß Osis" & "Scheiß Wessis" vorgelegt haben, darf als Versuch einer deutsch-deutschen Verständigung angesehen werden. Der Gedanke hinter den beiden Songs ist einfach.

Während die westdeutschen Punker ("Eisgekühlter Bommerlunder", "Tage wie diese") in "Scheiß Wessis" sämtliche Stereotype über Westdeutsche persiflieren, witzelt der ostdeutsche Hip-Hopper ("Lila Wolken", "Paradise Delay") über Vorurteile Ostdeutschen gegenüber. Am Ende der beiden augenzwinkernden Tracks soll so etwas wie Versöhnung zwischen Ost und West herauskommen. "Dieses Land, immer noch zwei Teile, laß das mal ändern, ist doch scheiße", spittet etwa Marteria in seinem Song.

Ost-West-Konflikt ins Lächerliche gezogen

Musikalisch bleiben sich die Künstler bei diesem Projekt durchaus treu. Während die Toten Hosen ihren altbekannten Biersound zum Besten geben, reimt Marteria seinen Part in gewohnt assoziativer Weise zusammen: "Ja, der Campingplatz brennt, Bier vor Talent. Uns hat der Westen verpennt, Asbest as you can". Die Musikvideos bestechen durch eine bunt gemischte Besetzung, darunter Roberto Blanco, Katarina Witt und Cem Özdemir.

Auf der deutsch-deutschen Therapiesitzung wird deutlich, daß die Wiedervereinigung zumindest zwischen den Prominenten vollauf geglückt ist. Die Künstler, Sportler und Politiker albern vor laufender Kamera herum und zerstreuen so die Sorgen vor der Mauer in den Köpfen. Man merkt, daß die beiden Songs nicht das erste gemeinsame Projekt von Marteria und den Toten Hosen sind. Bereits im Jahr 2012 sinnierten sie über deutsche Befindlichkeiten in dem Stück "Ballast der Republik".

Ob sie mit ihrer neuen EP den richtigen Ton getroffen haben, darf indes bezweifelt werden. Die musikalisch inszenierte Wiedervereinigung wirkt wie stellenweise eine Clownerie. Wenn die Toten Hosen ihre westdeutsche Herkunft mit den Worten besingen "lesen die Bild, aber nur das Feuilleton", dann zeichnen sie damit eine groteske Karikatur von sich selbst. Marteria tut im Wesentlichen dasselbe, wenn er den Ostdeutschen das Motto "Wir randalieren im Sonderzug nach Pankow" andichtet. Dadurch wird der innerdeutsche Ost-West-Konflikt ins Lächerliche gezogen.

Daß sich die Musiker nicht ernsthaft mit dem Thema beschäftigen können, ist aber eigentlich kein Wunder. Sowohl Marteria als auch Campino haben sich im Laufe ihrer Karriere den Ruf politisch weit links stehender Künstler erarbeitet. Mit Nationalgefühl und deutscher Identität ist es in diesen Kreisen nicht weit her.

Das hat zur Folge, daß die Musiker in ihren Songs eigentlich nur Karikaturen von Wessis und

Ossis miteinander versöhnen. Schon in dem Track "Ballast der Republik" hatten sie ein vollkommen überzeichnetes Bild der deutschen Teilung entworfen: "Die einen saufen Coca Cola, die anderen fressen Mauerstein, hier feiert man Wirtschaftswunder und da den 1. Mai." Das Fazit könnte an dieser Stelle also durchaus lauten: Thema verfehlt.

Allerdings läßt sich kaum abstreiten, daß die Lieder trotz ihrer Oberflächlichkeit einen handfesten Ohrwurmcharakter besitzen. Das volkstümliche Gegröle der Toten Hosen und Marterias anarchische Texte sind seit Jahren Kassenschlager. Man kommt deshalb nicht umhin, über die einzelnen Strophen zu schmunzeln und leise mitzusingen: "Hurra, hurra/ Wir scheiß Ossis versauen euch den Tag" - "Hurra, hurra/ Wir scheiß Wessis machen immer alles klar".

Es ist also nicht unwahrscheinlich, daß die Toten Hosen und Marteria am Ende mit ihrer innerdeutschen Mission Erfolg haben werden. Sind doch ihre beiden Tracks so eingängig und unterhaltsam, daß sich ihre Botschaft fast spielend überträgt. In dieser Woche sind die beiden Titel in den deutschen Single-Charts auf den Plätzen fünf und sechs eingestiegen.<<

Der deutsche Publizist und Autor Horst Koch berichtet im April 2022 (x1.100/...): >>Wer Grün wählt, wählt Krieg!

Von Jürgen Elsässer

Es ist eine Gesetzmäßigkeit: Immer, wenn die Grünen in die Regierung kommen, gibt es Krieg. Das ist jetzt so, und das war 1999 so beim Angriff auf Jugoslawien. Im September zuvor war Langzeitkanzler Helmut Kohl abgewählt worden, sein Nachfolger wurde der Sozialdemokrat Gerhard Schröder, Außenminister ein gewisser Joschka Fischer.

Die Grünen hatten noch Wahlkampf mit dem Versprechen gemacht, daß es eine Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen nur unter einem UN-Mandat geben würde. Pustekuchen. Die NATO bombte schließlich ohne Zustimmung des Sicherheitsrates, und unsere Tornados waren dabei - der erste Krieg mit deutscher Beteiligung seit 1945.

Natürlich haben auch die Sozis Blut an den Händen, damals wie heute. Aber auffällig ist: ihre Mordlust wird nur geweckt, wenn sie zusammen mit den Grünen regieren. Koalieren sie mit der Union, sind sie eher zurückhaltend.

Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier, die zwischen 2013 und 2017 das BRD-Schiff lenkten, gifteten gegen Rußland, trugen Sanktionen mit - aber immerhin schossen sie nicht. Das Festhalten an Nord Stream 2 war für Rautenfrau und Silberrücken selbstverständlich, da sie das sibirische Gas benötigten, um ihre fahrlässige Stilllegung deutscher Kohlekraftwerke zu überbrücken.

Auch in den fiebrigen Februartagen des Jahres 2022 gab es noch Restvernunft in der SPD. Während Annalena Baerbock nach Kiew reiste und den Starrsinn der dortigen Regierung anstachelte, flog Olaf Scholz nach Moskau und erhielt die Zusage von Putin, daß er Truppen von den Manövern an der ukrainischen Grenze abziehen würde. Als das tags darauf tatsächlich geschah, verbreitet der Kanzler vorsichtigen Optimismus, aber die Grünen hetzten weiter gegen Moskau, die Stichwortgeber für die Medienmeute. Putins versöhnliche Geste wurde übel vergolten, die letzte Chance zum Frieden vertan.

Woher kommt die Aggressivität der einstiegen Ökopax-Partei? Was haben sie in ihrer Gründerzeit Anfang der 1980er Jahre nicht alles versprochen: Austritt aus der NATO, Abschaffung der Bundeswehr, Frieden schaffen ohne Waffen. Doch sobald Joschka und seine Fischermen den süßen Duft der Macht witterten, wurden alle Prinzipien über Bord geworfen. Aber es war nicht nur der schnöde Mammon, daß sie zu Militaristen machte.

Vielmehr war schon auf der Startdiskette des grünen Projekts ein Killervirus gespeichert, daß alle grünen Vorsätze zerfraß:

das absolute Primat der individuellen Freiheit über alle Formen menschlicher Gemeinschaft. So wurden sie zu Vorkämpfern der sogenannten Befreiung der Frau aus der Ehe, der Kinder aus der Obhut der Familie und lehnten jede Zugehörigkeit zu einer Nation, ja sogar zum ange-

borenen Geschlecht ab.

Ihr Idealbild ist der flexible Mensch ohne Bindungen, der androgyn zwischen den unterschiedlichsten sexuellen Inszenierungen hin und her wechselt und sich als Teil einer fiktiven Weltgemeinschaft halluziniert. Tatsächlich entsteht so nicht Freiheit, sondern Orientierungslosigkeit, - das Individuum wird von den übermächtigen Kräften des entfesselten Marktes ständig neu geformt, weil es keinen Halt mehr in Gemeinschaften hat.

Es war folgerichtig, daß vor diesem ideologischen Hintergrund Putin - und zeitweise auch Trump - zum Hauptfeind der Grünen wurden. Diese Politiker stehen für traditionelle Werte, wie sie vor dem Aufkommen der 68er im Westen wie im Osten selbstverständlich waren. Erst wenn in Moskau ein schwuler Präsident regiert und Analsex auch in russischen Grundschulen gelehrt wird, werden die Grünen Ruhe geben.

Wie immer man zur aktuellen Politik von Putin stehen mag: Das Land, das er wieder stark gemacht hat, ist der Gegenpol zur Dekadenz des Westens. Wenn wir Deutschen uns an seiner Niederwerfung beteiligen - wie können wir uns dann noch aus dem Sog einer untergehenden Kultur befreien?<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 27/22" berichtete am 1. Juli 2022 (x1.387/...):

>>"**Ein Reich des Rechts, des Friedens und der Freiheit**"

Nachkrieg: Im Sommer 1947 gründete Hubertus Prinz zu Löwenstein die Deutsche Aktion *Karlheinz Weißmann*

Im Sommer 1947 - das genaue Datum ist nicht bekannt - gründete Hubertus Prinz zu Löwenstein mit einigen Gefolgsleuten die Deutsche Aktion (DA). Um dem Lizenzzwang zu entgehen, beließ man es beim informellen Zusammenschluß; die offizielle Konstituierung fand erst am 3./4. Dezember 1949 statt. In ihren "Grundsätzen" hieß es:

"Die Deutsche Aktion fordert

1. die Einheit des Deutschen Reiches in seinen historischen Grenzen und eine starke, vom Volke getragene Reichsgewalt;
2. das Recht der Vertriebenen auf Rückkehr in ihre Heimat und auf internationale Hilfe während der Zwischenzeit;
3. die Freiheit des Volkes in seinem Reiche unter Verwerfung jedes totalitären Staatsbegriffs;
4. die volle deutsche Souveränität (Staatshoheit) in der Innen- und Außenpolitik und im Wirtschaftsleben;
5. die Aufhebung jeder Besatzung im Reichsgebiet um des Friedens und der Völkerverständigung willen;
6. einen abendländischen Bund als die geschichtliche, rechtliche und wirtschaftliche Gemeinschaft freier, in ihrem Gebiet ungeschmälerter Nationen."

Die DA war überparteilich und das, was man später eine pressure group und heute eine Nicht-regierungsorganisation nennen würde. Ihre Struktur blieb schlank, als wichtigstes Instrument nutzte sie die Mobilisierung ad hoc, und der entscheidende Erfolgsfaktor dürften das Geschick und der Elan Löwensteins gewesen sein.

Löwenstein, 1906 geboren, entstammte dem katholischen Hochadel und war der merkwürdige Fall eines demokratischen "Georgeaners". Das heißt, er gehörte in den zwanziger Jahren zum Umfeld des Dichters Stefan George und übernahm aus dessen Weltanschauung vor allem eine emphatische Idee der deutschen Sendung. Gleichzeitig hatte Löwenstein sich dem Zentrum und dem Wehrverband Reichsbanner angeschlossen, das in erster Linie Mitglieder seiner Partei, Sozialdemokraten und Liberale rekrutierte und in offener Gegnerschaft zu den Republikfeinden stand.

Nach Hitlers Machtergreifung ging Löwenstein in das Saarland, das damals unter Völkerbundsmandat stand, und floh schließlich mit seiner Familie nach Amerika.

Während der Zeit in der Emigration kritisierte Löwenstein die Vorstellung einer deutschen

Kollektivschuld und warnte davor, die Fehler des Versailler Vertrages zu wiederholen; sein scharfer Protest gegen den Morgenthauplan führte zum Bruch mit Thomas Mann. Bereits im Herbst 1946 kehrte Löwenstein nach Deutschland zurück und suchte nach Möglichkeiten, am Wiederaufbau mitzuwirken.

Der Deutschen Aktion sollte deshalb eine wichtige Rolle zukommen und in erster Linie dazu beitragen, die Rehabilitierung des deutschen Volkes voranzutreiben, aber auch durch praktischen Einsatz der Weltöffentlichkeit vor Augen führen, welches Schicksal der entmutigten und verelendeten Bevölkerung drohte. Die Demontagemaßnahmen und die - damals noch als vorläufig betrachteten - Grenzregelungen hielt Löwenstein für inakzeptabel. Was ihm vorschwebte, war die Wiederherstellung des deutschen Territorialbestandes von 1918 und ein Ausgleich mit den Nachbarn im Westen wie im Osten, um sein Hauptziel - "Ein Reich des Rechts, des Friedens und der Freiheit" - zu verwirklichen.

Die Deutsche Aktion führte seit 1948 Publikumsveranstaltungen durch, die ersten, bei denen in der Nachkriegszeit die Farben Schwarz-Rot-Gold gezeigt wurden. Außerdem ließ die DA ein juristisches Gutachten erstellen, das am 15. Januar 1950 als "Göttinger Erklärung" erschien, ergänzt um den Untertitel "Das Deutsche Reich hat nicht kapituliert".

Der Text stellte fest, daß Deutschland als Völkerrechtssubjekt keineswegs erloschen sei, sondern in Gestalt der Bundesrepublik fortbestehe. Eine Feststellung, die Löwenstein scharfe Angriffe eintrug. Man warf ihm "Nationalismus" vor, was auf seiner Seite aber nur die Verachtung für die "Servilität" jener Deutscher nährte, die sich zuerst dem NS-Regime und nun den Siegermächten andienten.

Einer breiteren Öffentlichkeit wurde die DA erst bekannt, als am 29. Dezember 1950 einige ihrer Mitglieder unter Führung Löwensteins die Insel Helgoland "besetzten", um so deren vollständige Zerstörung durch die Bombenabwürfe der Royal Air Force zu verhindern. Gerade weil Löwenstein wußte, wie sehr das die britische Seite reizen mußte, tat er alles, um das Abgleiten des Vorgehens seiner meist jugendlichen Anhänger in ein "Indianerspiel" zu verhindern.

Sein Handlungsmuster war der passive Widerstand Gandhis. Als Sprecher der "Invasoren" verhandelte er schließlich mit einer britischen Delegation, die am 2. Januar 1951 in Begleitung von westdeutschen Polizisten erschien und die Räumung durchsetzte.

Obwohl Großbritannien die Bombardierungen danach wieder aufnahm, war die "Aktion Helgoland" der DA letztlich ein Erfolg. Das hatte vor allem damit zu tun, daß sie eine breite Protestbewegung auslöste. Im Januar 1951 verabschiedete der Bundestag sogar eine einstimmige Erklärung, in der die Rückgabe der Insel gefordert wurde. Die britische Regierung suchte zwar den Eindruck zu vermitteln, daß sie die Kontrolle Helgolands aufrechterhalten wolle, sah sich aber letztlich zum Nachgeben gezwungen.

Am 1. März 1952 wurde Helgoland Teil des Bundesgebietes. Damit war das entscheidende Ziel der "Aktion Helgoland" erreicht. Für Löwenstein handelte es sich allerdings nur um einen Schritt, dem ein weiterer folgte, als die Helgoländer, die von den Briten gezwungen worden waren, ihre Insel zu verlassen, zurückkehren durften: "Im Rechte der Helgoländer", schrieb er, "wird das Recht aller Heimatvertriebenen verteidigt." Es sei deshalb immer um mehr gegangen als die Rettung der Insel. "Helgoland" sollte zur Chiffre werden für "die zwölf Millionen Deutschen, die aus den Provinzen östlich der Oder-Neiße-Linie ausgetrieben wurden".

Typisch für Löwensteins idealistisches Politikverständnis war, daß er sogar die Überwindung des "Haßkomplexes" auf der Siegerseite und eine deutsch-britische Verständigung erhoffte, die die Wiedervereinigung unter Einschluß der Ostgebiete vorbereiten würde. Als nächsten Schritt auf dem Weg dahin betrachtete Löwenstein die Rückkehr des Saargebiets, das Frankreich nach dem Zusammenbruch von 1945 ein weiteres Mal aus Deutschland herauszulösen suchte.

Für die DA war die "willkürlich gezogene Saargrenze ... die Oder-Neiße-Linie des Westens", und sie engagierte sich im Rahmen der "Aktion Saar" vor allem durch - regelmäßig aufgelöste - Versammlungen, die Produktion von Flugblättern und Druckschriften sowie die Herausgabe der - rasch verbotenen - Deutschen Saarzeitung.

Die FDP als bester Garant für die Vertretung deutscher Interessen

Der wichtigste Ansprechpartner der Deutschen Aktion war in diesem Fall die Demokratische Partei Saar (DPS). Da die deutschen Parteien im Saargebiet zeitweise verboten waren, agierte die DPS faktisch als Entsprechung der Freien Demokraten, für die Löwenstein seit 1953 im Bundestag saß. Die Entscheidung zugunsten der FDP - trotz Löwensteins Herkunft aus dem Zentrum - hatte ihre wesentliche Ursache darin, daß er in ihr den besten Garanten für die Vertretung der deutschen Interessen sah. Löwenstein hatte besonders enge Verbindungen zu dem nationalliberalen Friedrich Middelhauve, Vorsitzender der nordrhein-westfälischen FDP und zeitweise stellvertretender Bundesvorsitzender.

Nach dessen Rückzug und wegen der schwankenden Haltung der Freien Demokraten angesichts des Ungarnaufstands von 1956 kam es zum Bruch mit der Bundestagsfraktion. Löwenstein trat zur konservativen Deutschen Partei über und schloß sich nach deren Auflösung der CDU an, wandte sich allerdings bald von der Parteipolitik ab. Auch die Deutsche Aktion hatte seiner Auffassung nach erreicht, was mit ihr zu erreichen war und wurde 1957, zehn Jahre nach ihrer Gründung, aufgelöst.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 3. Juli 2022: >>**Scholz auf sozial: Wir müssen jetzt zusammenhalten**

Von Karel Meissner

Nachdem die Ampel den Karren endgültig in den Dreck gefahren hat, sollen alle Betroffenen zusammenhalten - so fordert es Bundeskanzler Scholz (SPD) in einem Podcast. Das Tröstliche: Die Machthaber lassen uns nicht allein.

In den letzten Jahren wurde Deutschland endgültig ruiniert: erst Corona-Diktatur, dann Wirtschaftskrieg gegen Rußland, der sich als Bumerang erwies. Die Rechnung bezahlen - wie immer - die sozial Schwachen. Ihnen droht nicht nur Einschränkung, sondern Entzug der Existenzgrundlage.

Aber egal. Im der neuen Folge des Podcasts "Kanzler kompakt" fordert Olaf Scholz ein solidarisches Miteinander der Bevölkerung in Zeiten höherer Belastung.

Nicht-Geimpfte, Hartz-IV-Empfänger, psychisch Zerstörte, aus politischen Gründen Zensierte - gehören plötzlich alle wieder dazu, oder wie? Ja, irgendwie schon. Denn, so Scholz:

"Wenn wir uns unterhaken und zusammenhalten, sind wir stark."

Stimmt. Gemeinsam ist Frieren viel schöner.

Scholz: Auf den EU-, G7- und NATO-Gipfeln habe man die aktuellen Krisen thematisiert. Deren Botschaft - "Wir müssen zusammenhalten" - weitete sich am EU-Gipfel sogar in Richtung Osten aus, "als wir den Staaten des westlichen Balkans neuen Schub gegeben haben für den Beitrittsprozeß zur Europäischen Union und auch die Ukraine und Moldau eingeladen haben".

Natürlich zeigt Olaf S. auch Verständnis für die Kleinen: Das große Problem "sind die steigenden Preise, ist die Inflation, daß alles teurer wird". Aber keine Panik. Der Bundeskanzler habe, "wie das schon einmal in so einer schwierigen Zeit in den 60er und 70er Jahren war, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Bundesbank, Wissenschaftler eingeladen, mit uns darüber zu sprechen, was wir machen." Na, dann wird ja alles gut.

Mehr noch: Auch auf dem G7-Gipfel hätten, "die großen, wirtschaftlich starken Demokratien sich versammelt ... und miteinander über die Herausforderungen gesprochen ..., vor denen wir stehen". Dazu gehörte auch der Rußland-Ukraine-Krieg, "aber auch, wie wir mit zum Beispiel Energie-, Sicherheitsfragen und Klimawandel umgehen und dem Hunger in der Welt".<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 20. Juli 2022: >>**Kaltmacher: Habeck auf den Spuren Morgenthau**

Von Jürgen Elsässer

Robert Habeck; mit ihm könnte den Grünen gelingen, was Churchill und Morgenthau versagt blieb: Die Vernichtung Deutschlands. ...

Die "Welt" verglich Habeck Ende Juni schon mit Winston Churchill. Einen "Churchill von der Nordsee" wollte auch die "Kleine Zeitung" aus Österreich gesichtet haben: "Robert Habeck zeigt, wie modernes Führen in der Krise geht." "Blut, Schweiß und Tränen" hatte der britische Premier gefordert, um das Letzte aus seinem Volk gegen die verhaßten Deutschen herauszuholen. Der Grüne macht es ihm nach, dieses Mal geht es gegen die verhaßten Russen - und dennoch werden auch bei ihm zuerst die Deutschen leiden.

"Wissen Sie, was ein harter, entbehrungsreicher Winter bedeuten kann? Daß Unternehmen ihre Produktion einstellen müssen, ihre Arbeiterinnen und Arbeiter entlassen, daß Lieferketten zusammenbrechen, Leute sich verschulden, um ihre Heizrechnungen zu bezahlen, daß Menschen ärmer werden, daß Frust sich in unser Land frißt. ... Wir laufen in eine harte Zeit rein," skizzierte Habeck sein "Alptraum-Szenario" im "Spiegel". ...

Der manische Russenhaß des grünen Emporkömmlings wird noch durch seine notorische Blödheit in den Schatten gestellt, und gerade die Kombination beider Eigenschaften könnte Deutschland wieder einmal in den Untergang führen. Konkret: Die bisher für beide Seiten so gedeihliche Energiepartnerschaft mit Moskau zu zerstören, ist eine Sache. Aber das zu tun, ohne einen Plan B zu haben, ist der Gipfel. Wo soll denn der Ersatz für das russische Gas herkommen, dessen Bezug die Grünen durch immer weitere Kriegstreiberei und Sanktionsgedöns aufs Spiel setzen? ...

Robert Habeck nutzt die Ukraine-Eskalation, um endlich die Deindustrialisierung und Verarmung Deutschlands durchzusetzen. Dabei folgt er einem Plan der US-Besatzer von 1944/45 - dem berühmten Morgenthau-Plan. ...

Wer war dieser Henry Morgenthau? Im August 1944, als der Zusammenbruch des Dritten Reiches schon absehbar war, formulierte der US-amerikanische Finanzminister eine Agenda für die Zukunft des unterworfenen Feindstaates: "Dieses Programm ... soll Deutschland in ein Land mit vorwiegend agrarischem und ländlichem Charakter verwandeln."

Morgenthau's Überlegungen wurden im Folgemonat auf der alliierten Konferenz in Quebec von US-Präsident Franklin D. Roosevelt und dem britischen Premier Winston Churchill gebilligt. Dabei war selbst US-Kriegsminister Henry L. Stimson erschrocken über die Ausführungen seines Kabinettskollegen - nach seiner Schätzung würden mindestens 20 Millionen Deutsche in Folge des Morgenthau-Plans verhungern und erfrieren. Außenminister Cordell Hull rechnete vor, daß sogar rund 40 Prozent der Bevölkerung zu Grunde gehen würden. ...<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 30 - 31/22" berichtete am 22. Juli 2022 (x1.387/...): >>**Es fährt ein Zug nach Nirgendwo**

Reportage: Die Bahn als Inbegriff für Zuverlässigkeit? Das war einmal - Erlebnisse vom Irrsinn auf Deutschlands Schienen

Hinrich Rohbohm

Die Durchsage des Schaffners wird nur noch mit hämischem Lachen zur Kenntnis genommen: "Der Anschlußzug nach Bremen konnte leider nicht mehr warten", lautet die Information. "Super, jetzt sitze ich hier erst mal in Hannover fest", flucht ein Mann irgendwo im Abteil.

Einzelschicksale von Gästen der Deutschen Bahn, die seit Jahren zum Reisealltag gehören. Ebenfalls seit Jahren kündigt die Politik Verbesserungen an. Doch das dauert. Der Investitionsstau ist hoch. Der Sanierungsbedarf ist auf 60 Milliarden Euro angewachsen: marode Schienennetze, defekte Weichen, Graffiti-verschmierte, verfallende Bahnhofsgebäude, die zum Teil noch aus der Kaiserzeit stammen, technische Mängel an den Zügen - hinzu kommt:

Auch die Bahn hat mit einem drastischen Fachkräftemangel zu kämpfen.

"Mein 'Meeting' kann ich jetzt vergessen"

Vor allem Lokführer gibt es zu wenige. Mehr als tausend von ihnen gehen in den nächsten Jahren in den Ruhestand und neue einzustellen scheitert oft an der Bürokratie. So gilt die Fahrerlaubnis eines Lokführers stets nur für ein Unternehmen. Will er bei einem anderen Betrieb arbeiten, so muß er noch einmal neu ausgebildet und geprüft werden.

Weniger als 60 Prozent der Fernzüge erreichten im vergangenen Monat pünktlich ihr Ziel. Im Mai waren es noch knapp über 60, bis Anfang des Jahres sogar noch über 80 Prozent. Besonders anfällig für Verspätungen ist der Großraum Frankfurt sowie das nordbadische Mannheim, der zweitgrößte Bahnknoten im Südwesten nach Stuttgart. Weniger als die Hälfte der Züge kommt rechtzeitig an.

Die JUNGE FREIHEIT machte den Test. In Fern- und Regionalzügen geht es quer durch die Republik. Durch die verspätungsanfälligen Nadelöhre von Frankfurt und Hannover. Wartend an den überfüllten Bahnsteigen von Mannheim. Stehend in überbelegten Waggons. Die individuelle Pünktlichkeitsquote: null Prozent.

Fahrt von Hamburg nach Frankfurt: Über eine Stunde Verspätung. Begründung: Oberleitungsschaden. In der Main-Metropole angekommen Umsteigen in den nächsten ICE Richtung Mannheim. 30 Minuten Verspätung. Gewühl am Gleis. Auf der Fahrplan-Anzeigetafel laufen weiß unterlegte Verspätungsmeldungen bei nahezu allen Zugverbindungen. Die Ansage "Wir bitten um Entschuldigung" entwickelt sich zur Dauerschleife.

"Nie wieder Bahn", flucht ein hochgewachsener Mann mit weißem Hut und Sonnenbrille vor sich hin. Auch er will nach Mannheim. "Mein Wagen ist in der Werkstatt, deshalb habe ich ausnahmsweise den Zug genommen", erzählt er der JF. Eigentlich hätte er gleich schon "ein Meeting" gehabt. "Das kann ich jetzt vergessen!"

Aus den 30 werden 40 Minuten, bis der ICE endlich einfährt. Kurz zuvor: Wieder weiß unterlegter Text auf der Anzeige, geänderte Wagenreihung, Fahrgäste laufen vom vorderen zum hinteren Gleisabschnitt und umgekehrt. Geschubse und Gedränge vor den Zugtüren. Anschließend: Kampf um die Sitzplätze. Viele müssen erneut stehen.

In Mannheim angekommen hat sich die Verspätung auf 50 Minuten erhöht. Beide Zugfahrten addiert beläuft sich die Verspätung für eine ICE-Fahrt von Hamburg nach Mannheim auf fast zwei Stunden. Ein unglücklicher Einzelfall? Keineswegs.

Laut der Internetseite "Zugfinder.de" lag die durchschnittliche Pünktlichkeitsquote bei allen ICE-Zügen in Deutschland am vergangenen Donnerstag bei gerade einmal 38,9 Prozent. Auch eine zweistündige Verspätung ist bei der Deutschen Bahn im Jahre 2022 längst kein unglücklicher statistischer Ausrutscher.

Den Rekord hält an diesem Tag der Intercity Nummer 650. Mit 362 Minuten Verspätung: Sechs Stunden und zwei Minuten. Der ICE 104 von Amsterdam nach Basel ist mit einer verzögerten Ankunft von fünf Stunden und 14 Minuten ebenfalls mit einer wenig schmeichelhaften Fahrtzeit unterwegs.

Der Grund: "Reparatur am Zug". Allein auf dieser Strecke verzeichnet der ICE 104 eine Pünktlichkeitsquote von gerade einmal 14 Prozent. Seine durchschnittliche Verspätung innerhalb der letzten 30 Tage: 57 Minuten. Der Intercity 104 toppt diese Quote mit durchschnittlich drei Stunden und sieben Minuten innerhalb des letzten Monats aber noch locker.

In den Regionalzügen sieht es angesichts des von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten Neun-Euro-Tickets nicht besser aus. "Das ist ja schön, wenn dadurch jetzt mehr Fahrgäste auf die Bahn umsteigen. Aber das heißt dann auch, daß wir zunächst mal mehr funktionierende Züge und mehr Personal benötigen. Beides ist doch bisher nur unzureichend vorhanden", kritisiert eine Schaffnerin, die ihren Namen nicht in der Zeitung lesen möchte. Sie spricht von frustrierten Kollegen, "die jetzt alles abbekommen, was die Politiker versaut" hätten. Wütende

Fahrgäste und technische Mängel an und in den Zügen gehören für sie längst zum Tagesgeschäft.

Kein Schaffner, keine Durchsage, keine Information auf der Anzeige

Weitere Stichprobenfahrt zurück Richtung Frankfurt, diesmal mit der Regionalbahn: Umstieg in Weinheim, Ankunft mit 15 Minuten Verspätung, der Anschlußzug läßt auf sich warten: "Personen auf dem Gleis." Voraussichtliche Ankunft: erst 15, dann 20, schließlich 25 und zuletzt 35 Minuten später - doch auch dann erscheint kein Zug. Gang zur Bäckerei: "Ein Cappuccino und ein Croissant, bitte." Die Verkäuferin grinst: "Sie warten bestimmt auf Ihren Zug." Richtig. "Und der hat Verspätung." Auch richtig. "Kennen wir schon", sagt die Frau und grinst noch breiter. Ständig kehren Leute bei ihr ein, "entweder weil der Zug ausfällt, zu spät kommt oder weil sie einfach in der falschen Bahn gelandet sind". Letzteres passiert offenbar häufiger - dank kaputter Anzeigen und fehlender Lautsprecherdurchsagen, wie sich herausstellt. Die Regionalbahn nach Frankfurt kommt auch nach Croissant und Cappuccino nicht. Alternative: Rückfahrt nach Mannheim. Auch in diesem Zug fehlen Anzeigen und Lautsprecherdurchsagen.

"Ist das hier der Zug nach Mannheim oder nach Heidelberg?" fragt eine ältere Dame die Mitreisenden im Waggon. Niemand kann ihr eine sichere Antwort geben. "Wir wissen es selbst nicht genau", sagen einige. "Wir hoffen es, aber hier war noch kein Schaffner. Es gibt auch keine Durchsage, und die Anzeigen funktionieren ja nicht", erklärt jemand die unbefriedigende Situation.

"Ist das hier in Deutschland etwa immer so?"

Schließlich Gewißheit: Der Zug rollt in Mannheim ein - zehn Minuten Verspätung. Zweiter Versuch nach Frankfurt zu kommen, diesmal über Ladenburg: Wieder Verspätung, Weichenstörung - erst nur 15 Minuten, später werden es 40. Über Lautsprecher kommt eine Ansage. Es sind nur Wortfetzen zu verstehen. Die Anlage ist ebenfalls defekt. Ein Spanier wartet auch auf den Zug. "Ist das hier in Deutschland immer so?" fragt er irritiert. Kopfnicken bei den Mitwartenden.

Ankunft in Frankfurt mit fast einer Stunde Verspätung. Per ICE geht es zurück nach Hamburg. Nächste Verzögerung: Reparatur am Zug. Auf dem Weg eine kurze weitere Unterbrechung, defektes Stellwerk, und im Speisewagen streikt die Klimaanlage. Das Abteil und ein Erste-Klasse-Wagen sind gesperrt. Ansonsten verläuft die Fahrt glimpflich. Einfahrt in Hamburg mit "nur" 20 Minuten Verspätung. "Da haben wir ja richtig Glück gehabt", stellt ein wohlbeleibter Fahrgast um die 60 zufrieden fest. Man kann ihm nicht widersprechen.

Weitere Bahn-Abenteuer lassen sich übrigens in der "DB-Lounge", wie der Wartebereich heißt, am Hamburger Hauptbahnhof erleben. Zu später Stunde tanzen dort im wahrsten Sinne des Wortes die Mäuse auf den Tischen. "Das geht jetzt schon seit Monaten so", stöhnt eine Bahnangestellte. Durch den Umbau der Lounge seien die Tiere über die darunter befindliche Bäckerei eingedrungen. Und die Nager werden wohl noch länger bleiben, denn: "Wir dürfen aus Tierschutzgründen nichts unternehmen", beschreibt die Mitarbeiterin das Dilemma im Deutschland des Jahres 2022.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 34/22" berichtete am 19. August 2022

(x1.387/...): >>>Erfolgreicher islamischer Lobbyismus im Europarat

Einbahnstraße Menschenrechte

Deutsche Behörden sollen 2021 insgesamt 662 "antimuslimische Delikte" registriert haben. Für den Journalisten Burkhard Jürgens (Katholische Nachrichten-Agentur) ist diese im Vergleich mit den Christenverfolgungen in islamischen Regimen an der Grenze zur Irrelevanz liegende Zahl nicht nur ein Indiz für "wachsende Ressentiments gegen den Islam" und das "Erstarken fremdenfeindlicher, rechtspopulistischer Parteien", sondern, da "Muslimfeindlichkeit" - nicht etwa der Islam! - "die Integration und Akzeptanz von Muslimen in europäischen

Ländern" behindere, auch eine "Gefahr für die Grundlagen der Demokratie", weil muslimische Teile der Bevölkerung ihr Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit ihrer Aufnahmegesellschaften verlören.

Jürgens knüpft damit an die jüngsten "Handlungsempfehlungen" der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz an, einer Agentur des Europarats zur ideologischen Rechtfertigung der Brüsseler Politik des "Großen Austauschs". Der Europarat, wie Jürgens sympathisierend referiert, folgt in seinem Bemühen, Islamkritik als "antimuslimischen Rassismus" zu stigmatisieren und mit (importiertem) Antisemitismus gleichzusetzen, der Regie der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC), eines Lobbyverbands von 57 mehrheitlich islamischen Staaten.

Dieser setzt den Europarat permanent unter Druck, Autochthonen politisch und strafrechtlich islamfreundliche "Verhaltenskodizes" aufzunötigen, während er, wie selbst Jürgens einräumt, Themen wie "Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit" im Islam bei dieser "Zusammenarbeit" lieber "umschiff" (Herder Korrespondenz, 7/2022). ...<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schrieb am 1. September 2022 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>Betreff: Das Märchen von der Freiheit und Selbstbestimmung der Deutschen

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der germanische Geist ist der Geist der Freiheit.

Georg Wilhelm F. Hegel (1770-1831, deutscher Philosoph)

Das Deutsche Reich von 1871 bis 1918 war ein souveräner Staat: 47 Jahre Freiheit

Das am 18. Januar 1871 gegründete Deutsche Reich war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt.

Das Deutsche Reich verfügte von 1871 bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 über die 3 klassischen Merkmale eines Staates:

- Staatsgebiet (einen klar abgegrenzten oder definierten Landbesitz). Das Staatsgebiet oder Hoheitsgebiet ist der Raum, der der territorialen Oberhoheit eines Staates unterliegt.
- Staatsvolk. Das Staatsvolk wird von den Bewohnern eines Staates gebildet, die in dem Staatsgebiet alle bürgerlichen und politischen Rechte besitzen.
- Staatsgewalt. Ausübung der Macht innerhalb eines Staates durch staatliche Regierungsorganisationen, wie z.B. Verwaltung, Polizei, Gerichte etc.

Das rasante Wirtschaftswachstum und die großartigen Exporterfolge des Deutschen Reiches entschieden schließlich das Schicksal der Deutschen, denn die damaligen Großmächte Großbritannien, Frankreich und USA duldeten keinen weiteren Konkurrenten. Die "aufmüpfige" deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht sollte deshalb während eines Krieges entscheidend geschlagen werden, um den neuen lästigen Konkurrenten dauerhaft zu schwächen und auszuschalten.

Das Meinungskartell der Mainstream-Historiker behauptet zwar bis zum heutigen Tag, daß Deutschland die Hauptschuld am Ausbruch des Ersten und Zweiten Weltkrieges würde. Wer die wesentlichen historischen Fakten kennt, die zum Ersten und später zum Zweiten Weltkrieg führten, stößt jedoch schon bald auf die eigentlichen Drahtzieher im Hintergrund.

Nicht Zufälle, sondern langfristige Planungen der maßgeblichen NWO-Strategen führten zur Zerschlagung der mächtigen europäischen Kaiserreiche Rußland, Deutsches Reich und Österreich-Ungarn sowie des Osmanischen Reiches und zur Entstehung beider Weltkriege.

US-Kardinal John Murphy Farley (1842-1918, seit 1902 Erzbischof von New York) erklärte während des Eucharistischen Weltkongresses vom 22. bis 26. Juli 1914 in Lourdes kurz vor

dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x347/83): >>Der Krieg, der in Vorbereitung ist, wird ein Kampf zwischen dem internationalen Kapital und den regierenden Dynastien sein. Das Kapital wünscht niemanden über sich zu haben; kennt keinen Gott oder Herrn und möchte alle Staaten als große Bankgeschäfte regieren lassen. Ihr Gewinn soll zur alleinigen Richtschnur der Regierenden werden ... Business - einzig und allein ...<<

Nach dem Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 begann die jahrzehntelange Unfreiheit und eingeschränkte Selbstbestimmung für die Deutschen

Die deutschen Truppen waren zum Zeitpunkt der Friedensverhandlungen zwar schwer angeschlagen, aber bis zum Waffenstillstand konnten fast keine feindlichen Truppen in das Deutsche Reich eindringen. Nur einige Gebiete in Elsaß-Lothringen waren bereits von französischen Truppen besetzt.

Der Abschluß des Waffenstillstandes war völkerrechtlich keine bedingungslose Kapitulation, sondern ein rechtsverbindlicher Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Entente-mächten. Nach dem 11. November 1918 war das Deutsche Reich schließlich den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert.

Nachdem alle deutschen Truppen ihre Waffen niedergelegt hatten, verstärkten die Siegermächte am 6. Dezember 1918 die Seeblockade auch im Ostsee-Raum, um die Bevölkerung des Deutschen Reiches systematisch auszuhungern.

Als die wahren Absichten der Siegermächte bekannt wurden, mußten die Deutschen bestürzt und verzweifelt zur Kenntnis nehmen, daß man sie arglistig getäuscht hatte, denn fast alle Vereinbarungen und verbindlichen Zusagen des Waffenstillstandsvertrages blieben später unberücksichtigt. Nach nur 47 Jahren der Freiheit begann für die Deutschen eine endlose Zeit der Unfreiheit.

Die folgenden Waffenstillstandsbedingungen der Siegermächte waren ungewöhnlich brutal und gnadenlos. Auch die unmenschliche Hungerblockade blieb weiterhin in Kraft. Bei der von den alliierten Siegermächten durchgeführten "Hungerblockade" vom 11.11.1918 bis zum 12.07.1919 handelte es sich gemäß Haager Landkriegsordnung - "Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges" - vom 18.10.1907 um ein Kriegsverbrechen.

Der britische General John F. Fuller (1878-1966) schrieb später über das beschämende Verhalten der Sieger (x063/515): >>... daß der Bruch dieses Vertrages die entscheidende Niederlage für die europäische Ordnung war. Er war die unmittelbare Ursache für die weitere verhängnisvolle Entwicklung. Die Alliierten haben ihren Teil des Abkommens nicht erfüllt. Statt dessen haben sie es, als Deutschland hilflos war, im Gegensatz zu früheren Friedenskonferenzen abgelehnt, mit dem Gegner mündlich zu verhandeln; sie haben die Blockade aufrechterhalten; und sie haben die Bedingungen des Waffenstillstands gebrochen.<<

Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schrieben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches", daß US-Präsident Wilsons "14-Punkte-Friedensplan" nicht der letzte große Betrug der globalen Kriegstreiber blieb (x340/216-217): >>... Die Kriegstreiber von heute sind wie 1914 und 1939 kühl kalkulierende, machtbesessene und menschenverachtende Hasardeure. Sie finden sich unter Spekulationsbankern und Inhabern von Rüstungs-großkonzernen, vor allem in den transnationalen Konzernen und dem transnationalen Kapital. Es gibt also erneut Warnungen, Wetterleuchten und Vorbeben vor einem Unglück, das sich wie schon einmal vor 1914 kaum jemand vorstellen kann. Das Ereignis ist nicht unvermeidlich, dennoch ist es wahrscheinlich.

Die endlosen Kriege der infrastrukturell und ökonomisch weitgehend verkommenen USA haben jetzt im 21. Jahrhundert nach den Worten von Willy Wimmer, einst Staatssekretär des bundesdeutschen Verteidigungsministerium, zu einer Flut von zurückkehrenden Särgen geführt, die Fragen aufwerfen. ...

Dabei deckte er eine interessante Parallele auf: Wie die Mittelmächte 1918 an einen gerechten Frieden nach den "Vierzehn Punkten" Wilsons vertrauten und die Waffen streckten, glaubte die sowjetische Führung 1990, auf die Feststellungen in den "Zwei-plus-Vier-Verträgen" zur Wiedervereinigung Deutschlands vertrauen zu dürfen, nach denen die NATO keinesfalls über die Oder als polnisch-deutsche Grenze nach Osten hinaus ausgedehnt werden sollte.

Die Russen zogen aus Osteuropa ab. Heute steht die NATO in den baltischen Staaten. Alles war Lüge.

Am Ende des Ersten Weltkrieges gingen am 11. November 1918 die Tore zur Hölle auf! Bis heute hat sie niemand wieder geschlossen.<<

Versailler Vertrag

Das Deutsche Reich zählte nach dem Versailler Friedensdiktat vom 28. Juni 1919 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung). Die Deutschen wurden anschließend durch die Siegermächte bevormundet, entmündigt und planmäßig ausgeplündert. Die "betreuten Deutschen" mußten letzten Endes in Versailles nicht nur ein politisches und militärisches, sondern auch ein volkswirtschaftliches Todesurteil akzeptieren.

Der Versailler Vertrag war ein völkerrechtswidriges Unterdrückungsinstrument gegen das Deutsche Reich und verstieß eindeutig gegen die Grundsätze des schon damals geltenden Völkerrechts.

Das Deutsche Reich wurde nach der Ablehnung des Versailler Vertrages nachweislich durch Ultimaten unter Druck gesetzt (wie z.B. durch Gewaltanwendung: "Hungerblockade" vom 11.11.1918 bis zum 12.07.1919 und durch Gewaltandrohung: sofortige Besetzung des gesamten Deutschen Reiches).

Die gewaltsame Durchsetzung des Versailler Friedensvertrages verstieß zweifelsfrei gegen die damals geltenden Grundsätze des Völkergewohnheitsrechts, denn ein durch Gewaltanwendung und Gewaltandrohung erzwungener Vertrag stellte einen derart eklatanten und schwerwiegenden Bruch des Völkerrechts dar, daß er von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden mußte.

Der britische Politiker David Lloyd George (1863-1945, 1916-22 Ministerpräsident) schrieb später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x321/80): >>Die internationalen Bankiers diktierten die Reparationsübereinkommen. Die Besitzer unserer Nationalbanken schoben Diplomaten, Politiker, Juristen und Journalisten beiseite und erließen ihre Befehle mit dem gebieterischen Wesen absolutistischer Monarchen, die wußten, daß es gegen die grausamen Dekrete keinen Einspruch gab. ...<<

In einem "Spiegel-Interview" vom 25. Januar 1971 erklärte der damalige US-Gouverneur des US-Bundesstaates Alabama, George Wallace (1919-1998): >>... Amerika ist in gewisser Weise mitverantwortlich für den Zweiten Weltkrieg. Denn dieser Krieg hätte sich vermeiden lassen ... Der Vertrag von Versailles war ein Racheakt. Man hat den Deutschen diesen Vertrag aufgezwungen, was wirklich unfair war. Hätte es diesen Vertrag nicht gegeben, dann hätte es auch keinen Hitler gegeben ...<<

Weimarer Republik von 1918-1933

Die Weimarer Republik von 1919 war kein souveräner Staat und verfügte nicht über die klassischen Merkmale eines Staates (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt). Aufgrund der Versailler "Friedensbedingungen" (Gebietsabtretungen, hohe Wiedergutmachungsleistungen, Stationierung von Besatzungstruppen, Teilauflösung des deutschen Heeres etc.) zählte die Weimarer Republik von 1919-1933 völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten souverän in politischen Kontakt zu treten.

Die Weimarer Verfassung war keine frei gewählte Verfassung des deutschen Volkes, denn

Deutschland wurde damals von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges dominiert. So wurde z.B. Artikel 61 der Weimarer Verfassung, der den Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich vorsah, von den Siegermächten verboten.

Aufgrund der rücksichtslosen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Siegermächte besaß die Weimarer Republik nach dem Ende des Ersten Weltkrieges eigentlich nie eine realistische Überlebenschance.

Als Reichspräsident Hindenburg den NSDAP-Führer Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, liquidierte Hindenburg gleichzeitig die Weimarer Republik. Nach ungemein schweren Jahren, in denen von 1919-33 insgesamt 20 deutsche Regierungen aufgegeben wurden und scheiterten, wurde das Schicksal der "Weimarer Republik" am 30. Januar 1933 entschieden (x051/627).

NS-Regime von 1933-1945

Erich Ludendorff (1865-1937, deutscher General des Ersten Weltkrieges und später aktiver Hitlerputsch-Teilnehmer) schrieb am 31. Januar 1933 an den Ex-General und amtierenden Reichspräsidenten Hindenburg (x034/635): >>... Ich prophezeie ihnen feierlich, daß dieser unselige Mann unser Reich in den Abgrund stürzen und unsere Nation in unfaßbares Elend bringen wird. Kommende Geschlechter werden sie wegen dieser Handlung in Ihrem Grabe verfluchen.<<

Am 23. März 1933 wurde das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das sog. "Ermächtigungsgesetz", vom Reichstag mit der notwendigen 2/3-Mehrheit von 444:94 beschlossen.

Aufgrund des gewaltsamen Staatsstreiches (Verhaftung und Bedrohung von Reichstagsabgeordneten) begingen die Nationalsozialisten am 23. März 1933 verfassungsrechtlich eindeutig Hochverrat. Hitlers NS-Terroristen hielten das Deutsche Reich danach praktisch bis Mai 1945 besetzt. Nach Errichtung der NS-Diktatur bestimmten in Deutschland nur noch Gewalt und Terror das Leben der Menschen.

Prof. Dr. Karl Jaspers (1883-1969, Philosoph, erhielt von 1937-45 Lehrverbot und ab 1943 Publikationsverbot durch das NS-Regime) schrieb später, daß am 23. März 1933 unter Hitlers Führung erstmalig in der deutschen Geschichte ein **Verbrecherstaat** gebildet wurde, also ein "Staat", der systematische Verbrechen mittels seiner Institutionen, seiner Träger und Untergeordneten verübte (x154/14).

Adolf Hitler (1889-1945), der nachweislich jahrelang durch zahlreiche ausländische Förderer, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., und durch zahlreiche US-Großindustrielle finanziell unterstützt wurde, enttäuschte seine NWO-Geldgeber nicht. Der selbsternannte NS-Führer zählte von 1933-1945 zu den gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlangern der Neuen Weltordnung. Hitlers Revisionen, um nicht haltbare, vorsätzliche Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages zu beseitigen, führten schließlich zwangsläufig zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bzw. zur Fortsetzung des 2. Dreißigjährigen Krieges.

Bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht vom 8./9. Mai 1945

Da Stalin ausdrücklich die Wiederholung der deutschen Kapitulationserklärung verlangte, unterzeichneten Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel (Chef des OKW), Generaladmiral von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff (stellvertretender Oberbefehlshaber der Luftwaffe) am 9. Mai 1945, um 0.16 Uhr, die militärische Kapitulationsurkunde im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst

Aufgrund der bereits vor Beginn des Zweiten Weltkrieges geltenden Haager Landkriegsordnung (HLKO) von 1899 bzw. von 1907 sowie der Genfer Konvention von 1864 und 1929 wurden durch die bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht vom 9. Mai 1945 völkerrechtlich lediglich die Kampfhandlungen eingestellt.

Da später kein Friedensvertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Siegermächten des Zweite Weltkrieges geschlossen wurde, galten weiterhin die Vereinbarungen und Gesetze der Haager Landkriegsordnung.

Verhaftung der Dönitz-Regierung am 23. Mai 1945

Am 23. Mai 1945 wurde die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" durch die Siegermächte abgesetzt. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht (sog. "Dönitz-Clique") wurden am 23. Mai 1945 auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert. Generaladmiral von Friedeburg beging noch am selben Tag in seiner Zelle Selbstmord (Giftkapsel).

Das Deutsche Reich wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges durch die Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 nicht aufgelöst

Da die Siegermächte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges keinen Gebrauch von ihrem Recht der vollständigen Unterwerfung des Deutschen Reiches machten, wurde das Deutsche Reich - in den Grenzen von 1937 - gemäß Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 durch die Siegermächte nachweislich völkerrechtlich nicht annektiert, sondern nur besetzt. Die Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 stellte damals eindeutig fest, daß das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt nicht untergehen sollte (x151/67). Das Deutsche Reich blieb deshalb als Rechtssubjekt bestehen, war aber nach der Verhaftung der "Dönitz-Regierung" desorganisiert bzw. nicht mehr geschäftsfähig.

Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht und Verhaftung der "Dönitz-Regierung" übernahm der Alliierte Kontrollrat die gesamte Regierungsgewalt im Deutschen Reich, so daß alle deutschen Staatsbürger zu Subjekten der Besatzungsmächte wurden. In der berichtigten Direktive JCS 1067 der US-Militärregierung, die bis Mitte 1947 die Basis der US-Besatzungspolitik bildete, hieß es damals z.B., daß Deutschland nicht zum Zwecke der Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat besetzt werden sollte.

Konferenz von Potsdam

Im Verlauf der internationalen Konferenz von Potsdam, die am 2. August 1945 beendet wurde, schlossen die Alliierten keine völkerrechtlichen Verträge. Es handelte sich lediglich um Absprachen bzw. Vereinbarungen zwischen den Siegermächten und den Vertreiberstaaten (x150/18). Die Verhandlungsergebnisse wurden im sog. "Potsdamer Protokoll" festgehalten, das bis zum endgültigen Abschluß einer friedensvertraglichen Regelung Gültigkeit besitzen sollte.

Im Potsdamer Abkommen betonten die Siegermächte zwar ausdrücklich, daß man nicht beabsichtigen würde, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven, aber die hilflosen Ost- und Volksdeutschen hatten schon längst die brutale Wirklichkeit erlebt bzw. nicht überlebt. Aufgrund der völlig überzogenen Gebietsabtretungen, die sie noch in der Atlantik-Charta vom 14.08.1941 aus moralischen Gründen als unannehmbar abgelehnt hatten, akzeptierten die Nordamerikaner und Briten stillschweigend die Massenvertreibung von Millionen.

Die westlichen Alliierten waren trotz der gigantischen Bevölkerungsmassen zuversichtlich, daß man die Deutschen geregelt und human "umsiedeln" könnte. Diese naiven Fehleinschätzungen und fehlende internationale Kontrollmaßnahmen brachten nochmals unvorstellbare Leiden und unsägliches Elend über die Ost- und Volksdeutschen.

Aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich (in den Grenzen von 1937) nicht annektiert, sondern nur besetzt. Die Besatzungsmächte übten deshalb keine volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, so daß zum Beispiel die von ihnen durchgeführten oder gebilligten Gebietsabtretungen, Enteignungen, Bevölkerungsumsiedlungen und Zwangsdeportationen eindeutig gegen das damals geltende Völkerrecht verstießen und völkerrechtswidrig waren. Bei der Vertreibung von mehr als 14 Millionen Deutschen aus

Ost-Mitteleuropa, wobei mindestens zwei Millionen ihr Leben verloren, handelte es sich zweifelsfrei um Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Infolge der zahlreichen Verletzungen des Völkerrechts muß das sogenannte "Potsdamer Abkommen" von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden. Sämtliche völkerrechtswidrigen Vereinbarungen des "Potsdamer Abkommens" waren ohnehin gemäß Völkerrecht unwirksam.

US-Senator Charles W. Vursell berichtete später über das Potsdamer Abkommen (x028/149):

>>... Durch die Potsdamer Vereinbarung wurde die Regierung der Vereinigten Staaten unbeabsichtigt zum Mitverantwortlichen für den massenhaften Hungertod, besonders in Deutschland. - (Sie verstießen) gegen das geltende humanitäre Prinzip des Völkerrechts, wonach immer dem Sieger die Verantwortung zufällt, nach besten Kräften die unschuldigen Opfer der besiegten Bevölkerung zu schützen.<<

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

Wahrscheinlich war es kein Zufall, daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft trat, denn am 23. Mai 1945 wurde die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" völkerrechtswidrig abgesetzt, verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert.

Das Grundgesetz mußte den Besatzungsmächten zur Genehmigung vorgelegt werden. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel hieß, sondern das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte (als oberste Befehlshaber und Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen) in Kraft gesetzt.

Obwohl das deutsche Volk völkerrechtlich als Staatsvolk erhalten geblieben war, erfolgte damals keine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes, so daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 ohne die direkte demokratische Beteiligung des deutschen Volkes in Kraft trat.

Der deutsche Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim berichtete 2008 in seinem Buch

"Die Deutschlandakte", Seite 16 (x357/9): >>Tatsächlich waren es die westlichen Besatzungsmächte, die die Entstehung des Grundgesetzes beherrschten. Sie dekretierten den Erlass des Grundgesetzes, nahmen massiv Einfluß auf seinen Inhalt und stellten sein Inkrafttreten unter den Vorbehalt ihrer Genehmigung.<<

Die Urfassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 enthielt bereits wesentliche Beschränkungen deutscher Hoheitsrechte, um Wiedergutmachungen und die Einbindung in Europa zu garantieren.

Auswärtige Beziehungen, Wirtschaftspolitik, Legislative, Exekutive, Gerichtsbarkeit waren Einschränkungen unterworfen: In Notstandssituationen konnten die Besatzungsmächte wieder die volle Hoheit übernehmen. Verfassungsänderungen mußten genehmigt werden.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die völkerrechtliche Bedeutung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (x063/605):

>>... Unbestritten ist heute, daß durch die militärische Kapitulation und durch die Besetzung des gesamten Staatsgebietes das Deutsche Reich als Staat, als Subjekt des Völkerrechts, nicht zu bestehen aufgehört hat. Es trat nur eine zeitweilige Handlungsunfähigkeit ein.

Diese Handlungsfähigkeit wurde wieder hergestellt, als am 8. Mai 1949 das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom Parlamentarischen Rat verabschiedet und am 23. Mai in Kraft gesetzt wurde.

Es kann demnach das Wort von Gerhard Anschütz, verwandt für das Deutsche Reich von 1871 und 1919, ... erneut zitiert werden: "Das neue und das alte Reich stehen nicht im Verhältnis der Rechtsnachfolge, sondern dem der Identität."<<

Die eigentliche Verfassung der Bundesrepublik Deutschland blieb trotz der Verabschiedung

des Grundgesetzes zunächst das Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte.

Erst nachdem am 5. Mai 1955 die Pariser Verträge in Kraft traten, entfiel zwar offiziell das Besatzungsstatut, aber wesentliche Vorbehaltsrechte und geheime Zusatzverträge der alliierten Siegermächte blieben weiterhin bestehen: Stationierungskosten, Truppenstationierung, Berlin-Status, Wiedervereinigungs- und Friedensvertragsfrage, Medienkontrolle und andere Vorbehaltsrechte.

Gründung der Bundesrepublik Deutschland

Der Parlamentarische Rat stellte am 23. Mai 1949 in einer öffentlichen Sitzung fest, daß die Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 144 GG als parlamentarischer Staat gegründet worden sei.

Aufgrund der Potsdamer Vereinbarungen (völkerrechtswidrige Gebietsabtretungen, hohe Wiedergutmachungsleistungen, Stationierung von Besatzungstruppen etc.) zählte die BRD völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten souverän in politischen Kontakt zu treten.

Es handelte sich lediglich um ein Besatzungskonstrukt der westalliierten Siegermächte, aber um keinen Staat im völkerrechtlichen Sinn, denn die Bundesrepublik Deutschland verfügte nicht über die klassischen Merkmale eines Staates: Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt. Die von den Siegermächten gegründete Bundesrepublik Deutschland war völkerrechtlich politisch und ökonomisch kein unabhängiger oder souveräner Staat.

In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) waren die freien, geheimen Wahlen zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten nicht souverän die Interessen des deutschen Volkes vertreten.

Infolge der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte des Besatzungsstatutes und der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) handelten die vom deutschen Volk gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte. Insofern waren alle bisher durchgeführten Wahlen in der BRD (wie auch in der DDR) lediglich bedeutungslose Pseudowahlen.

Der deutsche CDU-Politiker Kurt Georg Kiesinger (1904-1988, von 1966-1969 Bundeskanzler) erklärte in einem Bericht des Nachrichtenmagazins "DER SPIEGEL" vom 21. Mai 1958 (x353/67): >>... Wir sind doch faktisch ein Protektorat der Vereinigten Staaten.<<

Die Bundesrepublik Deutschland war bis zum Abschluß des Plus-Vier-Vertrages" am 12. September 1990 nie ein souveräner Staat, denn ihre Geschäftsfähigkeit wurde durch die Siegermächte infolge des Besatzungsstatutes und des Ruhrstatutes drastisch eingeschränkt.

Die gewählten Politiker der deutschen Regierungen der BRD führten gewöhnlich alle Vorgaben der jeweiligen Besatzungsmächte gewissenhaft und widerstandslos aus. Der aufrichtige und ehrenhafte SPD-Vorsitzende Dr. Kurt Schumacher war leider eine Ausnahme.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die fehlende Souveränität der BRD (x068/279): >>... Die Amerikaner befahlen, die Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai 1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger. Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Entrüstung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache. ...<<

Seit 1949 mußte jeder deutsche Bundeskanzler die sogenannte "Kanzlerakte" unterschreiben.

Egon Bahr (1922-2015, von 1972-1976 SPD-Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) erklärte im Jahre 1996 in der Berliner Akademie der Künste (x346/8): >>... Von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl waren alle Bundeskanzler inoffizielle Mitarbeiter der CIA.<<

Egon Bahr schrieb am 16. Oktober 2011 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT 42/11":
>>"**Lebenslüge der Bundesrepublik**"

Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. ...

Daß über die geschilderten Realitäten geschwiegen wurde, hat einen einfachen Grund. Es war eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik, 1955 mit dem Beitritt zur Nato zu behaupten, wir wären souverän geworden. Im obersten Ziel der Einheit der Nation waren wir es nie. Die Bundesregierung und die drei Westmächte hatten 1955 dasselbe Interesse: Über die fortdauernde Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung nicht zu sprechen. ...<<

Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

Der "Deutsche Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden", der im Auftrag der SED handelte, gründete am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik.

Die Ausrufung der "DDR" erfolgte aus taktischen Gründen erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, scheinbar als Antwort auf einen Schritt des Westens. Tatsächlich war dieser Schritt nur die formelle Bestätigung einer Spaltungspolitik, die man bereits seit Juli 1945 eingeleitet hatte.

Mit der Proklamation der SBZ zur sog. DDR ging die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) in der "Provisorischen Regierung der DDR" auf. Die leitenden Persönlichkeiten der DWK wurden Minister und Staatssekretäre.

Dr. Hans Joachim Berbig schrieb später über die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (x287/193): >>Die staatliche Organisation des zweiten deutschen Teilstaates beginnt bereits im Dezember 1947 mit dem Deutschen Volkskongreß, der aus gewählten Delegierten vor allem aus der SBZ, aber auch den Westzonen bestand.

Am 7. Oktober 1949 trat die erste der Serienverfassungen der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft. ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (x063/635): >>... Eine Verfassung haben die Parteinstanzen der Sowjetzone am 19. März 1949 verkündet. Auf dem Papier durchaus demokratisch, mit zahlreichen Bestimmungen, die nahezu wörtlich aus der Weimarer Verfassung übernommen wurden, bildeten sie in Wirklichkeit nur den Deckmantel für eine totale Willkürherrschaft. Die Einrichtung einer Geheimpolizei, des Staatssicherheitsdienstes, eine politisierte Justiz, Säuberungsaktionen, Gleichschaltung der Jugend, in steigendem Maße eine atheistische, religionsfeindliche Propaganda und die nahezu völlige Absperrung nach außen sollten der SED-Regierung die Kontrolle über die Bevölkerung sichern. ...<<

Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands

Am 12. September 1990 wurde in Moskau das Abschlußdokument der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" von den Außenministern der beteiligten Länder unterzeichnet.

Bei der sogenannten Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1990 handelte es sich lediglich um die von den alliierten Siegermächten planmäßig angeordnete Vereinigung von zwei ehemaligen Besatzungszonen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Die von den Siegermächten gegründeten Staatsgebilde BRD und DDR waren unsouveräne, abhängige Staatsgebilde. Weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Deutsche Demokratische Republik waren völkerrechtlich politisch und ökonomisch unabhängige Staaten.

Das neue Verwaltungskonstrukt (BRD und DDR = BRD) übernahm gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben. Gemäß Bundesgesetzblatt Teil II, Seite 1.386 ff. vom 8. Oktober 1990 wurden durch den Abschluß des "Zwei-Plus-Vier-Vertrages" zahlreiche Punkte des Überleitungsvertrages von 1954 nicht verändert. Die diskriminierenden Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und 107) der UN-Charta wurden ebenfalls ignoriert und nicht gestrichen.

Der SPD-Politiker Oskar Lafontaine (seit 2005 Parteimitglied der "Linken") berichtete am 6. Januar 2003 in der BILD-Zeitung (x353/76): >>... Wenn Washington am Golf Krieg führt, ist Deutschland immer beteiligt, weil es der Flugzeugträger der USA in Europa ist. Wir sind kein souveräner Staat. Wir nehmen gezwungenermaßen an Angriffskriegen der Supermacht teil.<<
Der deutsche CSU-Politiker Horst Seehofer, seit 2008 bayerischer Ministerpräsident, erklärte am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/-151): >>... Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011 über eine Rede des damaligen Finanzministers Wolfgang Schäuble (CDU) im November 2011: >>EU am Scheideweg
... Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.

Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main. ...

Das wiedervereinigte Deutschland soll kein souveräner Staat sein? Was ist es dann? Eine Besatzungszone? Und wenn ja, von wem besetzt? ...

Es braucht nicht viel Phantasie sich vorzustellen, was geschehen wäre, hätte das ein Linker behauptet. Aber nun sagte es der Finanzminister einfach mal so dahin, weil er die Preisgabe nationaler Souveränitätsrechte an das von Angela Merkel geplante neue Europa herunterspielen möchte. Und niemand widersprach ihm.

Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr

Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker ... gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus." ...

Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgeschweren Satz: "Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen." ...<<

Egon Bahr erklärte am 7. November 2013 während eines WDR-Monitor-Interviews (x357/9): >>Es wäre langsam an der Zeit, daß einmal grundsätzlich geklärt wird: Welche Relikte aus der Besatzungszeit gelten immer noch? Die deutsche Souveränität ist ja 1955 erklärt worden, aber sie war gleich null, ... und das, was dann 1990 draufgesetzt worden ist, hat das auch noch nicht grundsätzlich verändert."<<

Der gegenwärtige völkerrechtliche Status der Bundesrepublik Deutschland

Der völkerrechtliche Status der Bundesrepublik Deutschland ist gegenwärtig ungeklärt, weil zwischen den alliierten Siegermächten und dem völkerrechtlichen Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches bisher lediglich ein Waffenstillstand, aber kein Friedensvertrag geschlossen wurde. Der sogenannte Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990, stellt völkerrechtlich jedenfalls keinen Friedensvertrag dar.

Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Dieter Blumenwitz schrieb später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x151/56): >>... Die Vorgaben für die 2+4-Verhandlungen lauteten: "Kein Friedensvertrag, sondern eine völkerrechtlich verbindliche Regelung über die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Vereinigung". ...<<

Die zerstörerische Destabilisierungspolitik der westalliierten Siegermächte

Der systematisch vorbereitete Untergang Deutschlands erfolgte nicht aufgrund unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle, sondern die Vernichtung unseres Landes wurde von den Siegermächten des Ersten und Zweiten Weltkrieges seit Jahrzehnten im Rahmen einer neuen Weltordnung geplant und realisiert. Die seit dem 11. November 1918 politisch und wirtschaftlich entmündigten Deutschen wurden danach jahrein und jahraus konsequent ausgeplündert, umerzogen und schließlich völlig ruiniert, um die kulturellen, militärischen und wirtschaftlichen Fundamente Deutschlands vollständig zu zerstören.

Aufgrund der radikalen Destabilisierungspolitik der westalliierten Siegermächte ähnelt die Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig einem Irrenhaus, in dem anscheinend die gemeingefährlichsten Insassen die Herrschaft übernommen haben. Nicht wenige ausländische Diplomaten und Journalisten zweifeln z.B. wegen der ideologischen Energiewende an der Zurechnungsfähigkeit der Deutschen. Diese Kritiker berücksichtigen leider nicht, daß die betreuten Deutschen gegenüber den westalliierten Betreuern bei entscheidenden Fragen nach wie vor keine Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte besitzen.

Da es zu den Pflichten des Betreuers gehört, alle Angelegenheiten des Betreuten so zu besorgen, wie es dessen Wohl entspricht, sind die westalliierten Siegermächte zwangsläufig auch für die zerstörerische Destabilisierungspolitik der betreuten deutschen Politiker und Parteien verantwortlich.

Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung

Obgleich die Deutschen seit über 100 Jahren planmäßig bevormundet, versklavt und ausgeplündert werden, berichtete bisher fast kein deutscher Historiker und kein deutscher Journalist über diesen unfäßbaren Zustand.

Nach über 100 Jahren der Unfreiheit wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung zurückzugeben.

Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>... Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<

Völkerrechtliche Bedeutung der Haager Landkriegsordnung

Die alliierten Siegermächte waren nach der deutschen "militärischen Kapitulation" im Mai 1945 verpflichtet, die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung gegenüber dem geschlagenen Deutschland anzuwenden. Die Haager Landkriegsordnung ist nach wie vor ein anerkannter Teil des humanitären Völkerrechts. Die Haager Landkriegsordnung gilt vom Kriegsbeginn bis zum Abschluß eines Friedensvertrages als oberstes Gesetz.

Von diesem humanitären Völkerrecht können sich auch die westlichen alliierten Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich nicht kurzerhand einseitig verabschieden.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb über die völker-

rechtliche Bedeutung der Haager Landkriegsordnung (x063/463-464): >>Die Haager Landkriegsordnung baute auf der Entwicklung von Jahrzehnten auf. Die Tradition freiheitlichen Denkens und der Ritterlichkeit leben in Ihr, und in den Zivilpersonen suchte sie die Träger von Menschenrechten zu schützen. Als wichtigen Begriff führt sie das "öffentliche Gewissen" ein. ...

Die Haager Landkriegsordnung geht von der Voraussetzung aus, daß ein Land auch nach der Besetzung durch feindliche Streitkräfte eine Rechtspersönlichkeit bleibt. Eine bedingungslose Übergabe in dem Sinne, daß das Land an den Sieger versklavt und selbst nicht mehr Persönlichkeit wäre, ist ihr unbekannt. Daher bestimmt Artikel 43 des Abkommens, daß die Landesgesetze, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, geachtet werden müssen.

Der Zweck der Haager Landkriegsordnung ist es auch, selbst bei Zerstörung des Staatsapparates alle Menschen der Völkergemeinschaft zu schützen; von diesem allgemeinen Völkerrecht kann kein Staat sich einseitig lossagen. ...

Die Bedeutung der Haager Landkriegsordnung hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg klar herausgestellt. Das Nürnberger und andere internationale und alliierte Tribunale haben ihre Gültigkeit bestätigt, und da das Völkerrecht seiner Definition nach nur eines und unteilbar sein kann, mußte das Vertragswerk von 1899 und 1907 auch die rechtliche Grundlage für die Behandlung Deutschlands nach der militärischen Übergabe bilden. ...<<

Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben, damit sie ihre politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte eigenverantwortlich wahrnehmen können. Man hat die Deutschen schon lange genug versklavt, hiermit muß irgendwann Schluß sein, denn die Abschaffung der Sklaverei wurde schließlich im Jahre 1948 durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte völkerrechtlich bestätigt.

Die westlichen alliierten Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich müssen sich endlich daran erinnern, daß sie gemäß der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet sind, auch den Deutschen die von Gott gegebenen Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte zurückzugeben.

Zu diesem Zweck muß sofort die Zwangsbetreuung durch die westlichen alliierten Siegermächte eingestellt werden. Ferner ist die derzeitige völkerrechtswidrige Besatzungssituation zu klären, damit ein gerechter Friedensvertrag zwischen dem völkerrechtlichen Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches und den damaligen Siegermächten geschlossen werden kann, um den Zweiten Weltkrieg zu beenden.

Die Rückgewinnung der Freiheit und Selbstbestimmung wird es nicht umsonst geben! Trotz alledem dürfen wir nicht länger tatenlos zusehen, wie die planmäßig angeordneten Destabilisierungsmaßnahmen unser Land allmählich vernichten, sondern wir müssen uns endlich wehren.

Georg Herwegh (1817-1875, deutscher Dichter) forderte im Jahre 1845 das deutsche Volk mit folgenden Worten zum Kampf um die Freiheit auf (x145/95):

>>... Wach auf! Wach auf!

Die Morgenluft schlägt mahnend an dein Ohr.

Aus deiner 1.000jähr'gen Gruft

Empor mein Volk, empor!

Laß kommen, was da kommen mag:

Blitz' auf, ein Wetterschein!

Und wag's und wär's nur einen Tag,

Ein freies Volk zu sein! ...<<

Bei diesem "letzten Gefecht" gegen das globale Terrorimperium geht es nicht nur um die Wiedergewinnung unserer Freiheit und um Sein oder Nichtsein, sondern es geht auch um die

traditionelle Verpflichtung, das mehr als tausendjährige materielle und immaterielle Erbe unserer Vorfahren für unsere Nachkommen zu bewahren. Wir sind es nicht nur unserer eigenen Selbstachtung, sondern auch unseren Vorfahren und vor allem unseren nachfolgenden Generationen schuldig.

GOTT MIT UNS ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 2. September 2022:

>>**Reparationen: Polen will 1,3 Billionen Euro von Deutschland**

Von *Sven Reuth*

Da macht man erstmal dicke Backen: Die Regierung in Warschau beziffert in einem Bericht die von Deutschland im Zweiten Weltkrieg angerichteten Schäden auf 1,3 Billionen Euro. ...

Mehr als 77 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs holt man in Warschau zum ganz, ganz großen Keulenschlag gegen Deutschland aus. Gestern - am Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs - kündigte Jarosław Kaczyński, der Vorsitzende der nationalkonservativen Partei "Recht und Gerechtigkeit" (PiS), an. Die geradezu unvorstellbare Summe liegt deutlich höher als der gesamte deutsche Staatshaushalt.

"Polen wird Kriegsreparationen beantragen"

Grundlage ist ein Gutachten, in dem die während des Zweiten Weltkriegs von Deutschland in Polen angerichteten Schäden beziffert wurden. Kaczyński äußerte schon klipp und klar, "daß Polen Kriegsreparationen beantragen wird." Außerdem schlug Kaczyński der israelischen Regierung vor, sich an der Reparationskampagne gegen Deutschland zu beteiligen.

Die Bundesregierung erkennt die Sanktionsforderungen auf juristischer Ebene nicht an. Sie verweist darauf, daß alle diesbezüglichen Fragen im Verhältnis zu Polen schon 1953 abschließend geklärt worden wären. Allerdings ist die Lage nicht eindeutig, denn der Staatsrat im sozialistischen Polen hat eine entsprechende Erklärung nie unterzeichnet. Außerdem verjähren Kriegsverbrechen nicht, was allerdings gleich die Frage nach den an den Deutschen begangenen Verbrechen aufwirft, die in der Endphase und den Monaten nach dem Zweiten Weltkrieg an den Deutschen während der Vertreibung begangen wurden.

Ostgebiete wurden "vergessen"

Überhaupt fällt auf, daß in dem "Gutachten" der polnischen Regierung keine Rede von den ostdeutschen Provinzen Pommern, Schlesien, Ostbrandenburg und dem westlichen Ostpreußen ist, die Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg an Polen abtreten mußte. Es handelte sich hier immerhin um große Teile des deutschen Reichsgebietes, aus denen die deutsche Bevölkerung, die dort schon seit Jahrhunderten siedelte, auf grausamste Art und Weise vertrieben wurde.

Diese Schäden, die gegenüber Deutschland angerichtet wurden, kommen in dem "Gutachten" der polnischen Regierung nicht mit einer Silbe vor. Das allseitige Einhacken auf Deutschland und die Deutschen hat damit einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Im Juli dieses Jahres hatte auch die griechische Regierung bei einem Athen-Besuch von Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) erklärt, an ihren Reparationsforderungen gegenüber Deutschland festzuhalten. Auch Griechenland dürfte am Ende nicht gerade mäßige Forderungen an Deutschland stellen.

Vorbildliches Rußland

Bemerkenswert ist jedenfalls, daß aus Moskau keine Reparationsforderungen gestellt werden - und das, obwohl Deutschland derzeit Waffen an die Ukraine liefert, die sich im Kriegszustand mit Rußland befindet. Derartige Forderungen wurden selbst zu sowjetischen Zeiten nie gestellt. Die Bundesregierung sollte jedenfalls jetzt schon beginnen, eine Strategie gegen die Reparationsforderungen aus Warschau zu entwickeln. Es dürfte unerlässlich sein, an dieser

Stelle auch auf die enormen deutschen Gebietsverluste und das von der ganzen Welt vergessene Leid deutscher Opfer hinzuweisen. ...<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 37/22" berichtete am 9. September 2022 (x1.387/...): >>>Die Raupe Nimmersatt aus Warschau

Die unendliche Geschichte der polnischen Reparationsforderungen an Deutschland

Bruno Bandulet

Wer gern und freiwillig den Zahlmeister spielt, darf sich nicht wundern, wenn das Begehrlichkeiten weckt. Aber doch nicht solche! Das offizielle und offiziöse Deutschland war denn auch schockiert, als Polen rechtzeitig zum Jahrestag des Kriegsausbruchs 1939 eine Rechnung über 6,2 Billionen Złoty für Kriegsschäden an Berlin stellte. Die regierungsnahe Frankfurter Allgemeine Zeitung nannte die Forderung "Wahnsinn".

Unbescheiden ist sie in der Tat: Die umgerechnet 1.300 Milliarden Euro entsprechen dem Dreifachen des Bundeshaushaltes und könnten theoretisch nur bedient werden, wenn die Bundesbank ihre Target2-Forderungen an das Eurosystem an die Kollegen in Warschau abträte. Die Bundesregierung lehnte prompt ab, scheut sich aber, eine Gegenrechnung aufzumachen und aufzuzählen, was alles schon geleistet wurde.

Polens Regierung erklärte 1975 Entschädigungsproblem für erledigt

Am Anfang stand der Potsdamer Vertrag vom Sommer 1945, der genaugenommen kein Vertrag war, sondern eine Zusammenfassung von Beschlüssen der Siegermächte, an denen Deutschland nicht beteiligt war. Die Lösung sah so aus, daß sich jeder aus seiner eigenen Besatzungszone bedienen sollte und daß die Sowjetunion aus ihrem Anteil die polnischen Reparationsansprüche befriedigen würde. Dazu kamen die deutschen Ostgebiete und damit ein Viertel des deutschen Staatsgebietes "unter polnische Verwaltung", womit nichts anderes gemeint war als eine Annexion. Nur den Briten ging eine Grenzziehung entlang der westlichen Neiße zu weit. Churchill wollte, wie er einmal sagte, die polnische Gans nicht überfüttern, konnte sich aber nicht durchsetzen.

Damit hatte Polen, obwohl nicht der Aggressor, sein schon vor 1939 angedachtes Kriegsziel erreicht: die Erweiterung seines Territoriums nach Westen. In einem Dekret der polnischen Regierung vom 6. September 1946 war denn auch von der Besiedlung der "wiedererlangten Gebiete" die Rede. In anderen Dekreten fand sich die Formulierung von "verlassenen" oder "herrenlosem" Gut zwecks Rechtfertigung der völkerrechtswidrigen Konfiszierung von deutschem Privateigentum.

Danach war Warschau mit seiner territorialen Kriegsbeute und den Reparationen offenbar zufrieden und saturiert. Neue Ansprüche wurden zunächst nicht gestellt. Im Londoner Schuldenabkommen von 1953 verzichtete der polnische Staat auf weitere Kriegsentschädigung. Und zum 1. Januar 1954 erklärten sowohl Moskau als auch Warschau die Reparationen aus der Sowjetischen Besatzungszone für beendet.

Erst in den sechziger Jahren stellte sich die polnische Regierung auf den Standpunkt, polnische NS-Verfolgte und Zwangsarbeiter fielen nicht unter den Reparationsbegriff und mußten extra entschädigt werden. Bonn zahlte 1972 und dann noch einmal 1976 und überwies zusätzlich 1975 eine Milliarde D-Mark, damals sehr viel Geld, was die Regierung Gomulka mit der Erklärung honorierte, das "Entschädigungsproblem" sei erledigt.

Bundeskanzler Willy Brandt zeigte sich großzügig, erinnerte Gomolka aber auch daran, daß Polen ein Drittel des deutschen Staatsgebietes bekommen habe und dazu das Eigentum der deutschen Vertriebenen von kaum mehr zu schätzendem Wert - eine Argumentation, die sich Berlin heute nicht mehr zutraut. Nach der Wiedervereinigung wurde wieder gezahlt, zuletzt aufgrund eines Abkommens vom 17. Juli 2000, das die Zwangsarbeiter, darunter viele Polen, entschädigte.

Daß Warschau jetzt nachtritt, erklärt sich weitgehend, aber nicht vollständig aus der Macht-

übernahme der nationalkonservativen Kaczyński-Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) im Jahr 2015. Aber schon am 10. September 2004 verabschiedete der Sejm nahezu einstimmig eine Resolution, die die Regierung aufforderte, die Kriegsschäden zu ermitteln. Polen habe noch keine angemessene Entschädigung erhalten. Ebenfalls 2004 erklärte Ministerpräsident Marek Belka in Richtung Deutschland, die Sache mit den Entschädigungsansprechen sei "ein für allemal" abgeschlossen. Das war sie schon mehrmals und dann doch nicht - eine unendliche Geschichte.

Eine Geschichte, die auch damit zu tun hat, daß die Regierung Adenauer den Friedensvertrag, den sie gern gehabt hätte, nicht bekam, weil die USA Westdeutschland an der langen Leine halten wollten.

Auch 1990 wurde im Zuge der Wiedervereinigung auf einen formellen Friedensvertrag verzichtet, dies durchaus im deutschen Interesse, weil Verhandlungen mit allen 55 Kriegsgegnern lange gedauert hätten und weil dann doch das lästige Reparationsthema wieder auf den Tisch gekommen wäre. Seitdem sieht die Bundesregierung im Zwei-plus-Vier-Vertrag den Ersatz für einen Friedensvertrag. Die jetzige polnische Regierung wiederum kann darauf verweisen, daß sie nicht beteiligt war und nichts unterschrieben hat. Die damalige Warschauer Administration hat allerdings auch nicht widersprochen.

Warschau will das Narrativ der Täter- und Opferrollen zementieren

Bereits Ende des vergangenen Jahres hat Bundeskanzler Olaf Scholz in Warschau erklärt, daß die Reparationsfrage rechtlich abgeschlossen sei. Bei anderer Gelegenheit hat er auf die Transfers innerhalb der EU verwiesen. Diese sogenannten Nettozahlungen an Empfängerländer, von denen Polen seit dem EU-Beitritt exorbitant profitiert hat, werden seit 2021 von der Kommission nicht mehr veröffentlicht, weil sie angeblich von EU-Kritikern instrumentalisiert werden. Nach Berechnungen der Nachrichtenagentur dpa waren es 2020 netto 19,4 Milliarden Euro, die Berlin als mit Abstand größter Einzahler an Brüssel überwiesen hat. Und es waren 12,4 Milliarden, die Warschau als größter Nettoempfänger aus Brüssel und damit indirekt zum großen Teil aus Deutschland verbuchen konnte.

Für 2021 fehlen die Zahlen noch. Zu erwarten ist ein deutscher Rekordbeitrag, nachdem Großbritannien die EU verlassen hat. Außerdem haftet Deutschland für den größten Anteil am Wiederaufbaufonds der EU, der sich auf 750 Milliarden Euro zu Preisen von 2018 beläuft. Auch hier wird Polen üppig bedacht werden.

Bleibt die Frage, warum die Warschauer Regierung Reparationsgelder fordert, die sie nicht bekommen wird. Sie verspricht sich offenbar Vorteile davon, das moralisch höhere Gelände zu besetzen, indem sie das Narrativ von den Täter- und Opferrollen zementiert. Wenn Brüssel wieder einmal mit Geldentzug wegen angeblicher polnischer Rechtsverletzungen droht, wäre Schützenhilfe aus Berlin hochwillkommen.

Dr. Bruno Bandulet ist Autor des Buches "Beuteland. Die systematische Plünderung Deutschlands seit 1945" (Kopp Verlag 2016). <<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.06.2025

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x028/79) = Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage, Seite 79.

x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen.</u> 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x034	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: <u>Die Weimarer Republik.</u> Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): <u>Polen und Deutsche.</u> Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x065	Zentner, Christian: Der große Bildatlas zur Weltgeschichte. Stuttgart 1992.
x066	Trevor-Roper, Hugh: Hitlers letzte Tage. 2. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1995.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten.</u> Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch.</u> Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x145	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: Geschichte. Band 2. Das Zeitalter der großen Mächte. 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x150	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 15. Bonn 1996.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 16. Bonn 1996.
x154	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft

	14. Bonn 1996.
x287	Berbig, Hans Joachim: Kleine Geschichte der deutschen Nation. Düsseldorf 1985.
x317	Schuster-Haslinger, Gabriele: Verraten - verkauft - verloren. Der Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Fichtenau 2016.
x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): Versailler Vertrag. Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder (Havel) 2018.
x340	Jung, Thomas und Friedrich Georg: 1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches. 1. Auflage. Rottenburg 2019.
x346	Elsässer, Jürgen (Hg.): Tiefer Staat. Geheimdienste und Verfassungsschutz gegen die Demokratie. COMPACT-Spezial Nr. 24. Werder (Havel) 2019.
x347	Schulte, Thorsten: FREMDBESTIMMT. 120 Jahre Lügen und Täuschung. 3. Auflage. Bautzen 2019.
x353	Barmettler, André (Hg.): 100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 2. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 29. November 2019. Oberwil/Schweiz.
x357	Elsässer, Jürgen (Hg.): Ami go home! Wie uns NSA, CIA und Army besetzt halten. COMPACT-Spezial Nr. 6. Werder (Havel) 2016.

Internet

x870	http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/ - Juli 2016
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x1.014	https://kenfm.de - Juni 2021
x1.032	https://erasmus-stiftung.de/mediathek-2/publikationen/ - November 2021
x1.049	https://www.kla.tv - Februar 2022
x1.053	https://www.rubikon.news/rubrik/1/artikel/die-impfschaden-leugner - Januar 2022
x1.094	https://horst-koch.de/corona-kriege-k-j-mueller/ - April 2022
x1.098	https://horst-koch.de/das-neue-grundgesetz-a-seibel/ - April 2022
x1.100	https://horst-koch.de/wer-gruen-waehlt-waehlt-krieg-j-elsaesser/ - April 2022
x1.116	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2021/10/05/zur-dringenden-entmachtung-des-systems-der-umfassenden-herrschaft-weniger/#more-7968 - April 2022
x1.122	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2021/11/08/die-feindliche-ubernahme-des-bundesverfassungsgerichts/#more-8146 - April 2022
x1.134	https://www.nachdenkseiten.de/?p=82791 - April 2022
x1.251	https://www.kla.tv - Januar 2023
x1.261	https://www.scinexx.de/dossierartikel/abschalten-und-dann/ - April 2023
x1.262	https://gloria.tv/post/LceZRYPR6LB14pVfhhsBPT6QU - April 2023
x1.387	https://jungefreiheit.de/archiv/ - Juli 2024